

DAS ARGUMENT 127

Zum vorliegenden Heft	313
Politik gegen den Krieg	
Wolfgang Harich Fünfzehn Thesen zur Friedenspolitik	315
Edward P. Thompson Der Exterminismus als letztes Stadium der Zivilisation	326
Raymond Williams Die Politik der atomaren Abrüstung	352
<u>Studentsein als Politik</u>	
Karl-Heinz Götze Gedächtnis. Romane zur Studentenbewegung	367
Thomas Waldhubel Widersprüche im Studentenleben	383
Wolfgang Braun und Armin Steil Spontaneismus und gewerkschaftliche Orientierung	399
<u>Umweltbibliographie (7): Energiewirtschaft (Meyer-Renschhausen)</u>	406
<u>Besprechungen: Geschichtsphilosophie; Ästhetik; Arbeiterkultur; Volks- und Arbeitergeschichte; Gewerkschaftliche Demokratie; Austrofaschismus; Ökonomie</u>	423
Kongreßberichte: VDI Kongreß »Welche Bedürfnisse steuern die technische Entwicklung?«; Ankündigungen	416
Dokumentation: Homosexuell durch Hormone?	420
Rezensionsarbeit: Eisler im Exil, zweite Fassung	421
Summaries; Über die Autoren, Zeitschriftenschau	476
23. Jahrgang Mai/Juni 1981	

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber: Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Derlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Heiko Haumann (Freiburg), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), K.H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion:

Dr. Heinz-Harald Abholz, Wieland Elfferding, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Rolf Nemitz

Redaktionssekretariat: Thomas Laugstien; Herstellung: Werner Jung

Verlag und Redaktion:

Altensteinstraße 48a, 1000 Berlin 33, Telefon 030/8314079

Auslieferung und Anzeigen:

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Telefon 030/4619061

Besprechungen

Philosophie

<i>Koselleck, Reinhart: Vergangene Zukunft (C. Albert)</i>	423
<i>Kittsteiner, Heinz Dieter: Naturabsicht und unsichtbare Hand (W. Jung)</i>	424
<i>Autorenkollektiv: Ästhetik heute (C. Friemert)</i>	425
<i>Sauerland, Karol: Einführung in die Ästhetik Adornos (Th. Bremer)</i>	428
<i>Simmen, J.: Kunst-Ideal oder Augenschein (R. Konersmann)</i>	429
<i>Lange, Ernst Michael: Das Prinzip Arbeit (O. Kelling)</i>	430

(Fortsetzung auf S. XIII)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1981 in 6 Hefen (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von 924 Text-Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. — Preis 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,50 DM; im Abonnement 8,50 DM bzw. 7,— DM + Versandkosten. — Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. — Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. — Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin 1981. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Deutsche Bank Berlin AG 721/7722, BLZ 10070000; Bank für Gemeinwirtschaft 1114401300, BLZ 10010111; Postscheckkonto Berlin West 5745-108, BLZ 10010010. — Satz: Barbara Steinhardt, Berlin, Druck: Fuldaer Verlagsanstalt, Fulda. 1. — 7. Tausend Mai 1981.

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält in Teilaufgabe eine Bestellkarte des Argument-Verlages und ein Prospekt von *medico international*.

Zum vorliegenden Heft

»Es gibt Wichtigeres, als in Frieden zu leben«, sagt Haig, der neue amerikanische Außenminister. Unser Land, ganz Europa soll zum Schlachtfeld für einen sogenannten begrenzten Atomkrieg werden. Es ist notwendig, vom Frieden zu reden. Und doch, wer hat nicht gemischte Gefühle, wenn er das Wort hört: Frieden? Was wäre uns so heilig? Gerade dies Heilige ist es, das Feierliche, Weihnachtliche, das vielen ein heimliches Unbehagen bereitet, ein Unbehagen, das sich immer einstellt, wenn es um Höheres geht, und das umschlagen kann in die Langeweile am Reden über den Frieden. Friede, Freude, Eierkuchen, spottet der Volkswitz. Und wie immer, wenn es um oberste Werte geht, schleichen sich auch sofort Bedenken ein, ob man wirklich das harte Wort von der Langeweile am Frieden in den Mund nehmen soll, wo wir doch wissen, daß nichts so wichtig ist wie Abrüstung, gerade jetzt, in dieser Situation... Dennoch: Welche politische Rede kann solche Langeweile erzeugen wie die vom Frieden? Und welche zugleich solchen Aufruhr? Wenn Frieden nichts Höheres, Besonderes, Abstraktes ist, sondern etwas Profanes, Allgemeines, Handfestes. Land und Frieden, das war die Parole der Oktoberrevolutionäre. Die Losung einer Massenbewegung gegen den Vietnamkrieg hieß: Frieden jetzt. Weil sie mehr Frieden versprach, fand die »neue Ostpolitik« der SPD die Zustimmung der Mehrheit.

Im Gähnen über das »Friedensgerede« ist dumpf die Erfahrung des Massenbetrugs wirksam. Keine Erhöhung der Overkill-Kapazität, die nicht dem Frieden dienen soll. Aber das heißt auch: die so durchgesetzt werden *muß*. Unsere Sehnsucht nach Frieden wird zur stärksten Waffe der Aufrüster. (Daneben beginnen sie, eine andere Begründung aufzubauen: Aufrüsten, um Rohstoffe zu sichern. Doch auch hier wird ein allgemeines Interesse pervers eingebunden. Von der Angst, daß uns die Ressourcen ausgehen könnten, geht ja auch die ökologische Bewegung aus.)

Auch auf unserer eigenen Seite gibt es Quellen der Langeweile am Frieden. Immer wieder heißt es, daß wir alle Differenzen zurückstellen müssen, denn in der Sache des Friedens seien wir uns doch alle einig. Gewiß, denken viele, irgendwie schon, und haben dabei das Gefühl, daß es mit dem Frieden etwas auf sich hat, das an ihren Interessen vorbeigeht. Es langweilt sie. Wie kommt das? Kann es sein, daß sie versucht haben, tatsächlich angesichts der Existenzfragen das Trennende zurückzustellen und nicht gesehen zu haben: wohin damit? Gibt es bei der Aufgabe, Frieden zu machen, keinen Ort für all die Fragen, die uns immerhin so wichtig sind, daß wir uns darüber fraktionieren, spalten und zersplittern? Sicher, die Zersplitterung ist das Elend der Linken. Aber können wir aus den Differenzen einfach herauspringen? Immerhin trennen uns (meist) nicht Kleinigkeiten: es sind ganz elementare Interessen, die als Zersplitterung aktiv und zugleich gefesselt sind.

Es gibt Situationen, in denen man alle Divergenzen vergißt. Im Krieg kann es sein, daß alle Unterschiede gegenüber dem von Krieg und Frieden unwichtig werden. Aber wie macht man Friedenspolitik im Frieden (auch wenn dieser Frieden, wie manche sagen, eher ein Nicht-Krieg genannt werden müßte)? Die verschiedenen sozialen Bewegungen haben verschiedene Interessen, Erfahrungen, Artikulationsformen: Auf welche Weise stellt sich, von ihrem besonderen Standpunkt aus, die Frage nach dem Frieden? Wie können sie, statt davon abzusehen, ihre unterschiedlichen Ansprüche in die Friedensbewegung einbringen?

Nur über das Ziel reden heißt: nichts tun können. Es geht um die Fragen nach den Wegen und Mitteln, nach den Schwierigkeiten und Widersprüchen, in die man sich verwickelt, wenn man Frieden machen will. Es geht um Fragen, die gegenüber dem Ziel zweitrangig sind, die sich ihm unterordnen. Die Differenzen zurückstellen, das kann nur heißen: sie unter das Friedensziel stellen und dafür fruchtbar machen, und niemals: sie verdrängen. Was wäre so wichtig wie die Klärung der untergeordneten Fragen? Nur so können wir, statt eine wünschbare Einheit nur zu unterstellen, den Prozeß der wirklichen Vereinheitlichung in Gang halten.

Den Autoren der Beiträge zur Friedenspolitik geht es nicht einfach darum, daß Frieden jetzt wichtig ist oder um die Entlarvung politischer Lügen zum Wettrüsten. Sie reden von den wichtigen Fragen, die danach kommen. Sie alle entwerfen Umrisse zu einer Globaltheorie, sie fragen, wie der gegenwärtige Zustand der Aufrüstung zu begreifen ist, wie sich diese Konflikte zu den anderen großen sozialen Kämpfen verhalten, was praktisch getan werden kann und welche neuen Anforderungen damit an unsere Fähigkeiten zu eingreifender Theoriebildung gestellt sind. Thompsons Exterminismus-Begriff ist von Bahro auf der letzten Sozialistischen Konferenz zum politischen Leitbegriff erklärt worden, der den des Imperialismus zu ersetzen habe (vgl. den Kongreßbericht in *Argument* 126, S.264 ff.). Wir haben Thompson als Sozialhistoriker, der er von Haus aus ist, bereits in einem früheren Heft vorgestellt. (R. Johnson: Kulturalistische Geschichtsbeschreibung bei Thompson und Genovese, in *Argument* 119, S.39 ff.) Der bekannte englische Kultur- und Literaturtheoretiker Raymond Williams kritisiert Thompsons Konzept und entwickelt eine Gegenposition. Alle Autoren gehen in entscheidenden Punkten sehr weit auseinander. Wir brauchen ihren Streit, denn die Langeweile am Frieden ist tödlich.

Verlagsmitteilungen

Der *Argument*-Sonderband AS 55, »Automationsarbeit: Empirie, Teil 2«, der bereits für 1980 angekündigt war, ist inzwischen erschienen. Der ursprünglich für diesen Band vorgesehene Text ist so umfangreich geworden, daß er nur in zwei Bänden untergebracht werden kann. Das hat zu einer Verschiebung in den geplanten Bänden des Projekts *Automation und Qualifikation* geführt. Im AS 67 wird die zweite Hälfte des ursprünglich für den AS 55 vorgesehenen Textes veröffentlicht (vgl. unsere Anzeige auf S.382).

Außerdem haben wir jetzt das Studienheft SH 45, »Politisches Volkstheater der Gegenwart« herausgebracht (vgl. unsere Anzeige auf S.366).

Wolfgang Harich

Fünfzehn Thesen zur Friedenspolitik

Ein Beitrag zur Sozialistischen Konferenz*

I

Bei den Gruppierungen der bundesdeutschen Linken, die sich aktiv an der Sozialistischen Konferenz beteiligen, besteht offenkundig noch die Tendenz, der Frage von Krieg und Frieden nicht den zentralen Rang einzuräumen, der ihr heute mehr denn je zukommt. Soweit sie die Kriegsgefahr gebührend ernst nehmen, fehlt es ihnen an Vorstellungen, wie ihr konkret und konstruktiv entgegenzutreten sei.

II

Die lebendigste und perspektivreichste oppositionelle Volksbewegung in der Bundesrepublik Deutschland wird seit einigen Jahren politisch vertreten durch die Grünen. Obwohl nicht unbedingt und nicht in all ihren Strömungen zur Linken gehörig, stellt diese Bewegung zumindest objektiv doch im ganzen eine antikapitalistische Kraft dar, stärker als alles, was in der BRD links von der Sozialdemokratie steht. Ermutigend ist, daß gerade die Grünen hinsichtlich der Problematik von Krieg und Frieden außerordentlich sensibilisiert sind. In seiner Radikalität geht das einschlägige Engagement ihrer meisten Anhänger sogar so weit, daß befürchtet werden muß, es könnte auch dieser Aufbruch wieder in einem Ghetto enden: diesmal in dem eines illusionären Totalpazifismus, der potentielle Verbündete, nur weil sie militärische Landesverteidigung im Prinzip als legitim empfinden, vor den Kopf stößt. Die Spaltung der parteipolitisch organisierten Grünen hat hier eine ihrer Ursachen.

III

Die Umwelt- und die Ressourcenkrise und die ihnen sich entgegenstimmende grüne Bewegung werfen die Frage auf, was wichtiger sei: ökologisch orientierte Politik oder Verteidigung des Friedens. Die Antwort hierauf hängt davon ab, was unter »wichtiger« semantisch verstanden wird: ob das — namentlich auf weite Sicht — fundamental Gewichtigere oder das, was unmittelbar dringlicher ist. Legt man den ersten Wortsinn zugrunde, so kommt es mehr darauf an, die globalen Trends der Rohstofferschöpfung, der Umweltzerstörung und der Übervölkerungslawine aufzuhalten. Denn wenn dies nicht gelänge, dann würde auch der Spielraum für Friedenssicherung immer schmäler und schmäler werden, um schließlich ganz zu verschwinden. Freilich, das Wettrüsten

* Dieser Text ist auf Anregung der Nationalen Koordinationsgruppe der Zweiten Sozialistischen Konferenz in einer ersten, aus Raumgründen stark komprimierten Kurzfassung zwischen 24.12.1980 und 2.1.1981 in Wien niedergeschrieben worden. In einer zweiten, erweiterten Fassung, die Mitte Februar 1981 in Heft II, Jahrgang 26 der »Neuen Politik«, Hamburg, erschien, habe ich ihn auf der Konferenz in Marburg (13.-15.2.) selbst zur Diskussion gestellt. Die durch Zeitknappheit bedingte Unmöglichkeit, Korrektur zu lesen, hat hier zahlreiche, zum Teil sinnentstellende Druckfehler verursacht. Die eigens für *Das Argument* nochmals neu überarbeitete dritte Fassung will einmal diese Mängel beseitigen und betont zum anderen, ermutigt durch Ausführungen Erich Honeckers zur nationalen Frage, stärker die Perspektive denkbarer sozialistischer Vereinigung, die sich, nach meiner Meinung, aus einer gemeinsamen Neutralitätspolitik beider deutscher Staaten ergäbe. W.H.

ist an den genannten Trends ursächlich bereits eminent mitbeteiligt. Und da vollends, auf Grund weltweit ungeheurer sozialer Spannungen, der Endkatastrophe, auf die jene Trends über Jahrzehnte hinauslaufen, gesellschaftlich sie vermittelnde Konflikte zeitlich vorausgreifen werden und, verschärft durch Zündstoff traditioneller Art, längst schon vorauszugreifen im Begriff sind, ist die aktuellere Gefahr der Dritte Weltkrieg und ist insofern wieder Friedenspolitik, die ihn zu verhindern strebt, die wichtigere Aufgabe — wichtiger im Sinne größerer Dringlichkeit. Wer richtig die Weichen in die Zukunft zu stellen gedenkt, muß vorab dafür sorgen, daß Weichen, die gestellt werden können, überhaupt noch übrigbleiben. Wer gegen die schleichende Katastrophe ankämpft, muß auch und erst recht gegen die galoppierende Katastrophe sein.

IV

Jeder, der den Weltfrieden erhalten helfen will, sollte wissen, was in erster Linie ihn bedroht. Es bedrohen ihn nicht gleichermaßen die *beiden* Supermächte, auch nicht gleichermaßen die um sie jeweils sich gruppierenden Militärallianzen. West *und* Ost als Gefahrenherde einander gleichzusetzen — so, wie die Totalitarismustheorie Faschismus und Kommunismus strukturell gleichgesetzt hat —, geht an den Realitäten vorbei und kann nur dazu beitragen, die Volksmassen irrezuführen. Sozialismus schließt sicher nicht automatisch jede Aggressivität aus; spätestens seit Januar 1979 muß diese Illusion begraben werden. Nur dem Kapitalismus aber ist ökonomische Expansion mit all ihren aggressiven Konsequenzen notwendig wesenseigen. Nur im Kapitalismus existieren soziale Gruppen, die an Kriegsrüstung profitieren. Nur für den Kapitalismus kann Kriegsrüstung systemstabilisierende Wirkung haben, und sei es, perverserweise, dadurch, daß sie »Arbeitsplätze schafft«. Für den Sozialismus, auch für sämtliche »Modelle« des real existierenden, wie immer man ihn ansonsten bewerten mag, gilt in alledem, Punkt für Punkt, das Gegenteil.

V

Staatlich organisierter Hauptfeind des Friedens sind, als Führungsmacht des kapitalistischen Weltsystems, die Vereinigten Staaten von Amerika. Kein Linker, der den Verlauf der Geschichte seit dem Ausgang des Zweiten Weltkrieges analysiert, wird imstande sein, sich dieser Einsicht zu verschließen. Jeder Grüne wird dem zwangsläufig ebenfalls beipflichten, sobald er sich bewußt macht, daß es sich bei den USA, da diese den größten Pro-Kopf-Verbrauch an Energie und Rohstoffen aufweisen, um *den* Globalparasiten schlechthin handelt. Es ist aber auch leicht, allein anhand der Fakten und Daten des Rüstungswettlaufs, angefangen von der ersten Atombombe bis hin zur heutigen Entwicklung der Cruise Missiles, allen aufrichtig friedliebenden Menschen, auch wenn sie weder links eingestellt sind noch grün denken, diese Erkenntnis nahezubringen. Mit der Wahl Ronald Reagans zum Präsidenten ist das Anwachsen der von den USA ausgehenden Weltkriegsgefahr in seine bisher akuteste Phase getreten. Das Aufstülpen eines extrem reaktionären, aggressiven und chauvinistischen Regimes auf die krisengeschüttelte kapitalistische Wirtschaft und das tief verunsicherte Bewußtsein einer der volkreichsten Nationen, deren herrschende Klasse das stärkste, technisch fortgeschrittenste Produktions- und Rüstungspotential des Erdballs besitzt, beschwört Folgen von unabsehbarer Bedrohlichkeit herauf. Reagans größenwahnsinniges Bestreben, den USA die absolut dominierende Rolle in der Weltpolitik zurückzuerobern, sein fanatischer Anti-

sowjetismus, seine Entschlossenheit zu ungehemmtem Vorantreiben des Wetttrüstens, sein Bekenntnis zur Begünstigung rücksichtsloser Profitgier, seine provozierend zur Schau getragene Vorliebe für rechtsextreme Diktaturen, seine Anmaßung gegenüber den Völkern der Dritten Welt, seine erklärte Feindseligkeit gegen jede ökologische Vernunft, selbst gegen die bescheidensten Umweltschutz- und Energiesparmaßnahmen seiner Vorgänger usw., stellen die schlimmste Herausforderung der Menschheit seit dem Ende Hitlers dar. Wachsamkeit gegenüber dem USA-Imperialismus, Entlarvung seiner Absichten und Ziele, Durchkreuzen seiner globalen Machenschaften werden daher während der katastrophenschwangeren achtziger Jahre nicht fortzudenkende Elemente jeder auf Erhaltung und Festigung des internationalen Friedens bedachten Politik sein müssen, und deren Ernsthaftigkeit wird man zuerst an diesem Kriterium zu prüfen haben.

VI

Der Hauptgegensatz in der Welt von heute ist immer noch der zwischen den militärisch in der NATO zusammengeschlossenen Industriemetropolen des Westens, geführt von den USA, auf der einen und dem osteuropäischen Realsozialismus mit der Führungsmacht Sowjetunion auf der anderen Seite. Kriegsrüstung ist in der kapitalistischen Allianz zugleich Quelle von Profit, Mittel ökonomischer Krisenbewältigung und Instrument zur wirtschaftlichen wie auch politischen Ausblutung des realsozialistischen Gegners, für den sie naturgemäß nichts als Belastung sein kann und der, weil er dem ihm damit aufgezwungenen Kräfteressen auf dem Niveau rückständiger Technik und geringerer Arbeitsproduktivität standhalten muß, stets auch der Gefährdung durch innere Unruhen ausgesetzt bleibt. Wer unter diesen Umständen der Linken im Westen empfiehlt, sie solle mit der Opposition im Osten zusammengehen, »ohne sich sonderlich daran zu stören, daß manche dieser Bewegungen es eher mit Woytila als mit Marx haben« (Wolfgang Krüger), der betreibt keine Friedenspolitik, sondern schüttet nur Öl ins Feuer, ja versieht die aggressive Strategie des westlichen Lagers, und namentlich der USA, mit einer täuschenden pseudosozialistischen Tarnung. Aber auch die Grünen können an einer derartigen Solidarisierung nicht interessiert sein. Die Opposition im Realsozialismus arbeitet auf eine Pluralisierung des Systems hin, die, ob gewollt oder nicht, unweigerlich eine mit enormem Nachholbedarf an den rohstoffvergeudenden, umweltzerstörenden Konsumexzessen des Westens orientierte Entfesselung materieller Begehrlichkeit zum Ergebnis hätte, vor allem dann, wenn unabhängige Gewerkschaften als Bahnbrecher der Pluralisierung agieren. Zwar sind die Führungskräfte im Osten noch weit entfernt davon, über ein Gegenkonzept zur Konsumideologie zu verfügen. Doch angesichts des westöstlichen Wohlstandsgefälles ist von ihnen auch nichts anderes zu erwarten, als daß sie es sich in einem Lernprozeß allmählich aneignen, den vom Westen her die Grünen nur werden fördern können, wenn sie nichts tun, was sie als feindselig stigmatisiert. Beteiligte die Grünen sich an der Paralisierung des östlichen Machtinstrumentariums, mit dem allein dort Austeritätspolitik durchgesetzt werden kann, so gäben sie jede Chance preis, für ihre der marxistischen Denktradition so neuen, so ungewohnten, den Industriearbeitern noch ganz befremdlichen Ideen und Lebensmaximalen Vertrauen zu erwecken. Wo Opposition im Osten Korruption angreift, wo sie auf Abschaffung von Konsumprivilegien dringt und Rationierungsmaßnahmen durchsetzt, kurz: egalitär auftritt, ist sie grüner Sympathien zweifellos würdig. Diese

können jedoch nur als Impulse von Aktivitäten, die sich gegen den Rüstungswahn im eigenen Lager richten, für die Völker Osteuropas hilfreich sein, statt deren Lage zu verschlimmern.

VII

Überlagert wird der eben genannte Hauptgegensatz zwischen West und Ost durch den Nord-Süd-Konflikt und durch die Entfaltung der innerimperialistischen Antagonismen. Diese Kombinationen von wechselseitig aufeinander einwirkenden Widersprüchen stimulieren teils die Kriegsgefahr, teils bergen sie die Chance in sich, sie durch Herstellung breiter Interessenbündnisse zu mildern und, vielleicht, ganz zu bannen. Bei der Solidarisierung der systemgegnerischen Kräfte im Kapitalismus mit den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und bei der Rückendeckung, die der Realsozialismus dem Bündnis beider revolutionärer Potenzen gewährt, ist das evident. Friedenspolitik muß hier den Hauptverursacher von Kriegsgefahr in Schach zu halten und zu isolieren trachten, aber so, daß dessen stets latente Aggressivität sich möglichst überhaupt nicht gewaltsam entladen kann und, falls sie das dennoch tut, in lokalisierte Konfliktzonen eingegrenzt sowie auf konventionelle Waffen mit denkbar geringer Zerstörungskraft angewiesen bleibt.

VIII

Ist dies eine seit langem bewährte Erkenntnis, so bedarf neuer Überlegung, neuen Durchdenkens heute namentlich die Ambivalenz der innerimperialistischen Gegensätze, von denen man weiß, daß sie während des Zweiten Weltkrieges sich schließlich so weit zuspitzten, die Koalition der Westmächte mit der Sowjetunion gegen Hitlerdeutschland und dessen Verbündete zu ermöglichen. Grundlage des innerimperialistischen Antagonismus bildet derzeit das schon erheblich angewachsene, sich noch immerfort steigende ökonomische Konkurrenzverhältnis zwischen den USA, der EG und Japan. Die ideologische Artikulation ist insbesondere in amerikanischer Unzufriedenheit mit mangelnder westeuropäischer »Solidarität« und Aufrüstungsbereitschaft und, auf der anderen Seite, in den neuen westeuropäischen Doktrinen von »Arbeitsteilung im Bündnis«, »Teilbarkeit der Entspannung« usw. wahrzunehmen. Noch sind diese Konflikte bei weitem nicht ausgereift genug, um faktisch gewichtiger zu werden als der Hauptgegensatz zwischen Ost und West. Es zeichnet sich indes die Tendenz ab, daß es dazu kommen könnte — eine, wie gesagt, ambivalente Möglichkeit, die, neben ausnutzbaren Chancen für den Frieden, auch ungeheure neue Gefahrenmomente in sich birgt und infolgedessen der Linken keinerlei Anlaß zum Frohlocken gibt. Man braucht nur an die Enthüllungen des ehemaligen Befehlshabers der französischen Mittelmeerflotte, des Admirals a.D. Sanguinetti, zu denken, wonach die herrschenden Kreise der USA es insgeheim darauf anlegen, Westeuropa als Wirtschaftskonkurrenten durch atomare Zerstörung auszulöschen, und die Sowjetunion dazu provozieren möchten, daß sie diese Aufgabe zu übernehmen gezwungen wird. Bezeichnenderweise ist das nie widerlegt worden, wohl aber wurde es mit Stillschweigen übergangen und so aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt. Nicht ganz verdrängen ließ sich die, mit Verlaub gesagt, relativ bescheidenere, wenngleich für die EG-Staaten und insonderheit für die Bundesrepublik nicht weniger tödliche Variante, die den sogenannten Nachrüstungsbeschluß der NATO, vom 12. Dezember 1979, erklärt: daß in einem Dritten Welt-

krieg, der durch den gewaltsamen Zugriff der USA auf die Erdölreserven des Nahen Ostens ausgelöst werden mag, die westeuropäischen Nato-Verbündeten die Vergeltungs- und Präventivschläge der Warschauer Vertrags-Organisation auf sich ziehen sollen und damit das unversehrte Sichheraushalten Nordamerikas aus dem atomaren Gemetzel absichern — gemäß der geostrategisch günstigeren Lage des USA-Territoriums und in Fortsetzung der Tradition amerikanischen Verhaltens schon in den beiden vorausgegangenen Weltkriegen.

IX

Die systembedingte Aggressivität des Kapitalismus bedeutet nicht unbedingt, daß unter allen Umständen die Katastrophe auch unmittelbar nur von dieser Seite her ausgehen kann. Erstens ist jederzeit die Gefahr versehentlichen Kriegsausbruchs durch Versagen überforderter Menschen oder überkomplizierten militärtechnischen Geräts gegeben. Zweitens gehört durch die jüngste waffenrechnerische Entwicklung das Gleichgewicht des Schreckens der Vergangenheit an: Die Verlagerung des Wettrüstens auf Treffergenauigkeit, auf Verkürzung der Vorwarnzeiten, auf Waffen, die »nur« Lebewesen ausrotten, usw., nährt auf *allen* Seiten die Psychose, um der Selbsterhaltung willen als erster losschlagen zu müssen, dergestalt, daß im Krisenfall das Militär nicht mehr Drohmittel der Politik wäre, sondern, umgekehrt, die Politik in den Sog militärischer Sachzwänge geriete. Drittens kann nicht ausgeschlossen werden, daß der Realsozialismus, ungeachtet der in seinem ökonomischen System verankerten Friedfertigkeit und der seit der Oktoberrevolution anhaltenden, in der Außenpolitik von Großmächten historisch unvergleichbaren Risikoscheu seiner Führung, auf eine ihn von außen einschnürende, gleichzeitig von innen her aufweichende und zersetzende und überdies mit technisch überlegenen Waffensystemen ausgestattete Einkreisungsstrategie mit Präventivschlägen dort reagiert, wo der Gegner ihm seit jeher am nächsten und massivsten auf den Leib gerückt ist: in Europa. Daß es zu einer Situation wie der vom Sommer 1941, beim Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, nie mehr kommen dürfe, daß vielmehr ein künftiger Aggressor so rasch wie möglich auf seinem eigenen Territorium zerschmettert werden müsse, ist, seit der Kritik des XX. Parteitages der KPdSU an Fehlern Stalins, sowjetischerseits wiederholt betont worden. Im Verteidigungs- und Sicherheitskonzept der Warschauer Vertrags-Organisation geht also defensive, kompromißbereite, friedenssichernde Politik Hand in Hand mit durchaus offensiver Militärstrategie. Und eben darauf scheinen die USA mit ihrer neuen, gegen die Lebensinteressen Westeuropas und insbesondere der Bundesrepublik Deutschland gerichteten strategischen Konzeption zu spekulieren. Vor diesem Hintergrund ist der sogenannte Nachrüstungsbeschluß der NATO zu sehen, dessen Verwirklichung, nach den Worten General a.D. Gert Bastians, für die Sowjetunion dieselbe Situation schaffen würde, wie sie, umgekehrt, in der Kuba-Krise von 1962 für die USA bestanden hat. Man weiß, daß damals die USA unter der Präsidentschaft Kennedys zu Präventivschlägen entschlossen gewesen sind, die den Ausbruch des Dritten Weltkrieges unmittelbar nach sich gezogen hätten. Vor diesem Hintergrund muß es ebenfalls erlaubt sein, die Frage zu stellen, wieso gerade jetzt ausgerechnet die Amerikaner mit großer massenpsychologischer Wirksamkeit immer wieder an das entsetzlichste Weltverbrechen deutscher Geschichte, an die Hölle von Auschwitz-Birkenau, erinnern. Es drängt sich der Verdacht auf, daß namentlich Televisions-Ereignisse wie die »Holocaust«-Serie und der Film »Das Mädchen-

orchester in Auschwitz« die Öffentlichkeit in Amerika und im amerikanisch dominierten Teil der Welt an den Gedanken gewöhnen sollen, daß die Deutschen nichts besseres verdient hätten, als ihrerseits verheizt zu werden. Mit wahrlich weit größerer Berechtigung könnte die Sowjetunion versucht sein, Rachegefühle für ihre von Deutschen ermordeten 20 Millionen Mitbürger zu erwecken, wenn die Bundesrepublik wirklich bereit sein sollte, die das sowjetische Territorium tödlich bedrohenden Pershing II-Raketen und Cruise Missiles auf ihrem Boden »dislozieren« zu lassen. Hat im II. Weltkrieg das Miteinander von UdSSR und USA bloß deren Sieg über Deutschland herbeigeführt, so würde deren Gegeneinander in einem Dritten Weltkrieg das deutsche Volk restlos vernichten. Und darauf, daß dies geschehe, bereiten offenbar die USA sich schon vor.

X

Den Krieg von Europa fernhalten heißt, ihn als Weltkrieg generell unmöglich machen. Daher entspricht diese Forderung zwar zunächst und zumeist eurozentrischen Sonderinteressen, doch decken diese sich zugleich mit einem Menschheitsanliegen von globaler Überlebenswichtigkeit. Alle anderen militärischen Konflikte irgendwo sonst, so energisch darauf hinzuwirken ist, auch sie zu vermeiden, bieten, falls sie dennoch ausbrechen, eine relative Chance, lokalisiert, durch Krisenmanagement bewältigt oder, infolge beidseitiger wirtschaftlicher Erschöpfung der jeweils kollidierenden Staaten, gleichsam ausgetrocknet zu werden. Ein Krieg auf europäischem Boden dagegen, gleichviel, ob eigenursprünglich hier ausbrechend oder von woanders hierher übergreifend, nähme unweigerlich globale Dimensionen an und hätte mit Sicherheit die Zerstörung der gesamten Weltzivilisation, wenn nicht sogar allen Lebens auf der Erde, zur Folge. Die größte Gefahr, daß es hierzu kommt, birgt dabei das unmittelbare Konfrontiertsein von NATO und Warschauer Vertrags-Organisation im Zentrum Europas in sich, und am nächsten und stärksten betroffen von dieser Gefahr ist der deutschsprachige Raum und sind insbesondere die jeweils in die beiden Militärallianzen integrierten, jeweils an deren vorderster Front gelegenen, jeweils deren hauptsächlich Aufmarschglacis gegeneinander bildenden deutschen Staaten. Wiedererwachendem deutschen Nationalbewußtsein, diesmal frei von Revanchegedanken, von Chauvinismus, von Aggressivität, fällt somit historisch und geographisch, politisch und strategisch die Aufgabe zu, mit der Wahrnehmung des eigenen Überlebensinteresses *uno actu* den rettenden Ausweg aus dieser Gefahr für ganz Europa, ja für die Menschheit überhaupt zu suchen.

XI

Der rettende Ausweg liegt in der Schaffung einer breiten neutralen Zone längs durch Europa, vom Norden Schwedens und Finnlands mindestens bis zur Adria (Jugoslawien, Albanien), möglichst bis zum Schwarzen Meer (Griechenland, Türkei), unter Einschluß beider deutscher Staaten, welche die Brücke zwischen ihren neutralen Nachbarn an den anderen, nördlichen Ostseeufeln und denen im Süden (Schweiz, Österreich) zu schlagen hätten. In der weiteren Perspektive wäre darauf Kurs zu nehmen, daß NATO und Warschauer Vertrags-Organisation gänzlich aufgelöst und, in organischer Weiterentwicklung von KSZE und MBFR, durch ein gesamteuropäisches System kollektiver Sicherheit ersetzt werden. Am 15. November 1980 ist in Bonn auf Anregung der Ham-

burger unabhängigen Monatsschrift »Neue Politik« die auf eine solche Lösung letztlich abzielende Bürgerinitiative »Frieden durch Neutralität« ins Leben gerufen worden, die für ihre Ziele zunächst die Bevölkerung der im Ost-West-Konflikt am meisten gefährdeten Bundesrepublik zu gewinnen sucht. Da laut Emnid-Umfrage-Ergebnis 43 Prozent der Bundesdeutschen sich schon damals für eine Neutralisierung ihres Landes ausgesprochen hatten, hat diese Initiative gute Aussicht auf Erfolg. Die dürfte nicht schlechter geworden sein, seit unter der Reagan-Administration, mit dem Scharfmacher Haig als Außenminister, die USA durch die offen deklarierte Absicht, den Zuständigkeitsbereich der NATO auf den ganzen Erdball auszudehnen, essentielle Bestimmungen des NATO-Vertrages zumindest in Frage gestellt, wenn nicht bereits gebrochen haben, der ohnedies seit 1969 jedem Mitgliedsstaat, also auch der BRD, jährliche Kündigungsmöglichkeit einräumt. Der Warschauer Vertrag, abgeschlossen im Mai 1955, nachdem ein Jahr zuvor der Sowjetunion der Beitritt zur NATO verwehrt und statt dessen in diese später die BRD aufgenommen worden war, hatte eine zwanzigjährige Gültigkeitsdauer, die 1974 um weitere zehn Jahre, bis 1984, verlängert wurde, und enthält außerdem für die Deutsche Demokratische Republik die Sonderregelung, daß dieser Staat, sobald die Möglichkeit seiner Vereinigung mit der Bundesrepublik sich ergeben sollte, jederzeit aus seinen Bündnisverpflichtungen entlassen werden kann. Eingedenk dieser rechtlichen Aspekte und des Umstandes, daß bis 1983 die für den deutschsprachigen Raum tödlichen eurostrategischen Raketen der USA vornehmlich in der Bundesrepublik stationiert werden sollen, mögen alle an den Sozialistischen Konferenzen teilnehmenden Gruppierungen der Linken bei der Formulierung eines gemeinsamen außenpolitischen Programms, das es der Politik des herrschenden Blocks in der BRD entgegenzusetzen gilt, sich darauf einigen, der Bürgerinitiative »Frieden durch Neutralität« beizutreten und in ihrem Sinne zu wirken.

XII

Die Sicherheit der neutralisierten Zone in Europa wäre zu gewährleisten durch die Kombination zweier alternativer Verteidigungskonzepte. Das eine ist das der gänzlich gewaltfreien »sozialen Verteidigung«, das, anknüpfend etwa an die Erfahrungen des passiven Widerstandes gegen die französische Ruhrbesetzung zu Beginn der Zwanziger Jahre, der Friedens- und Konfliktforscher Theodor Ebert, Professor am Otto-Suhr-Institut der FU Westberlin, ausgearbeitet hat und das die Grünen in ihr Parteiprogramm aufgenommen haben. Das andere Konzept geht, unter Auswertung der in Guerilla-Kriegen erprobten Methoden, zurück auf den österreichischen Armee-Kommandanten, General Emil Spannocchi, von dessen Truppen und unter dessen Befehl es im Novembermanöver 1979 im Raum zwischen St. Pölten und Amstetten auch praktisch bereits mit Erfolg ausprobiert worden ist. Schon über drei Jahre davor hatte es der bundesdeutsche Militärwissenschaftler Horst Afheldt vom einstigen Starnberger Max-Planck-Institut für die Erforschung der Lebensbedingungen in der technisch-industriellen Welt, damals geleitet von Prof. Dr. Carl Friedrich Freiherrn von Weizsäcker, mit einer ebenso eindringlichen wie umfassenden Kritik des für die Bundesrepublik schlechthin selbstmörderischen Charakters aller bisherigen NATO-Strategien verknüpft in dem Werk »Verteidigung und Frieden« (zuerst erschienen München 1977). Afheldt und sein kongenialer enger Mitarbeiter, Oberleutnant der Reserve Dr. Alfred Mechttersheimer (CSU), bejahen, anders als Theodor Ebert, grundsätzlich militärische Landesvertei-

digung, verzichten aber auf Vorverteidigung, Frontbildung und bewegliche Operationsführung, auf amerikanische Truppen und taktische Atomwaffen, auf Luftwaffe, Panzer, Artillerie und selbstverständlich besonders auf solche gefährlichen Angriffswaffen wie die eurostrategischen Raketen vom Typ Pershing II oder Cruise Missile. Statt dessen empfehlen sie ein über die ganze BRD zu verteilendes dichtes Netz kleiner, autonom kämpfender Technotrups, die lediglich mit zielsuchenden panzerbrechenden Waffen und zielsuchenden leichten Luftabwehrraketen ausgerüstet werden sollen. Wie Spannocchi streben Afheldt und Mechtersheimer eine »Raumverteidigung« an, in der die überlegene Zahl etwa angreifender Panzer sich verzehren würde. Zugleich lehnen sie entschieden solche Waffensysteme und militärischen Einrichtungen ab, die gegnerischen schweren Waffen lohnende Ziele bieten könnten. Eine derartige Verteidigung würde im Kriegsfall teure Offensiv- mit billigen Defensivwaffen vernichten, würde Zeit gewinnen helfen für Verhandlungen über die Ausräumung des unmittelbaren Konfliktnalles, würde die Zerstörungen im eigenen Land auf ein Minimum begrenzen und hätte überdies den Vorzug, das in Artikel 26 Grundgesetz niedergelegte Verbot der Vorbereitung und Anzettelung eines Angriffskriegs seitens der BRD bereits in der Militärstruktur und der Rüstung dieses Staates so zuverlässig zu verankern, daß der zu äußerst effektiver Verteidigung seines Territoriums zwar imstande wäre, zur Führung jedweden Angriffskriegs jedoch nicht. Die schwache Seite des Afheldtschen Konzepts liegt darin, daß es sich zur Verteidigung von Städten nicht eignet, genauer gesagt: in Städten nur um den Preis schwerster Zerstörungen ihrer Substanz, unter gewaltigen Opfern an Gut und Blut für die Zivilbevölkerung praktiziert werden könnte. An diesem Punkt müßte Afheldt durch Theodor Ebert wohl ergänzt werden. Eberts Konzept wiederum weist, für sich allein genommen, den Mangel auf, daß es die Fähigkeit von Geheimdiensten unterschätzt, in militärisch besetzten Ländern passiven Widerstand zu infiltrieren, von innen her aufzurollen und so zu brechen. Außerdem steht zu befürchten, daß Eberts Gedanken, ohne Ergänzung durch diejenigen Afheldts und Mechtersheimers, nur in Kreisen Resonanz finden werden, die ohnehin schon radikal pazifistisch denken. Afheldts und Mechtersheimers Vorschläge führen demgegenüber Friedensliebe und Kriegsfurcht aus dem Pazifisten-Ghetto dadurch heraus, daß sie breiten Massen die Möglichkeit wirksamer militärischer Selbstverteidigung, ohne eine damit zwangsläufig verbundene Selbstzerstörung, plausibel zu machen erlauben. Daß die drei Strategietheoretiker derzeit aufeinander zugehen und ihre Ideen, unter Abstreifung der beiderseitigen Nachteile, bei gleichzeitiger Verbindung der hier wie dort jeweils vorhandenen Vorzüge, zu synthetisieren suchen, stellt ein bis ins letzte durchdachtes, für Stadt und Land gleichermaßen taugliches Verteidigungsmodell in Aussicht, das entschlossene Verteidigungsanstrengung auf materiell leicht erschwinglichem Niveau und konsequente Friedenspolitik mit bisher noch nie erreichter Glaubwürdigkeit in Einklang brächte. Kein Nachbar der Bundesrepublik brauchte sich von dieser jemals mehr militärisch bedroht zu fühlen, jeder aber würde, falls er sie angriffe, in Feld, Wald und Gebirge, entlang von Eisenbahnlinien, auf Autobahnen und Landstraßen allenthalben mit schwersten Verlusten zu rechnen haben, um bei ihm dennoch gelingender Eroberung der einen oder anderen Stadt dort obendrein auch noch auf eine im voraus organisierte Massensubversion zu stoßen. Die Verwirklichung eines solchen alternativen Konzepts gar in dem riesigen zusammenhängend zu neutralisierenden Raum zwischen Skandinavien und Adria (bzw. Schwarzem Meer) würde die Unbesiegbarkeit des zu ver-

teidigenden Gebietes gewährleisten, wovon bei einem kleinen Territorium wie dem Österreichs, falls es allein, auf sich gestellt, seine Neutralität zu verteidigen gezwungen wäre, natürlich keine Rede sein kann. Daß übrigens auch Afheldts Vorschlag sich mit der Gedankenwelt der Grünen berührt — man denke nur an die Verwandtschaft ihrer dezentralen Produktionseinheiten mit den autonom operierenden Afheldtschen Technokommandos —, sei nur am Rande erwähnt.

XIII

Sollten die auf den Sozialistischen Konferenzen vertretenen Gruppierungen der Linken sich Neutralismus plus alternative Verteidigung zu eigen machen, so wäre das in einer Situation, in der die Gefahr des Dritten Weltkrieges unmittelbar noch viel aktueller ist als die ökologische Krise — siehe oben These III —, eine Einigungsformel, die mit noch größerer Sicherheit als die bloße ökologische Neuorientierung, allerdings ohne deren Notwendigkeit aus dem Auge zu verlieren, die bundesdeutsche Linke instand setzen würde, ihre Zersplitterung zu überwinden, aus Isolation und Ghettoisierung auszubrechen und sich mit den elementarsten, am deutlichsten zu Tage liegenden, daher denn auch am leichtesten ins Bewußtsein zu hebenden Lebensinteressen breiterer Volksschichten zu verbinden, um diese gegen die Politik des herrschenden Blocks zu mobilisieren. Sozialistische Ziele als solche hätten demgegenüber freilich zurückzutreten — in demselben Sinne, in dem einst, am Vorabend der Oktoberrevolution, die Bolschewiki, statt die Verwirklichung von Sozialismus zu proklamieren, sich auf die Forderung von Frieden und Landaufteilung beschränkten; nur so gelangten sie, bekanntlich, zur Macht. Tatsache ist, daß nichts die Menschen deutscher Nationalität, die Völker des deutschsprachigen Raums heute tiefer beunruhigt — und mit größerer Berechtigung — als die Sorge um die Erhaltung des Friedens, als die Angst vor einem neuen Krieg, der unweigerlich mit ihrem vollständigen Ende gleichbedeutend wäre. Wenn es sich aber so verhält, dann ist eine machtvolle, umfassende Volksbewegung für Neutralisierung und alternative Verteidigung latent. Ob die sozialistischen Kräfte in dieser Bewegung die Hegemonie erringen werden, ob sie sie erkämpfen werden gegen die sich immer deutlicher abzeichnende taktische Neuformierung des herrschenden Blocks, nämlich gegen die Wiederholung der bürgerlichen Koalition CDU/CSU/FDP zur Durchpeitschung der Brüsseler NATO-Beschlüsse *und* gegen die Neuauflage einer bloß parlamentarisch dagegen opponierenden, in Wahrheit den Volkswiderstand zügelnden und niederhaltenden rechten sozialdemokratischen Führung, das hängt einzig und allein davon ab, daß die Sozialisten den Massen wirklich zeitgemäße Losungen eben jenes Inhalts zu bieten haben und sich mit beispielgebender Selbstlosigkeit, Energie, Kühnheit und Konsequenz für deren Verwirklichung einsetzen.

XIV

Der in den Thesen XI, XII und XIII skizzierte Vorschlag wird sich in der Bundesrepublik Deutschland und in Westberlin gegen den herrschenden Block nur unter der Bedingung durchsetzen lassen, daß mit seiner Propagierung zugleich die Forderung verbunden wird, auch die Deutsche Demokratische Republik in die zu neutralisierende Zone mit einzubeziehen und auch sie zu alternativer Verteidigung zu bewegen. Weder die Bürgerinitiative »Frieden durch Neutralität« noch die genannten Theoretiker alternativer Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben diesen Gedanken bislang auch nur

in Erwägung gezogen, geschweige denn ausgesprochen. Die Erklärung hierfür liegt anscheinend darin, daß die betreffenden ihre Konzepte gar nicht als Vorleistungen verstanden wissen wollen, auf die der Osten mit Gegenleistungen zu reagieren hätte, sondern als Vorschläge, die, unabhängig davon, was die Warschauer Vertrags-Organisation tut oder unterläßt, die Sicherheit der Bundesrepublik unter allen Umständen erhöhen, ja ihr eine wirklich sinnvolle Verteidigung, d.h. eine, die selbst im Kriegsfall nicht mit unvorstellbarer Verwüstung ihres Territoriums und totaler Ausrottung ihrer Bevölkerung identisch wäre, überhaupt erst ermöglichen würden. Dies ist ein bei Patrioten der BRD völlig verständlicher, berechtigter und zu respektierender Standpunkt. Aber erstens würde innerhalb der hier postulierten größeren neutralen Zone die DDR deswegen gebraucht werden, weil nur mit ihr gemeinsam die übrigen kleineren neutralen Staaten Nord-, Mittel- und Südeuropas ein Gegengewicht gegen bundesdeutsche Hegemonialbestrebungen bilden könnten, die sich sonst notwendig aus der Größe, der Bevölkerungszahl und überlegenen Wirtschaftskraft der BRD ergäben, solange diese ein kapitalistisches Land bliebe. So gesehen müßte — nebenbei bemerkt — der Kampf für die uneingeschränkte De-jure-Anerkennung der DDR, als eines selbständigen, gleichberechtigten Staates mit eigenem Staatsvolk, bestehend aus eigenen Staatsbürgern, ebenfalls eine Komponente der in der BRD zu fördernden Aktivitäten für Neutralismus und alternative Verteidigung sein bzw. werden. Zweitens würden die Bündnispartner der BRD leichter dazu zu bringen sein, sich mit der Schwächung der NATO abzufinden, auf die ein Ausscheiden der BRD aus dieser Militäralliance doch unzweifelhaft hinausliefe, wenn damit zugleich eine Schwächung der Warschauer Vertragsorganisation Hand in Hand ginge. Drittens böte der Übergang beider deutscher Staaten zu Neutralisierung und alternativer Verteidigung eine Garantie auch für die DDR, weder vom Boden der BRD aus angegriffen zu werden noch bei Vergeltungs- oder Präventivschlägen auf die BRD zumindest von der radioaktiven Verseuchung dieses nächsten westlichen Nachbarn, mit seinen Atomkraftwerken und auf seinem Territorium angehäuften Atomsprenköpfen, mitbetroffen zu sein. Viertens dürften Sozialisten ihre spezifischen Endziele, auch wenn sie sie — siehe oben These XIII — zurückstellen, deswegen noch lange nicht aus dem Auge verlieren. Sollten Neutralismus plus alternative Verteidigung zum zentralen Anliegen einer in der Bundesrepublik sich breit entfaltenden Massenbewegung werden, so würde diese in westlicher Richtung die mächtigsten Bastionen des Kapitals, die militärisch-industriellen Komplexe, in Isolation treiben und gleichzeitig in östlicher Richtung es dem Realsozialismus durch dessen Entlastung vom Wettrüsten sehr erleichtern, sich seiner Deformationen zu entledigen. Und eins wie das andere eben läge im Interesse des Sozialismus, der durch Frieden und Abrüstung nur gewinnen kann, während der Kapitalismus an ihnen erstickt. Schritte voran in Richtung auf eine sozialistische Umgestaltung der Bundesrepublik wären jedoch — daran hat jüngst Erich Honecker keinen Zweifel gelassen — eo ipso auch Schritte hin zur Vereinigung beider deutscher Staaten, und das heißt: Der Bewegung für Neutralismus plus alternative Verteidigung wüchse als einzig ernstzunehmender, einzig realistischer Verfechterin der Präambel des Grundgesetzes der BRD enorme Kraft zu; als zuverlässigste Hüterin des europäischen Friedens wäre sie zugleich die Vorhut der nationalen Bestrebungen des deutschen Volkes. Wobei übrigens die Schwierigkeit, welches Modell des Sozialismus als authentisch anzusehen sei — und Honecker reklamierte das der jetzigen DDR ausdrücklich nicht als das allein seligmachende —, entfielen: Befreit

von der Last des Wettrüstens wäre der reale Sozialismus ja nicht mehr das, als was er jetzt noch erscheint.

XV

Sowohl bei den Gründern der Bürgerinitiative »Frieden durch Neutralität« als auch bei den erwähnten Friedens- und Konfliktforschern handelt es sich um Persönlichkeiten aus dem Adel, dem Bürgertum, der akademischen Intelligenz, dem Offizierskorps der Bundeswehr, denen marxistisches Denken fernliegt. Nur hoffnungsloses Linkssektierertum kann sich dadurch verschreckt fühlen. Marxistischer Tradition entspricht es, rationale, vorwärtsweisende, wissenschaftlich begründete Theorien, wo auch immer sie entsprungen sein mögen, aufzugreifen, kritisch zu verarbeiten und in die Volksmassen, zwecks besserer Artikulation ihrer Eigeninteressen, hineinzutragen. Angesichts des drohenden Dritten Weltkrieges ist nichts dringlicher, als einer potentiell sehr breiten Friedensbewegung ihre Ratlosigkeit darüber zu nehmen, was zu tun sei und wie es zu tun sei, und, umgekehrt, die gediegensten, am tiefsten durchdachten Ergebnisse moderner Friedens- und Konfliktforschung, die Resultate eines C.F.v. Weizsäcker, eines Afheldt, eines Ebert, eines Mechttersheimer und anderer, aus der akademischen Esoterik herauszuholen, um ihnen zu immer mehr um sich greifender Resonanz in der Öffentlichkeit zu verhelfen. Mögen die Sozialistischen Konferenzen dies von nun an als ihre wichtigste, am meisten zeitgemäße Aufgabe begreifen und zu entsprechenden Taten schreiten. Mögen sie an Neutralismus und alternativer Verteidigung das alte Marx-Wort wahrmachen: »Wenn die Idee die Massen ergreift, wird sie zur materiellen Gewalt.«



soeben erschienen

Materialistische Wissenschaftsgeschichte Naturtheorie und Entwicklungsdanken am Beispiel der Biologie.

Im Mittelpunkt des Bandes stehen die Darwinsche Entwicklungstheorie, ihre Vorläufer und aktuelle Kontroversen um ihre Weiterentwicklung (Zusammenhang zur Ökologie, Theorie der Makroevolution).

Mit Beiträgen von: Bonik, Brockmeier, Gärtner, Gutmann, Hickel, Hörz, Mendelsohn, Rohbeck, Schurig, Weingarten, Wenig, Wolf.
(AS 54: ISBN 3-920037-67-7) 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

Edward P. Thompson

Der Exterminismus als letztes Stadium der Zivilisation*

(...)

»Eine Verschwörungstheorie lag allen Untersuchungen aus dem stalinistischen Einflußbereich zugrunde. 'Die herrschenden Kreise der USA setzen alles daran, einen neuen Krieg vorzubereiten', 'genau diese Kreise bereiten ununterbrochen neue Aggressionspläne vor'. So schrieb man dem Feind auf eine Weise einen kriminellen Vorbedacht zu, der kaum einleuchtet und marxistischen Kategorien fremd ist. Was Wright Mills 'den Drift und Drang in Richtung Dritter Weltkrieg' nennt, läßt sich in der Tat der Existenz oligarchischer und militärischer herrschender Klassen zuschreiben (die sich übrigens weit gleichmäßiger auf alle Kontinente des Globus verteilen als Friedensanhänger je vermuten ließen). Die Kriegsgefahr erwächst jedoch nicht aus der bewußten Planung der Eliten. Wäre dem so, dann könnten wir ruhig schlafen, denn die 'herrschenden Kreise' dürften kaum die eigene Vernichtung planen. Der Krieg kann aus politischen Entscheidungen dieser unverantwortlichen Minderheiten resultieren, *als das letzte, unvorhergesehene Glied einer kausalen Kette, die in jedem Stadium von den vorangegangenen Entscheidungen einer herrschenden Klasse geschmiedet worden ist*. Der Dritte Weltkrieg könnte als 'etwas, was keiner wollte' ausbrechen, als Ergebnis widerstreitender Formationen sozialer Kräfte (...) Wenn die Menschheit je durch ihre eigenen Waffen von dieser Erde ausstrahlt wird, dann wird es auf die Frage: zog es sie oder sank sie hin? keine einfache Antwort geben.«²

Einundzwanzig Jahre sind seitdem vergangen. Die Frage und die politischen Folgerungen brennen noch genauso auf den Nägeln. Ich kann nicht mehr anbieten als Anmerkungen; Teilstücke von Argumenten. Manche dieser Fragmente nehmen die Form von Fragen an. Sie wenden sich an die Unbeweglichkeit der marxistischen Linken.

1. Die Struktur des Kalten Krieges

Eine rasche Skizze der Theorie, die dieser Unbeweglichkeit zugrundeliegt, wird nachfolgend kurz dargestellt. Sie nimmt eine a-priori-Haltung ein, die zunehmend genauere Literatur über Waffensysteme, Militarismus und Friedensforschung bleibt ungelesen.³ Sie nährt sich aus einer unbewußten Teleologie: die Geschichte muß ihre vorgeformten Stadien durchlaufen, unabhängig vom Willen der Menschheit, und mögen wir mit religiösem Optimismus dreist die grimmigere Option von Karl Marx zurückweisen: »den gegenseitigen Ruin der widerstreitenden Klassen«.

Das verwechselt jedoch Ursache und Wirkung. Die Betrachtungsweise verläßt sich auf eine — menschlichen Verhaltensweisen nachempfundene — Interpretation politischer, wirtschaftlicher und militärischer Formationen, denen Absichten und Ziele zugeschrieben werden. Da die »Ursache« des Kalten Krieges gewöhnlich allein dem bösen Willen des Imperialismus zugeschrieben wird, kann man getrost die Ereignisse entlang der unterstellten Rationalität des Imperialismus untersuchen (wie bösartig die Beweg-

* Zuerst erschienen in *New Left Review* Nr. 121 (1980). Die Übersetzung entnehmen wir der »Befreiung« Nr. 19/20, 8.Jg. (1980). Wir haben den Artikel geringfügig gekürzt, vor allem Passagen, die sich speziell an den englischen Leser richten. »Exterminate« im Englischen bedeutet »ausrotten«.

gründe auch sein mögen), anstatt sie als irrationales Ergebnis aufeinanderprallender Formationen und Absichten zu verstehen.⁴

Die Handlung der Geschichte geht ungefähr so: Die originäre und auch die reziproke Ursache des Weltkrieges liegt in den Expansionsgelüsten des Weltimperialismus. Diese expansiven Vorstöße werden analysiert mit Blick auf Afrika, Südost-Asien, Lateinamerika und einem zusammenfassenden Schluß über Nahost und das Öl. China kommt als Teil des revolutionären Erbes kurz ins Bild: seine ungelegene politische und militärische Haltung bleibt unberührt.⁵ Europa wird aus der Analyse ausgeklammert oder taucht bestenfalls in einer untergeordneten Rolle im Gefüge des Weltimperialismus auf. Der Staatssozialismus, wie sehr er auch deformiert sein mag (und da bieten die Marxisten unterschiedlicher Überzeugung verschiedene Grade der Deformation an), nimmt eine »überwiegend defensive« militärische Haltung ein. Das läßt sich durch eine a-priori-Übung bestätigen, eine kurze Abhandlung über die verschiedenen Produktionsweisen und sozialen Formationen: die kapitalistische Produktionsweise ist vom Streben nach Profit und neuen Ausbeurungsgebieten bestimmt, das Wettrüsten dagegen eine den (wie immer deformierten) sozialistischen Staaten unwillkommene Bürde, die Mittel für den sozialistischen Aufbau am falschen Ende bindet.

Nun, und die Bombe, ja, die ist ein Ding; und ein Ding kann nicht historische Triebkraft sein. Sich mit dem Grauen eines zukünftigen Atomkrieges zu beschäftigen, ist ein Ablenkungsmanöver (zwingen die Vietkong die Amerikaner nicht, Farbe zu bekennen?) und führt zu den entsetzlichsten Irrlehren, wie »Neutralismus«, »Pazifismus« und völliger Orientierungslosigkeit im Klassenkampf (...) (Campaign for Nuclear Disarmament). Derweil blüht der antiimperialistische Kampf in der Dritten Welt (Vietnam, Angola, Iran, Nicaragua, Zimbabwe) und wird schließlich von dort zu den »Barbaren« in die Kernländer des Kapitalismus hineingetragen werden.⁶ Das Beste, was die Barbaren derzeit tun können, ist, den frontalen Klassenkampf zu suchen, bis die kapitalistische Wirtschaft anfängt, in die Knie zu gehen.

Wir können aber auch anders darangehen, die gegenwärtige Lage zu untersuchen. Wir können das Augenmerk weniger auf die Herkunft als auf die Auswirkungen von Auswirkungen richten. Wir können uns sehr genau mit militärischer »Technologies«, Strategien und Strukturen auseinandersetzen. Wir können der Kriegsgefahr mit einem kontrollierten intellektuellen Pessimismus begegnen, die Zeitgeschichte als das irrationale Ergebnis kollidierender Bestrebungen begreifen und uns für die Zukunft auf eine zunehmende Irrationalität einrichten.

Wohin diese Betrachtungsweise unseren Blick lenkt, läßt sich nur ahnen. Sie wird Europa und in Kürze China wieder in den Mittelpunkt rücken. Sie wird von der Polarisierung zwischen den USA und der UdSSR und im Folgeschritt von dem Dreieck UdSSR-China-USA ausgehen. Der »Kalte Krieg« ist der bestimmende menschliche Bruch, der absolute Pol und der Angelpunkt der Macht in der Welt. Dieses Magnetfeld erzeugt Armeen, Diplomaten und Ideologien; drückt den kleineren Mächten Abhängigkeitsverhältnisse auf, exportiert Waffen und Militarismus in die Peripherie.

An der Peripherie gibt es noch politische Mobilität, und die oben skizzierte Handlung trifft im großen und ganzen zu, obwohl sie von den trägen Verkrustungen der zentralen Machtpole viel verzerrter (und zwar hin zu militaristischen Formen) ist als die Erzähler gemeinhin zugeben. In Ausnahmefällen, wo der Antagonismus zwischen den Polen der Macht so akut wird, daß eine konventionelle militärische Intervention die un-

mittelbare Gefahr einer Konfrontation zwischen USA und UdSSR heraufbeschwört, erweitert sich der politische Bewegungsspielraum sogar: Der Iran und der Nahe Osten sind deutliche Beispiele dafür.⁷

Entlang der zentralen Bruchstelle jedoch ist der politische Spielraum seit 30 Jahren eingefroren oder nimmt, schlimmer noch, sogar ab. Und hier müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß es zwei imperiale Formationen gibt, und nicht eine, wie weit sie sich auch nach Herkunft und Charakter unterscheiden mögen. Denn die Sowjetunion, die sich vom Baltikum bis zur Mongolei erstreckt, schließt in ihren strategischen Gebieten all das entzündbare menschliche Gut in Osteuropa ein, das sie beständig unter politischer, militärischer und ideologischer Kontrolle halten muß.

Der Imperialismus ist eine ungenügende Kategorie, um mehr als einen Teil der durch Widersprüche und Kollisionen gekennzeichneten Weltlage zu erfassen. Diese Weltlage ist in der Geschichte ohnegleichen und entzieht sich dem Blick, wenn wir sie in unangemessene Kategorien hineinpressen wollen. Die Lage wird von Gegensatz und Wechselwirkung zugleich bestimmt, denn der Zuwachs der Waffenarsenale auf beiden Seiten geht zum Teil auf eine gegenseitige Logik zurück, er wird sogar nach gemeinsam verabredeten, wohlausgearbeiteten Spielregeln betrieben. (...)

In diesem Rahmen spielt es eine weit geringere Rolle als manche annehmen, ob man die militärische Haltung der Sowjetunion (oder »des Westens«) als »im Grunde defensiv« definiert. Das ist nicht mehr als eine moralische Zuordnung unterstellter Absichten. Beide Supermächte sind bestückt und bewaffnet für einen sofortigen, alles vernichtenden Angriff. Stacheldraht, Bunker, Unterstände, Panzerabwehrwaffen — das Zubehör der Maginot-Linie kann man als Verteidigungswaffen ansehen, die Interkontinentalraketen dagegen nicht.

Die Bombe ist schließlich mehr als ein lebloses Ding. Zuallererst ist sie in ihrer zerstörerischen Wirkung und in ihrer programmierten Flugbahn eine Bedrohung. Zum zweiten ist sie Bestandteil eines Waffen-*Systems*, das herzustellen, zu bemannen und zu unterhalten, ein korrespondierendes soziales System erfordert. Eine ausgeprägte Organisation der Arbeit, Forschung und Unterhalt, mit ausgeprägten Befehlshierarchien, Regeln der Geheimhaltung und einer Zugriffshierarchie auf Material und menschliche Fertigkeiten, einem hohen Grad an polizeilicher Überwachung und Disziplin, eine ausgeprägte Organisation der Produktion, die — ihrem Charakter nach militaristisch — große Zahlen von Zivilisten (Beamte, Ingenieure, Wissenschaftler) beschäftigt und braucht, die sie ihrer Disziplin und ihren Spielregeln unterwirft.⁸

Es hat wenig Sinn, in den Eingeweiden der beiden verschiedenen Produktionsweisen nach den Zeichen der Zukunft zu wühlen, wenn wir so unaufmerksam sind, zu übersehen, was sie produzieren. Denn in zunehmendem Maße produzieren beide, die Vereinigten Staaten wie die Sowjetunion, Mittel des Krieges und im gleichen Umfang exportieren beide Weltmächte in rivalisierender Konkurrenz die Materialien des Krieges und der zugehörigen militaristischen Systeme. Infrastrukturen und Technologien⁹ in die Dritte Welt.

Wir haben es hier mit einer inneren Dynamik und gegenseitigen Logik zu tun, die eine neue analytische Kategorie erfordert. Wenn »die handbetriebene Maschine uns die Gesellschaft mit dem Feudalherren bescherte und die Dampfmaschine die mit dem industriellen Kapitalisten« (Marx), was bescheren uns dann diese satanischen Maschinen, die heute laufen und die Mittel zur Ausrottung der Menschheit hervorbringen?

Ich habe diese gedanklichen Punkte früher schon mehr als einmal erreicht und mich in Verzweiflung abgewandt. Wenn ich nun direkt darauf schaue, weiß ich: wir brauchen einen neuen Begriff, den »Exterminismus«, den Drang zur Auslöschung also.

2. Die Logik nuklearer Waffensysteme

(...)

Natürlich ist der Zuwachs an Mitteln zur Ausrottung das Resultat von Entscheidungen. Woher kommen diese Entscheidungen? Sind es politische oder technologische Entscheidungen? Die Antwort ist komplex. — Aufgrund der Geheimhaltung — und sie ist in der Sowjetunion fast undurchdringlich — lautet die Antwort zum Teil: Wir wissen es nicht.

Die rivalisierenden Arsenale der USA und der UdSSR enthielten 1960 rund 6.500 atomare Sprengköpfe, 1979 bereits 14.200 und werden selbst nach den Spielregeln von SALT II im Jahre 1985 rund 24.000 strategische Atomwaffen umfassen.¹⁰ Beobachter haben diesen beständigen und stets rascher werdenden Zuwachs nach einem Aktion-Reaktion-Modell erklärt.

»Diese Betrachtungsweise ging implizit davon aus, daß die Entscheidungen der Führer tatsächlich die Struktur der Streitkräfte bestimmten und die Militärbürokratie den Befehlen der Staatsführung folgte (...) Sie ging weiter davon aus, die Führer jeder Seite reagierten rational auf das Verhalten der anderen Seite.«¹¹

Diese Rationalität steht jetzt in Frage. Die Waffeninnovation ist ein aus sich selbst lebender Prozeß. Der Impuls zur »Modernisierung« und zum Experiment lebt unabhängig von Ebbe und Flut der internationalen Diplomatie, wenn auch jede Krise oder jede Innovation »Des Feindes« ihn nach vorne treibt. Die Waffenforschung entwickelt sich im Rahmen langer Planungswellen. Die Waffen des Jahres 2.000 befinden sich heute in ihrem Forschungs- und Entwicklungsstadium. Deborah Shapley bezeichnet diesen Wachstumsdruck wegen seines allmählichen, unauffälligen und bürokratischen Charakters als »Das Kriechen der Technologie«. Seine Lebensformen unterscheiden sich: Der Waffenzuwachs in den USA ist aktiver und innovativer, in der UdSSR reaktiver und nachahmender, mehr in Form von »Nachfolge«-Modifikationen.

Aber auf beide Weltmächte wirkt ein Wachstumsdruck, der unerbittlicher ist, als daß man ihn noch einer »Waffenlobby« oder militärischen »Interessen« zuordnen könnte. Als Faktoren zählt Deborah Shapley in den Vereinigten Staaten auf: »Den Drang der Wissenschaftler, ihr Arbeitspotential anzupreisen, das Interesse der Programm-Manager und Entwicklungsbüros, Neuerungen auszuprobieren, und den Drang der Streitkräfte, die modernsten Versionen ihrer Systeme zu haben.« Alva Myrdal fügt hinzu: »Konkurrenz unter den Streitkräften um Anteile am Militärhaushalt, die zu einem Wettwüsten innerhalb des Wettwüstens führt« — eine Konkurrenz, die in Großbritannien beim Streit der Kommandierenden von Heer, Luftwaffe und Marine um den »Nachfolger« der Polaris offensichtlich wird — und den »geistigen Virus« der »technologischen Gebote«. Zuckermann identifiziert ähnliche Triebkräfte:

»Die Männer in den Laboratorien«, die »Alchimisten unserer Zeit«, denen »es gelungen ist, eine Welt mit einem irrationalen Fundament zu schaffen, auf dem nun umgekehrt ein neuer Satz politischer Realitäten aufgebaut werden mußte.« Er deutet an (»das funktioniert auf geheimgehaltene Weise, die ich nicht preisgeben darf«), die Pflicht zur Geheimhaltung hindere ihn daran, ihre Arbeitsweise und ihre politische

Einflußnahme weiter zu enthüllen.¹²

Das scheint jedoch keine hinreichende Erklärung für einen Schub, der einen erheblichen Teil des gesamten Produktionswerts der Welt verschlingt und der selbst mit militärischem Denken deutlich irrational ist, denn die Waffensysteme für eine adäquate militärische »Abschreckung«, oder die wechselseitige sichere Zerstörung (MAD = Mutual Assured Destruction) gab es bereits vor 20 Jahren in Abwesenheit effektiver Raketenabwehrsysteme. Was Shapley und Zuckermann nicht betonen, was aber jeder Sozialist im Argument hinzufügt, ist der Konkurrenzdruck der kapitalistischen Waffenproduzenten, eine Triebkraft, die mit dem Schatten der Rezession an Intensität zunimmt. Zu diesem wichtigen Bestandteil des Exterminismus kehren wir gleich zurück.

Dennoch glaube ich nicht, daß wir eine einfache Erklärung für den Wachstumsdruck gefunden haben: den Druck des Profitstrebens (im Westen) und von Aktion-Reaktion (im Osten). Die Waffenforschung und -entwicklung gründet in beiden Blöcken auf bürokratischen Entscheidungen und nicht auf dem freien Wirken der Marktkräfte. Immer ist der Staat der Kunde: Und in Marktwirtschaften garantiert der Staat die hohen — oft völlig willkürlichen — Profitspannen, die (oft in Form versteckter Zuwendungen) auf den Steuerzahler abgewälzt werden. Die Waffenproduktion kann im staatlichen oder im privaten Sektor betrieben werden, aber selbst dort, wo, wie in den USA, die privaten Unternehmen um die staatlichen Aufträge konkurrieren, nimmt die Zahl der Konkurrenten ab und unter der Hand getroffene Absprachen sind die Regel, die eine »gerechte« Aufteilung der Beute unter den großen Rivalen sichern sollen. Das Profitstreben ist keine notwendige oder hinreichende Bedingung unserer Ausrottung, trägt freilich zur Erklärung bei. Die Ideologie und der allgemein träge, bürokratische Schub tragen zur Erklärung jedoch mehr bei.

In der Sowjetunion gibt es kein Profit-Motiv, *ergo* muß die »Schuld« am Wettrüsten allein beim Westen liegen. Woher wissen wir das? Können Staaten und Bürokratien keine Motive haben aufzurüsten? Der kürzeste Blick auf historische und gegenwärtige Zeugnisse bestätigt uns: sie können. Der entscheidende Punkt in der Aufrüstungskurve der Sowjetunion scheint am Ende der Chruschtschow-Zeit zu liegen: von der Mitte der 60er Jahre aber sind das nukleare Waffenarsenal der Sowjetunion, die Entwicklung und Modernisierung der sowjetischen Streitkräfte beständig angewachsen. Im Vergleich der Wachstumskurven scheinen die Zuwachsraten der sowjetischen Aufrüster in den 70er Jahren zuzunehmen, gerade in den »ruhigen« Jahren der Entspannung; in einer atemberaubenden Konzentration der Mittel und der knappen wissenschaftlichen Ressourcen haben die sowjetischen Aufrüster einen Sprung nach vorne gemacht, bis die »Parität« mit den USA in ihrer Reichweite schien. Im gleichen Zeitraum ist die sowjetische Marine zu weltumfassender Präsenz auf allen Weltmeeren vorgedrungen. Ähnliche wirtschaftliche und technologische Entscheidungen wie »im Westen« (Rationalisierung in großen Produktionseinheiten, hohe Losgrößen) haben den Eintritt der sowjetischen Rüstungsindustrie als Waffenverkäufer auf den Märkten der Dritten Welt besiegelt. Die quantitativen Angaben zu all diesen Punkten sind ideologisch verseucht und werden in Frage gestellt: aber Sozialisten, die ihnen die Glaubwürdigkeit absprechen (und sie als Machwerke der CIA-Propaganda hinstellen), sind traurig schlecht informiert. Die Fakten liegen ungefähr in dieser Größenordnung.¹³

Ganz offensichtlich haben politische Entscheidungen dieses Wachstum beeinflusst. Die politische Elite der Sowjetunion hat »entschieden«, das nie ganz erreichbare Ziel

der Parität der Atomwaffen zu verfolgen und zugleich weltweite Präsenz der militärischen Macht und der sowjetischen Marine zu demonstrieren. Aber wie kam diese Elite zu dieser Entscheidung? Unter welchem Druck haben sich ihre Politik und ihre Ideologie militarisiert?

Waffen sind in der Tat nichts weiter als Dinge. Ihr Anwachsen ist von politischen Entscheidungen nicht unabhängig. Aber die Politik selbst kann militarisiert werden und Entscheidungen über Waffen heute stellen die politischen Weichen für morgen. Waffen, so stellt sich heraus, sind also ebenfalls politische Triebkräfte.

Waffen und Waffensysteme sind politisch nie neutral. Als die europäischen Siedler mit ihren Musketen auf die Indianer mit Pfeil und Bogen trafen, da wurde die Politik mit den Gewehrläufen entschieden. Hätten die Siedler nur Pfeil und Bogen gehabt, hätte dies ihnen eine Politik der Friedenspfeife und der Verhandlungen abverlangt. Was nun »die Bombe« anbelangt, die Weiterentwicklung der Atomwaffen hat den Zeitraum immer wieder weiter verkürzt, der für politische Option noch offen steht. Seit die flüssigen gegen feste Brennstoffe ausgetauscht worden sind, stehen die Raketen in ihren Silos zum sofortigen Abschuß bereit. Auch die Flugzeit ist immer kürzer geworden. Mitte der 70er Jahre sank sie für den Flug zwischen den Hemisphären auf weniger als 10 Minuten; heute liegt sie vielleicht noch niedriger.¹⁴ Diese Lage, in der nur eine Haaresbreite fehlt, um die Detonation auszulösen, hat zusammen mit der ständig wachsenden Zielgenauigkeit der Raketen und den automatischen, elektronisch gesteuerten Antwortsystemen zu Spekulationen geführt, der Erstangreifer könnte mit einem Vorteil für sich rechnen (indem er jede einzelne Interkontinentalrakete des Feindes in seinen hartgepanzerten Silos auslöscht) oder zu Spekulationen über einen »begrenzten« Krieg, in dem nur bestimmte Ziele »ausgelöscht werden«.

In einer solchen Lage, die auf des Messers Schneide steht, wird der Begriff »politischer« Optionen zunehmend unglaubwürdig. Die Personen, die zu entscheiden haben, werden kaum der vielbeschäftigte Präsident oder der erste Minister seines Kabinetts sein (die im Notfall vielleicht gar nicht erreichbar sind), sondern eine kleine Gruppe militärischer Techniker, deren ganze Ausbildung und Denkart auf den Krieg ausgerichtet sind und von denen unter keinem Vorwand behauptet werden kann, sie vertreten die rationalen Interessen irgendeiner wirtschaftlichen oder politischen Formation. Es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß sie ohne jede politische »Vermittlung« handeln werden: Schon während der Kuba-Krise verfolgten die amerikanischen Marinebefehlshaber eine äußerst risikoreiche Taktik, um die sowjetischen U-Boote an die Oberfläche zu zwingen, und führten damit eine für den Fall der höchsten Alarmstufe standardisierte Operation aus, ohne Kenntnis des Präsidenten.

Die heutige Militärtechnologie löscht jedes Element von »Politik« aus. Ein auf Ausrottung gerichtetes System steht dem anderen gegenüber und der entscheidende Vorgang wird der Logik des Vorteils folgen — innerhalb der Parameter der Ausrottung.

3. Der Schauplatz der Apokalypse

Im äußersten Fall könnte dies so sein. Aber sicherlich wird es doch ein ausgedehntes politisches Areal geben, das zuvor zu durchschreiten ist, bevor wir dieses unwahrscheinliche, äußerste Ereignis erleben (von dem wir unsere Augen am besten schon vorher abwenden?). Und sicherlich sind doch strategische Entscheidungen nicht mehr als die Projektion früherer politischer Entscheidungen auf die Weltkarte?

Auch das stimmt nicht, oder nur zur Hälfte. Militärstrategie ist nicht blockfrei. Die »Modernisierung« der NATO mit Cruise-Raketen und Pershing II-Raketen demonstriert diesen Punkt.

Die Strategie brach über das politische Leben Westeuropas am 12. Dezember 1979 in Brüssel herein, in Form einer angeblich technologisch-strategischen Entscheidung, das nukleare Arsenal der NATO zu »modernisieren«. Von Bodenstationen abgeschossene Cruise-Raketen auf europäischem Territorium sind die Waffen, die US-Strategen für einen »begrenzten« oder »Schauplatz«-Krieg entworfen haben. Man rühmt sie wegen ihrer besonderen Zielgenauigkeit, selbst wenn die behauptete Abweichwahrscheinlichkeit von nur wenigen hundert Metern hohle Prahlerei sein mag.

Die Cruise-Raketen sind über die Politik aus zwei Gründen hereingebrochen. Erstens übersetzen sie den Begriff des »Kriegsschauplatzes« von der Phantasie in die Wirklichkeit. Interkontinentalraketen tragen eine derartige Zerstörungskraft, daß sie in der Tat abschrecken. Selbst Militärstrategen, die dabei sind, die Zahl der atomaren Sprengköpfe zu multiplizieren, können die Irrationalität des Krieges der Interkontinentalraketen sehen. Die Militaristen haben noch nie dagewesene Mittel in Händen, die sie jedoch nie benutzen sollen. Deshalb macht sich eine extreme Ungeduld, vor allem im Pentagon bemerkbar, um neue Planspiele zu entwerfen, die derjenigen Macht mit dem größeren nuklearen Vorsprung einen entscheidenden Vorteil verschaffen sollen. In einer solchen Neuformulierung sind die sowjetischen Strategen merkwürdig unkooperativ:

»Jüngste Bewegungen innerhalb der NATO haben Pläne für ausgewählte, verdeckte Raketeneinsätze statt des totalen nuklearen Austauschs gefordert (...) Leider hat die Sowjetunion an den westlichen Vorstellungen von einem begrenzten Atomkrieg nur wenig Interesse gezeigt (...)«¹⁵

Wie immer dem auch sei, die Sowjetunion könnte sich durch ein *fait accompli* gezwungen sehen — der begrenzte »Schauplatz«-Krieg (»Auslöschen« bestimmter Ziele in Rußland gegen das »Auslöschen« des größten Teils Europas) könnte der Sowjetunion aufgezwungen werden, wenn die totale Vernichtung die alleinige Alternative wäre. Das wäre dann ein Sieg des »freien Westens«.

Der Druck steigt aus den Laboratorien und den strategischen Kriegssimulations-Räumen zu den NATO-Planungsstäben (auf dem Weg werden die willfähigen Cowboys kooptiert, die das Institute for Strategic Studies¹⁶ oder das Royal Institute of International Affairs bevölkern) zum US-amerikanischen Verteidigungsminister und dem Sicherheitsberater des Präsidenten (dem Hauptarchitekten des Hubschrauber-Fiaskos im Iran), Zbigniew Brzezinski: (...)

»Brzezinski: Die USA müssen, um eine effektive Abschreckung aufrechtzuerhalten, ein größeres Spektrum von Optionen offen haben als entweder den aufgezwingenen nuklearen Austausch oder einen begrenzten konventionellen Krieg (...)«¹⁷

Das einzig unerklärliche Element in diesem ganzen Vorgang ist die folgende Tatsache: Die NATO-Politiker haben eifrig eine »Option« der US-Strategien aufgegriffen, die ihr eigenes Territorium zum »Schauplatz« der Apokalypse macht. Tatsächlich ist Westeuropa eine Option von erstaunlichen politischen Dimensionen in der schmerzstillenden Sprache von Strategie und Technologie aufgezwungen worden. In diesem Fall existierte die Strategie lange vor den Waffen. Die Entwicklung einer Strategie der »flexiblen Antwort« wurde von der NATO schon früh beschlossen, im Jahre 1967; Schlesinger hat sie bekräftigt; Experten haben schon in den frühen 70er Jahren offen über sie de-

battiert. Im Jahre 1975 schrieb der amerikanische Analytiker Herbert York mit bewundernswerter Direktheit:

»Die Westeuropäer von heute haben beschlossen, ihre gegenwärtige politische Stabilität gegen die fürchterlichen Risiken (...) für ihr Leben und ihre Zukunft einzukaufen. Vielleicht konnten sie diese Entscheidung nicht abwenden, vielleicht ist ihnen damals oder gar bis heute nicht voll aufgegangen, was sie getan haben.«¹⁸

Die Strategie der USA folgte schon damals dem Gebot, die Vereinigten Staaten als »Naturschutzgebiet« zu halten, und den Atomkrieg auf »Schauplätze« im Ausland zu begrenzen. Westeuropa wurde (ohne die vorherige Kenntnis der westeuropäischen Völker) als Opfergabe ausersehen. Daß die Völker Westeuropas von ihrer Bestimmung nichts erfahren, lag an der offiziellen Geheimhaltung und am Informationsmangel; für die Intellektuellen (und die sozialistischen Intellektuellen) gibt es weniger Entschuldigungen — Herbert York und Alva Myrdal konnten wir lesen.¹⁹

Die neue Generation von Raketen, die diese Strategie umsetzen sollten, befanden sich Mitte der 70er Jahre bereits in einem sehr fortgeschrittenen Entwicklungsstadium. Was in den westeuropäischen Medien und in den parlamentarischen Debatten Westeuropas in den vergangenen Monaten als bedauerliche aber notwendige Antwort auf die sowjetischen SS-20-Raketen ausgegeben wurde, war bereits in Gang gesetzt, bevor man von den SS-20 je gehört hatte. Es läßt sich nur schwer ausmachen, ob diese Politiker schlichte Lügner, Analphabeten oder die Opfer verfälschter Informationen aus dem Beamtenapparat sind.

Den Schlußstrich unter diese Entscheidung zog in Brüssel eine nicht-gewählte, quasi-politische, quasi-militärische Versammlung: die NATO. Die Vorstellung setzte sich in einer Reihe von ausgetüftelten bürokratischen Planschritten in die Wirklichkeit um, die mit runenartigen Kürzeln belegt wird: Das LTDP (Long-Term-Defense-Programm) der NATO, die NPG (Nuclear Planning Group) und die HLG (High Level Group). Von 1977 bis 1979 hasterten die NPG und die HLG durch geheime Treffen in Los Alamos, Brüssel, Friedrichshafen, Colorado Springs, den Luftwaffenstützpunkt Homestead (Florida) und andere mehr.²⁰ Die NATO ersuchte dann die amerikanische Regierung, in ihrer Großzügigkeit diesen Haufen von Klapperschlangen hinüber auf den vorbestimmten »Kriegsschauplatz« zu entsenden und teilte den europäischen Regierungen mit, sie mögen sie empfangen.

Man beobachtet gefesselt die bürokratischen Formen des Exterminismus. Ich will damit nicht sagen, die »Strategie« oder die »Bürokratie« habe all das ohne Hilfe von außen getan. Niemand hätte als Komplize unterwürfiger sein können als Frau Thatcher oder Herr Pym (der gegenwärtige britische Verteidigungsminister). Ich will nur festhalten: Eine Vorbedingung für die Ausrottung der europäischen Völker ist die Beseitigung des offenen demokratischen Prozesses. Und ich lade die Leser dazu ein, den Stil der Abwicklung zu bewundern.

Der zweite Grund, warum diese militärischen Ausrüstungen über unser politisches Leben hereinbrechen, liegt darin: Cruise-Raketen bedeuten die endgültige *Bindung*. Sie sind am Boden fest installiert, sie werden ausschließlich von US-amerikanischem Personal bedient (wie immer die ausweichenden parlamentarischen Formeln über die »Konsultationen« auch lauten mögen), sie binden diese Nation absolut und endgültig an die strategischen Gebote, die vom Naturschutzgebiet USA aufgezwungen werden. In jeder Krise wird der Finger einer anderen Macht an »unserem« Auslöser liegen.

Cruise-Raketen binden strategisch, aber auch politisch. Sie beziehen uns mit Endgültigkeit in die Kriegspläne des Pentagon ein. Sicherlich, die F-111 Bomber in Lakenheath (Luftwaffenstützpunkt in England) standen während des iranischen Hubschrauber-Fiaskos unter nuklearem Alarm (und wir wissen, zu welchen »Konsultationen« es dabei kam), das bindet auch. Aber die Cruise-Raketen haben eine neue Art politischer Sichtbarkeit, sie sind das faßbare Symbol der Unterwerfung. Deshalb müssen wir sie auch abwehren.

Dies ist keine Rückkehr — muß man das betonen? — zu dem alten Slogan von der »nationalen Unabhängigkeit« — »amis go home!« (...) Es sind nicht die »amis«, sondern die Exterministen, die wir angreifen müssen und in erster Linie die im eigenen Lande. (...)

4. Der Spielraum der Selbstbestimmung

In der oben bezeichneten Logik gibt es einen Widerspruch. Die Diplomatie der totalen Vernichtung durch Interkontinentalraketen polarisiert die Welt in absolute Gegensätze. Da der Abschluß dieser Raketen den abschließenden Akt darstellt, wird der Raum für den Einsatz militärischer Mittel von geringerer Zerstörungskraft außerhalb der Peripherie immer eingeschränkter und risikoreicher. Die unabhängigen Staaten der beiden großen Bündnisse werden bis zur Impotenz reduziert. Sie legen ihr Schicksal in die Lagerstätten der großen Arsenale. Betrachten wir einmal die möglichen Auswirkungen der Ereignisse im Iran, wenn das Hubschrauber-Unternehmen nicht fehlgeschlagen wäre:

1. Die US-Truppen mit verschiedenen CIA-Hilfstruppen kommen bis Teheran durch.
2. Es kommt zu einem blutigen Kampf, einige Geiseln werden freigelassen, der Rest wird abgeschlachtet.
3. Die USA bombardieren iranische Einrichtungen oder entsenden eine Strafexpedition, um den Geiselmord zu rächen und das Gesicht des Präsidenten zu retten.
4. Die iranische Regierung bittet die Sowjetunion um militärische Hilfe.
5. Die Konfrontation ist da.

Hier geht es nur darum: An jedem Punkt dieser Kette von Ereignissen wären die abhängigen NATO-Staaten völlig gebunden gewesen und wären überhaupt nicht »konsultiert« worden.

Angesichts solcher Abläufe machen Großbritannien und Frankreich ihre erbärmlichen und teuren Gesten, eine »unabhängige Abschreckung« zu unterhalten. Die Polaris und die französischen S-3-Raketen richten sich nicht gegen die Staaten des Warschauer Paktes, sondern gegen das Weiße Haus. Wenn sie uns verbindlich verpflichten können, dann müssen wir wenigstens den kleinen Bluff aufrechterhalten, wir könnten sie notfalls ebenfalls verbindlich verpflichten. Die Trident wird zu einem Preis von 5 Milliarden Pfund Sterling oder mehr erworben, um ein bißchen Einfluß auf den Pentagon zu kaufen. Als eine »Abschreckung« gegen die Sowjetunion sind sowohl die Polaris als auch die S 3 absurd: Sie sind nicht mehr als unsere eigenen Pistolen und das Recht, selbst den Zeitpunkt zu bestimmen, wann wir uns die Kugel durch den Kopf schießen wollen.

In diesem Widerspruch tauchen jedoch zuweilen kleine Möglichkeiten auf. Diejenigen Nationen haben einen Spielraum wiedergefunden, die sich von beiden Blöcken losgelöst haben. Blockfreiheit bringt einen Zuwachs an realem diplomatischem Einfluß.

Die Supermächte umwerben das dickköpfige Jugoslawien: das paktgebundene Großbritannien verdient keine Aufmerksamkeit. Europäische atomare Abrüstung — die Entfernung von Waffen und Stützpunkten, die Loslösung aus der Bündnispolitik — wäre eine Art der Selbstbestimmung und zielte auf die empfindlichsten Punkte der Macht ab.

5. Die Schubkraft des Exterminismus

Das ist *zunächst* eine utopische Vision. Kehren wir zur Struktur des Kalten Krieges zurück, zur Schubkraft des Exterminismus.

Zahlen erhellen nur den Prozeß. Globale Daten sind kaum faßbare Ziffern. Dennoch: Nach verschiedenen Berechnungen hat sich der Anteil der Rüstung am globalen Brutto-Produktions-Wert seit dem Zweiten Weltkrieg zu jedem Zeitpunkt zwischen 6 % und 8 % bewegt. In den Zeiträumen unmittelbar vor dem Ausbruch der beiden Weltkriege lag er dagegen nie über 3%.²¹ Die gegenwärtige Verpflichtung der USA und der NATO-Pakt-Staaten, ihren Militäraushalt jährlich um real 3 % aufzustocken (die Zuwachsraten werden die Staaten des Warschauer Paktes und China ohne jeden Zweifel ebenfalls erreichen) könnte den globalen Anteil der Rüstung am Produktionswert in den nächsten Jahren auf 10 % erhöhen.

Diese Zahl mag so fürchterlich nicht erscheinen, bevor wir ins Detail gegangen sind. Erstens: Diese Produktion konzentriert sich auf die Wirtschaft der hochentwickeltesten Mächte. Auf die »europaorientierten Bündnisse« (NATO und Warschauer Pakt) entfielen Mitte der 70er Jahre »45 % aller Militärausgaben in der Welt.«²² Das hat einschneidende Auswirkungen auf die Struktur der entwickelten Volkswirtschaften. — Zweitens: Diese Zahlen (die aus offengelegten Haushaltsansätzen abgeleitet werden) geben nur einen Teileinblick, denn verschiedene Unterstützungssysteme des Militarismus (wissenschaftliche und ideologische) sind ihrem Charakter nach zivil und ihre Kosten sind verdeckt.

Schließlich gibt diese kleine Zahl (8 von 100) die Verwendung eines Mehrprodukts an, das aus der Zirkulation, den Dienstleistungen und dem Konsum abgezweigt wird. Dieses Mehrprodukt nehmen wir oft als Zeichen für Prioritäten, die körperlichen Wahrzeichen irdischer Autorität oder geistiger Aspirationen, die Zivilisationen kennzeichnen. Dieses Mehrprodukt, in Denkmälern geronnen, gibt einen Fingerzeig, was Männer und Frauen in Knechtschaft hält und was sie anbeten: die großen Hügelgräber, die megalitischen Kreise, die Tempel, die Pyramiden, die großen mittelalterlichen Kathedralen, die gigantischen Raketen in ihren Silos, das MX-Raketen-System.

Das MX-Raketen-Projekt ist wahrhaft nobel in seinen Ausmaßen, es überragt bei weitem die Denkmäler jeder vorangegangenen Zivilisation in seiner Größe. Es wird einen Komplex von mehr als 6.000 Quadratmeilen in Utah und Nevada einnehmen, rund 10.000 Meilen Zubringerstraßen erfordern, die Raketenschlitten werden sich auf 200 einzelnen Bahnen zwischen 4.600 hartgegossenen Bunkern bewegen. Die Sicherheitsgürtel und Zufahrtsstraßen werden das Gesamtareal auf rund 20.000 Quadratmeilen erweitern. Das Projekt ist größer und weit teurer als etwa der Panama-Kanal oder das gesamte Pipeline-System Alaskas.

Zweifelloso wird das MX-Raketen-System das größte einzelne Denkmal aller Zivilisationen darstellen: der endgültige Schlangentempel des Exterminismus. Die Raketen in ihren Bunkern, die wie riesige Druidensteine gen Himmel ragen, werden für den »frei-

en Westen« weniger eine militärische als eine geistige Funktion übernehmen. Sie werden die bösen Geister fernhalten und die Anbeter der phallischen Riten des Geldes um sich scharen. In der Aura dieser gigantischen atomaren Kreise werden die hohen Priester der Ideologie ihre rituellen Steueropfer darbringen. In den weitab gelegenen Außenstationen des Glaubens, in Westminster, Brüssel oder Den Haag, werden die druidischen Diener sich tief nach Westen neigen und die raketenförmigen Runen beschwören.

Jahrtausende später werden Archäologen von einem anderen Planeten in der noch immer radioaktiven Asche graben und über die Funktion dieses großen Tempels streiten. Der Streit wird vergeblich sein, denn dieser Tempel wird errichtet, um die letzte Dysfunktion der Menschheit zu feiern: die totale Selbstzerstörung.

6. Die nukleare Ökonomie

Was beide Produktionsweisen heute zunehmend hervorbringen, sind Atomwaffen, Panzer, U-Boote, Kleinwaffen, Nervengas usw.²³ Natürlich wird ein Teil dieser Produktionen auch konsumiert: Dies ist das Privileg der Dritten Welt, deren Militärausgaben sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten vervierfacht haben: von 10 % der Weltproduktion im Jahre 1960 auf 24 % im Jahre 1978; und das Wachstum nimmt zu. Während dieses Zeitraumes hatte das Bruttosozialprodukt der Dritten Welt eine jährliche Zuwachsrate von 2,7 %, die Militärausgaben jedoch eine von 4,2 %. Die großen Konkurrenten auf den Waffenmärkten der Dritten Welt waren die USA (47 %), die Sowjetunion (27 %), Frankreich (11 %), Italien und Großbritannien mit je 4 %.²⁴ Das blockfreie Österreich und die Nation des braven Soldaten Schwejk bemühen sich um ihren Anteil an der Beute.

Das ist nicht Zufall, es ist ein Prozeß. Die langen Zyklen der Rüstungsindustrie bewegen sich nicht im Einklang mit den Wellen diplomatischer Konfrontation: Jede internationale Krise legitimiert nur den Prozeß und verstärkt den Aufschwung. Aber in den stilleren Perioden der »Entspannung« gibt es eine autonome Wachstumslogik. In den Nachkriegsjahren hat das Wettrüsten wie bei einer Stufenrakete drei aufeinander folgende Schubstufen erlebt: die erste im Kalten Krieg, die zweite im Vietnam-Krieg und die dritte nach einer leichten Phase des Abschwungs in der Mitte der 70er Jahre, mitten in der »Entspannung«. Mit dem Bau der französischen S 3, im Mai 1980 in Betrieb genommen, begann man bereits 1974. Die Modernisierung des Polaris-Sprengkopfes »Chevaline« zum Preis von £ 1 Milliarde hat man anfang der 70er Jahre entworfen, sie wurde von Heath 1973 genehmigt, Sir Harold Wilson als Vermächtnis hinterlassen, von Callaghan insgeheim vorangetrieben und im Januar 1980 von Pym dem verblüfften Parlament triumphierend verkündet. Wir haben gesehen, daß die derzeitige »Modernisierung« der NATO-Raketen-Systeme Mitte der 70er Jahre vorbereitet wurde.

Der Aufschwung der US-amerikanischen Militärausgaben begann um die gleiche Zeit: das Verteidigungsbudget der USA stieg von \$ 45,8 Milliarden im Jahre 1976 auf \$ 55,6 Milliarden im Jahre 1977 und erreichte 1979 die Summe von \$ 69 Milliarden. Das Verteidigungsbudget der USA für die fünf Jahre von 1981 bis 1985 wird auf \$ 1.000 Milliarden veranschlagt.

Das Anwachsen der sowjetischen Rüstung scheint in den späten 60er Jahren eingesetzt zu haben und war gleichmäßiger — das Resultat von weniger politischen Variablen und einer zentralen Mittelverteilung nach Plan — obgleich manche Wachstums-

schübe einem Aktion-Reaktion-Modell zugeschrieben werden können. Paradoxerweise gibt das SALT I-Abkommen von 1972 ein Beispiel dafür, obgleich es doch in Anspruch nahm, die Anzahl der strategischen Waffen gerade zu begrenzen. Die US-Strategen stimmten den Beschränkungen zu, weil sie bereits wußten, daß sie sie umgehen könnten, indem sie mehrere MIRVs (Multiple Independently-Targeted Re-Entry Vehicles = Mehrfachsprengköpfe mit verschiedenen Zielen) auf jede Rakete montieren. Als Antwort darauf entwickelte die sowjetische Rüstungsindustrie bis 1975 ihre eigenen MIRVs.

Es mag die Sozialisten trösten, die Ursache für all das in erster Linie im westlichen Imperialismus zu sehen und erst in zweiter Linie in der sowjetischen Reaktion. Aber das ist inzwischen ganz nebensächlich. Von den Ursprüngen her zu argumentieren, die Guten und die Schlechten auszusortieren, ist die Flucht vor der Realität in den Moralismus. Nationen, die ununterbrochen im zerstörerischen Angriff Hunger und Bürgerkrieg ausgesetzt waren (Kampuchea), oder die sich selbst durch langjährige und total selbstaufopfernde militärische Eigenorganisation befreit haben (Vietnam), tauchen nicht unverändert wieder nach oben auf, um nach theoretischer Überzeugung oder moralischen Absichten ihre politischen Entscheidungen zu treffen. Die Supermächte, die seit 30 Jahren in der Haltung der militärischen Konfrontation gefangen sind, übernehmen in ihren Volkswirtschaften, ihrer Gesellschaftsstruktur und ihrer Kultur zunehmend militärische Züge. Was ursprünglich Reaktion gewesen sein mag, wird Zielrichtung. Was von der einen oder anderen Macht als rationales Eigeninteresse gerechtfertigt wird, gerät im Aufeinanderprallen beider zu Irrationalem. Wir haben es mit der kumulativen Logik eines Prozesses zu tun.

Diese Logik, auch wenn sie auf Gegenseitigkeit beruht, ist doch nicht identisch. In den Vereinigten Staaten kommt ein starker Druck zum Exterminismus aus der normalen Dynamik riesiger kapitalistischer Unternehmen. Zudem läßt sich ein kollektiver kapitalistischer Willen nach Überleben und Expansion erkennen, ob als konterrevolutionäre Reaktion auf eigenständige anti-imperialistische Bewegungen in der Dritten Welt²⁵ oder beim Verfolgen von Interessen und der Sicherung von Ressourcen (vor allem Öl) nach dem altertablierten imperialistischen Strickmuster.

Emma Rothschild hat in einem überzeugenden journalistischen Essay unlängst das Argument wiederholt (und auf den neuesten Stand gebracht), in den Nachkriegsjahrzehnten habe die Rüstungsindustrie der USA die Rolle des »führenden Sektors« gespielt, ebenso wie es die Baumwollindustrie in der industriellen Revolution Großbritanniens tat: Nicht als

»ein einzelner oder vielfältiger industrieller Sektor (...), sondern als eine Anhäufung verschiedener Industrien, die durch ein gemeinsames Ziel und einen gemeinsamen Abnehmer verbunden sind«.

Mit einem expandierenden Markt und einer sicheren, hohen Profitrate hat dieser führende Sektor den Boom der elektronischen Industrie, der zivilen Luft- und Raumfahrt und anderer Industrien angekurbelt, ebenso den Boom der sicheren Enklaven ziviler Forschung und Entwicklung. Für Emma Rothschild war es dieser führende Sektor, der den langen Zyklus des Wachstums und die Struktur der nationalen Volkswirtschaft bestimmt hat, der, wie Schumpeter schreibt, »alte Machtpositionen, Kulturen, Wertungen, Anschauungen und politische Systeme auflöst und neue schafft (...).«²⁶

Rothschild behauptet daneben, dieser Boom münde in einen zyklischen Abschwung ein. Es handelt sich um einen Sektor, der seine Widersprüche in sich selbst trägt. Er er-

zeugt sowohl Inflationsdruck wie Arbeitslosigkeit, da die Produktion hochentwickelter Waffensysteme kapitalintensiv ist. Er kennt seine eigenen Formen technologischer Veraltung, da Innovationen immer schwerer zu erreichen sind.²⁷

Aber ein wirtschaftlicher Boom, der am »Kippen« ist, kann eine bissige, irrationale Bestie sein. Es scheint sogar, als ob mit dem Zusammenbruch der amerikanischen Vorherrschaft im Gefolge der Niederlage in Vietnam, als die Rüstungsausgaben sanken, die Bemühungen zur Wiederbelebung des führenden Sektors bestimmter und höchst bewußt, in ihrem Charakter stärker ideologisch und politischer wurden.²⁸ Was als ein »unbewußter« Prozeß begann, geriet nun, als er bedroht wurde, zu einem voll bewußten Akt: Der impulsive Exterminismus zeugte den Geist und den Willen des Exterminismus. Die ungeheuren Sicherheitsvorkehrungen, die Organe der politischen Manipulation und der Informationskontrolle, die beim Watergate-Skandal zum Vorschein kamen, stammten nicht von Nixon: Sie waren der natürliche zivile und ideologische Unterbau des militärisch-industriellen Komplexes. Nixons Fehler brachte sie an das Licht der Öffentlichkeit, inzwischen sind sie längst wieder aufgelebt.

Heute, im Jahre 1980, kommt die Krise — Afghanistan, Iran — und wird eifrig begrüßt. Alte, fettleibige Rüstungsindustrien besinnen sich auf die Kraft ihrer Jugend. Riesige Injektionen öffentlichen Geldes gehen in diesen Jungbrunnen. »Waffenlager bringen Markt nach oben« war die Antwort des Wall-Street-Journals auf den jüngsten Verteidigungsbaushalt von Brown. (...)

Das MX-Raketensystem ist noch nicht in Auftrag gegeben worden. Im Juni 1979 belief sich der Kostenvoranschlag auf \$ 33 Milliarden. Zu Beginn dieses Jahres lag er bereits bei \$ 56 Milliarden, im April bei mehr als \$ 100 Milliarden.²⁹ (...)

7. Der beharrliche Schub der sowjetischen Politik

In den ruhigen, geplanten Zügen der sowjetischen Bürokratie suchen wir vergeblich nach ähnlichen Schubkräften. Wenn man kein Fachmann in sowjetischer Politik ist, sucht man in der Tat vergeblich nach irgendetwas (die NATO-Propaganda mal beiseite gelassen), weil die Presse nur wenige Einblicke freigibt und kein Watergate-Skandal uns einen momentanen Einblick in die alltägliche Hausarbeit der Exterministen gestattet.

Wenn ich mir den Charakter der Sowjetunion vorstelle, dann fällt mir der Vergleich mit einer schlechtgeführten, sicherheitsbedachten Universität ein, mit einer riesigen und übermächtigen Ingenieurwissenschaftlichen Fakultät, die so einflußreich ist, daß sie den Präsidenten und den Kanzler benennt und den Akademischen Senat beherrscht, sich die neuesten Forschungsmittel unter den Nagel reißt, alle begabten Diplomanden aufsaugt und jedes Komitee besetzt. Diese Ingenieurwissenschaftliche Fakultät ist natürlich das militärische »Interesse«. Wir untersuchen nicht die sich selbst reproduzierenden und invasiven Eigenschaften des Kapitals, sondern die Selbstreproduktion und den imperativen Druck einer Bürokratie.

Der sowjetische Staat ist im militärischen Kampf geboren worden. Er fügte ein zusammengebrochenes Imperium durch militärischen Kampf zu einer Union zusammen. In den 30er Jahren hatte die Priorität der Schwerindustrie einen militärischen Akzent: Der Militarismus wurde nicht nur in den Überbau, sondern auch in die Basis eingebaut. Und der Militarismus fand notwendig seine ungeheure (und populäre) Ausweitung im Großen Patriotischen Krieg. In einem bezeichnenden Sinne war die Sowjetunion immer eine »Kriegswirtschaft«.³⁰

Die der Waffenherstellung nahen Industriezweige haben bei der Verteilung der knappen Ressourcen und auch der knappen hochausgebildeten Arbeitskräfte immer die höchste Priorität genossen. Die guten Arbeits- und Zahlungsbedingungen zogen »die am besten ausgebildeten Kader« an. Im Jahre 1970, als die Rüstungsausgaben im Abklingen waren, war ein Viertel aller US-amerikanischen Physiker und ein Fünftel aller Mathematiker und Ingenieure in Stellen beschäftigt, die mit der Rüstung zu tun hatten.³¹ Heute liegt der Anteil eher noch höher.

Für die Sowjetunion lassen sich vergleichbare Zahlen nicht zitieren, aber es gibt die stärksten Gründe für die Annahme, daß in einer weniger hoch entwickelten Volkswirtschaft, die durch eine bemerkenswerte Konzentration der Ressourcen die Waffensysteme in Stärke und Entwicklungsgrad nahe an den Punkt der Parität mit den Vereinigten Staaten herangebracht hat, ein weit höherer Anteil der besten Physiker, Ingenieure, Chemiker, Mathematiker, Elektroniker und Kvbnetiker der Nation in diesem Sektor konzentriert sind.

Der Rüstungskomplex ist ebenso deutlich der führende Sektor der sowjetischen Industrie wie in den Vereinigten Staaten, nur daß er bürokratische Betriebsformen annimmt. Die militärische Technologie findet zum Teil Eingang in die zivile Industrie: in die zivile Luftfahrt, die Entwicklung der Atomenergie. Aber die sowjetische Waffentechnologie mit dem hochentwickeltesten amerikanischen Konkurrenten als Schrittmacher hat eine Lücke zwischen sich und den zivilen Industrien aufgerissen: »die neueste Militärtechnologie ist zu kompliziert geworden (...) als daß eine Kooperation möglich wäre«.³² Der militärische Komplex mit seinen Erfolgen wird als Modell für Organisation und Management-Techniken hochgehalten und beide werden in die anderen Sektoren exportiert. Zudem beeinflußt der Bedarf des militärischen Komplexes — insbesondere die Forderungen an die Zentrale Planung: prioritärer Zugriff auf Ressourcen und die Richtung wissenschaftlicher Forschung und Ausbildung — die Struktur der Volkswirtschaft insgesamt und färbt die Entscheidungen der politischen Manager. Es ist die mögliche Gefahr für die Stabilität und die Interessen dieses Komplexes, die jede Einführung von Marktmechanismen in die gesamte Volkswirtschaft verhindert.³³

Zugleich ist die sowjetische Bevölkerung viel direkter der staatlichen Propaganda ausgesetzt als in den meisten westlichen Demokratien, d.h.: was »im Westen« durch die »freien« Medien erreicht wird (oder werden soll), wird in Rußland durch »freiwillige« Organisationen eingepflegt wie die DOSAAF, die Freiwillige Unionsgesellschaft zur Förderung der Land-, Luft- und Seestreitkräfte, die 80 Millionen Mitglieder zählt und in Fabriken, Landwirtschaftsbetrieben und Schulen, Clubs, Sportstätten, militärisch-patriotische oder Zivilverteidigungsübungen organisiert. Das alles wird begleitet und unterstützt von den umfangreichen oder fast autonomen Operationen des Staatssicherheitsdienstes, der das Erbe der historischen Tradition des Despotismus angetreten hat, die militärische Ideologie unterstützt und einen eigenen Beharrungsdruck ausübt.

Nach Ansicht von David Holloway sind solche militärisch-patriotischen Kundgebungen heute zu einem »durchdringenden Kennzeichen des sowjetischen Lebens geworden«.³⁴ »Die Streitkräfte und die Rüstungsindustrie haben im Partei- und Staatsapparat fest verankerte Positionen bezogen. Die hohe Priorität, die die Parteiführung der militärischen Macht beimißt, ist auf diese Weise institutionalisiert worden«.

Wenn auch Offiziere hohen Status und besondere Privilegien genießen und ihr Einfluß sich auf den höchsten Ebenen des politischen Lebens niederschlägt, war dieser Ein-

fluß doch nie entscheidend (etwa 1953, 1955 oder 1964). Das Interesse wird von der Partei vermittelnd wahrgenommen, und es wäre, jedenfalls *bislang*, ein Fehler, das Militär als ein autonomes Interesse anzusehen. Breschnew, der mit unmittelbarer Erfahrung aus dem militärisch-industriellen Sektor und mit dessen Rückendeckung an die Macht kam, hat die Erwartungen befriedigt.

In dieser Sicht ist die Schubkraft des Exterminismus in der Sowjetunion nicht aggressiv und auf Einmarsch in andere Länder gerichtet, sondern eher ideologischer und bürokratischer Natur. Dennoch hat sie, nach Ansicht von Holloway, ein autonomes Beharrungsvermögen entwickelt, das in die Struktur der sowjetischen Gesellschaft eingebettet ist, und sie kann nicht länger der Reaktion auf westlichen Vernichtungsdrang zugeschrieben werden. (...)

Dennoch ist es ein gefährlicher, beharrlicher Schub mit eigenen, aggressiven Geboten der Ideologie und Strategie (CSSR 1968, Afghanistan 1980), der einer Kultur des Chauvinismus, der Fremdenfeindlichkeit und (in der Konfrontation mit China) des Rassismus Nahrung verleiht. Er ist umso gefährlicher, weil er keiner demokratischen Offenlegung unterliegt: Niemand darf in der Öffentlichkeit fragen, warum nach der Installation der ersten Interkontinentalraketen je der absurde und doch entscheidende Entschluß gefaßt wurde, jedem Waffensystem ein gleiches gegenüberzustellen und die »Parität« zu erreichen. Nur über einen kurzen Zeitraum, unter dem ungestümen und widersprüchlichen Chruschtschow, scheint dieser Prozeß einmal erratisch herausgefordert worden zu sein, und die Herausforderung kam vom 1. Parteisekretär selbst: die Zuwachsrate der Rüstung sank deutlich, er hielt eine explosive Rede über die »Metallfresser«, ja sogar ein Schimmer einer alternativen, internationalistischen Strategie (der sich in großzügiger nicht-militärischer Hilfe an die Dritte Welt³⁵ und in einer langen persönlichen Korrespondenz zwischen Russell und Chruschtschow niederschlug) und der Aufruf zu einer blockfreien Friedensbewegung ließen hoffen.

Danach kam wieder die träge Beharrungsmasse ans Ruder: die ideologische Paranoia, die Furcht vor der anderen Meinung, die gehaltlose Orthodoxie des offiziellen intellektuellen Lebens in der Sowjetunion, der Horror vor der osteuropäischen Abweichung, die Feindseligkeit gegenüber authentischer Blockfreiheit oder selbst euro-kommunistischer Autonomie — all das ging Hand in Hand mit dem Spannungsspiel³⁶ der höchsten Vertreter der Sowjetunion, mit SALT hier und SALT da, mit zunehmenden Spritzen an Waffen-»Hilfe« an die Dritte Welt, und mit der Stationierung der widerwärtigen und völlig unnötigen SS-20-Raketen an den Rändern Europas: eine Waffe, die, wie der Wink in einem gemeinsamen Drehbuch des Exterminismus, den Auftritt der wartenden Cruise-Raketen der NATO auslöste. Der sowjetische Beharrungsschub mag so alltäglich langweilig sein wie das Protokoll eines gefangenen Senats, aber im Aufeinanderprall mit dem hektischen Schub des Kapitals reicht er aus, um uns allen das Ende zu bereiten.

8. Vernichtung und Sicherheit

Versuchen wir, die Bruchstücke zusammenzutragen. Ich biete in aller Ernsthaftigkeit die Kategorie des Exterminismus an. Mit diesem Begriff will ich den Hauptakteuren nicht Absicht oder kriminellen Vorbedacht unterstellen und ganz sicherlich behaupte ich nicht, eine neue »exterministische« Produktionsweise entdeckt zu haben. Der Begriff des »Exterminismus« kennzeichnet diejenigen Züge einer Gesellschaft — sie kön-

nen in verschiedenen Graden in ihrer Volkswirtschaft, in ihrer politischen Ordnung und in ihrer Ideologie auftreten —, die als Schubkraft in eine Richtung wirken, deren Resultat die Auslöschung riesiger Menschenmassen sein muß. Das Resultat wird die Auslöschung sein, aber es wird nicht zufällig dorthin kommen (selbst wenn der endgültige Auslöser zufällig sein mag), sondern es wird aus früheren politischen Handlungen, aus der Anhäufung und Perfektion der Mittel zur Vernichtung und aus der Strukturierung ganzer Gesellschaften auf dieses Ende hin folgen. Der Exterminismus bedarf zu seiner Entladung natürlich *zweier* tragender Kräfte, die aufeinander-prallen. Diesen Aufeinanderprall können wir jedoch nicht mehr dem Zufall zuschreiben, wenn er lange vorher sichtbar war und wenn beide treibenden Kräfte sich durch willentliche Politik darauf eingerichtet haben, den Kollisionskurs zu beschleunigen. Wie uns Wright Mills schon vor langem sagte: »Die unmittelbare Ursache des Dritten Weltkrieges ist seine Vorbereitung«.37

Die eindeutigsten Analogien lassen sich mit dem Militarismus oder dem Imperialismus ziehen (dessen Wesenszüge Teil des Exterminismus sind). Sie können Gesellschaften mit verschiedenen Produktionsweisen kennzeichnen: Sie sind etwas weniger als Gesellschaftsformationen und zugleich wesentlich mehr als nur kulturelle oder ideologische Attribute. Sie kennzeichnen etwas vom Charakter der Gesellschaft oder dem Charakter ihrer Triebkräfte und der Richtung dieser Triebkräfte. Militarismus und Imperialismus bauen auf einem tatsächlichen institutionellen Fundament auf (dem Militär, der Marine, den Handelskompanien mit kolonialer Charta, den Sklavenhändlern, den Waffenproduzenten etc.), von dort aus beeinflussen sie die anderen Lebensbereiche. In ihrer reifen Ausprägung erscheinen sie als ganzheitliche Gebilde (institutionelle, politische, wirtschaftliche, ideologische) und jeder Teil spiegelt den anderen wider und verstärkt ihn. Der Exterminismus ist ein Gebilde der gleichen Ordnung, seine institutionelle Basis ist das Waffensystem und der gesamte wirtschaftliche, wissenschaftliche, politische und ideologische Unterbau zur Unterhaltung dieses Waffensystems — das soziale System, das dieses Waffensystem erforscht, »auswählt«, herstellt, überwacht, rechtfertigt und in Betrieb hält.

Der Begriff des Imperialismus hilft uns sowohl in der Analogie als auch dort weiter, wo er aufdeckt, an welchem Punkt die Analogie nicht mehr trägt. Der Imperialismus bezeichnet in der Regel einen aktiven Teil und ein unterworfenes Opfer: einen Ausbeuter und einen Ausgebeuteten. Die vulgärimperialistische Theorie verstrickt sich gewöhnlich in einer Beweisführung, die vom Anfang her argumentiert: dem Drang nach neuen Märkten, nach Rohmaterial, nach neuen Ausbeutungsfeldern — konnte man nur das ursprüngliche »Motiv« identifizieren, so mußte es herhalten, um alles weitere zu erklären. Nur blieb sie nicht nur die Erklärung für viele Episoden schuldig — für strategische und ideologische Gebote, die Erwartung von Belohnungen, die Rückwirkung der Unterworfenen auf die imperiale Macht —, sondern auch für die Irrationalität zugespitzter imperialer Momente (wenn wir von der Verfolgung eigenen Interesses ausgehen): imperiale Rivalitäten im Ersten Weltkrieg oder die äußerst irrationalen Ideologien, die zum Faschismus beitrugen. Es ist deshalb notwendig, den westlichen Imperialismus als eine Kraft zu sehen, die in einer rationalen, institutionellen und wirtschaftlichen Matrix gründete, die aber, von einem bestimmten Punkt an, eine autonome, sich selbst nährende Schubkraft annahm, die nicht länger zum Zweck der Analyse auf die Verfolgung rationaler Interessen reduziert werden kann, sondern die sich vielmehr so ir-

rational verhielt, daß sie die Imperien, denen sie entwuchs, bedrohte und niederriß.

Bis hierhin trägt die Analogie. Sie erhellt den Charakter der Exterminismus in den 80er Jahren. Fraglos werden wir eines Tages eine umfassende Analyse des Kalten Krieges in den Händen haben, in der die Motive treibender Kräfte rational erscheinen werden. Aber dieser Kalte Krieg ist längst zur Bedingung des Exterminismus geworden, in dem die ursprünglichen Antriebskräfte, Reaktionen und Absichten zwar noch wirken, aber in einem allgemeinen, trägen Beharrungszustand, einem Zustand, der als Richtung zunehmend unumkehrbar wird (damit stelle ich aber eine Frage, die — hoffentlich — widerlegt wird).

Dies geht nicht auf die Irrationalität der politischen Führer zurück (obgleich diese Erklärung zuweilen auch hilft). Dieser beharrliche Schub hin zum Krieg (oder auch zur Kollision) entspringt Grundlagen, die tief in die Strukturen der einander entgegengesetzten Mächte eingebettet sind. Wir versuchen, um diesen Schluß herumzukommen, indem wir Begriffe einführen, die das Problem eingrenzen: Wir sprechen (so wie ich, weiter oben) vom militärisch-industriellen Komplex, vom militärischen »Sektor«, von militärischen »Interessen« oder der Rüstungs»lobby«. Das erweckt den Eindruck, das Böse sei auf einen bekannten und begrenzten Raum beschränkt: Es mag wohl drohen, sich auszubreiten, kann aber zurückgehalten werden, die Seuche durchdringt nicht den ganzen Körper der Gesellschaft.

Der passendere Begriff, der von einigen Friedensforschern eingeführt wird³⁸, ist der der Isomorphie (der gleichen Verkrustungsformen): »Die Eigenschaft, in gleichen oder ganz ähnlichen Formen zu erstarren«, oder »Identität von Form und Arbeitsweise zwischen zwei und mehr Gruppen«.

Wenn man sie unter diesem Blickwinkel betrachtet, dann *haben* die USA und die Sowjetunion nicht militärisch-industrielle Komplexe, sondern sie *sind* militärisch-industrielle Komplexe. Der führende Sektor (die Waffensysteme und ihr Unterbau) nimmt keinen riesigen, gesellschaftlichen Raum ein, und die offizielle Geheimhaltung macht vieles unsichtbar; aber er prägt der Gesellschaft insgesamt seine Prioritäten auf. Er beeinflußt die Richtung des Wachstums. Im US-Haushalt für 1981 sind \$ 16.5 Milliarden für »Erforschung, Entwicklung, Erprobung und Bewertung« (RDTE = Research, Development, Test and Evaluation) von Waffensystemen vorgesehen. Weniger als 10 Prozent (nur \$ 1.5 Milliarden) davon für das MX-Raketensystem. Aber — das ist mehr als die Forschungs- und Entwicklungstitel des Arbeitsministeriums, Erziehungsministeriums, Verkehrsministeriums, der Umweltschutzbehörde, der Rauschgiftkommission und der Seuchenkontrolle zusammengenommen. Mehr als 140 Prozent des Forschungsetats der Nationalen Wissenschaftskommission.³⁹ Bedenkt man das technologische Gefälle zwischen beiden Mächten und die dennoch äußerst hoch entwickelten sowjetischen Waffensysteme, so muß die Ausrichtung der sowjetischen Forschung noch stärker sein.

Wissenschaftsintensive Waffensysteme zivilisieren das Militär, aber zugleich militarisieren sie mehr und mehr die zivile Bevölkerung. Die Diplomatie der »Haltung« und des Bluffs im Verbund mit dem beständigen Versuch, einen wissenschaftlichen Vorteil zu erlangen, schaffen verdeckte nachrichtendienstliche Operationen und die Überwachung von Informationen. Die Notwendigkeit, die Zustimmung aufzuzwingen (dem Steuerzahler in den USA, dem sowjetischen Verbraucher, dessen Erwartungen unbefriedigt bleiben), schafft neue Mittel und Methoden, die öffentliche Meinung zu steu-

ern. Von einem bestimmten Punkte an *brauchen* die herrschenden Gruppen eine unentwegte Kriegsgefahr, um ihre Herrschaft, ihre Privilegien und ihre Prioritäten zu legitimieren, um andere Meinungen zum Verstummen zu bringen, um soziale Disziplin zu verordnen und um die Aufmerksamkeit von der offenkundigen Irrationalität ihrer Handlungen abzulenken. Sie haben sich an diese Verhaltensweise so gewöhnt, daß sie sich eine andere Art zu regieren gar nicht mehr vorstellen können.

Die Gegenseitigkeit gleichförmiger Verkrustungen wird auf jeder Ebene erkennbar: im kulturellen, politischen, aber vor allem im ideologischen Leben. (...)

Die *Sucht* nach dem Exterminismus wird in der Ideologie destilliert. Die Konfrontation der Supermächte hatte von Anfang an immer den höchsten ideologischen Gehalt: die Ideologie hat ebenso wie das Profitstreben und das Wachstum der Bürokratie den Zuwachs der Waffenarsenale vorangetrieben, den Kurs der Kollision angegeben und sogar (zuweilen) einigen Opfern Schutz gewährt.⁴⁰ In beiden Lagern erfüllt die Ideologie eine dreifache Funktion: Sie soll die Kriegsvorbereitungen motivieren, den privilegierten Status der Aufrüster legitimieren und die inneren Meinungsabweichungen überwachen. Über mehr als 30 Jahre war der Antikommunismus das Mittel zur ideologischen Kontrolle der amerikanischen Arbeiterklasse und Intelligenz; über den gleichen Zeitraum hat die kommunistische Orthodoxie ideologische Kontrollen durch simple »stalinistische« Umkehrung des Prinzips ausgeübt. Die beiden Lager sind in einem Punkt ideologisch vereinheitlicht: in der gegenseitigen Feindseligkeit gegenüber jeder echten Blockfreiheit, gegenüber dem »Neutralismus« oder dem »dritten Weg«. Denn, gäbe es diesen Weg, dann entzöge er dem Exterminismus direkt seine Legitimationsgrundlage. Dubcek und Allende mußten gestürzt werden, weil sie das empfindlichste ideologische Territorium betraten, ihr Erfolg hätte die Grundprämissen des wechselseitigen ideologischen Kräfte-Feldes erschüttert. Der Bazillus hätte sich fortpflanzen können, nicht nur durch Osteuropa und Lateinamerika, sondern auch in die Kernländer des Exterminismus selbst.

Das Konzept der Isomorphie beleuchtet auch einige britische Entwicklungen des letzten Jahrzehnts. In diesem abhängigen NATO-Staat mit seiner in sich zusammenfallenden Wirtschaft geht der Kristallisationsprozeß ungewöhnlich rasch vorstatten. Landesverratsprozesse, anschwellende Sicherheitskontrollen und Überwachung, das Management offizieller Informationen und »konsensualer« Ideologie, die aktive Überprüfung der Beamten, das zunehmende Profil der Polizei, die Überprüfung von Geschworenen, der Abbau parlamentarischer und anderer demokratischer Prozesse, das Schmieren des »nationalen Notstands«-Apparates, die Notpläne des Kabinetts. Während die Industrie dahinwelkt und die »öffentlichen Ausgaben« mit der Friedmanschen Axt zu rechtgestutzt werden, plant man neue Waffensysteme und die Mittel der öffentlichen Hand werden durch die Schleusen des Exterminismus hinuntergespült. (...)

Es ist ein kumulativer Prozeß, die kulturelle Erstarrung beschleunigt die wirtschaftliche, die politische Verkrustung, von dort nimmt das Ganze seinen erneuten Kreislauf. Die Sicherheitsbestimmungen wirken auf die Politiker, die Arbeitsplatzsicherheit in der Rüstungsindustrie auf die Gewerkschaften, die Ausweitung der militärischen Forschung, in der Regel im »öffentlichen Sektor« erzeugt in Großbritannien bürokratischen Druck, der dem sowjetischer Manager ähnelt; die Verteidigungs- und Außenminister tragen in ihren Aktentaschen (nach China, Oman oder Pakistan) die Erläuterungen der Waffenhändler, und zu Hause werden Akademiker dafür bezahlt, diese Erläu-

terungen zu verfassen. Da all diese Teile des Schubs in Richtung Vernichtung zielen, ist es korrekt, sie als exterministisch zu bezeichnen.

9. Der Augenblick größter Gefahr

Die Analogie mit dem Imperialismus trägt relativ weit, bricht aber am Ende zusammen. Der Imperialismus erzeugt seinen eigenen Widersacher in der Bewegung der unterworfenen Bevölkerung nach Selbstbestimmung. Der Exterminismus tut das nicht. Der Exterminismus konfrontiert sich selbst. Er beutet keine Opfer aus: zwei Gleichberechtigte stehen sich gegenüber. Jeder Versuch, den anderen zu beherrschen, ruft eine gleichstarke Gegenbewegung hervor. Wir haben es hier mit einem undialektischen Widerspruch zu tun, einem Zustand absoluten Antagonismus, in dem beide Mächte durch Konfrontation wachsen und der nur durch gegenseitige Vernichtung gelöst werden kann. — Dennoch: Der Exterminismus bringt seine eigenen Widersprüche hervor. Im Westen produziert eine wissenschaftsintensive Kriegswirtschaft nicht nur Waffensysteme, sondern auch Inflation, Arbeitslosigkeit und abnehmende Dienstleistungen. Im Osten verlangsamt die Kriegswirtschaft das Wachstum und verdreht seine Richtung, sie bringt materielle und personelle Versorgungslücken mit sich. Die abhängigen Staaten beider Bündnissysteme spüren die Belastungen am deutlichsten; der Unwille gegen diesen Zustand des Gefangenseins wächst. In dem Maße, wie Angst und Unzufriedenheit wachsen, taucht als Hoffnungsschimmer die Möglichkeit einer wahrhaft internationalistischen Bewegung gegen die Aufrüster beider Blöcke auf, eine unerträgliche Bedrohung der exterministischen Ideologie.

Das bringt uns dem Punkt der Krise näher. Ein beschleunigter Schub hat die Supermächte auf den Kollisionskurs gebracht, und mit dem Zusammenprall ist innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte zu rechnen.⁴¹ Aber die Volkswirtschaften und die Ideologien beider Seiten könnten unter dieser Beschleunigung zusammenbrechen. Die Spritzen öffentlicher Mittel, die für das MX-Raketensystem eingeplant sind, können nicht hinreichen, um die Rezession in den USA abzuwenden: Sie könnten sogar deren Struktur verschlimmern, indem sie die Volkswirtschaft in einen voranschreitenden und einen schrumpfenden Teil aufspalten.⁴² In der Sowjetunion und in Osteuropa ist die ideologische Krise am deutlichsten: Wie lange werden diese Kontrollen noch funktionieren? Die offizielle Lesart der Wirklichkeit verbreitet nur Langeweile, die Ideologie wird nicht mehr internalisiert, sie wird zur Maske, sie wird zum mechanisch gelernten Jargon; ihn durchzusetzen wird zur Aufgabe der Polizei.

Wie wir aus der Geschichte wissen, ist dieses Zusammentreffen von Krise und Möglichkeiten der gefährlichste Moment von allen. Die herrschenden Gruppen, an die alten Formen der Kontrolle gewöhnt, fühlen, wie der Boden unter ihren Füßen sich bewegt. Die Falken und die Tauben bilden Fraktionen. Sie handeln überstürzt und impulsiv. Neutralismus, Internationalismus, demokratische Impulse im Osten, sozialistische Impulse im Westen erscheinen als fürchterliche Bedrohung der etablierten Macht und stellen die Daseinsberechtigung der exterministischen Eliten selbst in Frage. In einer solchen Situation drohender Kollision zwischen den Supermächten und ideologischer Instabilität ist es nicht wahrscheinlich, daß »wir«, mit unseren beschränkten Mitteln, unserer geringen politischen Vorbereitung, unseren völlig unzureichenden internationalistischen Kontakten gewinnen könnten. Wahrscheinlich ist vielmehr, daß der Exterminismus seinen historischen Bestimmungsort erreichen wird.

10. In Richtung Hölle

Meine Generation hat die Erstarrung im Kalten Krieg und den Bruch, der Europa zerreißt, als Zeuge und Komparse miterlebt. Dieser Bruch (der den der 20er und 30er Jahre vertiefte) erschien mir von jeher als der Ort des Kräftefeldes, dessen polare Gegensätze den Exterminismus erzeugen.

Die zweite Generation der Neuen Linken (...) ¹ trat die Szene erst, als der Kalte Krieg bereits verkrustet war und seine ideologischen Gebote zur Gewohnheit geworden waren. Irgendwann um das Jahr 1960 setzten Chruschtschows erratische Entspannungsbemühungen und (so jedenfalls behaupte ich)¹⁵ die anwachsenden Bewegungen wie Campaign for Nuclear Disarmament (CND) im Westen dem exterministischen Schub etwas entgegen und zwangen ihn, seine Operation zu bemänteln und sein aggressives Vokabularium abzuändern. Der Atomkrieg (darüber waren sich alle im klaren) sei »undenkbar«.

Zur gleichen Zeit aber zeichnete sich an der Peripherie (und Südostasien zählte damals zur Peripherie) eine neue Mobilität nationaler Befreiung und revolutionärer Bewegungen ab, die auf eine brutale Antwort aus dem Westen stießen. Die neue Generation der Linken hat diesen neuen Austragungsort von Kämpfen rasch identifiziert. Sie wurde zu Experten der Beobachtung und eloquenten Vertretern der theoretischen Solidarität mit den anti-imperialistischen Bewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Damit hatten sie ja recht. Nur hörten sie zur gleichen Zeit auf, sich mit den zentralen Orten der Macht auseinanderzusetzen, und irgendwann schien es (ganz falsch), als rühre die Konfrontation zwischen den Blöcken von der Peripherie her und werde nur von dort in das Zentrum hineingetragen, so daß man also deren Schubkraft und Dynamik einfach mit den Begriffen des imperialistischen Dranges und des anti-imperialistischen Widerstandes erklären kann. Die westlichen Sozialisten gerieten mehr und mehr in die Rolle von Beobachtern und Analytikern dieser äußeren Konfrontation.

Für meine Generation, die die erste Verkündigung der exterministischen Ideologie in Hiroshima miterlebt hatte, deren Perfektion in der Wasserstoffbombe, den unglaublich absoluten ideologischen Bruch des Zweiten Weltkrieges (die Rajk- und Rosenberg-Prozesse, den Bann des Cominform über Jugoslawien, den McCarthyismus und das Eintreten für den »Präventiv-Krieg«, die Berliner Luftbrücke und die Berliner Mauer), war dies nie so. Wir hatten uns, tief in unserem Bewußtsein, an die skeptische Erwartung gewöhnt, daß der Fortbestand der Zivilisation selbst in Frage stehe.

Diese Erwartung entstand nicht sofort mit dem Atompilz über Nagasaki. Ich kann den Zeitpunkt jedoch in meinem eigenen Fall relativ genau belegen. 1950 schrieb ich ein langes Gedicht »Der Ort namens Wahl«, das sich mit dieser skeptischen Erwartung auseinandersetzte.

Solche apokalyptische Erwartung, die mich nie verlassen hat, ist, natürlich, eines Wissenschaftlers unwürdig. Hans Magnus Enzensberger, den ich sehr schätze, hat unlängst die Futurologen des Untergangs, die »negativen Utopisten« gescholten: »Schließlich ist die Welt nicht untergegangen (...), und mir ist bisher auch kein schlüssiger Beweis dafür bekannt, daß ein derartiges Ereignis zu irgendeinem unzweifelhaft feststehenden Zeitpunkt stattfinden wird.«¹⁶ Und natürlich wäre es schlimmer, viel schlimmer als eine Apokalypse, wenn man sich intellektuell lächerlich machte. Ich würde nur zu gern die Argumente zur Kenntnis nehmen, die schlüssig nachweisen, daß meine

Analyse der zunehmenden Bestimmtheit des exterministischen Prozesses falsch ist.

Die Analyse hat Substanz, die Technologie der Apokalypse existiert. Die apokalyptischen Visionen dieses Jahrhunderts waren auch keineswegs alle falsch. Nur wenige, die den Ersten Weltkrieg voraussagten, haben das erschütternde Ausmaß vorhergesehen, und niemand hat die volle Grausamkeit des Zweiten Weltkrieges im voraus abgesehen. Die apokalyptischen Propheten des Dritten Weltkrieges passen im übrigen nicht zu den Personen, die wir aus der Sozialgeschichte kennen: exzentrische Vikare, eifernde Berufssektierer, die einem die »Offenbarung« aufschwätzen, oder von Trance überkommene Kellnerinnen. Einige erstehen mit den strategischen Kriegsplänen in Händen aus dem Komplex der Waffensysteme selbst: Sacharow, Mountbatten, Admiral La Rocque, Zuckerman. Nicht Joanna Southcott¹⁵, sondern Einstein und Russell haben die erste Pugwash-Konferenz einberufen, nicht Thomas Tany, sondern Robert Oppenheimer sagte 1974: »Die Welt bewegt sich in Richtung Hölle, mit einer hohen Geschwindigkeit, einer positiven Beschleunigung und vielleicht sogar einer ansteigenden Zuwachsrate dieser Beschleunigung.«

Wir sollten, auch in Sachen Apokalypse, etwas genauer sein. Der völlige exterministische Zusammenprall könnte durch einen »begrenzten« lokalen Atomkrieg (China, Afrika oder der Persische Golf) abgetrieben werden, dessen Folgen so schrecklich wären, daß sie sogar die Exterministen entsetzten, und könnte eine neue weltweite Welle des Widerstandes hervorrufen. Und selbst der volle exterministische Zusammenprall mit dem gesamten Arsenal der Interkontinentalraketen in der nördlichen Hemisphäre müßte nicht notwendig die Lebensgrundlage aller Säugetiere zerstören, es sei denn, die Ozonschicht der Erde sei irreparabel durchlöchert.

Zerstört würde die nördliche Zivilisation, deren wirtschaftliche und soziale Systeme des Lebensunterhalts. Seuchen und Hungersnöte würden dann über die Überlebenden hereinbrechen, die großen Städte wären den Ratten und ihren genetischen Mutationsformen überlassen. Die Menschen würden sich in nicht-verseuchte Landstriche verstreuen und versuchen, eine Subsistenzwirtschaft des Mangels zu erfinden und in sich zur gleichen Zeit das schwere Erbe genetischer Schäden tragen. Es gäbe Banditentum, befestigte Bauernhöfe, befestigte Klöster, hefestigte Kommunen und ein Aufblühen der merkwürdigsten Kulte. Und irgendwann könnte es wieder zu kleinen Stadtstaaten kommen, die sich allmählich zu neuem Handel und zu neuen Kriegen vorarbeiten.

Dieses Szenario könnte auch völlig falsch sein. Fortgeschrittene Volkswirtschaften in der südlichen Hemisphäre könnten relativ unbeschädigt bleiben: Australien, Argentinien, Südafrika. Nach einem Zeitraum, in dem der Gestank und die Seuchen allmählich abklingen, könnten sie mit ihren Waffen zurückkommen, um die europäischen Stämme zu kolonisieren oder um das Weltreich einer einzigen Supermacht zu errichten.

Ich spreche nicht von der Auslöschung allen Lebens. Ich spreche von der Auslöschung unserer Zivilisation. Eine Bilanz der letzten 2000 Jahre wird man ziehen, und auf jedem Gebiet menschlicher Bemühungen und der Kultur werden die Salden negativ sein.

11. Unsere Chance

Wenn man mit dieser Erwartung lebt, dann muß das auf tiefe und subtile Weise die ganze politische Haltung beeinflussen. Der Klassenkampf setzt sich in vielen Formen

rund um die Erde fort. Aber der Exterminismus ist nicht eine »Klassenfrage«: er ist ein menschliches Problem. Bestimmte Formen »revolutionärer« Haltung und Rhetorik, die die exterministische Ideologie anheizen und die notwendigen Zusammenschlüsse menschlichen Widerstandes spalten, sind Luxusgüter, auf die wir gut verzichten können.

Im Rahmen der sich zusammenbrauenden Zielstrebigkeit gibt es Widersprüche, Gegenkräfte in beiden Blöcken, von denen ich in diesen Anmerkungen sehr wenig gesagt habe. So bleibt darzustellen, wie ein Zusammenschluß von Kräften gegen den Exterminismus aussehen könnte und welche Strategie eine Hoffnung auf Erfolg verspricht.

Erstens müßte sich diese Bewegung sehr rasch zusammenschließen, weil wir bereits im Schatten des Zusammenpralls leben. Prophezeiungen sind willkürlich: nur, die erfolgreiche Installation von Cruise-Raketen auf westeuropäischem Boden im Jahre 1983 könnte den Punkt möglicher Umkehr bereits überschritten haben.

Zweitens, der Bruch, der sich durch das Herz Europas zieht, bleibt der zentrale Ort der einander entgegengesetzten Schubkräfte des Exterminismus, obgleich der zweite Bruch in Asien (mit der unberechenbaren Präsenz Chinas) an Bedeutung gewinnt.⁴⁶ Die europäische atomare Abrüstungsbewegung (E.N.D.) ist deshalb keine Strategie, um weltweit die Konfrontation auszuschließen. Die Abrüstungsbewegung zielt direkt auf diese Konfrontation und ruft einen Gegenschub hervor, die Logik des Prozesses sollte zur Auflösung beider Blöcke führen, zur Entmystifizierung der ideologischen Mythen des Exterminismus, um damit den Nationen in Ost- und Westeuropa ihre Autonomie und ihren Bewegungsspielraum zurückzugeben. Neutralität oder Blockfreiheit in irgendeinem Teil der Erde sind nicht, oder nicht notwendig, isolationistische oder »pazifistische« Optionen: Sie sind aktive Eingriffe gegen den zielstrebigsten Druck des Exterminismus.

Drittens, dieser Zusammenschluß muß natürlich Allianzen mit existierenden anti-imperialistischen und nationalen Befreiungsbewegungen in jedem Teil der Welt eingehen. Indem er die Politik der Blockfreiheit stärkt, wird er eine Gegenkraft gegen die Militarisierung nach-revolutionärer Staaten in Afrika und Asien darstellen.

Viertens (und dies könnte der kritischste und entscheidendste Punkt sein) muß diese Bewegung in behutsamer und nicht provokativer Weise Vereinigungen zwischen der Friedensbewegung im Westen und den konstruktiven Elementen der kommunistischen Welt (in der Sowjetunion und Osteuropa) aufbauen, die sich gegen die exterministische Struktur und Ideologie ihrer eigenen Nation stellen.

Dies ist eine notwendige Bedingung, ohne solche internationalistische Zusammenschlüsse, die die Bruchstelle überbrücken, werden wir keinen Erfolg erzielen. Der exterministische Schub (das haben wir gesehen) wächst und verstärkt den Druck des exterministischen Gegenübers.

Der Gegendruck kann nicht von der anderen Seite kommen, sondern nur durch den Widerstand der Völker innerhalb jeden Blocks. Nur: Solange der Widerstand auf den eigenen Block beschränkt bleibt, kann er zwar die Kräfte bremsen, die zum Krieg hin treiben, aber andere Richtungen nicht durchsetzen. Solange jede Widerstandsbewegung in einem Block als Verbündeter des Exterminismus (mit seinen mächtigen Stützpunkten im Waffensystem und dessen logistischen Unterbau) der anderen Seite zugeordnet werden kann, werden die Herrschenden ihr eigenes Territorium polizeilich überwachen, ihre ideologische Kontrolle wieder einführen und schließlich den Schub

wieder-beleben können.

Daraus folgt: Nur die Wiederbelebung des Internationalismus kann möglicherweise eine Kraft zusammenbringen, die hinreicht. Dieser Internationalismus muß bewußt gegen den Exterminismus gerichtet sein und muß sich gegen die ideologischen Gebote beider Blöcke richten. Er muß in seinen Gedanken, in Formen des Austauschs mit anderen, in Gesten und symbolischen Ausdrücken die Gebote menschlichen, ökologischen Überlebens verkörpern. Eine solche Bewegung kann nicht durch offizielle oder quasi offizielle Sprecher jedes Blockes übertreten werden (das zeigen die eurokommunistischen Parteien an, die sich weigerten, an der April-Konferenz in Paris teilzunehmen). Die Strategie der Stockholmer Friedensappelle und des Weltfriedensrats ist ebenso tot wie die Strategie Sacharows, den Menschenrechten in der Sowjetunion durch Resolutionen des US-Senats zum Durchbruch zu verhelfen.

Internationalismus erfordert heute die einstimmige Ablehnung der Ideologie beider Blöcke. Die zunehmende Bewegung Westeuropas gegen die »Nachrüstung« der NATO muß den sowjetischen Ideologen und Militär-Managern einen realen Preis abverlangen: die Öffnung Osteuropas für echten Gedankenaustausch und die Teilnahme am gemeinsamen internationalistischen Gespräch. Das kann nicht versteckte Taktik, sondern muß offene Strategie sein. Dies könnte bei der Lösung des exterministischen Kräftefeldes der kritischste Punkt sein. Er wird von den NATO-Ideologen ebenso heftig bekämpft werden wie von der kommunistischen Bürokratie und Polizei. Die Auseinandersetzung wird symbolische Kundgebungen und eine dickfällige internationalistische Moral erfordern. Sie wird Freunde in Gefahr bringen.

Schließlich, das sollte man nicht betonen müssen, können wir uns dem Exterminismus nur mit dem breitesten Bündnis der Bevölkerung entgegenstellen: das heißt mit Hilfe aller positiven Kräfte in unserer Kultur. Zweitrangige Meinungsverschiedenheiten müssen dem Gebot menschlicher Ökologie untergeordnet werden. Die in der marxistischen Linken zuweilen zu beobachtende Unbeweglichkeit basiert auf einem großen Irrtum, nämlich dem, theoretische Schärfe oder die »revolutionäre« Pose seien Ziel der Politik. Ziel der Politik ist zu handeln, und zwar *wirkungsvoll* zu handeln. Die Stimmen, die in schrillen, militanten Tönen verkünden, die Bombe (hinter die sie nie gekuckt haben) sei »eine Klassenfrage«, wir müßten zu den Dramen der Konfrontation zurückkehren und die Verseuchung von Christen, Neutralisten, Pazifisten und anderer Klassenfeinde bekämpfen, diese Stimmen sind nur eine Art Falsett im Chor des Exterminismus. Nur ein Zusammenschluß, der die Kirchen, Eurokommunisten, Sozialdemokraten, osteuropäische Dissidenten (und nicht nur »Dissidenten«), von Parteistrukturen unabhängige sowjetische Bürger, Gewerkschaftler, Umweltschützer vereint — nur ein solcher Zusammenschluß kann möglicherweise die Kraft und den internationalistischen Elan entwickeln, um die Cruise-Raketen und die SS 20 zurückzuwerfen.

Wenn wir diesen Sieg erringen, wird die Welt sich wieder bewegen. Bricht das Kräftefeld des Kalten Krieges zusammen, dann werden die 30 Jahre alten Hindernisse der politischen Mobilität Europas (Ost, Süd, West) zu weichen beginnen. Nichts wird sich von dort aus selbstverständlich ergeben, aber sobald die Blöcke vom Kollisionskurs abkommen, werden sie sich selbst wandeln. Die Aufrüster und Polizisten verlieren ihre Autorität, die Ideologen fangen an, sich zu versprechen. Ein neuer politischer Spielraum öffnet sich.

Unter dem Schatten der exterministischen Krise ist das europäische Bewußtsein alarmiert, und ein Augenblick der Möglichkeiten taucht auf. Diese Bemerkungen sind noch grob geschnitzte, die Leser werden sie berichtigen wollen. Ich fordere sie auf, zugleich zu handeln.

Ich danke Ken Coates, Mary Kaldor, Dan Smith, Dorothy Thompson und den Herausgebern der *New Left Review* für Kommentare und Kritik. Für meine Schlußfolgerungen bin ich allein verantwortlich.

Anmerkungen

- 1 entfällt
- 2 Peter Sedgwick, NATO, the Bomb and Socialism, in: *Universities & Left Review* 7 (Herbst 1959); Hervorhebungen vom Verfasser.
- 3 Die Literatur ist inzwischen umfangreich, als erste kommentierte Bibliographie empfiehlt sich: Ulrich Albrecht, Asbjorn Eide, Mary Kaldor u. a., *A Short Research Guide on Arms and Armed Forces*, London 1978. — Empfehlenswert ist auch die ausgewählte Bibliographie zu Asbjorn Eide und Marek Thee (eds.), *Problems of Contemporary Militarism*, London 1980. Bibliographien werden regelmäßig im ADIU-Report (Science Policy Research Unit, University of Sussex) auf den neuesten Stand gebracht.
- 4 Ich benutze den Begriff der »Rationalität« in diesem Text, um eine rationale Verfolgung von eigenen Interessen zu bezeichnen, die einer Nation, einer Klasse, einer politischen Elite etc. zugeschrieben werden. Aus deren Blickwinkel mag deren Verfolgung überhaupt nicht rational erscheinen.
- 5 Sie wird, so befürchte ich, in diesen Anmerkungen fast völlig weggelassen. Ich empfinde die chinesische Diplomatie als unergründlich.
- 6 Siehe Régis Debray, A Modest Contribution to the Rites and Ceremonies of the Tenth Anniversary, in: *New Left Review* 115 (May/Juni 1979).
- 7 Zu jedem Zeitpunkt vor 1960 hätten die Eintreibungen der OPEC oder die Streitbarkeit der iranischen Studenten mit Sicherheit eine militärische Strafaktion des Westens ausgelöst.
- 8 Mary Kaldor, The Significance of Military Technology, in: *Problems of Contemporary Militarism*, S. 226 ff.
- 9 Siehe Mary Kaldor und Asbjorn Eide (eds.), *The World Military Order, The Impact of Military Technology on the Third World*, 1979.
- 10 Ich übernehme hier die konservativen Schätzungen von Deborah Shapley. Sie schließen unbedeutendere Waffen nicht ein. Nach anderen Zählungen, die wirklich alle Atomwaffen umgreifen, hat die Anzahl bereits 50000 überschritten.
- 11 Deborah Shapley, Arms Control as a Regulator of Military Technology, in: *Daedalus* 109 (Winter 1980).
- 12 Alva Myrdal, The Game of Disarmament, New York 1976, S. 11/12; Lord Zuckerman, The Deterrent Illusion, in: *The Times*, 21. Januar 1980 (inzwischen wieder abgedruckt in: *Apocalypse Now*, Spokesman Books).
- 13 Ein zuverlässiges Urteil über die Zuwachsraten in beiden Blöcken gibt Dan Smith, The Defence of the Realm in the 1980s, bes. Kap. 3 u. 4.
- 14 Alva Myrdal, a. a. O., S. 8.
- 15 Lawrence Freedman, Direktor für Policy Studies, Royal Institute of International Affairs, in: *The Times*, 26. März 1980.
- 16 »Ein drohender sowjetischer Atomangriff auf Westeuropa könnte der NATO nur den Rückgriff auf das amerikanische Arsenal offenlassen, mit den entsprechenden Risiken für die amerikanischen Städte (...) In Westeuropa stationierte Raketen geben dem amerikanischen Präsidenten eine vorgelagerte Option an die Hand«, in: Gregory Treverton, stellv. Direktor, Institute for Strategic Studies, in: *The Observer*, 19. November 1979.
- 17 Interview in der *New York Sunday Times*, 30. März 1980.
- 18 Herbert F. York, The Nuclear 'Balance of Terror' in Europe, in: *Ambio* 4, Nr. 5-6 (1975).
- 19 Alva Myrdal, a. a. O., stellt im zweiten Kapitel die gesamte »Schauplatz«-Strategie dar. Das Buch wurde 1976 veröffentlicht.

- 20 Fine geschwätzige Darstellung dieser bürokratischen Missetaten gibt Stephen R. Hanmer, jr., in: *NATO Review*, Februar 1980.
- 21 Die Schätzungen des Stockholm-International Peace Research Institute (SIPRI) taßt Frank Barnaby zusammen in: *Global Militarization*, in: *Proceedings of the Medical Association for the Prevention of War*, März 1980.
- 22 Alva Myrdal, a.a.O., S. 5. — Aber die Dritte Welt holt auf, ihr Anteil erreichte im Jahre 1978 24% (Barnaby, *passim*).
- 23 Ein erhellender Bericht über den gegenwärtigen Stand der Vorbereitung auf den chemischen Krieg findet sich in: *Scientific American*, April 1980.
- 24 Barnaby, a.a.O.
- 25 Der bemerkenswerteste Überblick über den »Amerikanischen Archipel Gulag« von Noam Chomsky und Edward Herman, in: *The Washington Connection and Third World Fascism*, sowie: *After the Cataclysm* (beide bei Spokesman Books, 1979, erschienen) hat in Großbritannien weniger Diskussionen ausgelöst, als er verdient. Vielleicht liegt dies an den unterschiedlichen Interpretationen der Ereignisse in Indochina. Einige der schrecklichsten Episoden (die — wie die Ereignisse in Kampuchea — die Bezeichnung »exterministisch« verdienen) waren von Unaufrichtigkeit und Stellvertreterdenken beeinflußt. Siehe: A. Kohen und J. Taylor, *An Act of Genocide: Indonesia's Invasion of East Timor*, Tapol, 8a Treport Street, London SW 1.
- 26 Vgl. Emma Rothschild, *boom and bust*, in: *New York Review of Books*, 3. April 1980; J.A. Schumpeter, *Konjunkturzyklen*, Bd. II, Göttingen 1961, S.715.
- 27 Nach dem Abschluß dieses Aufsatzes habe ich den wichtigen Beitrag »The Role of Military Technology in Industrial Development« gelesen, den Mary Kaldor vor der UN-Gruppe von Regierungsexperten zu Fragen von Abrüstung und Entwicklung im Mai 1980 gehalten hat. Kaldor argumentiert ähnlich, aber komplexer, sie mißt der »barocken« Militär-Technologie ein größeres Gewicht bei: immer teurer, komplizierter, unwirksamer, führt sie zu technischen Entgleisungen oder in Sackgassen. Kaldor sieht die Waffen-System-Industrie in den USA und in Großbritannien weniger als »führenden Sektor«, sondern als einen Sektor, der den industriellen Wandel einschränkt und verzerrt, der zur technologischen Stagnation führt, als Zeichen eines *Circulus vitiosus*, in dem der industrielle Niedergang die Militärausgaben anheizt, die dann paradoxerweise den Prozeß des Niedergangs beschleunigen. Sie bewertet den Export solcher Technologien in die Dritte Welt als uneingeschränkt negativ, weil diese in den Drang nach Wachstum Dekadenz hineinträgt.
- 28 Siehe James Petras und Robert Rhodes, *The Reconsolidation of US Hegemony*, in: *New Left Review* 97, und die sich daran anschließende Diskussion in: *New Left Review* 101.
- 29 Herbert Scoville, a.a.O.; *New York Times* (wissenschaftliche Beilage), 15. April 1980; *Guardian*, 15. März 1980.
- 30 Oskar Lange, *Papers in Economics and Sociology*, Oxford 1970, S.102.
- 31 Rothschild, a.a.O.
- 32 Zbores Medvedev, *Russia under Brezhnev*, in: *New Left Review* 117 September/Oktober 1979, S.18 f.
- 33 Alec Nove, *Problems and Prospects of the Soviet Economy*, in: *New Left Review* 119 Januar/Februar 1980, S.16 f.
- 34 David Holloway, *War, Militarism and the Soviet State*, in: *Alternatives*, Juni 1980. Siehe auch vom gleichen Verfasser: *Soviet Military R & D*, in: J. Thomas und U. Kruse-Vancienne (eds.), *Soviet Science and Technology*, Washington, D.C. 1977. — Ich stütze mich in diesem Abschnitt stark auf David Holloway's Aufsatz und bin ihm dafür dankbar, ihn benutzen zu dürfen. Er ist jedoch für meine Schlußfolgerungen nicht verantwortlich.
- 35 Siehe Zbores Medvedev, a.a.O., S.11-12.
- 36 Siehe meinen Artikel »Detente and Dissident«, in: Ken Coates (Hrsg.), *Detente and Socialist Democracy: a discussion with Roy Medvedev*, Spokesman Books 1975.
- 37 C. Wright Mills, *The Causes of World War III*, New York 1958, Dt. Ausgabe: *Die Konsequenz*, München 1959, S.71.
- 38 Siehe Jan Øberg, *The New International Military Order*, in: *Problems of Contemporary Militarism*, bes. S.54 ff.
- 39 Emma Rothschild, a.a.O.

- 40 Die starke ideologische Sichtbarkeit Jugoslawiens und Kubas dürfte sie vor militärischen Operationen stärker beschützt haben als etwaige strategische Rücksichten. Man vergleiche einmal die halb-offizielle Cowboy-Expedition gegen Kuba (Schweinebucht) mit der beispiellosen militärischen Gewalt, die über Vietnam hereinbrach.
- 41 Wenn China sich einem Block zuschlägt, seine ganze Masse auf die Waagschale wirft, dann läßt sich nicht mehr erkennen, wie die Kollision vermieden werden soll.
- 42 Siehe Emma Rothschild, a.a.O., und Mary Kaldor, *The Role of Military Technology in Industrial Development*, a.a.O.
- 43 Ich setze mich von der Analyse Andersons (Hrsg. der *New Left Review*) und anderer scharf ab, die die Campaign for Nuclear Disarmament (CND) mit »pazifistisch«, »neutralistisch«, »Mittelschicht«, »fehlgeschlagen« belegen und die VSC (Vietnam Solidarity Committee) heiligsprechen. Im Moment kann diese Kontroverse jedoch beiseite gelassen werden.
- 44 H.M. Enzensberger, Zwei Randbemerkungen zum Weltuntergang, in: *Kursbuch 52* (Mai 1978), S.4.
- 45 Joanna Southcott (1750-1814) begann im Alter von 40 Jahren mit Zukunftsvorhersagen und Prophezeiungen. Nachdem mehrere ihrer Vorhersagen eingetroffen waren, wurde sie populär und sammelte eine kleine religiös-fanatische Gruppe um sich. Thomas Tany war ein Goldschmied aus London, der im 17. Jahrhundert lebte. Er veröffentlichte einen Aufruf, der die Rückkehr der Juden in das Heilige Land bekannt gab, und rüstete sich daraufhin mit Zelten aus. Er bezeichnete sich verschiedentlich auch als den Herzog von Essex, d.h. den Erben des Throns, und beanspruchte die französische Krone. (Der Übersetzer).
- 46 Mir »Ort« will ich nicht sagen, Europa sei der wahrscheinlichste Ort der Entzündung. Pakistan oder die Golf-Staaten könnten diesen Ort abgeben.

Argumente für eine soziale Medizin



Neu im Juni: Band IX

Prävention — Gesundheit und Politik

mit Beiträgen von: H.H. Abholz, D. Borgers, Huber u.a.
Themen: Umweltverursachte Erkrankungen und Präventionsmöglichkeiten: Beispiele Krebs, Koronare Herzerkrankungen; Krankheiten im Gefolge von Luftverschmutzung und anderen Schadstoffeinwirkungen, Alkohol- und Tabakmißbrauch, Übergewicht. Dabei werden die beschränkten Möglichkeiten medizinischer Ansätze gegenüber den denkbaren politischen Antworten dargestellt. So wird deutlich, daß Primärprävention als die Verhütung von Krankheiten eine neue Gegenstandsbestimmung der Medizin verlangt.
(AS 64: ISBN 3-88619-002-1) 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

U.a. bereits erschienen:

Band VII: Lohnarbeit, Staat, Gesundheitswesen

(AS 12: ISBN 3-920037-60-X) 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

Band VIII: Gesundheitspolitische Analysen, Primärmedizin

(AS 30: ISBN 3-920037-46-4) 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

Im Argument-Verlag erscheint außerdem die Reihe: »Jahrbuch für kritische Medizin«. Im »Medizin-Abo« erhalten Sie jährlich ein Band »Argumente für eine soziale Medizin« und ein Band »Jahrbuch für kritische Medizin« für 28,60 DM inkl. Versandkosten (Stud. 25 DM).

Die Politik der atomaren Abrüstung*

Wieder einmal beginnt das atomare Wettrüsten, alle Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Wo bleibt in dieser Situation die übrige Politik? Gibt es überhaupt noch eine andere Politik, die wichtig ist? Das ist heute die politische Kernfrage.

Viele Genossen und Freunde plädieren sehr beredt für die absolute Priorität spezifischer, autonomer und bündnisbereiter Kampagnen gegen das atomare Aufrüsten.¹ ...Es ist bezeichnend, daß genau an dem Punkt, wo die unterschiedlichen Schwerpunkte der verschiedenen Abrüstungsbewegungen dringend diskutiert werden müßten, regelmäßig ein — auf seine Weise natürlich beeindruckender — Rückfall stattfindet in das einfache Ausmalen der Schrecken des Atomkrieges. Sie sind gewiß der Ausgangspunkt, sie können aber in keinem Argument als Schlußfolgerung dienen. Keiner ist sich über diese Schrecken so schnell einig wie diejenigen, die das Wettrüsten verteidigen und wirklich durchführen, und die dann daraus ihre eigenen Abschreckungsmodelle ableiten und einen großen Teil der öffentlichen Meinung auf sich ziehen. Wenn das Plädoyer für die absolute Priorität der Antiatomwaffen-Bewegung praktisch von der wiederholten Darstellung der entsetzlichen Konsequenzen eines Atomkrieges lebt, dann ist es schlicht unzureichend.

Mir scheint, es gibt drei große Fragen. Erstens, inwieweit hat die Entwicklung der Kernwaffen und der damit verbundenen politischen und militärischen Systeme den Charakter anderweitig determinierter gesellschaftlicher Verhältnisse soweit verändert, daß das, womit wir jetzt konfrontiert sind, de facto — wie Edward Thompson eindringlich argumentiert hat — das neue soziale Verhältnis eines »Exterminismus« darstellt? Zweitens stellt sich, in einem anderen Zusammenhang, die Frage, was die Leitbegriffe der allgemeinen Diskussion gegenwärtig wirklich bedeuten, insbesondere die Begriffe »Abschreckung«, »Multilateralismus« und »Unilateralismus«. Drittens, und diese Frage ist von entscheidender Bedeutung, wenn auch abhängig von unseren Antworten auf die vorangegangenen Fragen: Was ist oder sollte sein der spezifisch sozialistische Beitrag zu den Aktivitäten gegen das atomare Wettrüsten, ob autonom oder als Element einer breiten Bündnisbewegung?

1. Nukleare Waffen und Gesellschaftsordnung

»Die Bombe« und der technologische Determinismus

»Wenn die handbetriebene Maschine uns die Gesellschaft mit dem Feudalherren bescherte und die Dampfmaschine die mit dem industriellen Kapitalisten, was bescherten uns dann diese satanischen Maschinen, die heute laufen und die Mittel zur Ausrottung der Menschheit hervorbringen?«² Die Frage ist dringend und wichtig, aber hinter ihr verbirgt sich natürlich eine andere Frage: wer hat uns die handbetriebene Maschine, die Dampfmaschine, die Raketenfabriken »beschert«? Die komplizierten Beziehungen zwischen Technologie und Produktionsweise, zwischen Produktionsweise und Gesell-

* Zuerst erschienen in *New Left Review* 124, 1980. Um einen einleitenden Passus und einige andere Passagen gekürzt, vor allem soweit sie sich auf die spezifisch britische Situation beziehen. Übersetzt von Gaby Mischkowski und Rolf Nemitz.

schaftsordnung lassen nur selten eine einfache Ursache-Wirkungs-Analyse zu. Wenn der technologische Determinismus, auf den der kombinierte Satz von Marx und Edward Thompson hinweist, ernst genommen wird, dann ist er eine Form der intellektuellen Abschottung vor der Komplexität des sozialen Prozesses.

Das Ausklammern menschlichen Handelns, menschlicher Interessen und Intentionen zugunsten eines selektiven und verdinglichten Bildes ihrer Ursachen und Folgen ist ein systematisches Verbiegen der Geschichte und schließt alle anderen Ursachenbegründungen aus. Ein solches Vorgehen ist immer gefährlich, im Falle der Atomwaffen aber besonders lähmend. Selbst wenn es sich eher um eine Art von Vereinfachungstechnik handeln sollte, führt es uns doch weg von anfänglichen und fortdauernden Ursachen und fördert (ironischerweise auf die gleiche Art wie die Ideologien, die die Waffensysteme jetzt unterstützen) das Gefühl der Hilflosigkeit vor einer gewaltigen, unpersönlichen und unkontrollierbaren Macht. Denn es bleibt weiter nichts übrig als die beschränkten Reaktionen von Passivität oder Protest, zynischer Resignation oder Prophezie.³ Daß in jedem dieser Paare die zweite Reaktion unendlich viel besser ist, moralischer und politischer, braucht nicht betont zu werden. Es dürfte aber klar geworden sein, daß die Ausgangsannahme eines derart absoluten und übermächtigen Systems den Charakter einer Bewegung gründlich beeinträchtigen kann, zumal diese Bewegung viele mit unvereinbar anderer Ausgangsposition sehr wirksam organisiert und erfaßt.

Im Falle der Atomwaffen ist nichts klarer, als daß sie bewußt angestrebt und entwickelt worden sind und auch weiterhin bewußt angestrebt und entwickelt werden. Es stimmt, daß — wie oft bei modernen technischen Innovationen — vieles an Grundlagenforschung aus ganz anderen Gründen betrieben worden ist, ohne dieses besondere Resultat vorauszusehen. Aber wie in vielen anderen vergleichbaren Fällen hing auch hier das entscheidende Moment des Übergangs von der wissenschaftlichen Erkenntnis zur technischen Erfindung und dann von der technischen Erfindung zur systematischen Technologie für bekannte und vorhergesehene Zwecke davon ab, daß Auswahl und Investitionen bewußt von einer bestehenden Gesellschaftsordnung vorgenommen wurden. So ist die Atombombe in einer Situation des totalen Krieges entwickelt worden, unter der altbekannten Warnung, daß der Feind sie ebenfalls entwickeln könnte. Sie ist von Staaten entwickelt worden, die den Bombenteppich und die Bombardierung der Städte mit Brandbomben bereits praktizierten. Die Atombombe gab ihnen eine weit- aus größere Vernichtungskraft, mit ihr konnten sie all derartiges auf eine absolute Weise tun, schrecklicher und nachhaltiger mit den neuen genetischen Folgen der Radioaktivität. Auch wenn es stimmt, daß der Massenmord keine Erfindung des 20. Jahrhunderts ist, so brachte die Industrialisierung des Massenmordes doch etwas radikal Neues — zuerst mit der Entwicklung von hochexplosiven Sprengstoffen im 19. Jahrhundert und der Entwicklung von Bombenflugzeugen im 20. Jahrhundert und dann, im späten 20. Jahrhundert, mit der Entwicklung praktisch automatischer, ferngesteuerter Raketen-systeme. Wiewohl dies am dringlichsten ist, geht es hierbei nicht nur um Kernwaffen. Die gegenwärtige Entwicklung von chemischen und bakteriologischen Waffen, die mit der Raketentechnologie kombiniert werden können, gehört zur gleichen Eskalation des Umfangs und der Durchführbarkeit von Massenmorden.

Militärische Technologie war oft, vielleicht immer, für die Beschaffenheit der Gesellschaftsordnung ein signifikanter Faktor. Sie beeinflußt direkt auch die Klassenkämpfe. Wenn die typische Waffe für Bauern und Arbeiter in Reichweite liegt, gibt es letztlich

ein anderes Gleichgewicht der Klassenkräfte als in den Perioden, wo man für die typischen Waffen auf die Kontrolle größerer Industrieanlagen oder hochentwickelter wissenschaftlicher Forschung angewiesen ist.

Die Frage, die wir stellen müssen, wenn es um das ganze Ausmaß nuklearer und verwandter Waffen geht, lautet: Zu welchen spezifischen *Veränderungen* in den wechselnden, aber stets entscheidenden Beziehungen zwischen militärischer Technologie und Gesellschaftsordnung haben sie geführt? Zwei Bereiche der Veränderung sind klar: international und innenpolitisch.

Atomwaffen und internationale Beziehungen

Als die Atomwaffe gerade erfunden worden war, wurde gemeinhin gesagt, jetzt gebe es nur noch zwei oder drei Staaten, die imstande seien, einen größeren Krieg zu führen. Tatsächlich bildete diese, mit vielem anderen von James Burnham übernommene Perspektive die Basis für Orwells Entwurf 1984, worin drei Superstaaten sich in permanentem Kriegszustand befinden, in wechselndem Bündnis und Gegenbündnis, mit absoluter repressiver und propagandistischer Kontrolle ihrer eigenen Bevölkerung. Im wesentlichen ist es dieser Orwellsche Alptraum, der jetzt wiederbelebt wird («1984» als »Exterminismus«). Die bloße Tatsache seiner Neubelebung sagt nichts über seinen Wahrheitsgehalt aus. Aber es lohnt sich, die Prophezeiung mit der Geschichte zu vergleichen. Das Emporkommen von Supermächten wurde richtig vorhergesehen. Allerdings war dies nicht in erster Linie eine Funktion der Atombombe oder selbst der Wasserstoffbombe, wenn sie auch unmittelbare und in bestimmten Situationen ausschlaggebende militärische Vorteile brachten. In der Entwicklung der neuen Technologie gab es eindeutige Stufen. Die entscheidende Stufe war, wie wir nunmehr sehen können, die Kombination von Atomwaffen mit fortgeschrittener Raketentechnologie, wie sie seit Mitte der 50er Jahre betrieben wird: eine Kombination, die — auf ständig steigendem Niveau — die Stellung der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion als Supermächte immer noch aufrechterhält, und zwar in einer Zeit, in der andere Staaten nukleare Waffen erworben haben, die aber weniger wirksam sind oder leichter verwundbare Trägermittel haben. (...)

Zur gleichen Zeit war der Rest der Welt, der in die Orwellsche Perspektive bequeme Weise eingegliedert und folgerichtig vernachlässigt wurde, in diesem dominierenden und gefährlichen Geschichtsverlauf sowohl Objekt als auch Subjekt. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß die offensichtliche Gefahr der Vorherrschaft einer Supermacht als Hauptargument gegen Begrenzungsabkommen über Atomwaffen angeführt wurde, (hauptsächlich von chinesischer Seite): das war ein Vorstoß zur politischen Unabhängigkeit, der — verbunden mit bestimmten regionalen Rivalitäten — faktisch das nukleare Arsenal vervielfältigt hat. Auf unmittelbar militärischem Wege gab es mit der Suche nach Basen im Rahmen der Globalstrategie, die die Atomraketen und verwandte Technologie begleitet hat, einen ständigen Druck, unabhängige oder ehemals abhängige Staaten auf Objekte der militärischen Konkurrenz der Supermächte zu reduzieren. Während vieles davon den Imperativen militärischer Technologie folgte oder sogar einfach fortgeführt wurde, als es aufgrund technologischer Veränderungen vom militärischen Standpunkt aus nicht mehr so notwendig war, so ist es doch ebenfalls wahr und von entscheidender Bedeutung, daß die Hauptstoßrichtung dieser tödlichen Konkurrenz in erster Linie nicht militärisch-technologisch war, sondern — im weitesten Sinne

— politischer Natur. Aber der fundamental politische Charakter dieser Konkurrenz modifiziert seinerseits die unmittelbar militärische Konkurrenz.

Für die Supermächte besteht die Notwendigkeit, Rücksicht auf die breiten Interessen, die ihren Ursprung in der übrigen Welt haben, nicht nur — wie so oft — vorzugeben, sondern in vielen Fällen wirklich Rücksicht darauf zu nehmen. Auf diese Weise haben ununterbrochen heftige politische und ökonomische Kämpfe stattgefunden, die bei einfacher militärischer Vorherrschaft von vornherein ausgeschlossen gewesen wären. Diese Kämpfe schlossen die substantielle, wenn auch noch unvollständige Befreiung vieler Völker ein, die nicht einmal annähernd das Vermögen besitzen, nukleare Waffen herzustellen. Zur gleichen Zeit haben nicht nur die Supermächte, sondern viele sekundäre Staaten andere Waffenarten exportiert, und zwar mit einer Rücksichtslosigkeit, die sich von den primären Konkurrenzbeziehungen zwischen den Supermächten meist unterschied. Das hat in einer Zeit, in der nukleare Waffen als entscheidend angesehen werden, und keine davon tatsächlich eingesetzt wurde, zu 25 Millionen (und ständig mehr) Kriegstoten geführt. Diese Argumentation verkleinert keineswegs die zentrale Gefahr eines Atomkrieges zwischen den Supermächten und den angeschlossenen atomaren Bündnissen. Wie wir aber bei der Analyse der Ideologie der Abschreckung noch sehen werden, wurde dieser scheinbar technologisch determinierte Prozeß zumindest unvollständig realisiert und in vielen bedeutenden Fällen war er in den Verwicklungen einer notwendig breiteren Weltgeschichte unwirksam.

Atomwaffen und innenpolitische Kontrolle

Die andere Hälfte der Orwellschen Zukunftsvision muß ebenfalls ernst genommen werden. In kapitalistischen Gesellschaften wie der unseren hat es zunächst während des Kalten Krieges, im Wettlauf um die Entwicklung nuklearer Waffen, und später bei ihrer ständigen technischen Weiterentwicklung dramatische Steigerungen auf den Gebieten der Überwachung und Kontrolle, der Spionage und Spionageabwehr gegeben. Ob es eine ähnliche Zunahme in sowjetisch kontrollierten Gesellschaften gegeben hat, und besonders in der Sowjetunion selber, die bereits vor den Atomwaffen einen enormen Apparat dieser Art besaß, darüber läßt sich streiten. Nicht zu bestreiten ist dagegen die Tatsache, daß dieser innenpolitische Prozeß als Ganzes, d.h. nicht nur als direkte Repression und Kontrolle, sondern als immer machtvollere Propaganda für Kriegsvorbereitung, Geheimhaltung, Fremdenhaß und Mißtrauen, zeitlich mit den Kernwaffen zusammenfällt. Dennoch muß man auch hier eine größere Einschränkung machen. Eben weil die zentrale Konkurrenz nicht allein militärisch-technologisch, sondern auch — im weitesten Sinne — politisch ist, bedeutet die Annahme, daß die Gefahren allein mit den Kernwaffen zusammenhängen, eine Unterschätzung eben dieser Gefahren. Im Gegenteil, das Gefährlichste in den kapitalistischen Gesellschaften ist jetzt der mächtige und bereits zu erfolgreiche Versuch, eine Symmetrie zu erreichen zwischen der äußeren (militärischen) Bedrohung — die direkt mit der Sowjetunion identifiziert wird — und der inneren Bedrohung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, einer Bedrohung, die primär von der einheimischen Arbeiterklasse ausgeht, ihren Organisationen und ihren Forderungen. Wir wären in einer viel besseren Lage als wir es jetzt sind, wenn die Überwachung und Geheimhaltung einzig gegen tatsächliche und mögliche Sowjetspione gerichtet wären oder auf die nationale, militärische Sicherheit. Bezeichnenderweise aber werden diese Kontrollen — jetzt noch durch größere eigenständige Entwick-

lungen unterstützt — mindestens eben so sehr gegen die ein heimische Arbeiterklasse und mit ihr verbundenen politischen Organisationen eingesetzt. Wenn die drohende Symmetrie zwischen einem äußeren und inneren Feind jemals politisch vollständig durchgesetzt wird, dann werden wir tatsächlich in höchster Gefahr sein.

Wenn der zentralisierte Sicherheits- und Überwachungsstaat auch nicht kausal auf das System der Atomwaffen zurückgeführt werden kann, so ist doch gleichzeitig die Bedrohung der Demokratie in einer besonderen und lebenswichtigen Hinsicht technologisch determiniert. Dies folgt nicht aus dem Besitz nuklearer Waffen überhaupt, sondern aus ihrer Verbindung mit der Raketentechnologie, was zu einer dramatischen Zeitverkürzung für wirksame militärische Entscheidungen geführt hat. Die in der Zeit der Mikroprozessoren ungeheuer gesteigerte Präzision moderner Fernlenksysteme und der damit verbundene Wechsel von der »counter-city«-Strategie zur »counter-force«-Strategie (auf die Raketenstützpunkte des Gegners gerichtet) haben die Spanne weiter vermindert. Es ist nicht nur so, daß sekundäre Staaten ihre Macht über letzte politische Entscheidungen abgetreten haben, solange sie im nuklearen Bündnis bleiben, sondern im Rahmen einer solchen Technologie hat dieses Abtreten und Zentralisieren von Macht seine eigene Logik. Auch wenn in den normalen politischen Bereichen vieles gegen eine solche Krise getan werden kann, so bleibt doch die Tatsache, daß die Billigung der nuklearen Raketentechnologie zugleich bedeutet, den Verlust der Unabhängigkeit bei letzten Entscheidungen zu billigen und — von da rückwirkend — einen stetigen Verlust an Unabhängigkeit und Offenheit auf viel weiteren politischen Gebieten hinzunehmen. Mit dieser gefährlichen Realität sind die Völker Europas im Osten und Westen jetzt konfrontiert. Da diese Entwicklung mit der Stationierung von Mittelstreckenraketen verbunden ist, die von den gleichen auswärtigen Zentren kontrolliert werden, und mit der sich entwickelnden Strategie eines »begrenzten« Atomkrieges auf dem (europäischen) »Schauplatz« zwingt sie uns zu den weitreichendsten politischen Kämpfen, solange wir noch Zeit haben.

2. Abschreckung, Multilateralismus oder Unilateralismus?

Abschreckung als Strategie und Ideologie

Abschreckung ist sowohl eine Strategie als auch eine Ideologie. Wir lägen falsch, wenn wir der Abschreckung als Strategie nicht eine begrenzte Wirksamkeit einräumen würden. Gerade weil es keine wirksame generelle Verteidigung gegen Atomwaffen oder genauer, gegen Atomraketen gibt, liegt zunächst Rationalität in dem Argument, daß, wenn ein Feind sie besitzt, die einzig mögliche Politik, abgesehen vom Pazifismus, darin besteht, eine Abschreckungskapazität der gleichen Art zu erreichen und beizubehalten. Wir brauchen uns nur die internationale Politik der zweiten Hälfte der 40er Jahre anzusehen, als die Vereinigten Staaten Atomwaffen besaßen, aber nicht die Sowjetunion. Damals wurden Vorschläge zur Nutzung dieses Monopols in überraschendem Ausmaß unterstützt, um — solange noch Zeit war — das Weltzentrum des Kommunismus zu vernichten. Das reicht, um zu erkennen, daß ein solches entsetzliches Machtmonopol, in wessen Hand auch immer, hier wie so oft äußerst gefährlich ist. Damals wurde argumentiert (z.B. von Burnham in seinem Buch, *The Struggle for the World*, 1947), daß, sobald zwei feindliche Nationen im Besitz von Atomwaffen seien, der nukleare Krieg fast unmittelbar folgen würde. Voraussagen dieser Art — daß Besitz unver-

meidlich den Gebrauch in sich schließe — sind seitdem ständig gemacht worden, mit periodisch wiederkehrender Zuversicht (oder vielmehr mit wiederkehrender Verzweiflung), ohne sich davon, daß verschiedene vorhergesagte entscheidende Stadien vorübergegangen sind, erschüttern zu lassen. Es war jedoch nicht allein die militärische Abschreckung, die diese Voraussagen bisher widerlegt hat. Der gesamte Komplex der politischen Kämpfe, die weitverbreitete öffentliche Ablehnung eines nuklearen *Erstschlags* und überdies diejenigen Eigenschaften nuklearer Waffen, die mit den unvorhersehbaren Folgen der radioaktiven Strahlung ein qualitativ neues und — in einiger Hinsicht — beschränkendes Element in die Kalkulation von Aggression eingeführt haben, waren mächtige und zeitweise sogar führende Faktoren. Aber auch in ihrem begrenzten unmittelbaren Zusammenhang war die Abschreckung nicht unwirksam. Es ist sehr aufschlußreich, diesen Tatbestand der »wechselseitigen sicheren Vernichtung« — an und für sich eine wahnsinnige Basis für jegliche langfristige Politik — auf die tatsächlichen weltpolitischen Verhältnisse seit 1945 zu beziehen. Wir stellen dann nämlich fest, daß, gerade weil diese Abschreckung in den direkten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion wirksam war, sie langsam aber sicher, und äußerst gefährlich als reales strategisches Konzept maskiert und — verwirrenderweise unter dem gleichen Namen — ersetzt werden mußte durch Abschreckung als Ideologie.

Die entscheidende Trennungslinie, die jetzt im Kampf um öffentliche Zustimmung und Unterstützung lebenswichtig ist, verläuft, um es deutlich zu sagen, zwischen der Abschreckung vor einem direkten militärischen Angriff, die immer noch verständlicherweise breit unterstützt wird, und der Abschreckung vor dem Kommunismus an sich. Natürlich sind die Strategie und die Ideologie in der Praxis ineinander verschlungen, aber auf der Ebene der öffentlichen Argumentation werden sie unerträglich und oft vorsätzlich vermengt. Wenn es ein Beweis für sowjetische Aggression ist, wenn in einem asiatischen oder afrikanischen Land eine sozialistische oder kommunistische Revolution stattfindet, dann hat man die simplen Grundsätze einer gegen einen direkten militärischen Angriff gerichteten Abschreckung weit hinter sich gelassen. Der natürliche und völlig vernünftige Wunsch aller Völker, gegen direkte Angriffe gesichert zu sein — der niemals, für keinen Moment von denen unter uns, die gegen Atomwaffen und Wetrüsten sind, geleugnet oder in Frage gestellt werden darf —, dieser Wunsch wird systematisch ausgebeutet für diese anderen und immer nur teilweise enthüllten Ziele. Die Unterschiede zwischen der Strategie und der Ideologie der Abschreckung klarzustellen, ist somit notwendiges Element jeder wirksamen Kampagne, damit es möglich wird, all diejenigen zu isolieren, die man ohne Übertreibung Kriegshetzer nennen kann. Nur vom Standpunkt der mächtigen organisierten Rechten in der westeuropäischen und nordamerikanischen Politik gilt, daß die Ideologie wieder zu einer Strategie wird: um überall den Kommunismus zu zerstören. Trotzdem war es in der Praxis für diese Gruppierung viel zu einfach, das nationale Bedürfnis nach Sicherheit und Unabhängigkeit in ihre völlig anderen Ziele einzubinden. Allerdings erleichtern wir ihnen die Arbeit, wenn wir nicht selber aufrichtig von diesen Bedürfnissen ausgehen, um dann weiterzugehen und ihre letztendliche (wenn auch nicht immer unmittelbare) Unvereinbarkeit mit Atomwaffen und Wetrüsten zu zeigen.

Dies wird uns am besten gelingen, wenn wir zeigen können, daß die gefährlichsten aktuellen Strategien gerade aufgrund des begrenzten Erfolges der Abschreckung vor einem direkten Nuklearangriff entwickelt worden sind. Klar ist, daß das, was immer noch

Entwicklung eines nuklearen Abschreckungspotentials genannt wird, in Zeiten bedeutender politischer und ökonomischer Veränderungen stattgefunden hat, und zwar außerhalb des Bereichs direkter Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR. Dies fand insbesondere in Zeiten des verstärkten nationalen Befreiungskampfes statt, mit den Höhepunkten um Kuba in den frühen 60er Jahren und nach Angola in den 70ern. An diesen Punkten ist der Unterschied zwischen Strategie und Ideologie besonders evident und er wurde nochmals, wenn auch auf verworrene Weise, deutlich mit den komplexen Veränderungen im Iran und in Afghanistan. Überdies ist klar, daß eine *direkte* Abschreckung bereits in der zweiten Hälfte der 50er Jahre erreicht worden war. Wir müssen dann noch etwas mehr oder weniger für die innere Verbesserung und Modernisierung dieser Systeme hinzurechnen, auf dieser Ebene und im Rahmen dieser Strategie. Dann wird deutlich, daß die ungeheure Entwicklung der Overkill-Kapazität, die sich jetzt mit steigender Rate fortsetzt, strikt zur Ideologie gehört und entschieden auf einen offenen und versteckten weltweiten politischen Kampf zurückgeführt werden muß und nicht auf das Anliegen nationaler Sicherheit. Darüberhinaus liegt es im begrenzten Erfolg der direkten Abschreckung zwischen den USA und der UdSSR, daß sich eine besondere und jetzt außergewöhnliche große Gefahr für Europa entwickelt hat (...), wobei — militärisch gesehen ganz irrational — geglaubt wird, daß ein begrenzter Atomkrieg als kontrollierter Teil des globalen Kampfes geführt werden könnte. Hier wird in einer für die Völker Westeuropas entscheidender Weise der Unterschied zwischen Strategie und Ideologie deutlich, besonders in diesen Jahren, in denen die nuklearen Waffen für eben solch einen Krieg unermüdlich entwickelt werden. Von Subjekten der Abschreckung, als die wir uns — wie vernunftwidrig auch immer — immer noch vorstellen könnten, sind wir zu Objekten einer Ideologie der Abschreckung geworden, bestimmt von Interessen, die völlig jenseits von uns als Nationen oder Völker liegen, aber — als Interessen der herrschenden Klassen — wohlgerne nicht jenseits unserer Grenzen. Was auch immer das »Szenario« anderen bringen mag, für uns als Völker ist es vom ersten Akt an die endgültige Tragödie. Globale Abschreckung hätte dann ein Europa geschaffen, in dem niemand mehr zum abschrecken oder abgeschreckt werden übrigbleibt.

Multilateralismus: Das Schlüsselwort für Aufrüstung?

»Multilateralismus«, also das Prinzip mehrseitiger Verhandlungen und Maßnahmen, wird als Begriff oft mit »Abschreckung« verbunden; zusammen ergeben sie die konsistente orthodoxe Argumentation, die bisher mehrheitlich unterstützt wurde. Mit der Unterscheidung zwischen Abschreckung als Strategie und als Ideologie können wir anfangen, diese Verbindung aufzubrechen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auf Basis der Abschreckung als militärischer Strategie in einem gewissen Stadium ihrer Entwicklung eine etappenweise wechselseitige Abrüstung hätte ausgehandelt werden können. Aber im Rahmen der Abschreckungs-Ideologie, der enorme selbständige politische Kräfte gleichzeitig unbedingt verpflichtet sind, kann und wird es keine Abrüstung geben. Das andauernde Versprechen, daß man durch eine notwendige Stärke Abrüstung erzielen könne, ist längst gründlich widerlegt worden und es ist erstaunlich, daß es immer noch so schamlos vorgebracht werden kann, als Deckmantel für immer noch ein weiteres Stadium militärischer Eskalation. Gleichzeitig jedoch ist die multilaterale Abrüstung tatsächlich der einzige Weg zur Sicherheit ... Zugleich müssen wir aber zwischen Multila-

teralismus als politischer Strategie und Multilateralismus als Ideologie unterscheiden. In den gegenwärtigen Debatten ist »Multilateralismus« tatsächlich in einem sehr starken Ausmaß ein Codewort für die fortgesetzte Einwilligung in die Politik der Militärbündnisse und des Wettrüstens. Auf täuschende oder selbsttäuschende Weise ist die Sehnsucht nach Abrüstung darin ideologisch gefangen, als Deckmantel für immer noch ein weiteres Stadium der Aufrüstung. Es wird ein wesentliches Ziel jeder Kampagne sein müssen, diese falsche Verbindung aufzubrechen. Das kann jedoch nur geschehen, wenn das Vernünftige des wirklichen Multilateralismus vollständig anerkannt wird. Eine wichtige Möglichkeit, dies zu tun, besteht darin, den multilateralistischen »Code« an seiner schwächsten Stelle zu »knacken«: er spricht zwar vom »Multilateralismus«, enthält aber in Wirklichkeit einen ausschließenden *Bilateralismus*. So sind es z. B. nicht die europäischen Regierungen, die Verhandlungen über die Stationierung und mögliche Reduzierung von Atomraketen auf ihren Territorien einleiten. Der inneren Logik der Bündnisse folgend, ist die primäre und in der Tat multilaterale Verantwortung faktisch ohne Protest aufgegeben und in die bilateralen Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion verlegt worden. »Multilateralismus« ist somit nur ein Code für die Prozesse der Polarisierung und des ergebnis hingegenommenen Verlustes nationaler Unabhängigkeit ...

Einseitige Abrüstung heute und gestern

Dies könnte und sollte — meiner Meinung nach — der Weg sein, auf dem sich die Kampagne für atomare Abrüstung in Europa entfaltet. Aber es ist bereits offensichtlich, daß sich die Kampagne mit einem übriggebliebenen und mit einem erneuerten »Unilateralismus« überschneidet, der Forderung nach einseitiger Abrüstung, und daß die gebräuchlichen Bedeutungen dieses Begriffs jetzt wieder sorgfältig untersucht werden müssen. Zunächst muß »Unilateralismus« historisch unterschieden werden vom Pazifismus, der schon immer und in sich schlüssig einen einseitigen pazifistischen Akt, einschließlich des Verzichts auf alle Waffen, als ersten Schritt vorgeschlagen hat, um aus der gefährlichen Sackgasse der bewaffneten Konfrontation auszubrechen. Der »Unilateralismus« hingegen erlangte eine spezifischere und begrenzte Bedeutung, und zwar in einer besonderen Periode — in den späten 50er Jahren —, in der bestimmte Umstände wirksam waren. Zu diesem Zeitpunkt war Großbritannien neben den Supermächten der einzige Staat mit Atomwaffen. So konnte ein einseitiger britischer Verzicht diskutiert werden als der erste notwendige praktische Schritt, um eine Vermehrung der Atomwaffenstaaten zu verhindern und als moralisches Beispiel für alle Staaten, einschließlich der Supermächte. Weiterhin gab es das Verlangen, aus dem Bereich der gefährlichen Rivalität der Supermächte herauszukommen, ob positiv als blockfreier Staat oder negativ, im Sinne von »die sollen alleine sehen, wie sie damit zurecht kommen«; beides beruhte auf der Annahme, daß Großbritannien unabhängig und autonom werden könne. Angesichts einer Wiederbelebung des Unilateralismus, die zugleich eine Fortsetzung ist, kommt es jetzt auf die erneute Prüfung der Verhältnisse an, bevor wir einfach alte Antworten übernehmen. (...) Was in seiner Argumentation immer schon — jetzt aber viel weniger entschuldigbar — fehlte, ist jegliche realistische Auseinandersetzung mit der vollen Bedeutung eines solchen Vorgehens für einen Staat wie Großbritannien. Obwohl für jede politische, auf mehrheitliche Unterstützung zielende Kampagne der strikteste Realismus absolut erforderlich ist, gibt es bezeichnenderweise

oft genau an diesem Punkt den rhetorischen Rekurs auf die unbestreitbaren Schrecken und Gefahren eines Nuklearkrieges und auf die Abstraktion der »Bombe«. Mit was sind wir nun wirklich konfrontiert? Es ist eine zentrale Tatsache, daß Großbritannien auf allen Ebenen — militärisch, politisch, ökonomisch und kulturell — in das »Bündnis« eingeschlossen worden ist, das sowohl ein militärisches System auf Leben und Tod darstellt als auch eine mächtige Organisation der entwickeltsten kapitalistischen Staaten und Volkswirtschaften. Die Herauslösung Großbritanniens aus dem Bündnis würde zu einer größeren Verschiebung im Kräftegleichgewicht führen und damit sofort zu einer außerordentlich ernsten Konfrontation. Jede erdenkliche Art des Gegendrucks würde sofort auf Großbritannien ausgeübt werden, mit Sicherheit auf ökonomischer und politischer Ebene, und die daraus resultierenden Auseinandersetzungen wären keineswegs auf das theoretisch abtrennbare Problem der Atomwaffen beschränkbar. Auf diese Weise würde eine theoretisch bornierte Kampagne, die auf die mögliche Volksablehnung der Atomkriegsgefahren baut, in Wirklichkeit auf einer Stufe allgemeiner Auseinandersetzungen anlangen, auf die sie vollständig unvorbereitet wäre. (...) Die Ablehnung der Stationierung von Marschflugkörpern auf unserem Territorium, als Teil der Forderung nach multilateralen europäischen Verhandlungen über den Abzug aller derartigen Raketen, Bomber und U-Boot-Basen vom europäischen Territorium »von Polen bis Portugal«, ist keineswegs »unilateralistisch« im gewöhnlichen Sinne. Es ist vielmehr die Einübung von Unabhängigkeit und Souveränität als Stufe in einem Verhandlungsprozeß, für den (gerade) noch Zeit ist. (...)

Das Problem des »britischen« Nationalismus

Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß in dem Meinungsspektrum, das wir grob als Labour-Linke beschreiben können, die ökonomischen, politischen und Friedenskampagnen alle in einem übereinstimmen: sie sind alle unilateralistisch im allgemeinen Sinn. Der Tenor ist überall der gleiche: Vorschläge für eine Notstands- oder notstandsähnliche Wirtschaft, geschützt durch die härtest möglichen Importkontrollen; Vorschläge für die Wiedergewinnung politischer Souveränität oder für den tatsächlichen Rückzug aus der EWG; Vorschläge für den unilateralen Verzicht auf Kernwaffen und Basen ohne Verhandlungen. Es gibt stichhaltige Argumente für jede dieser Positionen, aber die maßgeblichen Gemeinsamkeiten scheinen mir in der radikalen Überschätzung der Fähigkeit Großbritanniens zu unabhängigen und wirksamen Handlungen zu liegen und in einer radikalen Unterschätzung des Ausmaßes der gegenwärtigen Einflußnahme auf die britische Wirtschaft und Gesellschaft durch den internationalen Kapitalismus und durch das militärpolitische Bündnis, das zu seiner Verteidigung existiert. Es ist überhaupt keine Frage, daß wir Wege finden müssen, diese Einflußnahme zu zügeln und zurückzudrängen. Die effektivsten Wege zu finden ist aber Sache einer äußerst komplizierten und realistischen ökonomischen und politischen Auseinandersetzung. Die simple öffentliche Position der Labour-Linken scheint jedoch nicht nur darin zu bestehen, über alle wirklichen Schwierigkeiten abstrakt hinweg zu gehen. Sie scheint darüber hinaus in einer sehr tiefstehenden politischen Struktur gegründet zu sein, die bezeichnenderweise die gewünschten Bedingungen und Kräfte idealisiert und gleichzeitig — als Schutz gegen radikalere Perspektiven — die wirklich entgegenstehenden Kräfte auf abstrakte und feindliche Größen reduziert. Denn es dreht sich nie um die Frage, was wir rechtlich tun können oder wie wir dafür zeitweilig eine Mehrheit finden. Es

handelt sich vielmehr um eine Frage des breitesten Kampfes. Und wenn es eine Frage des Kampfes ist, dann muß es politisch um die Mobilisierung wirklicher Kräfte auf möglichst günstigem Terrain gehen. In all diesen Kämpfen und besonders im Kampf gegen die polarisierte Vorherrschaft der Kernwaffenbündnisse hat allein das gemeinsame Handeln auf europäischer Ebene eine realistische Erfolgsaussicht (natürlich basierend auf den auch national geführten und bis zu einem gewissen Grade uneinheitlichen und unterschiedlich gebauten Bewegungen). Somit müssen wir immer wieder *europäische* und nicht britisch-unilaterale Argumentationen und Zielsetzungen vorbringen.

3. Sozialismus und Atomwaffensysteme

Es ist verständlich, daß viele Genossen dafür eintreten, daß wir angesichts der akuten Gefahr eines Atomkrieges alle anderen Überlegungen beiseite lassen und uns vereinen, um Frieden und Abrüstung zu erringen. Jeder, der nicht von Zeit zu Zeit so empfindet, unterschätzt in der Tat die entsetzlichen unmittelbaren Gefahren. Aber wenigstens einige von uns müssen weiterhin davon sprechen, daß erstens sozialistische Analysen der Produktion und Reproduktion dieser Gefahren nach wie vor von zentraler Relevanz sind — wenn auch zweifellos unvollkommen —, und zweitens, daß wir nach wie vor auf spezifisch sozialistische Analysen und auf eine spezifische sozialistische Mobilisierung bedacht sein müssen, um diejenige Vereinigung der Kräfte hervorzubringen, die dann wirklich dazu in der Lage ist, die Gefahren nennenswert zu reduzieren und endgültig zu beseitigen.

Das sollte niemals arrogant oder mit ausgrenzender Rhetorik zur Sprache gebracht werden. Für alle Sozialisten ist es eine dringende Pflicht, sich allen Kampagnen, die zum Bündnis bereit sind, in mindestens sieben Bereichen anzuschließen: a) Hebung des öffentlichen Bewußtseins über die besonderen und allgemeinen Gefahren moderner Atomraketen- und anderer Waffensysteme; b) Entlarvung der irreführenden offiziellen Kampagnen über die Möglichkeiten einer »zivilen Verteidigung« gegen nukleare Angriffe; c) Organisierung des öffentlichen Drucks für alle möglichen Schritte zur Rüstungsbegrenzung und zu Abrüstungsverhandlungen; d) Veröffentlichung und Erläuterung der laufenden Waffenentwicklung und Aufrüstung und, damit eng verbunden, des Komplexes der aktuellen Angebote, Gegenangebote und Verhandlungsstadien in den Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsverhandlungen; e) Organisierung von Kampagnen, um den Verhandlungsprozeß nicht nur zwischen Staaten sondern auch innerhalb der Gesellschaft breiter zu machen, um auf diese Weise die Opposition gegen willkürliche Geheimhaltungs- und Sicherheitsmaßnahmen miteinzubeziehen; f) Aufzeigen der vorhandenen Verbindungen zwischen Kernenergie- und Kernwaffenprogrammen und der daraus resultierenden Weiterverbreitung von Kernwaffen (...); g) Kampf dagegen, daß Waffenproduktion und -export sich als Teil der ökonomischen Strategie der entwickelten Industrieländer einbürgert.

Übrig bleibt die Frage, ob es darüber hinaus spezifisch sozialistische Beiträge gibt, die sowohl innerhalb dieser Kampagnen als auch unabhängig davon geleistet werden müssen. Für drei Bereiche können hier Antworten angedeutet werden: 1. zur Beziehung zwischen den Begriffen »herrschende Klasse« und »militärisch-industrieller Komplex«; die Klärung dieser Frage hat offensichtliche Folgen für das Problem, ob man bestehende oder mögliche Kategorien einer sozialistischen Analyse durch den Begriff des

»Exterminismus« ersetzen sollte: 2. zur ausgesprochen schwierigen Frage der »sozialistischen Bombe« bzw. der »Raketen der internationalen Arbeiterklasse«, wie es in manchen Kreisen heißt: 3. zum Problem der Bindeglieder zwischen militärischer und ökonomischer Krise.

Die herrschende Klasse und der »militärisch-industrielle Komplex«

Es ist offensichtlich richtig, in den gegenwärtigen fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften einen eigenen Komplex von Rüstungsproduktion, Militär, Forschung und Staatssicherheitsinteressen auszumachen und hervorzuheben. Ebenso notwendig ist es, einen analogen, aber keineswegs identischen Komplex in sozialistischen Staaten wie der Sowjetunion und China auszumachen. Es dürfte aber mit Sicherheit falsch sein, erstens, diese verschiedenen Formationen zu einer einzigen Entität zu verschmelzen und zweitens, sich über den allgemeineren Begriff der herrschenden Klassen hinwegzusetzen, indem man diesen speziellen Komplexen eine Vorrangstellung einräumt. Das Problem muß analytisch zerlegt werden, um seine Besonderheit innerhalb der beiden einander entgegenstehenden Systeme zu erkennen. Es sind jedoch noch einige einleitende allgemeine Bemerkungen zu machen. Es gehört zum Wesen der herrschenden Klasse, daß sie über ein Monopol oder ein Übergewicht an offener oder drohender Gewalt verfügt. Das ist kein Ergebnis des Atomwaffensystems, sind es doch in erster Linie nicht-nukleare Gesellschaften gewesen, in denen die militärisch-sicherheitsstaatliche Formation die absolute oder bestimmende Macht erlangt hat. Die Gegebenheiten einer allgemeineren Produktivitätsentwicklung haben in den fortgeschritteneren und komplizierteren Volkswirtschaften andere effektive Hauptformationen innerhalb der herrschenden Klasse geschaffen; und der wirkliche politische Prozeß ist auf dieser Ebene viel eher ein Problem der wechselnden Beziehungen zwischen solchen Formationen als eins der unvermeidlichen Vorherrschaft einer Formation. Die militärisch-sicherheitsstaatliche Formation hat ein sehr großes Gewicht, das unter den Bedingungen internationaler Konflikte zugenommen hat. Aber gerade weil das, was diese Formation hervorbringt, so tödlich und so negativ ist, kann sie nur zeitweilig eine Kontrolle der Ressourcen und der politischen Entscheidungen erlangen, die ihre dauerhafte Vorherrschaft sichern würde. Es stimmt also, daß das gegenwärtige atomare Wettüben Bedingungen hervorbringt, unter denen die Möglichkeit ihrer Vorherrschaft zunimmt. Aber die herrschende Klasse als Ganze hat noch andere Interessen, sowohl bezogen auf ihre eigenen unmittelbaren Belange als auch im Zusammenhang mit der weiteren Absicherung ihrer Herrschaft über das gesamte Leben der Gesellschaft. Diese Interessen müssen die Befriedigung nicht-militärischer ökonomischer Bedürfnisse und Forderungen des Volkes einschließen. Die herrschende Klasse hat auch politische Interessen, die sich darauf beziehen, daß sie ihre zentralen Ziele in jenen allgemeineren Begriffen präsentieren muß, die den notwendigen Konsens und die Zustimmung herstellen können. Von daher kann keine herrschende Klasse und erst recht keine Gesellschaftsformation auf das militärisch-sicherheitsstaatliche Element reduziert werden. Wenn es auch stimmt, daß sich der militärisch-sicherheitsstaatliche Komplex allein wegen seiner Negativität von sich aus auf die äußerste Irrationalität zubewegt, worin die gesamte Gesellschaftsordnung nur dazu da ist, diesem Komplex zu dienen und ihn zu versorgen, so stimmt es doch ebenso, daß andere Formationen der herrschenden Klasse, ganz abgesehen von anderen Klassen, ständig und wirksam einen praktischen Druck anderer Art ausüben, was dann

das Material der realen Politik bildet. Die beobachtbaren Schwankungen der Militärausgaben und der umfassenden politischen Strategien sind die Indikatoren dieser ständigen inneren, von außen beeinflussten Kämpfe.

Anstelle einer präziseren Analyse dieser gefährlichen inneren Formation in den verschiedenen Gesellschaftsordnungen der beiden Hauptsysteme können wir nur bestimmte Widersprüche festhalten. In kapitalistischen Gesellschaften kann die Rüstungsindustrie trotz ihrer Kontrolle über die Forschung kein wirklich führender Sektor sein. Ihre eindeutig antizyklische Rolle und ihre privilegierte Profitrate können die Pläne und Interessen der herrschenden Klasse als Ganzes verletzen, während ihr massives Abzweigen öffentlicher Einnahmen die Investitionsprogramme zunichte macht und unbeabsichtigt Krisen und sozialökonomische Unzufriedenheit herbeiführen kann. Die gegenwärtige Krise der normalen Industrieproduktion, mit größerer Arbeitslosigkeit in der Folge, ist vielleicht genau so ein Fall, und es ist bezeichnend, daß Kampagnen gegen den »militärisch-industriellen« Komplex oft aus den Reihen der herrschenden Klasse inszeniert werden. In den zentralisierten sozialistischen Systemen ist es hingegen evident, daß der Umfang der militärischen Ausgaben ökonomisch lähmend wirkt und im Grunde genommen keinem irgendwelche Vorteile bringt. Hier verläuft die Verkettung anders, nämlich zwischen der bürokratischen Formation der herrschenden Klasse selber und der notwendigen Unterstützung von militärischen Formationen und Staatssicherheitsformationen. Der Widerspruch zwischen einer unproduktiven hoch-militarisierten Volkswirtschaft und der Abhängigkeit von einer politischen Führung mit außergewöhnlichem Macht- und Gewaltmonopol ist in der Tat sehr gefährlich, wird aber selbst umgekehrt beeinflusst durch externe Entwicklungen, die in den Widersprüchen des gegnerischen Systems gründen. Es gibt daher keinen Grund für die Schlußfolgerung, daß sich diese mächtigen inneren Sektoren ganz unvermeidlich formieren und der Vorherrschaft zustreben. Eine vollständige Analyse muß die Erkenntnis der »dysfunktionalen« Aspekte des Wettrüstens für beide Gesellschaftssysteme einschließen.

Die »sozialistische Bombe« (sic)

Die einfachste Version des Arguments, daß es sich beim sowjetischen Atomwaffensystem in Wirklichkeit um die »sozialistische Bombe« handle, die von der internationalen Arbeiterklasse unterstützt werden müsse, verdient fast keine Beachtung. Es ist eine unausweichliche Tatsache, daß Kernwaffen, die die ganze Bevölkerung unterschiedlos ausrotten, nicht klassenselektiv sein können. Die wirkliche Konsequenz einer solchen Argumentation ist hilflose Entfremdung von jeder Arbeiterklasse und letztlich ihr Verrat. Es gibt jedoch ernstzunehmendere Argumente, wie z.B. die Position, die Ernest Mandel 1970 vertrat.⁵ Anstelle der im wesentlichen abstrakten Feststellungen über »internationale Spannungen« und »Kriegsgefahren« geht diese Argumentation vom Bestehen eines imperialistischen Weltsystems aus, einschließlich seiner unausrotbaren Feindschaft nicht nur gegenüber den bestehenden sozialistischen Staaten, sondern gegenüber allen nationalen Befreiungskämpfen, die strategische Interessen und die imperialistische Wirtschaft bedrohen. Alle Sozialisten, die diese Analyse der gegenwärtigen weltweiten Krise teilen, sehen sich außerordentlich schwierigen Fragen gegenüber, wenn sie zugleich — und das müssen sie — die außergewöhnlichen und noch nie dagewesenen Gefahren eines Atomkrieges anerkennen. An der Strategie des Sieges über den Imperialismus festzuhalten ist eine Sache, es ist aber etwas völlig anderes, anzuneh-

men, daß irgendein Sieg es wert sein könnte, durch die endgültige Verwüstung durch einen Atomkrieg davongetragen zu werden.

Es gibt daher zwei mögliche Positionen. Die erste Position, in die öfter hineingerutscht wird statt sie bewußt einzunehmen, beruht darauf, die legitime Angst vor einem Atomkrieg — gegen den man im Westen trotz allem sehr frei reden und zu Felde ziehen kann — als Mittel zur objektiven Schwächung des imperialistischen Verteidigungssystems zu nutzen, um das strategische Gleichgewicht zu kippen. Daß die Rechte dies ständig gegen *jede* Bewegung für nukleare Abrüstung anführt und oft mit absurden Entstellungen, sollte uns nicht blind dafür machen, daß es in einigen Fällen objektiv und sogar subjektiv wahr sein kann. Es wäre der intellektuellen Redlichkeit dienlich, wenn diejenigen, die diese Position wirklich einnehmen, dies auch so sagen würden und das radikale Anliegen eines nicht-pazifistischen Unilateralismus ausarbeiten würden. Das Falsche an dieser Position (und an allen Taktiken und Schwerpunktsetzungen, die daraus bewußt oder unbewußt folgen) liegt jedoch in der unkritischen Gleichsetzung der Interessen des Sozialismus und Antiimperialismus mit dem sowjetischen *Staat*. Es ist selbstverständlich notwendig, all jene unbedingt zu bekämpfen, die den sowjetischen Staat und seine Verbündeten oder das sozialistische China oder die neuen revolutionären Staaten bedrohen oder zerstören wollen. Das schließt den radikalen Kampf gegen nukleare Aufrüstung und gegen Strategien globaler Eindämmung ein, wie gegen den ganzen Komplex imperialistischer Militärbündnisse und Waffenexporte an Klientelregime. Aber man muß diese Pflicht aller Sozialisten von naiven oder vorgeblich naiven Positionen in Bezug auf die Kerwaffenkonfrontation unterscheiden. Es gibt Verteidigungspflichten der internationalen Arbeiterklasse, aber sie schließen notwendigerweise die gesamte Arbeiterklasse ein, in jedem dieser Systeme und darüber hinaus, und sie können nicht wahrgenommen werden durch vorsätzliche oder gewissermaßen zufällige Übertragungen auf die Interessen einer einzelnen staatlich-militärischen Ordnung.

Die zweite mögliche Position ist komplizierter aber angemessener. Sie geht davon aus, daß es in erster Linie die lange Bedrohung durch den Imperialismus war, die die Realisierung eines revolutionären Sozialismus und einer revolutionären Demokratie in den neuen sozialistischen und Befreiungsstaaten auf oft verhängnisvolle Weise entstellt hat. Von einer solchen Position aus ist es möglich, die Verbrechen des Imperialismus zu erkennen und bis zum Ende zu bekämpfen, dabei aber gleichzeitig den Folgen für die neuen und alten revolutionären Staaten voll ins Gesicht zu sehen, die sich aus der ausgedehnten Militarisierung und dem politischen Belagerungszustand ergeben. Das ist keine neutralistische Position. Es liegt vor allem im Interesse des Sozialismus selber, daß diese gefährlichen und antisozialistischen Bedingungen verringert und endgültig abgeschafft werden. Somit müssen Abrüstungsinitiativen primär auf die *untrennbaren* Prozesse der Schwächung der imperialistischen Offensive gerichtet sein und der Stärkung der sozialistischen Kräfte gegen diejenigen Formationen, die ihn jetzt entstellen. Das erfordert, was Vorschläge betrifft, die gewissenhafteste Aufmerksamkeit gegenüber irgendwelchen bestehenden Staatsinteressen. Es gibt also ein überwältigendes sozialistisches Interesse an nuklearer Abrüstung, da Atomraketenysteme die objektive Blockpolitik, den »Hegemonismus« und die zentralisierten militärischen Staatssicherheitsapparate stärken.

Diese Akzentsetzung kann der spezifische Beitrag einer sich entwickelnden Kampag-

ne für nukleare Abrüstung in Europa sein. Diese Kampagne hält — wie es auch sein muß — an der Gegenseitigkeit der Prozesse in Ost und West fest, an der steten Vergrößerung der entmilitarisierten Zonen bezogen auf die verschiedenen Waffensystemebenen und daran, daß es notwendig ist, wirklich einen gewissen *politischen* Spielraum in Europa zu gewinnen; dies ist die einzige Kampagne, die mit den langfristigen Interessen aller europäischen Sozialisten übereinstimmt. Es wird weiterhin sehr schwer sein, die Akzente immer richtig zu setzen, nicht nur gegenüber Verdrehungen und Angriffen, sondern auch zwischen uns. Es werden reale Antworten aus dem Inneren des sowjetischen Bündnisses erforderlich sein. Diese werden eher erfolgen, wenn wir klarstellen, daß unsere Abrüstungsvorschläge integraler Bestandteil erneuter Anstrengungen sind, dem Sozialismus in unseren eigenen Ländern näher zu kommen, daß sie einen bedeutenden und schwierigen Bruch mit der Strategie und Ideologie des imperialistischen und antikommunistischen Bündnisses beinhalten und — dies ist entscheidend — daß der Erfolg jeder dieser Kämpfe davon abhängt, daß man sich gegenseitig ernst nimmt, was die Entwicklung von Bewegungen erlaubt, die von nationalen und Volksinteressen getragen werden, statt einfach aus Friedensbewegungen seine Vorteile zu ziehen. Es wäre eine sehr ernste Mißdeutung unserer Bewegung, wenn irgendjemand im Osten zu dem Schluß käme, daß sie im Interesse einer Blockpolitik und militärischer Vorteile manipulierbar sei. Aber dann wäre es auch eine ernste Irreführung unserer Bewegung, sollte sie irgendwann einmal manipulierbar werden.

Die notwendigen Bindeglieder

Die Unterstützung der Kampagne für Nukleare Abrüstung in Europa (Campaign for European Nuclear Disarmament; vgl. Editorial in *Argument 124*) schließt nicht notwendig die Annahme ein, daß es die zentralen Brüche und Konfrontationen in Europa geben wird. Zwar ist Europa das gefährlichste nukleare Kampffeld, aber die entscheidenden politischen Kämpfe und Gefahren sind sehr viel breiter verteilt. Daher muß der sozialistische Beitrag zur Politik nuklearer Abrüstung mehr sein als bloße Mitarbeit. Sie muß die Solidarität mit der Dritten Welt einschließen gegen ein imperialistisches ökonomisches System, daß weltweit Hunger und Ausbeutung produziert. Das hat nichts mit der Ausnutzung der Friedenskampagnen für parteiische Ziele zu tun. Es gibt heute eine tiefe Verbindung zwischen den gegenwärtigen und immer wiederkehrenden Kriegsgefahren und der spezifischen Krise des imperialistischen Weltsystems. Die Anwendung militärischer Gewalt und Einschüchterung, um die Macht- und Ausbeutungssysteme durch das System militär-strategischer Entwicklungen aufrechtzuerhalten, ist immer noch die größte Bedrohung des Friedens. Wenn wir das vollständig verstehen und erklären wollen, müssen wir über die bekannten und immer noch entscheidenden Faktoren der internationalen Wirtschaftsordnung hinausgehen zu den nunmehr rasch zutage tretenden Problemen der Rohstoffkrise. Es ist eine unbedingte Aufgabe der westlichen Sozialisten geworden, rechtzeitig solche Positionen zu entwickeln, von denen aus wir die Versuche bekämpfen können, sich die knappen Rohstoffquellen durch militärische Intervention direkt oder indirekt zu sichern — das Öl ist gegenwärtig das dringendste Beispiel. Derartige Interventionen werden natürlich versuchen, die Zustimmung der Bevölkerung durch Berufung auf den Schutz unseres (privilegierten) »way of life« zu gewinnen. Angesichts der Auswirkungen einer der westlichen Arbeiterklasse auferlegten Krise mit Arbeitslosigkeit und Verelendung kann kein Sozialist an-

nehmen, daß diese Versuche leicht zu bekämpfen sein werden. Aber zwischen dieser Arbeit und den Kampagnen für nukleare Abrüstung gibt es keinen Widerspruch. Ganz im Gegenteil, wenn solche Kampagnen nicht auf praktische und absehbare Weise entwickelt werden, können die eher isolierten Friedenskampagnen einfach überwältigt werden. Solche Überlegungen sind auch für das jetzige Hauptproblem relevant, das der traditionellen Verbindungen nämlich zwischen dem Kampf gegen Aufrüstung und dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit und soziale Verelendung. Es gibt nach wie vor reale Verknüpfungen zwischen den Militärausgaben, die im Kern eine Verschwendung darstellen, und Armut und Elend in der übrigen Gesellschaft. Aber hier wie sonstwo gibt es kein Zurück zum *status quo ante*. Es ist möglich, daß wir mit dem alten Problem der reaktionären Verbindung von Aufrüstung und Beschäftigungsaufschwung konfrontiert werden. Aber darüber hinaus gibt es neue und weitaus größere Probleme der Veränderung, wenn in der alten kapitalistischen Welt Frieden und ein annehmbarer Lebensstandard zugleich erhalten werden sollen. Es geht dabei nicht nur darum, nutzlose oder unmoralische Militärausgaben zu streichen, nicht einmal nur um die Umstellung der Investitionen auf eine alternative Zivilproduktion. Die Veränderungen werden nach innen und außen radikale Transformationen einschließen müssen statt einfache Streichungen oder Umkehrungen. ...

Um Frieden aufzubauen, ist es mehr denn je notwendig, mehr als Frieden aufzubauen. Um Atomwaffen abzulehnen, müssen wir mehr als Atomwaffen ablehnen. Solange die Ablehnung nicht mit dem Aufbau verbunden ist, solange nicht eine konstruktive Arbeit den Protest begleitet und übertrifft, wird unsere Stärke unzureichend bleiben. Die Hoffnung praktisch zu machen statt die Verzweiflung überzeugend — auf diesem Wege müssen wir unsere Kampagnen fortsetzen, verändern und ausweiten.

Anmerkungen

- 1 Das sprachgewaltigste Beispiel für diese Position ist Edward Thompsons »Der Exterminismus als letztes Stadium der Zivilisation«, im vorliegenden Heft.
- 2 ebd.
- 3 Der gewöhnliche Gebrauch des Begriffs »Apokalypse« (vgl. *Apocalypse Now?*, Spokesman Pamphlet, London 1980, und Thompson in diesem Heft) kennzeichnet diese Entwicklung durch eine merkwürdige Sinnverschiebung, von der »Offenbarung« hin zur endgültigen Vernichtung. Denn ein Atomkrieg würde keine »Apokalypse« sein; er wäre sowohl schrecklicher als auch profaner, ohne Offenbarung.
- 4 Vgl. die hervorragende Schrift von Michael Pentz, *Towards the Final Abyss?*, Bernal Peace Library, London 1980.
- 5 Ernest Mandel, *Friedliche Koexistenz und Weltrevolution*, Mannheim 1970.

soeben erschienen

Politisches Volkstheater der Gegenwart

Aufsätze von Dieter Herms und Arno Paul

Diese Aufsatzsammlung soll der theoretischen wie praktischen Beschäftigung mit dem Volkstheater dienen und der im Philologischen erneut erstarrenden Literaturwissenschaft brauchbare Impulse vermitteln. Der Schwerpunkt der Aufsätze liegt im Bereich der Volkstheater der USA, nicht zuletzt deshalb, weil hier die Vorreiterfunktion des »ältesten radikalen Theaters« der westlichen Welt, der San Francisco Mime Troupe, offensichtlich ist.
(SH 45: ISBN 3-88619-003-X) 8,— DM

Karl-Heinz Götze

Gedächtnis

Romane über die Studentenbewegung

Toter kann ein Thema gar nicht sein. »Studentenbewegung« reicht schon, um die Sache in der auf Neuigkeiten versessenen Kulturindustrie unverkäuflich zu machen. Studentenbewegung ist schließlich Vergangenheit, das sind die »Wildledermantelmänner«, die etwas geworden sind, bestenfalls Abgeordneter auf dem linken Flügel der SPD, schlimmstenfalls Werbegraphiker, in jedem Fall aber etwas anderes, als sie werden wollten. Oder es sind die Resignierten, die ihre Illusionen los sind, aber auch alle Energie, die diese Illusionen freisetzen, die Resignierten, die ihren Kindern erzählen, wie sie mit Danny nach Fohrbach zogen. Oder es sind die wenigen, die noch nicht gemerkt haben, daß der Mai vorbei ist, komisch in ihrer Gestrigkeit.

»Literatur über Studentenbewegung« macht es nur noch schlimmer, 1973 und 1974 die Texte von Schneider, Timm, Lang, Fuchs, das war immerhin doch ein Stoff, weil damit konstatiert werden konnte, daß alles seine Ordnung hat, weil die Schriftsteller wieder schrieben statt Revolution zu machen — was vorher auch der Fall war, aber uneingestanden. Mittlerweile sind einige Monde und einige Moden über das Thema hinweggegangen. Die »authentische« Literatur der Ich-Protokolle und Tagebücher hat sich etabliert. »Schreiben statt Literatur« ist die Parole und derweil diese Welle sich aufbäumt, rutschen die erfahrenen Wellenreiter ihr schon den Buckel runter, damit sie nicht unter ihr und mit ihr begraben werden:

»Wir kennen alle diese Romane, wo jemand auf dem Sofa liegt und die Zimmerdecke anschaut und sich erinnert, wie er klein war und wie er dann Student wurde, wie er dann zur 68er Bewegung stieß, und wie dann seine Freundin weggelaufen ist, und er liegt immer noch auf seinem Sofa, dieser Held, und betrachtet die merkwürdigen, abblättrenden Formen des Kalks, des Stucks da oben an der Decke: Das ist, glaube ich, eine Sache, der wir alle müde sind, nicht nur als Leser, sondern ich hoffe, auch als Schreiber.« (Hans-Magnus Enzensberger in: Die Zeit, Nr.39 vom 19.9.1980)

So wäre denn die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema das Siegel darauf, daß es gestorben ist, so wie in der Vergangenheit literaturwissenschaftliche Dissertationen den Tod des in Frage stehenden Autors zur Voraussetzung hatten? Wie anders sieht es aus, wenn man die Frage nicht aus der Perspektive der Kulturindustrie, sondern der sozialen Bewegung betrachtet! Soziale Bewegungen sind darauf angewiesen, weder den Verstand noch das Gedächtnis zu verlieren, wollen sie nicht alle Niederlagen mehrfach erleiden. Sie haben in all ihrer Diskontinuität auch ihre Geschichte. Deren Bewußtsein zu ermöglichen, ist seit je Aufgabe ihrer Kultur.

Dem stehen die vielfältigen Versuche entgegen, die Kontinuität zwischen Studentenbewegung und Ökologiebewegung, Frauenbewegung, Arbeiterbewegung, Friedensbewegung, zwischen den Alternativen von 1968 und den Alternativen von heute zu verdecken. So heißt es in der »Zeit«:

»Der Ruf der 68er nach Veränderung, Reformen richtete sich an die Herrschenden, war letztlich ein Ruf nach mehr staatlicher Macht. Die heutige Linke in Gestalt der Alternativer vertraut nur noch auf die eigene Kraft. Sie will den Abbau des Staates. Zwei Generationen von Linken haben sich also nicht mehr viel zu sagen, sie können sich gegen-

seitig nicht helfen. Dagegen scheint die geistige Koalition zwischen Linken/Alternativen und Liberalen heute viel enger zu sein. In der letzten Ausgabe der *Zeit* schrieb beispielsweise Ralf Dahrendorf in seinem Plädoyer für eine freie Marktgesellschaft: 'Eine Gesellschaft, die es den dezentralen Einheiten erlaubt, ihren eigenen Interessen zu folgen, wird eher Selbststrätigkeit und Teilnahme anregen, Veränderungen möglich machen und damit der Freiheit eine Chance geben, als eine, die sich überall auf den Staat und seine Instanzen verläßt'. Dahrendorf setzt auf Veränderung durch Impulse von 'unten', fordert 'Vertrauen in die Kraft und Fähigkeit autonomer Einrichtungen' und den Abbau des Staates — 'die Quellen des Neuen ... sind eben nicht (mehr) oben, sondern unten.'⁶ (Die *Zeit*, Nr. 44 vom 24. 10. 1980)

Seiten ist die Technik, Zustimmung zum bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu organisieren, indem man es als Alternative seiner selbst präsentiert, so überzeugend angewandt worden wie hier. Die Technik hat als Voraussetzung ihres Erfolgs die Liquidation historischen Bewußtseins. Als sei die Rede vom »Marsch durch die Institutionen« das Schibboleth der Studentenbewegung gewesen, als sei reformistische Arbeit in ein paar Parlamenten und Institutionen das, was von ihr blieb!

Die »68er« — für die steht nicht Staatssekretär Engholm, der im Auftrag seines Ministers Schmade die Alternativszene besichtigte, um Projekte zu fördern und dabei zugleich staatlichen Regeln zu unterwerfen, wenn er auch selbst sich der Studentenbewegung einmal zugehörig fühlte. Die autonomen und selbstbestimmten Projekte, die ihn mit gefüllter Brieftasche wieder nach Hause schickten, haben sich der Umarmung staatlicher Macht entzogen, nicht der Verbindung zu einer Tradition, die ebenfalls von unten kam. Veränderung »von unten auf« wollte, nicht von oben herunter.

Untersuchung der Studentenbewegung heißt freilich mehr als Entdeckung und Abwehr absichtsvoller Verfälschung. Vor allem ist sie Neudeutung ihrer Erfahrungen vom Standpunkt der sozialen Bewegungen der Gegenwart.

Durch die Politik- und Geschichtswissenschaft ist die Studentenbewegung, wie bekannt, keineswegs gründlich untersucht.

Heutige Studenten, die sich über die Tradition der Studentenbewegung belesen wollen und denen auch deren Originaltexte nur Ratlosigkeit machen, konsultieren häufig literarische Entwürfe, die die Studentenbewegung zu fassen und zu deuten versuchen. Von solchen Entwürfen soll hier die Rede sein. Kriterium der Auswahl ist dabei nicht literarische Qualität, sondern Verbreitung, wobei dann freilich die literarische Qualität zur Diskussion steht.

Hier wird also eine sehr enge Auswahl von Texten überprüft, beabsichtigt ist nicht eine Revue aller Literatur, die Elemente der Studentenbewegung in der einen oder anderen Form thematisiert, obgleich auch diese Aufgabe unbewältigt ist. Daß es eine solche Revue nicht einmal in Form einer Bibliographie gibt, liegt gewiß auch daran, daß das Sujet nicht leicht einzugrenzen ist. Sicher, die Romane: »Von einem, der auszog, *Geld* zu verdienen« und »Die Glücklichen« von Peter Paul Zahl, »Lenz« von Peter Schneider, »Beringer und die lange Wut« von Gerd Fuchs, »Heißer Sommer« von Uwe Timm, »Ein Hai in der Suppe« von Roland Lang, »Brandeis« von Urs Jaeggi, eingeschränkt auch Christian Geisslers »Das Brot mit der Feile« und Vespers »Die Reise« sind eindeutig in dem Sinne Romane über die Studentenbewegung, daß sie sie direkt thematisieren. Daß in der Erinnerungsliteratur, etwa in Rühmkorfs »Jahre, die ihr alle kennt« oder Zwerenz »Kopf und Bauch« in wichtigen Passagen die Frankfurter und Hamburger Studenten-

bewegung, weiter ausholend sogar die westdeutsche Geschichte der außerparlamentarischen Opposition verhandelt wird, ist bekannt. In einer Vielzahl von neueren, meist autobiographisch orientierten Texten, die nicht solche Verbreitung gefunden haben, spielt Studentenbewegung eine Rolle, ohne daß sie bisher zusammenfassend unter diesem Aspekt gelesen worden wären.

Was Gedichte, Aufrufe, Flugblätter angeht, fehlen Anthologien, bzw. Sammelbände, die sich speziell unseres Themas annehmen, so gut wie völlig. Wird die Angelegenheit dadurch schon unübersichtlich genug, so schwimmt sie geradezu, wenn man darauf reflektiert, daß — um prominente Beispiele zu nehmen — Borns »Die erdabgewandte Seite der Geschichte« ihren Affekt gegen alle persönlichkeitsübergreifende Geschichtlichkeit aus der Gegnerschaft zum Anspruch der Studentenbewegung auf Geschichtsmächtigkeit speist oder Enzensbergers »Titanic« Fortschrittsoptimismus und 3. Welt-Idealisierungen, Denkfiguren der Studentenbewegungen, versinken läßt. Wie die »Rote Armee-Fraktion« Fraktion der Studentenbewegung einmal zu sein beanspruchte, so ist selbst Bölls neuester Roman noch Literatur über Studentenbewegung, obgleich er so überhaupt nicht rezipiert worden ist.

Es ließe sich Beispiel auf Beispiel stapeln, daß die Herausforderung, die die Studentenbewegung für die Literatur bedeutete, in den unterschiedlichsten Formen aufgenommen wurde. Kaum einer, der heute schreibt, ist von ihr ganz unberührt geblieben. Dies will konstatiert sein, um mit den drei im Folgenden behandelten Romanen nicht den Gegenstand zu verniedlichen.

Zwei der drei ausgewählten Texte haben Massenwirksamkeit erlangt. Von Peter Schneiders »Lenz« sind mehr als hunderttausend Exemplare verkauft, von Uwe Timms »Heißer Sommer«, nimmt man die hardcover-Ausgabe (nach der im folgenden zitiert wird) und die Taschenbuchausgabe zusammen, mehr als 50000 Exemplare. Diese beiden Bücher dürften mehr als alle vergleichbaren, auch wissenschaftlichen Texte über die Studentenbewegung deren Bild in der nachfolgenden Generation bestimmt haben. Timms »Kerbels Flucht« ist bisher nur in ein paar Tausend Exemplaren aufgelegt worden. Da es sich jedoch in dem Fall datum handelt, daß ein Autor der Studentenbewegung ein Jahrzehnt später ein Werk über einen vergleichbaren Gegenstand vorlegt, ist das Buch in unsere Überlegungen einbezogen worden.

Aufbruch: Uwe Timms Roman »Heißer Sommer«

Betrachtet man die Sache vor allem vom Gegenstand her, so ist Timms Erstlingsroman der Roman über die Studentenbewegung schlechthin. Das Buch spielt in München und Hamburg, zwei Zentren der Studentenbewegung. Es setzt ein mit der Darstellung entfremdeter Lebens- und Lernformen der Studenten und folgt dann den wichtigen Daten und Diskussionen der APO: Protest gegen den Vietnamkrieg, gegen die persischen Verhältnisse; die Demonstration gegen den Schah-Besuch; das Entsetzen über die Ermordung Benno Ohnesorgs, die Erfahrung der ersten Massendemonstrationen; das politische Programm, die Strategien und die Riten des SDS, seine latente Spaltung in verschiedene Lager, die Diskussion über die Gewalt gegen Sachen und gegen Personen; die großen Anti-Springer-Demonstrationen anläßlich des Attentats auf Rudi Dutschke, die Kämpfe gegen die Notstandsgesetzgebung; schließlich die Dissoziation in verschiedene politische Lager. Die einen gehen als Maoisten in den Betrieb, die anderen besorgen sich Pistolen und setzen auf Randgruppen, die dritten orientieren sich ganz auf das

Studium der Theorie, wieder andere auf die Gewerkschaften. Auch der Standpunkt, die Welt könne am besten durch veränderte Ernährung und bessere Atmung verwandelt werden, kommt personifiziert vor.

Kurzum: die APO von 1967 bis 1970. Ihre Geschichte wird erzählt als Geschichte des Studenten Ulrich Krause, Germanist kurz vor dem Examen, aber arbeitsunfähig, weil unmotiviert. Krause erlebt in der APO zum ersten Mal die Einheit von Gefühl und Tat, genießt die Lust der Selbstbestimmung, der Solidarität, empfindet die Abwesenheit von Leistungsfixierung und Konkurrenzdruck als persönliche Befreiung. Dennoch zieht er sich nach der großen Anti-Springer-Demonstration von der Organisation in die Pop- und Haschkultur einer Wohngemeinschaft zurück, verliert seine Handlungsfähigkeit. Über den Kontakt mit Arbeitern und schließlich über eigene Arbeit in einer Fabrik gewinnt er Perspektive und intellektuelle Arbeitsfähigkeit zurück. Er beschließt, überzeugt nicht zuletzt durch den Rat eines kommunistischen Arbeiters, das Studium nun doch abzuschließen, freilich jetzt nicht mehr als Gymnasiallehrer, sondern als Volksschullehrer.

Es braucht nicht den leitmotivisch wiederkehrenden Verweis auf Flauberts »Education sentimentale«, um zu begreifen, daß hier die Studentenbewegung in Form der Geschichte einer schließlich denn doch geglückten Bildung vorliegt; ein Bildungsroman freilich, in der die APO nicht Zielpunkt, sondern Durchgangsstation ist.

Timms Roman hat einige sehr positive Kritiken bekommen (u.a. von Ulrich Greiner in der FAZ), er ist aber gerade von linken Autoren unterschiedlicher Provenienz angegriffen worden. Michael Buselmeier sieht eine Entsprechung zwischen der politischen Position Timms (er ist DKP-Mitglied) und der Tendenz des Romans, »unterschwellig, kommentarlos« die Studentenbewegung als chaotische Vorstufe des Engagements in der proletarischen Partei darzustellen (1977, 175). Sieht Buselmeier die Entsprechung zwischen politischer Position und literarischer Praxis, so weist Piwitt in seiner Analyse der Erzählhaltung des Romans gerade nach, daß sozialistischer Anspruch und literarische Realisierung weit auseinanderklaffen und schlägt sich auf die Seite des Anspruchs (1975, 37 ff.). Peitsch und Hoffeld hingegen führen die Schwächen des Romans darauf zurück, daß Timm heimlich dem Antiautoritarismus verhaftet bleibe und entsprechend schreibe (1978, 155 ff.).

Die folgenden Überlegungen kritisieren die Erzählweise des Romans, insistieren aber darauf, daß diese weder notwendige Folge kommunistischer Positionen ist noch wesentlich antiautoritären Residuen zugeschrieben werden kann. Die Erzählweise resultiert vielmehr aus einem Literaturbegriff und einer Wirkungsstrategie, die sich eng an die Theorien von G. Lukács anlehnt, an eine Theorie, die Literaturwissenschaft, Literaturkritik und zunächst auch literarische Produktion in der DDR wie in den anderen osteuropäischen Volksdemokratien trotz aller politischer Kritik an dem »Revisionisten« Lukács wesentlich bestimmte. Anders als Piwitt macht diese Kritik jedoch nicht bei der Kritik des »Wie« halt, sondern verfißt die These, daß erzählerische Mängel und die Sichtweise auf die Studentenbewegung einander entsprechen. Die Sichtweise auf die Intellektuellen wie auf alle anderen möglichen Bündnispartner der Arbeiterbewegung ist ökonomistisch und klassenreduktionistisch. Es geht nicht nur darum, daß anders über die Studentenbewegung geschrieben wird, sondern auch darum, sie anders zu begreifen.

Um die Erzählerhaltung verstehen zu können, sollte man sich die Aufgabe von der

Seite der Produktion her denken. Timm wollte nicht einen kleinen, subjektiven Ausschnitt aus der Studentenbewegung darstellen, sondern sie in ihrer Totalität entfalten. Ferner kam es ihm, wie in theoretischen Schriften mehrfach geäußert, darauf an, nicht einfach krude die Erscheinungsformen der Sachen nachzubilden, sondern ihren inneren Zusammenhang, ihr »Wesen« aufzudecken (vgl. z.B. Timm 1975, 93). Schließlich sollte das Buch natürlich die spezifischen Möglichkeiten der literarischen Darstellung des Gegenstands nutzen, sollte plastisch, sollte die Geschichte individualisiert aus der Perspektive eines Subjekts darstellen: sollte spannend sein, um den Leser in seinen Bann zu ziehen.

Die traditionellen Erzählweisen erfüllen diese Funktionen aber immer nur zum Teil. Der allwissende, auktoriale Erzähler, der Übersicht schaffen und souverän Zusammenhang stiften kann, wäre fehl am Platz gewesen (wenn er überhaupt noch irgendwo am Platz ist). Man überlege sich, wie Timm sich überlegt haben wird: ein kommunistischer Autor regiert über einen allwissenden Erzähler gerade diesen Stoff! Der Eindruck des Besserwisserschen kann da kaum vermieden werden. Ein Ich-Erzähler hingegen kann der Darstellung Farbe und Authentizität verleihen, dafür ist aber die Perspektive des Romans auf die Perspektive des Ichs eingeeengt. Das macht solange keine Schwierigkeit, wie dieses Ich ganz auf der Höhe des geschichtlichen Ereignisses, im Schnittpunkt aller relevanten Strömungen stehen kann. Ein solches Ich konnte noch im Roman des 19. Jahrhunderts glaubhaft gemacht werden, aber nicht mehr in einem Gegenwartsroman. Unter diesen Bedingungen kann das Interesse an der Darstellung der vieldimensionalen Totalität episch nicht realisiert werden. Zudem steht eine Ich-Erzählung leicht in Gefahr, Authentizität um den Preis zu erreichen, daß das Interesse auf die höchst aparten Gefühle eines beliebigen Subjekts gelenkt wird, die typischen Charaktere der sozialen Bewegung, die das Sujet ist, in der Schreibweise verschwinden.

Timm hat sich in diesem Dilemma für eine dritte Technik entschieden, für einen Erzähler, der aber nicht auktorial, sondern sich in die Psyche und Ratio des Mittelpunktshelden einfühlt. Nichts gelangt in den Roman denn über die Psyche des Helden (vgl. Piwitt 1975, 37ff.).

Diese Lösung kombiniert in diesem Fall die Nachteile der Ich-Erzählung und der auktorial organisierten miteinander: Ein weites Panorama der Studentenbewegung, ihrer historischen Ursachen, ihrer regionalen Ausprägungen etc. ermöglicht diese Erzählweise nicht. Ulrich Krause weiß nicht viel über die politische und soziale Situation in der Bundesrepublik während der sechziger Jahre, er weiß nicht viel über ihre außenpolitische Stellung, ihre Geschichte, ihre Herrschaftsstruktur; er weiß wenig über die Stellung der Hochschule in der Gesellschaft. Er darf auch nicht viel darüber wissen, wenn er glaubhaft einen früheren APO-Sympathisanten verkörpern soll. Er kann im Rahmen der Konstruktion des Entwicklungsromans nicht am Beginn seiner Entwicklung schon wissen, was sich ihm am Ende der erzählten Zeit allmählich an Einsichten eröffnet, aber auch das reichte nicht aus, um *die* Studentenbewegung literarisch und begreiflich zu machen. Auch wenn nicht Krause, sondern Dutschke die Mittelpunktfigur wäre, müßte die Erzählhaltung mit der Erzählabsicht konfliktieren.

Dieser Widerspruch wirkt sich so aus, daß viele Wendungen der Hauptfigur, aber auch der Studentenbewegung insgesamt als unmotiviert erscheinen. Sicher, die Nichtsnutzigkeit und repressive Organisationsform der Wissenschaft wird mehrfach grell beleuchtet — aber so war die Wissenschaft auch schon in den fünfziger Jahren organisiert,

ohne daß dagegen eine APO entstanden wäre; sicher, Krause liest die »richtigen« Bücher, aber wie aus dem Zusammenstoß eines Germanisten mit Nirumands »Persien, Modell eines Entwicklungslands« eine soziale Bewegung entsteht, bleibt unklar. Krause wandelt sich vom arbeitsunlustigen Normalstudenten zum SDS-Aktiven, bewegt sich hier schnell auf den Flügel zu, der gewaltsame Anschläge durchführt. Wenig später hat er sich in eine Wohngemeinschaft zurückgezogen, bis ihn das Mißbehagen an dieser Existenzform in die Fabrik treibt — viele Metamorphosen und wenig Motive.

Man erfährt etwas über die Ideen, die die Studenten bewegten, aber kaum etwas darüber, *warum* das so war und *auf welche Weise* sie wirkten. Der Roman ist konkret, aber nicht wirklich historisch.

Der Widerspruch zwischen Anspruch und Erzählweise wäre nur auf zwei Wegen lösbar gewesen: durch Aufgabe des Totalitätsanspruchs oder durch eine Erzählweise, die die Optik Krauses durchbricht, sie mit anderen Sichtweisen konfrontiert, die *Abstraktion* zuläßt, die z.B. *dokumentarische* oder *wissenschaftliche* Texte einbezieht, die also die Fiktion vom organischem Kunstwerk aufgibt.

Aufgabe des Realismus sei, so schreibt Timm, »das Wesen einer Gesellschaftsform, das heißt, der Wirklichkeit, aus deren Erscheinungsform heraus darzustellen.« Wie aber erzählerisch die Erscheinungsebene durchbrechen, wie das »Wesen einer Gesellschaftsform« freilegen? In Timms Konzept nimmt die Handlung eine Schlüsselstellung ein: »Veränderung ... kann in der Literatur am deutlichsten in der Handlung realisiert werden, das bedeutet, daß eine Literatur, die aufklären will, die Handlung zurückgewinnen müßte ...«

Was schon theoretisch evident ist, daß nämlich Handlung per se weder aufklärerisch wirkt, noch das Wesen einer Sache zum Vorschein bringt, erweist sich praktisch im »Heißen Sommer«; der Roman ist durch die Erzählweise, insbesondere auch durch die Auflösung möglichst vieler erzählender Passagen in szenische Rede außergewöhnlich spannend, aber die Bewegungsgesetze des sozialen Getriebes, in denen die Studentebewegung agiert, werden literarisch nicht produziert.

Ein Autor, der über das Wesen der Gesellschaft aufklären will, dessen perspektivstiftende Hauptfigur dieses Wesen aber nicht durchschaut, wird sich, wenn er *Dokumentation* und perspektivbrechende Montage ablehnt, anderer Mittel bemächtigen. Im »Heiße(n) Sommer« sind das vor allem *symbolische Erhöhung* und *Typisierung*. Wenn eine Beziehung brüchig ist, weil die Liebenden verschiedenen Klassen angehören, dann schickt Timm sie bestimmt noch einmal aufs Eis und läßt Ulrich einbrechen (165). Wenn Ulrich Krause, im Café sitzend, gerade die Nachricht vom Tod Benno Ohnesorgs liest, legt Timm der Kellnerin, die den Kaffee bringt, die Worte in den Mund: »Das wird heute wieder heiß« (53). Über dem Bett im Zimmer von Ulrichs Freundin muß ein Bild von Sindbad hängen (»das Ungeheuer blutete schon, und Sindbad hatte den Speer erhoben«), damit die Blicke der beiden just bei der Heimkehr nach einer entwürdigenden Abtreibung auf das Motiv fallen können, so daß es sich zu einem — peinlichen — Symbol aufbläht.

An solchen Stellen erinnert die Darstellung an triviale Muster: Was sich treffend und präzise ohne Metaphern und Symbole ausdrücken läßt, wird noch einmal mit Anstrengung »literarisch«, präziös gemacht, damit dem Leser keine Chance bleibt, die Intention des Autors zu überschauen.

Die *Typisierungen* wirken noch fataler. Außer der Mittelpunktfigur wird kaum einer

Gestalt Individualität zugebilligt, alle entsprechen ihrem Begriff. Der erste Arbeiter, der im Roman vorkommt, trägt ein großkariertes Hemd und redet vom kommunistischen Widerstand; der Jungunternehmer ist schick, smart und fährt Sportwagen; Ulrichs kleinbürgerliche Eltern haben einen monströsen weder echten noch schönen Eichenschrank, Blümchentapete im Wohnzimmer und Kohlgeruch im Haus; Bungert — so heißt der »Scheißliberale« in diesem Panoptikum — ist promovierter Jurist, erfolgreich, Pfeifenraucher, Rotweintrinker, Träger englischer Tweedjacken; das Medizinerehepaar, das bourgeoise Lebensweise vorführen muß, wohnt am Ratzeburger See, hat alte Stiche, moderne Graphiken, eine erlesene Bibliothek, venezianische Vasen und ein Türschild, auf das Timm »Dr. med. Carriere« eingraviert hat. Dies vor allem stört an Timms Typisierungen: sein Mißtrauen in die eigene Fähigkeit, die soziale Realität der BRD zur Anschauung zu bringen, ist so groß, daß er die Figuren ständig überzeichnet, nur mit dem Zeigefinger schreibt. Warum muß der reiche Arzt noch »Dr. Carriere« heißen?

Der Autor, der einerseits hinter seinem Helden verschwindet, drängt sich andererseits geradezu auf. Eben die indirekte, aber doch überall spürbare Weise, mit der gesteuert wird, ruft beim Leser das Gefühl hervor, er werde gegängelt.

Uwe Timm ist Literaturwissenschaftler. Er hat sich wiederholt theoretisch über die Grundlagen seiner Schreibweise geäußert, so daß man annehmen darf, daß sie kalkuliert und sich ihrer lukácsianischen Quellen bewußt ist.

Lukács begreift Kunst und Wissenschaft als zwei grundlegend verschiedene Formen der Widerspiegelung der Realität. Speziell der Kunst kommt nach seiner Auffassung im Gegensatz zu der von falschem Bewußtsein geschlagenen Wissenschaft in der bürgerlichen Gesellschaft eine »entfetschisierende«, das Wesen der Dinge dechiffrierende Qualität zu. Jedoch nur unter bestimmten Bedingungen: »Die 'entfetschisierende' Kraft der Kunst erscheint in Lukács Konzeption jedoch allein als Resultat konsequenter Durchführung des Gestaltungsprinzips. Die Immanenz des Kunstwerks, die seiner befreienden Wirkung zugrunde liegt, wird durch die Hineinnahme künstlerischer unverarbeiteter partikulärer Elemente der Wirklichkeit zerstört; diese sprengen die 'in sich abgeschlossene und in sich vollendete Totalität', innerhalb derer eine sinnvolle (das 'Wesen', den inneren Zusammenhang zur Erscheinung bringende) Reproduktion der objektiven Lebensstatsachen in einem ästhetisch intentionierten Ganzen nur möglich ist, und wirken so, indem sie die 'innere Wahrheit' des Kunstwerks transzendieren, 'refetischisierend.'« (Rosenberg 1977, 143)

Dieses Konzept hat Timm augenscheinlich im Auge, wenn er davon spricht, dem Roman solle seine »große Form« wieder gewonnen werden (Timm 1972, 87). Die »große Form« — das ist dann eben das geschlossene, abgerundete, organische Kunstwerk. Der, wie es Ursula Reinhold nennt, »Verzicht auf Reflexion« (Reinhold 1976, 276) im »Heißen Sommer«, Timms Bemühen um ikonische oder szenische Darstellungen auch in Passagen, in denen etwa der Abdruck von Reden oder Flugblättern Authentizität hätte vermitteln können, dürfte auf die Absicht zurückzuführen sein, »große Form« wieder zu gewinnen. Ähnliches läßt sich für die Bemühung vermuten, Einheit der Fabel durch Konzentration auf ein Mittelpunktindividuum zu schaffen. Auch die Stellung der Typisierung ist in der Ästhetik von G. Lukács vorgebildet. Freilich denkt Lukács dabei an den Typus, in dem »alle menschlich und gesellschaftlich wesentlichen, bestimmenden Momente eines geschichtlichen Abschnittes zusammenlaufen ...« (zit. nach Mitten-

zwei, 1968: 42), während bei Timm die praktische Unmöglichkeit solcher Typisierung im Gegenwartsroman bei starrem Festhalten am Konzept sich so auswirkt, daß Typisierung hier über die Charakterisierung der Kleidung, des Habitus usw. allein geschieht.

Durch Lukács bestimmt ist aber vor allem die *Wirkungsstrategie* Timms. Sie kreist um den Vorgang der Katharsis. Der kathartische Grundvorgang, den nach der Auffassung von Lukács die Kunst auslösen kann, besteht in der moralischen Krise, in die der Rezipient angesichts des Kunstwerks gerät: »Unmittelbar mischt sich in der Ergriffenheit des Rezipienten über das Neue, das die jeweilige Werkindividualität in ihm auslöst, ein negativ betreibendes Gefühl bei: ein Bedauern, ja eine Art Scham darüber, etwas, das sich so 'natürlich' in der Gestaltung darbietet, im eigenen Leben nie wahrgenommen zu haben. Daß in dieser Kontrastierung und Erschütterung eine vorhergehende fetischisierende Betrachtung der Welt, ihre Zerstörung durch ihr entfetschisiertes Bild im Kunstwerk und die Selbstkritik der Subjektivität enthalten ist, braucht, glauben wir, nicht mehr auseinandergesetzt zu werden. Rüge gibt einmal die dichterische Beschreibung eines archaischen Apollotorsos. Das Gedicht kulminiert — ganz im Sinne unserer vorangegangenen Darlegungen — in dem Appell der Statue an den Betrachter: 'Du mußt dein Leben ändern.'« (Lukács 1963: 811)

Dieses Konzept zielt primär auf die Veränderung des Individuums und zwar auf eine Veränderung, die sich wesentlich über das Gefühl vermittelt. Brecht hat diese Wirkungsstrategie abgelehnt, denn sie läuft auf das »'Erkenne Dich selbst!' hinaus, nicht auf die Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge, auf den gesellschaftlichen Kausalnexus.« (Mittenzwei 1968: 35) Insbesondere stand Brecht der Überlegung, die kathartische Reinigung könne Kraft eines eigentümlichen psychischen Aktes erfolgen, skeptisch gegenüber. Er entwickelte dagegen sein Verfremdungskonzept, das gerade die vollige Einfühlung des Rezipienten in das Kunstwerk verhindern und diesen dazu befähigen soll, den gesellschaftlichen Kausalnexus zu erkennen. Realistische Kunst »organisiert dem Publikum also nicht Gefühle oder Illusionen, sondern sie zeigt ihm Bedingungen und Illusionen, um ihm die Möglichkeit zu geben, sie fühlend, denkend und handelnd zu verarbeiten.« (Haug 1980: 24)

Timm hingegen setzt in seiner Absicht, zu bewirken, »daß sich der unpolitische Leser politisiert und der unorganisierte sich organisiert« (Rote Blätter, Oktober 1974: 63) ganz auf die Strategie, identifikatorisch vermittelt parteiiche Gefühle auszulösen. Der Leser wird so Objekt des Autors statt Subjekt in der Realität.

Das Politisierungsmodell des Buches insgesamt ist jene Katharsis, die der sich einfühlende Leser zusammen mit Ulrich Krause erleben soll, der als »ausgefippter Sponti« mit Schlapphut und langem schwarzem Mantel zufällig in eine Kundgebung von kommunistischen Arbeitern und Traditionalisten der Studentenbewegung gerät und beschließt, sein Leben zu ändern: »...plötzlich ärgerte er sich über sich selbst... Wie lächerlich, dachte er... Er nahm seinen Schlapphut ab... Im Gehen zog er sich den Mantel aus. Dabei mußte er den Hut von der einen Hand in die andere nehmen. Dieser alberne schwarze Schlapphut. Er warf ihn in einen Baum.« (243f.)

Ob ein Roman über die Studentenbewegung seinem Gegenstand gerecht wird, hängt wesentlich davon ab, ob er deren Interesse an Demokratie und Selbstbestimmung in seiner Form und Wirkungsstrategie reproduziert. Andererseits aber wird er auch danach zu beurteilen sein, inwieweit er deren wichtigste politisch-strategische Probleme zur Darstellung bringt.

Das wichtigste dieser Probleme ist das Verhältnis der revoltierenden Intelligenz zu möglichen Bündnispartnern, insbesondere zur Arbeiterbewegung. Das gilt objektiv, da die Intelligenz allein zur Durchsetzung ihrer Ziele kaum imstande ist, aber auch subjektiv in der Weise, daß die Frage nach der revolutionären Kraft der Arbeiter in den entwickelten kapitalistischen Ländern immer ein Nervenzentrum der politischen Diskussion des SDS war, wenn sie dort auch überwiegend negativ beantwortet wurde.

Das Verhältnis von Studentenbewegung und Arbeiterbewegung bildet denn auch das heimliche Zentrum von Timms Erstlingsroman. Gleich am Anfang begegnet der noch in keiner Weise politisch aktive Krause zufällig einem Arbeiter, der ihm vom Widerstand in München erzählt. Der Gedanke daran läßt den Studenten für einige Zeit nicht los, gewinnt im ersten Teil geradezu leitmotivischen Charakter. Damit ist die Vorgabe gestaltet. Sie gerät zunächst etwas aus dem Blick. Erst nachdem Krause Erfahrungen mit verschiedenen Formen des Antiautoritarismus gemacht hat und sich in einer persönlichen wie politischen Sackgasse befindet, löst in der zitierten Schlapphutszene die Konfrontation mit der Arbeiterbewegung die Wende aus. Sie wird stabilisiert durch die Arbeit in der Produktion, weitere Bekanntschaft mit politisch engagierten Arbeitern.

Es ist ein Verdienst, das Verhältnis von Arbeiterklasse und Intelligenz so prominent zu behandeln, wenn auch leider das Verhältnis zur sozialdemokratischen Arbeiterschaft kaum Behandlung findet. Die Art und Weise, *wie* das geschieht, führt freilich zu einer falschen Optik auf die Studentenbewegung und — zu Ende gedacht — in eine politische Sackgasse.

Indem der Roman, wie der klassische Bildungsroman, alle Stationen nur unter dem Aspekt des geheimen Telos bewertet, verschwindet der selbständige politische Wert der Studentenbewegung weitgehend. Wie die Turmgesellschaft immer schon ihrem Wilhelm Meister voraus ist und seine Schritte insgeheim lenkt, so die Arbeiterbewegung Ulrich Krause. Daß das zur historisch unzutreffenden Darstellung der Studentenbewegung führt, zeigt schon die genannte Eingangsszene, in der Krause zum ersten Mal mit einem kommunistischen Arbeiter konfrontiert ist. In diesem Abschnitt wird Godards Filmsprache mit dem kommunistischen Widerstand in der Absicht konfrontiert, ihr jegliche sozialkritische Potenz abzusprechen. Tatsächlich aber haben solche ästhetischen Traditionen für den Studentenprotest unmittelbar eine größere Rolle gespielt als der proletarische Widerstand (vgl. Buselmeier 1977, 175, dem ich *hier* folge).

Diese Tendenz setzt sich durch das ganze Buch hindurch fort. Den verschiedenen Formen der antiautoritären Bewegung »wird zuwenig Eigenberechtigung, Entwicklungsmöglichkeit und berechtigte Motivierung ihres Handelns zugebilligt ...«. Die Geschichte der Intellektuellen in den Jahren nach Erscheinen des Buchs zeigt deutlich, wie wichtig es ist, ihre Selbständigkeit zu berücksichtigen, denn wenn sich auch die soziale Lage der Intelligenz partiell der der Arbeiterklasse anzunähern begonnen hat, so entsprechen die Bewußtseinsformen keineswegs denen der Arbeiter: Die »Proletarisierung« des Bewußtseins der Intelligenz hat nicht stattgefunden, da die Funktion verschieden bleibt.

Der Marginalisierung der politischen Rolle der Intelligenz entspricht im »Heißen Sommer« die Glorifizierung der Arbeiter. Nichts von den Niederlagen der Arbeiterbewegung, nichts von Rat- und Mutlosigkeit, nichts von der Sektiererei, nichts von der Überlagerung proletarischer Kultur durch die bürgerliche Ideologie. So kann denn

auch nicht deutlich werden, daß die Studentenbewegung der Arbeiterbewegung wichtige Impulse gebracht hat: man denke an die Verbreitung marxistischer Theorie oder an die Wiederbelebung kultureller Formen, die in der Arbeiterbewegung weitgehend verloren gegangen waren. Man muß wohl die größten Erfolge der beiden Arbeiterparteien der BRD in engem Zusammenhang mit der Studentenbewegung sehen. Bei Timm verschwindet das alles hinter der Frage des Kommunisten Walter an Ulrichs Wohngemeinschaft: »Wovon lebt ihr eigentlich?« (241)

Weil für Timm das Problem der Durchsetzung der politischen Ziele der Studentenbewegung mit dem Hinweis auf die Arbeiterbewegung erledigt ist, kann er über die Bündnismöglichkeiten mit anderen Bewegungen, mit anderen Schichten hinwegsehen. So geraten liberale Intellektuelle wie »Bungert« oder »Dr. Carriere« nur als Negativfiguren ins Blickfeld, so erscheinen auch Sponti-Wohngemeinschaften nur als Spielwiesen bürgerlicher Jugendlicher, nicht als Ort oppositioneller Lebensformen.

Daß die Durchsetzung des Ziels der Selbstbestimmung der Intelligenz wie der Produzenten, also die Erfüllung der Ziele der Studentenbewegung nur möglich ist, indem sich verschiedene Bewegungen gemeinsam artikulieren, ohne ihre Selbständigkeit aufzugeben, liegt außerhalb des Horizonts von Timms Buch, in dem die Verhaltensweisen der verschiedenen sozialen Gruppen nur Funktion ihrer ökonomischen Lage sind.

Abbruch: Uwe Timms Roman »Kerbels Flucht«

Dem heißen Sommer folgte ein frostiger Herbst. Vieles, was Frucht zu bringen versprach, erstarrte unter den veränderten Bedingungen. Hoffnungslosigkeit und Resignation haben sich bei vielen breit gemacht, die sich einst engagierten.

Uwe Timm hat sich auch dies zum Gegenstand eines Romans genommen. 1968-1978: nach zehn Jahren eine neue Bilanz der Studentenbewegung.

Kerbel, die Zentrafigur des neuen Romans, was einstmals politisch engagiert, hat demonstriert, hat sich für Probleme der Dritten Welt interessiert, sogar überlegt, in die Kommunistische Partei einzutreten, hat Thesen zum »Fetischcharakter der Ware« im Seminar vorgetragen. Kerbel verliert die Motivation für den Studienabschluß. Er verliert den Anschluß an politische Bewegungen, wenn er auch noch privat mit einem Kommunisten in der Wohngemeinschaft wohnt. Er kann sich weder entschließen, wie sein kommunistischer Freund Oberhofer unverdrossen so weiter zu machen, als sei nichts geschehen, noch, wie andere Freunde aus der APO-Zeit, smarter Angestellter in der Kulturindustrie zu werden. So bleibt er denn als Taxifahrer, in einem Beruf, der kein Beruf ist, übt eine Tätigkeit aus, die vereinzelt wie keine andere und die, vom Standpunkt des Fahrers aus betrachtet, nach sinnlosen, nicht vorhersehbaren Irrfahrten auf jeden Fall wieder zum Ausgangspunkt zurückführt (4000 Akademiker, so schätzt man, arbeiten als Taxifahrer in Westberlin).

Was Kerbel bleibt, ist seine Freundin Karin. Als sie wirklich zum letzten geworden ist, was ihm geblieben war, verläßt sie ihn natürlich, zieht, ohne die Verbindung zu Kerbel ganz abbrechen zu wollen, zu einem jungen Architekten, der sich vor allem mit alternativen Wohnformen beschäftigt, nicht von ihnen träumt allerdings, sondern sie praktisch und erfolgreich zu verwirklichen sucht. »Ich überlegte, wie er auf Karin gewirkt haben muß: ein von seinem Beruf fanatisierter Mann. Und genau das war es, was er mir voraus hatte. Früher, vor Jahren, hatte ich einmal so von Literatur geredet ... Ich bildete mir ein, daß ich noch vor drei Jahren, als wir uns kennenlernten, ihm ähnlich

gewesen sein muß, und zwar in dieser energischen Zukunftsplanung, etwas zu bewirken, etwas zu ändern, auch sich selbst und all das, was dieses Selbst einschnürte, beschneidete, verletzte. ... Plötzlich schien es mir konsequent, daß sie sich für ihn entscheiden würde, nicht weil er Geld verdient oder Karriere machen wird, sondern weil der Sinn auf seiner Seite ist.« (72f., 76)

Kerbel bricht zusammen unter dem Verlust Karins, ist zu mehr als zu ein paar Kilometern Kraftdroschkenfahrt und ein paar Blättern mit Selbstbeobachtungen zu nichts mehr in der Lage. Dennoch macht er Versuche, der Depression nicht völlig anheimzufallen, wieder Welt zu gewinnen. Er kümmert sich um einen Beruf, wird in der Presseabteilung eines Verlags angestellt, findet das zum Kotzen und hört nach einigen ernsthaften Versuchen, der Sache etwas abzugewinnen, wieder auf. Das Quentchen Hoffnung, das ihm bleibt, setzt er auf eine Landkommune, die schon in Auflösung begriffen ist, als Kerbel dort eintrifft. Auf der Rückfahrt rast er absichtsvoll in eine Polizeisperre, die die Polizei zur Terroristenfahndung errichtet hat, dem tödlichen Schuß entgegen.

»Kerbels Flucht« ist besser geschrieben als der »Heiße Sommer«. Vor allem ist die Gier nach Typisierungen moderiert worden, die Symbole wirken nicht mehr so aufgeklebt. Derlei Verbesserungen sind nicht nur Ausdruck dessen, daß zwischen beiden Romanen sechs Jahre Schreibpraxis liegen, sondern werden auch dadurch erleichtert, daß der Totalitätsanspruch des Erstlingsromans aufgegeben wurde, die Geschichte sich ganz auf Kerbel konzentriert.

Was der Roman freilich nicht leistet, ist irgendein Beitrag zur Lösung der Frage, wie der Typus Kerbel sich herausbildet, welcher »gesellschaftliche Kausalnexus« hier so wirkt, daß ein Individuum scheinbar unaufhaltsam dem Selbstmord entgegenrutscht. Welch ein Thema! Die Tatsache, daß viele Studenten, ja daß selbst viele organisierte Studenten in der politischen Praxis an der Hochschule keinen Sinn mehr sehen, sich zurückziehen, der Verzweiflung oder dem Absurdismus anheimfallen, ist viel zu lange verdrängt worden. Zusammengestellt aus Aufzeichnungen Kerbels, transzendiert der Roman abermals nicht den Horizont der Mittelpunktfigur. Und diese Mittelpunktfigur kommt mit allen ihren Überlegungen nicht weiter als immer wieder zu der entscheidenden Frage: »Und doch frage ich mich, wie ich diesen Sinn verloren habe.« (76) Oder: »Wie ist diese Unlust in mich gekommen?« (91) Die Reflexion auf Ereignisse der Kindheit, die meist mit Angst besetzt sind, hilft da ebensowenig weiter wie der abstrakte Verweis auf die Verhältnisse in der BRD, denn da wartet statt einer Antwort wieder eine neue Frage: »Wie kommt es zu dieser allgemeinen Starre in diesem Land, zu dieser entsetzlichen Bewußtseinslähmung, zu dieser perversen Selbstzufriedenheit mit dem eigenen Kastatendasein.« (163) Kerbel kann nicht mehr, als einen sozialen, politischen und psychischen Vorgang auf einen organischen zu reduzieren. Auf die Frage, woher Oberhofer, sein kommunistischer Mitbewohner, die Kraft für den Widerstand bezieht, fällt ihm nicht mehr ein, als die Überlegung: »Vielleicht hat ihn der Krankheitserreger nur noch nicht erreicht.« (102)

So gleichen denn »Kerbels Flucht« und der »Heiße Sommer« einander auf seltsame Weise, denn das eine Buch ist die abstrakte Negation des anderen. Das Schicksal der beiden Hauptfiguren rollt automatisch ab, Widersprüche kommen kaum vor. Beide Bücher lehren nicht den Eingriff, nicht die Selbstorganisation. Sie ergeben eine Ästhetik der Widerstandslosigkeit.

»Kerbels Flucht« hat unter den marxistischen Studenten eine lebhafte und kontroverse Diskussion ausgelöst und zu einer Diskussion mit dem Autor geführt (vgl. Rote Blätter, Sept. 1980, 50f., und Nov. 1980, 48f.).

Für die organisierten Studenten ist zunächst und vor allem der Skandal, daß Oberhofer, der Kommunist, so schlecht wekommt. Oberhofer kommt wirklich sehr schlecht weg. Er stellt sich nicht ein auf die veränderte Situation, er ist ein Besserwisser, was besonders dort zum Ausdruck kommt, wo er es tatsächlich besser weiß. Kerbel beklagt »dieses fixe Bescheidwissen und — manchmal — seine Klugscheisserei« (129). Oberhofer steht für eine politische Praxis. »die sich nur noch als Ritual bewegt, ohne selbst etwas zu bewegen« (46).

Die mit Timm diskutierenden Studenten haben zwei Interessen, die sie vorschnell miteinander verquicken. Sie wollen etwas über die Kerbels erfahren, was Eingriffe und wie auch immer provisorische Lösungen denkbar macht. Außerdem wollen sie ihren Stellvertreter im Roman, Oberhofer, in einem günstigeren Licht dargestellt sehen. Die erste Forderung ist eine elementare Anforderung an einen marxistischen Literaten, die zweite führt, zu Ende gedacht, zum Ruin der Literatur.

Timm kommt diese Vermengung zweier Interessen gerade recht. So stellt er seinerseits die Alternative: entweder wollt ihr realistische Darstellung oder den positiven Helden. »Du erwartest eine Begründung für Handlungsfähigkeit. Das ist dann doch immer der positive Held.« (Rote Blätter, Sept. 1980, 51) Als ob es nur die Alternative zwischen der pseudo-proletarischen Hurra-Literatur und dem gängigen Pessimismus gäbe! Als ob Handlungsfähigkeit nur qua positivem Helden befördert werden könnte! Timm kann in »Kerbels Flucht« keine Perspektive entwickeln, die zur Handlungsfähigkeit führt, schlimmer, er will es nicht: »Zuerst habe ich auch versucht, dieses Buch in der dritten Person zu schreiben. Aus dieser Position kannst Du natürlich ganz andere Einsichten vermitteln, als wenn Du Dich entschließt, wie der Kerbel zu schreiben. Aber dabei kam heraus: Ich wußte zuviel über die Figuren und war auch dieser Figur Kerbel gegenüber nicht mehr neugierig genug.« (51) Die Produktion marxistischer Literatur stellt sich hier dar als Operation zur Verschleierung des Wissens, zugleich als Unternehmen zur Befriedigung der Neugier eines Autors. Wem das nicht genügt, dem hält Timm entgegen: »Der Kerbel ist ja nicht mein erstes und hoffentlich nicht mein letztes Buch. Und ich bin ja nicht der einzige Marxist, der schreibt.« (51) So enthält denn das eine Buch die optimistischen Antworten, das andere die pessimistischen; so schreibt denn der eine Marxist über die Probleme, der andere über die Lösungen. Eine wahrhaft arbeitsteilige Literaturgesellschaft.

Zwischen dem »Heißen Sommer« und »Kerbels Flucht« hat ein Wechsel der Literaturkonzeptionen stattgefunden. Der »Heiße Sommer« sollte noch bewirken, »daß sich der unpolitische Leser politisiert und der unorganisierte organisiert«. Literatur erscheint hier als unselbständiges Vehikel der Politik, ihr werden Aufgaben zugemutet, die sie nie erfüllen kann. Von dieser Funktionsbestimmung ist 1980 nichts geblieben. Jetzt soll sie nur noch betroffen machen: »B. fragte mich dann, was ich denn von der Literatur erwarte. Ich höre mich: Sie muß betroffen machen.« (138)

Diese Position freilich ist die äußerste Zurücknahme der Studentenbewegung in der Literatur, sie repräsentiert ein bürgerliches Literaturkonzept, das in der Erfüllung der Aufgabe, dem Autor und dem Publikum Gefühle zu organisieren, seine Befriedigung findet.

Wendung: Peter Schneiders Erzählung »Lenz«

Man kann die Studentenbewegung grob in mindestens drei Phasen einteilen. Über die erste berichtet Timms »Heißer Sommer«. Sie ist *aktionistisch*, wendet sich mit ihren Forderungen an eine vage Öffentlichkeit und beruft sich, wo überhaupt auf Theorie, auf die Frankfurter Schule. In dieser Phase wurden große Erfolge erzielt, wurde aber auch die Erfahrung gemacht, daß man für dauerhafte Veränderungen der Gesellschaft der *Organisation*, der *Arbeiterbewegung* und der marxistischen *Theorie* bedarf. Die Erfahrung, die sich einstellte, war, daß die Organisation noch keinen Erfolg verbürgte, daß die Arbeiterbewegung trotz dringlicher Aufforderung sich nicht bequeme, so zu sein, wie man sie gern gehabt hätte und daß eifriges Studium der Theorie erfolgreiche Praxis noch nicht garantierte. Die grundlegende Veränderung der Bundesrepublik erwies sich als ein schwieriges, langfristiges Problem, entgegen den allgemeinen Erwartungen war es vor dem Examen oder im Verlauf eines Abstechers in die proletarische Welt der großen Betriebe nicht lösbar. Das stellte viele vor die Notwendigkeit, sich ein irgendwie befriedigendes Leben einzurichten, über Glück nicht nur in der Perspektive der Weltrevolution nachzudenken, die Fetischisierung der proletarischen Organisation und die ihr zugrunde liegende Theorie zu überprüfen. Dies war natürlich in erster Linie bei den maoistischen Gruppen unabdingbar, da in deren Umfeld die Mimikry der Intellektuellen an die Arbeiter am weitesten getrieben worden war. Aber natürlich hat auch die adäquatere Einschätzung der gewerkschaftlich orientierten Gruppen von der Rolle der Intellektuellen nicht vor mehr oder minder heroischen Illusionen, vor der Fetischisierung der Arbeiterklasse und der proletarischen Parteien geschützt.

Schneiders Roman behandelt genau diese Bruchstelle, er artikuliert fundamentale Kritik an wichtigen Charakteristika einer Phase der Studentenbewegung vom Standpunkt der folgenden Generation, der er zugleich auch wichtige Stichworte formuliert. Der Standpunkt, von dem aus die Kritik formuliert wird, situiert sich ausdrücklich innerhalb der Studentenbewegung. Er ist antikapitalistisch (man vgl. die Lenzsche Rezeption der Betriebsarbeit), antireformistisch (vgl. die Auseinandersetzung mit dem Dichter, der Lenz für die »Es-Pe-De« gewinnen will), er ist auch anti-innerlich (»Er wehrte sich dagegen, in diese Schwärze zurückzufallen, wo man sich nur noch mit sich selber beschäftigen konnte ...« 78).

Die Kritik insistiert immer wieder auf einem Problem: auf dem Widerspruch von individuellen Bedürfnissen, von unmittelbarer Lust und langfristigen politischen Zielen, von Gefühl und Verstand, Theorie und Erfahrung. Schon auf der ersten Seite wird dieses Motiv angeschlagen anlässlich eines Marx-Bildes, das Lenz über dem Bett hängen hat: »Schon seit einiger Zeit konnte er das weise Marx-Gesicht über seinem Bett nicht mehr ausstehen ... Er sah Marx in die Augen: 'Was waren Deine Träume, alter Besserwisser, nachts, meine ich? Warst Du eigentlich glücklich?'«

Lenz ist Mitglied einer linken Studentenorganisation, die nach der Beschreibung leicht als maoistisch erkennbar ist, aber nicht so bezeichnet wird, um die Allgemeingültigkeit des Problems zu unterstreichen. Lenz widert die ritualisierte Form an, in der er mit seiner Freundin redet, durchbricht die »vernünftige« Dialogform mit ihr durch ein persönliches Bekenntnis. Er empfindet bei einer Demonstration auf einmal die Lust, Steine zu werfen, auch wenn es der als politisch notwendig eingesehenen Strategie nicht entspricht. Auf einem Schulungsabend seiner Organisation beginnt er damit, sich für die persönlichen Schicksale der Genossen zu interessieren, statt für den Text Mao-

Tse-tungs. »Lenz gab es auf, sich über den Text zu ärgern, er ärgerte sich über den hypnoseähnlichen Zustand, in dem er aufgenommen wurde. Er schaute sich die Hosen der Männer an und fand heraus, auf welcher Seite ihr Schwanz lag.« (29) Er nimmt schließlich den Text als Anlaß, um seine subjektiven Assoziationen zu äußern, da er zu weit von seinen *Erfahrungen* entfernt ist.

Auf einer Schickeria-Party hat er das gleiche Gefühl des Auseinanderklaffens von Redeweise und Empfindung. Gegen einen linken Kritiker, der Anhänger Bredels und der objektiven Schreibweise ist, wendet Lenz ein: »Ich kann einer *Idee* ... erst folgen, wenn ich ihr durch *Anschauung* das *Gefühl* hinzufüge, das ihr entspricht.' ... Schließlich fragte der Kritiker, warum Lenz ihm nicht widerspreche. 'Weil ich nichts spüre, wenn Sie reden', rief Lenz, 'weil ich nichts spüre, wenn ich Ihnen widerspreche'« (38f.). Im Gespräch mit dem Genossen B. spürt Lenz »wieder den Haß auf die *fertigen Sätze*, die er und B. benutzten« (48). Gegen die Rede von den *Aufgaben* formuliert er vom Standpunkt der *Lust* (vgl. 51).

Die immer dringlicher erfahrene Dichotomie von *rationaler Einsicht* und *persönlichem Gefühl* treibt Lenz um. Er fühlt sich ganz »starr«, hat das Gefühl, sich nicht mehr mitteilen zu können, er kann nicht mehr riechen, kann nicht mehr unmittelbar empfinden. Als die Widersprüche unerträglich werden, kauft er eine Fahrkarte nach Rom und entzieht sich so den versteinerten Verhältnissen in Berlin. Dort, in einer lebendigen Sozietät, beginnt seine Heilung. Er eignet sich die Fähigkeit, den Augenblick zu genießen, ohne über ihn hinauszudenken, wieder an, er lernt wieder, die »*lebendige Wahrnehmung*« über die »*fertigen Begriffe*« zu stellen. Er genießt, eignet sich Neues an, er lernt, seine Gefühle auszudrücken, z.B. einen Freund zu küssen, als ihm danach ist.

Diese Entwicklungsstufe — auch »Lenz« ist ein Entwicklungsroman — bereitet ihn vor auf das Leben unter Genossen in einer norditalienischen Stadt, in die er zufällig gerät. Hier kommt es dann zur Synthese des anfänglich so schmerzlich Getrennten. Die Genossen dort können sich *anfassen*, leben in Übereinstimmung mit ihrer *Kindheit*, *Nachahmung* und *Beobachtung* bestimmen ihr Verhalten, nicht *Begriffe*, *Gefühl* und *Denken* stimmen überein. Das Verhältnis zu den Büchern wie zum Essen ist sinnlich bestimmt, *lustvoll*.

Ganz kann sich Lenz auch in diese Idylle nicht einfügen. Teils deshalb, teils durch behördlichen Zwang, kehrt er zurück nach Westberlin, nimmt dort, ähnlich dem Timmschen Krause, sein Studium wieder auf. »Was Lenz denn jetzt tun wolle. 'Dableiben', erwiderte Lenz«, sind die letzten Worte des Textes.

Schneider hat ein Problem zur Darstellung gebracht, daß die politisch engagierte Studentenschaft seit dem Ende jener »proletkultischen« Phase beschäftigt, den Widerspruch zwischen langfristigen Strategien und gegenwärtigem Glücksverlangen. Dabei ist übrigens sein Buch keineswegs frei von proletkultischen Elementen. Der Dichotomie von Gefühl, Sinnlichkeit einerseits und Verstand andererseits ordnet er den Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu. Der Modus der proletarischen Wahrnehmung sei unmittelbar, direkt und praktisch, die Welt werde mit den Sinnen erobert, während in der bürgerlichen Wahrnehmung der Wunsch, die Vorstellung, die antizipierende Überlegung und das rationale Urteil dominierten. So kann denn einer der wenigen Arbeiter unter Lenz' Genossen formulieren, ihm werde durch die Schulung, durch die *Begriffe* und das *Nachdenken* sein Blut, seine Lebensquelle ausgesaugt. Weil

sich mit dieser Denkfigur die ehemals dominierende Sichtweise, die alles auf den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit brachte, mit der neuen Sichtweise, die alles auf den Widerspruch von Glücksverlangen und strategischer Vernunft bringt, so glücklich vereinen läßt, vermeidet Schneider sorgfältig ihre Prüfung durch einen Blick auf das proletarische Alltagsbewußtsein oder auch die proletarische Lebensweise unter den gegenwärtigen Produktionsbedingungen.

Wo schon der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit schief ins Bild kommt, geraten die Intellektuellen erst recht in eine schiefe Lage. Der Typus, der in Schneiders »Lenz« für den Intellektuellen steht, ist der Schriftsteller-Intellektuelle — unzweifelhaft eine Minderheit unter den Geistesarbeitern. So erstaunt nicht, daß die Intellektuellen von ihrer Wahrnehmungs- wie ihrer Lebensweise her der Bourgeoisie zugeschlagen werden, ein absurdes Resultat des Nachdenkens über die Studentenbewegung.

Die Kernfrage der Studentenbewegung, die nach ihrem Verhältnis zur Arbeiterbewegung, wird also bei Schneider ebensowenig wie beim Timm befriedigend behandelt. Dennoch wirkt sein Buch offensichtlich überzeugender auf viele Leser als der »Heiße Sommer«. Das dürfte damit zu tun haben, daß Schneider nicht beansprucht, die Totalität der Studentenbewegung darzustellen, sondern sein Buch von einer Person und einer Problemstellung her entwickelt. Das erleichtert, den Gestus der Ehrlichkeit erfolgreich vorzuführen.

Schneiders Buch hat seine Verdienste vor allem darin, daß es entfremdete, ritualisierte Politikformen namhaft macht. Jener Schulungsabend etwa, den er beschreibt, hat sich nicht nur einmal, in Berlin, vor der Mauer, bei den Maoisten, ereignet. Der kritiklose Umgang mit Theorie, die kritiklose Theorie, die Arroganz der Organisation dem Glücksverlangen der Mitglieder gegenüber sind alltägliche Phänomene studentischer Politik, die auch nicht durch die Tendenz verschwinden, sich der Sponti-Massenstimmung anzugleichen.

Schneider stellt die Probleme freilich so dar, daß sie unlösbar werden. Die Lösung, die er anbietet, ist nicht einmal eine Utopie, sie ist ein Wunsch linker Frömmigkeit. Das Arkadien proletarisch vereinter Sinnlichkeit und Vernunft gibt es weder in Trento noch sonst irgendwo, sowenig, wie es Vergils Arkadien je gegeben hat. Die Realität aktueller Vereinigung der entzweiten Pole in der gesellschaftlichen Realität zu behaupten, ist mindestens eine Fahrlässigkeit, wenn nicht eine Unaufrichtigkeit. Auf ihrer Wünschbarkeit zu bestehen, ist freilich ein Verdienst. Ihrer Herstellbarkeit zu nützen wäre ein größeres.

Literaturverzeichnis

- Buselmeier, Michael:* Nach der Revolte. Die literarische Verarbeitung der Studentenbewegung. In: W. Martin Lüdke (Hrsg.): Literatur und Studentenbewegung. Opladen 1977, S.158-186.
- Haug, Wolfgang Fritz:* Brecht oder Aitmatov? Positionen zur gesellschaftlichen Kompetenz/Inkompetenz von Literatur. In: Ders. (Hrsg.): Aktualisierung Brechts. Argument-Sonderband 50. Berlin 1980, S.19-43.
- Hosfeld, Rolf, und Helmut Peitsch:* »Weil uns diese Aktionen innerlich verändern, sind sie politisch.« Bemerkungen zu vier Romanen über die Studentenbewegung. In: Reinhold Grimm und Jost Hermand (Hrsg.): Basis. Jahrbuch für deutsche Gegenwartsliteratur. Bd.8. Frankfurt/M. 1978, S.92-127.
- Lukács, Georg:* Die Eigenart des Ästhetischen, I.Bd., Berlin/Neuwied 1963.
- Mittenzwei, Werner:* Marxismus und Realismus. Die Brecht-Lukács-Debatte. In: Das Argument, H.46, S.12-43.

- Piwitt, Hermann Peter*: Rückblick auf heiße Tage. Die Studentenrevolte in der Literatur. In: Hans Christoph Buch (Hrsg.): Literaturmagazin 4. Die Literatur nach dem Tode der Literatur. Bilanz der Politisierung. Reinbek 1975. S.35-47.
- Reinbold, Ursula*: Herausforderung Literatur. Entwicklungsprobleme demokratischer und sozialistischer Literatur in der BRD. München 1976.
- Rosenberg, Rainer*: Marxistische Literaturtheorie und die Konzeption der Literaturgeschichte. In: Streitpunkt Vormärz. Berlin 1977. S.130-183.
- Schneider, Peter*: Lenz. Eine Erzählung. Berlin 1973.
- Timm, Uwe*: Zwischen Unterhaltung und Aufklärung. In: Kürbiskern 1972, H.1, S.79-91.
- Timm, Uwe*: Realismus und Utopie. In: Kürbiskern 1975, H.1, S.91-101.
- Timm, Uwe*: Sensibilität für wen? In: Kürbiskern 1976, H.1, S.118-122.
- Timm, Uwe*: Heißer Sommer. Roman. München 1974.
- Timm, Uwe*: Kerbels Flucht. Roman. München 1980.

Projektgruppe Automation und Qualifikation



Band I: Automation in der BRD

Entwicklung der Produktivität, Arbeitskräftestruktur und Staatstätigkeit; Genese der Automation; Ausbreitung der Datenverarbeitung; Automation in Verwaltung, Handel und Bankwesen; Automation in der Produktion

»... daß sich die Studie durch eine Fülle statistischen und empirischen Materials auszeichnet, weil das für jeden von Bedeutung ist, der sich mit dem Komplex Automation beschäftigt.« (R. Katzenstein in: Blätter für deutsche u. intern. Politik 12/75)

(AS 7: ISBN 3-920037-15-4) 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

Band II: Entwicklung der Arbeitstätigkeiten und die Methode ihrer Erfassung
Entwicklung der menschlichen Arbeit, Entwicklung der Lohnarbeitstätigkeiten, exemplarische Analyse des Spinnens, Leitfragen für die Analyse der Automationsarbeit

»... ist der Band weit über den Kreis der Industriesoziologen hinaus zu empfehlen — die Verwendung für Schule oder gewerkschaftliche Bildungsarbeit bietet sich geradezu an.« (Kaspar Maase in: Deutsche Volkszeitung 12/79)

(AS 19: ISBN 3-920037-90-1) 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

Band III: Theorien über Automationsarbeit

Qualifikation, Kooperation, Autonomie: Positionen zur Entwicklung der Automationsarbeit; Tabellarischer Überblick über Untersuchungen zur Automationsarbeit

»Parteilichkeit der Wissenschaft heißt hier konkret, nicht erneut das Alte, Negative zu beschreiben, sondern den Versuch zu wagen, Ansätze für einen positiven Gesellschaftsentwurf zu entwickeln.« (Christiane Preiß in: Nachrichten 8/79)

(AS 31: ISBN 3-920037-51-0) 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

Band IV: Automationsarbeit: Empirische Untersuchungen, Teil 1

Überlegungen zu einer inhaltlichen Methode; Neue Produktionsstrukturen; Berufe, Arbeitsplätze, Innovation, Produktivkraft Automation, Anforderungsstruktur; Vergesellschaftung der Privaten; Aneignung, Kollektivität

»Die wissenschaftliche Diskussion und Auseinandersetzung um die Entwicklungstendenzen der menschlichen Arbeit erhält durch die vorliegende Studie zahlreiche neue Impulse.« (Reinhard Bispinck in: WSI-Mitteilungen 12/80)

(AS 43: ISBN 3-920037-12-X) 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

Band V: Automationsarbeit: Empirische Untersuchungen, Teil 2

Vergesellschaftung der Privaten; Kommunikation, Abstraktion und Anschauung, die Qualität der Zeit, Tugenden der Facharbeiter, Nachdenken über den Gebrauch der Dinge, Kooperationslernen

(AS 55: ISBN 3-88619-004-8) 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

erscheint in Kürze:

Band VI: Automationsarbeit: Empirische Untersuchungen, Teil 3

Private Vergesellschaftung: das Gebrauchswertproblem, das Planungsproblem, das Kooperationsproblem, der gesellschaftliche Schein von Unternehmensstrategien

(AS 67: ISBN 3-88619-005-6) 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

in Vorbereitung:

Band VII: Arbeiterformen/Fragen der Gewerkschaftspolitik (AS 79)

neu

Thomas Waldhubel

Widersprüche im Studentenleben

Thesen zur Vergesellschaftung in der Hochschule

Die neue Studentenbewegung der sogenannten Spontis sah sich sehr bald mit Erklärungsansätzen ihres eigenen politischen Handelns konfrontiert. Die einen erkannten in allem nur die Reaktion von deklassierten Kleinbürgern. Die anderen sprachen von einem neuen Sozialcharakter der Fernseh-, Konsum- und Discozeit: Narziß. Beide Ansätze verfahren gleichermaßen reduzierend. Der erste verschiebt sämtliche aktuelle Probleme des gelebten Studiums in eine Klassenherkunft. Der zweite siedelt auf psychoanalytische Manier die Ursachen in geänderten Familiensituationen an. Beide Reduktionen lassen die so Reduzierten ohnmächtig zurück. Sowohl Herkunft als auch Charaktersstruktur können kaum beliebig und nachträglich ausgesucht werden. Ist man/frau erstmal auf die Klassenherkunft reduziert und erfährt, daß man/frau auch noch deklariert sein soll, verbleibt vielleicht gerade noch der Mut zur provokanten Frage, wie's denn mit der Klassenherkunft des so klug daher Redenden stehe, wie er's denn geschafft habe, trotz Deklassierung aus der Misere des Studiums sich zu befreien. Diese Erklärungen verschieben das studentische Handeln auf Felder, die das Studentenleben unberührt lassen: Die neue Studentenbewegung hat ihren Protest hauptsächlich als Kritik an den universitären Verkehrsformen vorgetragen. Politisches Handeln an der Hochschule muß die Bedingungen seines Handelns kennen. Dazu gehören die Formen des Lernens und Lehrens.

1. Gestörte Kommunikation

1975 hat Peter Beck eine Untersuchung vorgelegt, in der er Widersprüche und Konflikte des Studentenlebens zu erklären sucht. Sein Vorschlag ist, das individuelle Leiden als Folge einer »gestörten Kommunikation« zwischen Studenten und Professoren aufzufassen, welche die bewußte Bewältigung der Widersprüche und Konflikte verhindere.

Leben im Freiraum

Die studentische Wirklichkeit zerlegt Beck in eine soziale und eine persönliche Seite. Die Studentenrolle weise Statusinkonsistenzen auf: »Einerseits ist der Student von der biologischen Reife wie von den staatsbürgerlichen Rechten her ein Erwachsener. Andererseits werden ihm die entsprechenden sozialen Rechte weitgehend vorenthalten.« (1975 S.153) Diese Benachteiligung (»verspätete ökonomische [und psychische] Unabhängigkeit, nachhinkender Lebensstandard, überdurchschnittliche lange Arbeitszeit« [ebd. S.154]) sei für die Studenten mit dem Privileg verbunden, »als unmündige Erwachsene die entmündigenden Zwangsstrukturen der Gesellschaft teilweise zu unterlaufen, sich dem Prinzip der Verwertbarkeit von Leistung zu entziehen und gesellschaftliches Handeln experimentierend zu proben, ohne für dessen Folgen im vollen Ausmaß zur Verantwortung gezogen zu werden.« (ebd. S.158) Die »gewährte Freiheit« sei »folgenlose Narrenfreiheit« (ebd. S.159). Beck legt hier an die studentische Wirklichkeit Maßstäbe an, die er sich von einem durchschnittlichen Erwachsenenleben mit Einkommen, Familie etc. vorgeben läßt, und kommt zu dem Ergebnis, daß Studenten dies Erwachsenenleben verwehrt ist. Bildet das Erwachsenenleben den Bezugspunkt,

muß das studentische Leben als Leben in einem Freiraum erscheinen. Diese Abblidungsweise unterstellt, daß Verbindlichkeit, Disziplin, verantwortliches und gesellschaftlich relevantes Handeln ausschließlich an Einkommen und Familie geknüpft sind, so daß die studentische Existenz an sich durch Unverbindlichkeit und Folgenlosigkeit strukturiert sei. Die Erklärung dieser Phänomene steht damit nicht mehr zur Diskussion. Die Perspektive, im Studentenleben selbst Verbindlichkeit und Möglichkeiten zu gesellschaftlich relevanten Handeln sich zu erobern, ist abgeschnitten.

Studium ohne Praxisbezug

Die Analyse der Studentenrolle ergänzt Beck durch eine Untersuchung der Auswirkungen des Sozialisationsprozesses an der Hochschule auf die Studenten. Dies sei die persönliche Seite des Studentenlebens. Zwei Aspekte hebt er hervor, die Veränderung der »subjektiven Zeitperspektive« und »das Problem der beruflichen Identifikation« (ebd. S.161). Indem sich die Hochschulausbildung zwischen Schulabschluß und Berufstätigkeit schiebe und die Studienabläufe strukturiere, bewirke sie »eine Verschiebung des Zeithorizontes«. (ebd.) »Im Extremfall geht dem Studenten eine auf die Zukunft bezogene Zeitperspektive sogar völlig verloren und sein Zeithorizont reduziert sich auf die im Moment gelebte Studiensituation.« (ebd. S.162) Indem aber die Hochschullehrer auf Dauer mit der Hochschule verbunden seien, komme es zur »Diskrepanz der sozialen Zeitperspektiven«: »ein dauernder Herd von inneruniversitären Konflikten«. (ebd. S.163) Da der Studienablauf in verschiedenen Fächern unterschiedlich strukturiert ist, ergeben sich mit den unterschiedlichen Zeitperspektiven auch unterschiedliche Möglichkeiten, das Studium auf die spätere Berufstätigkeit hin zu orientieren. Aus empirischen Untersuchungen über Motivationsarten und Studienverläufe zieht Beck zwei Motivationstypen heraus: »Direkte Motivation« besitze, wer das Studium um seiner selbst willen betreibe. Dies sei überwiegend in den wenig strukturierten Fächern der Geistes- und Sozialwissenschaften der Fall. In den bis zur Verschulung strukturierten Fächern dagegen herrsche der Typ der »indirekten Motivation« vor. Er betrachte das Studium als Mittel zum Zweck, als Instrument für den Beruf. Mit beiden Typen seien nun spezifische Konflikte verbunden. Indem die Hochschullehrer die Ausbildungsziele definierten und sie bewußt nicht auf die berufliche Praxis ausrichteten, sondern in den Kontext des Hochschulstudiums selbst verlegten, müßten die direkt motivierten Studenten erfahren, »daß ihr Interesse am Studienfach in Kanäle gelenkt wird, deren Richtung sie nicht selbst bestimmen können«. (ebd. S.167) Abhängigkeit von den Professoren in Verbindung mit Berufsangst stelle sich ein. Dagegen erlebten die auf die berufliche Praxis ausgerichteten Studenten die »versuchte Ablenkung ihrer Motivation auf das Studium hin (als) eine Behinderung für das Erreichen ihrer außerhalb der Hochschule liegenden Ziele«. (ebd. S.168) Zur Lösung beider Konfliktformen schlägt Beck eine Integration von theoretischer Ausbildung in Distanz zur Berufstätigkeit mit Praktika vor, die einen realistischen Einblick in die Tätigkeitsbereiche der Berufspraxis ermöglichen sollen. Diese Integration nach dem »Muster der polytechnischen Ausbildung« soll den falschen oder fehlenden Praxisbezug der Studiengänge überwinden (ebd. S.169).

Die beobachteten Konflikte zwischen den Orientierungen der Studenten und der Professoren verweisen darauf, daß das Studium eine Berufsausbildung ist, die in einer Institution organisiert wird, die sich gegenüber den Berufsfeldern relativ verselbständigt hat. Allerdings läßt Beck unklar, inwiefern denn der Wissenschaftsbetrieb an der

Hochschule unpraktisch und was das »praktische« einer Berufspraxis sei, die eine wissenschaftliche Ausbildung benötigt. Kann die relative Verselbständigung der Hochschule gegenüber den Berufspraxen nicht auch funktional sein?

Lernen ohne Emotionen

Für Beck ist die Hochschule Ort bloßer Wissensvermittlung, sie verhindere eine »Entwicklung der Persönlichkeit« (ebd. S.213). Der Übergang von der Schule zur Hochschule stelle für den einzelnen Studenten einen lebensgeschichtlichen Bruch dar, bei dessen Verarbeitung er keinerlei Unterstützung durch die Institution erhalte; die »implizit durchaus vorhandenen institutionellen Deutungsschema« werden nicht »kommunikativ« vermittelt. Stattdessen falle der Student in ein »Interaktionsvakuum« (ebd. S.211). Aufgrund »fehlender« bzw. »Einwegkommunikation« zwischen Hochschullehrern und Studenten leiste die Hochschule nur einen »geringen Integrationsbeitrag« (ebd. S.216). Die Hochschule definiere die berufliche Sozialisation »einseitig zweckrational und sachbezogen«, »zugunsten des Inhaltsaspektes (wird) der Beziehungsaspekt aus der Kommunikation ausgeklammert« (ebd. S.213). In diesen Kommunikationsstörungen habe studentisches Leiden seinen Grund, die zuvor bestimmten »Beziehungskonflikte« können nicht »kommunikativ ausgetragen« werden (ebd. S.238). Seine Veränderungsvorschläge zielen auf eine »Intensivierung der inneruniversitären Kommunikation« (ebd. S.230). Die Hochschullehrer müßten bereit sein, »auf der Ebene der Beziehungsdefinition symmetrische Kommunikation« zuzulassen (ebd. S.242). Hier wird die Theorie des »Symbolischen Interaktionismus« wirksam: Identität sei Produkt eines Kommunikationsprozesses, des kompromißhaften Aushandelns wechselseitiger Ansprüche und Bedürfnisse. Sozialisation ist demnach ein schmerzhafter Anpassungsprozeß an gesellschaftliche Zwänge und kann als relativ geglückt bezeichnet werden, wenn die Ausbalancierung zwischen eigenen Bedürfnissen und gesellschaftlichen Anforderungen gelingt. Im Zentrum des studentischen Protests steht aber genau diese erzwungene Trennung zwischen der Lernfähigkeit und den Emotionen, Bedürfnissen (vgl. Waldhübel 1979). Die Theorie vollzieht diese nach, bestätigt sie als unabänderlich und empfiehlt ein Aushalten der Spannungen: Der Kommunikationsprozeß der Lehrenden und Lernenden soll durch Reden über wechselseitige Bedürfnisse und Befindlichkeiten meta-kommunikativ unterbrochen werden, so daß auch persönliche Belange artikuliert werden können. Sind damit aber die Lernformen selbst verändert? Können die Studenten ihre Emotionen auf die gemeinsame Tätigkeit des Lernens beziehen, in dieser Tätigkeit Interessen und Bedürfnisse entwickeln? Die Theorie verewigt die Abschottung von Emotionen und Tätigkeit. Beck faßt Lernen nicht als Entwicklungstätigkeit auf.

Studieren ist eine Form des Lernens unter vielen. Erfolgreiches Lernen scheint für viele Lehrende einzig eine Frage der Technik und Didaktik zu sein. Didaktik ist dann die Kunst, wie man Wissen in die Köpfe hinein bekommt. Lernende treten als Hohlgefäße auf, die gefüllt werden müssen. Formen der Motivationslosigkeit, der Verweigerung und des Protestes an den Hochschulen bestätigen solches Denken. Die Lernenden selbst begreifen Lernen ebenfalls oft als etwas zu erleidendes und sind voll Sehnsucht nach dem »wirklichen Leben«. Dies Dilemma wechselseitiger Bestätigung falscher Theorie und falscher Wirklichkeit ist nur lösbar, wenn Lernen als eine Tätigkeit aufgefaßt wird, als *Aneignung*. Lehren kann diese tätige Aneignung nicht ersetzen, nur die Bedingungen für Aneignungsaktivitäten organisieren. Spontan und in vielen Sozialisa-

tionstheorien wissenschaftlich ausformuliert wird individuelle Entwicklung in dem Gegensatz von Individuum und Gesellschaft gedacht. Nicht die Hineinentwicklung in die Gesellschaft ist das Abzuwehrende, zu Verändernde, sondern die Behinderungen und Hemmungen der Vergesellschaftung: Die *Formen*, in denen die individuelle Entwicklung organisiert wird, stehen zur Diskussion. Obgleich Beck die Besonderheiten universitärer Lernformen nicht untersucht, enthält seine Behauptung von der fehlenden Persönlichkeitsentwicklung Beobachtungen, die für die Formuntersuchung festzuhalten sind. Die Lernanforderungen treten den Studenten in einem Gestus gegenüber, den ich den *Gestus des Selbstverständlichen* nenne. »Die jeweils spezifischen materiellen Verhältnisse gebieten von sich aus, als das verstanden zu werden, was sie praktisch sind und wie sie unmittelbar erscheinen.« (Gestigkeit 1979, S. 53) Das Selbstverständliche der universitären Lernanforderungen muß den Studenten *bekannt* sein, entzieht sich aber ihrem begreifenden *Erkennen*, sofern sie sich in den Lernformen bewegen.

2. Wissenschaft in ideologischen Formen

Berufspraxis als Intellektuellenfunktion

Was bedeutet die von Beck beobachtete Verselbständigung der wissenschaftlichen Ausbildung gegenüber den Berufsfeldern? Ist es das Problem der Hochschule, daß sie fern der Praxis ist? Um was für eine Praxis handelt es sich, wenn Lernen selbst Tätigkeit ist? Beobachten wir einen Arzt. Er stellt Untersuchungen an, diagnostiziert und entwirft Therapiepläne. Er setzt Teile seines in der medizinischen Ausbildung erworbenen Wissens ein. Besteht das Problem vor allem darin, daß er an der Universität eine Menge Überflüssiges lernen mußte? Ich meine nicht. Gegenüber dem Patienten, der über dies Wissen nicht verfügt, ist der Arzt ein Fachmann für Gesundheitsfragen. Er ist aber mehr als das. Indem er in den Formen des Gesundheitssystems tätig ist (Privatvertragsform, Ausklammerung vor allem der Arbeitswelt etc.), organisiert er bei seinen Patienten eine Sichtweise auf die eigenen Gesundheitsprobleme. Der Patient tritt vor den Arzt als Körper, losgelöst von seinen Lebensbedingungen. Carpentier (1979) nennt diesen Effekt »Abschottung« der Krankheit gegenüber den Lebensbedingungen, die sie verursachen. Die Beschränkung auf die Untersuchung des Körpers, die Erhebung der Lebensgeschichte als Geschichte von Krankheiten organisieren bei dem Patienten eine private Verantwortlichkeit für seine körperlichen Leiden. Die Einschließung der Krankheit in den Körper, die private Verantwortlichkeit für den eigenen Körper sind Effekte ärztlichen Handelns. Sie bestimmen die Sichtweise des Patienten und organisieren dadurch seine Zustimmung zu Verhältnissen, in denen er davon ausgeschlossen ist, zusammen mit anderen die krankheitsverursachenden Lebensbedingungen zu verändern. Der Arzt besitzt also eine Macht, die über sein Spezialistentum hinausgeht. Indem er in dem Gesundheitsapparat handelt, organisiert er eine Zustimmung der Erkrankten zu ihrer eigenen Inkompetenz. Diese ärztliche Macht bewirkt, daß den Ärzten die Funktion zukommt, jene individualisierten und in den Körper eingeschlossenen Erkrankungen gründlich zu beseitigen. Wenn aber die Erkrankungen in den Lebens- und Arbeitsbedingungen von den Menschen gemacht und folglich auch nur dort bekämpft werden können, dann wird von den Ärzten erwartet, was sie selbst nicht leisten können. Indem sie im Gesundheitsapparat tätig sind, haben sie kaum Zugriffsmöglichkeiten auf die krankheitsverursachenden Lebensbedingungen. In ihrer Macht sind sie zu-

gleich selbst inkompetent. Sie befinden sich in Gegensätzen und Widersprüchen.

Allgemein wirken wissenschaftlich Ausgebildete in Verhältnissen, in denen die arbeitende Mehrheit von der Kontrolle über ihre Lebensbedingungen ausgeschlossen ist, als *Intellektuelle*. Die Entstehung ihrer Intellektuellenfunktion ist gebunden an die Bildung des Staates als »gesellschaftliche Macht über der Gesellschaft« (PIT 1979, S. 180). Ursprünglich »horizontal« wahrgenommene und regulierte Kompetenzen der gemeinschaftlichen Lebenskontrolle werden mit der Herausbildung von Klassegegensätzen aus der Gesellschaft herausgezogen und in die »vertikale« Regulierung durch den Staat eingebaut. Durch diese Transformierung erhält die Anwendung des in den staatlichen Apparaten entwickelten Wissens die Funktion der »Vergesellschaftung von oben nach unten«, des Ideologischen (PIT 1979, S. 181). Das Ideologische wird hier als materielle *Vergesellschaftungsform* verstanden, Ideologien als Produktionen in diesen Formen. Eine wichtige Funktion von Intellektuellen besteht darin, durch ihre Tätigkeit in den staatlichen Apparaten Zustimmung zur Herrschaft zu organisieren:

»Die Intellektuellen haben sich als spezialisierter und professionalisierter Körper über ihre Verheerung durch den modernen Staat herausgebildet. Diese Intellektuellen als Träger der Wissenschaft/des Wissens sind durch den gleichen Mechanismus (in den Universitäten, Instituten, Akademien, verschiedenen wissenschaftlichen Gesellschaften) Staatsbeamte geworden, durch den Staatsbeamte Intellektuelle wurden.« (Poulantzas 1978, S. 49 ff.)

In den staatlichen Apparaten partizipieren Intellektuelle an der Macht, besitzen sie »primäre ideologische Kompetenz« (Haug 1979); gleichzeitig sind sie als einzelne, getrennt von der arbeitenden Mehrheit inkompetent, die sozialen Formen zu verändern, in denen sie ihre Tätigkeit ausüben. Für unser Beispiel, die Ärzte, heißt das, daß sie von der Möglichkeit abgeschnitten sind, in die *gemeinschaftliche* Bewältigung der Krankheitsprobleme durch Veränderung der Lebensbedingungen einzugreifen. Die Lehrer sind *in* dem Apparat Schule inkompetent, auf die Gestaltung des Zusammenhangs von Bildung/Ausbildung und System der gesellschaftlichen Arbeit Einfluß zu nehmen. Das Problem der wissenschaftlichen Ausbildung an der Hochschule stellt sich neu: Wenn die systemerhaltende Funktion der Intellektuellen gewährleistet werden soll, muß die Hochschule durch ihre Form der Ausbildung Individuen bereit stellen, die sich in den In-/Kompetenzverhältnissen der staatlichen Apparate bewegen können.

Wissenschaft als relativ selbständige Instanz

Beck stieß auf die relative Verselbständigung der Hochschule gegenüber den Apparaten, in denen Intellektuelle tätig sind. Die Frage nach der Funktion dieser relativen Verselbständigung stellte er jedoch nicht. Bevor diese Frage aber nicht untersucht ist, drohen die Konsequenzen jenes Vorschlags außer Kontrolle zu geraten, die Konflikte studentischen Lernens durch eine Integration der Berufspraxis zu bewältigen. Die Frage nach der Funktion der relativen Verselbständigung problematisiert zugleich das positive Leitbild der »autonomen Universität« humboldtscher Prägung als »Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden«. Es wird als Gegenbild zur »modernen Massenuniversität« mit ihren Kommunikationsstörungen oder zur »Taylorisierung der Universität« eingesetzt, welche den Studenten »aus der Rolle eines akademischen Mitsubjekts in die eines Qualifikationsobjektes verdrängt« (Kraushaar 1979, S. 190 f.). Dieses Gegenbild ist trügerisch. Denn auch die »autonome Universität« war eingebaut in den durch den Staat organisierten Gesamtzusammenhang der Vergesellschaftung von oben nach unten. Hi-

storisch verändert hat sich offenbar die Art und Weise, *wie* die Hochschule darin eingebaut ist, *wie* der Staat eingreift.

Die relative Verselbständigung der Hochschule kann unabhängig von den historischen Besonderheiten untersucht werden. Die Hochschule ist nicht nur Ausbildungsinstitution, sondern zumindest in Deutschland der dominierende Apparat, in dem der *Wissenschaftsprozess* organisiert wird (vgl. Paulsen 1965; Prahl 1978). In welchem Verhältnis stehen wissenschaftliche Erkenntnisproduktion und staatliche Regulierung der Räume dieser Produktion?

»Der Wissenschaftsprozess ist in seinem Keim arbeitsförmige Produktion von Erkenntnissen, über deren Regeln und Resultate horizontal kommuniziert und unabschließbar kontrovers befunden wird. Von sich aus ist diese Kernstruktur anti-ideologisch. Historisch tritt sie auf mit frontaler Ablehnung aller autoritativen Setzung von oben... Die Wissenschaft ist gleichwohl in dem Maße ideologisch bestimmt, in dem die ideologischen Mächte sie vom Produktionsprozess und von der Entscheidung und Gestaltung gesamtgesellschaftlicher Bedingungen abschneiden... Die Herrschaftsstruktur definiert Praxisbereiche und legt entsprechende (In-)Kompetenzen fest. An die wissenschaftliche Erkenntnisgewinnung trägt sie mit all ihrer Macht den Anspruch heran, Erkenntnisse in die Hohlform dieser begrenzten Praxen und Kompetenzen zu liefern und die Grenzen keineswegs zu überschreiten. Diese Umregelung der Wissenschaft ideologisiert diese nun doch... Der gesellschaftliche Apparat der Wissenschaft mit seinen vielfältigen Ritualen stabilisiert die Wissenschaft in ihren ideologischen Begrenzungen.« (PIT 1979, S. 200)

Wissenschaft als relativ autonome Instanz denken bedeutet einerseits, daran festzuhalten, daß es sich um eine Praxisform mit eigenen Produktionsverfahren und Gegenständen handelt; bedeutet andererseits zu erkennen, daß in der relativen Autonomie eine Verbindung zu übrigen Praxisbereichen liegt. Diese geben der Wissenschaft Probleme vor und bestimmen die Grenzen der Eingriffsmöglichkeiten von Wissenschaft. So ist beispielsweise die Intervention von Wissenschaft in den Produktionsbereich durch die Gestalt der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse bestimmt und »erscheint hier in der Form der *Anwendung* der Wissenschaft unter den Bedingungen, die durch die ökonomische Struktur determiniert sind« (Balibar 1972, S. 410). Sozialwissenschaften, die wie Psychologie und Soziologie seit den zwanziger Jahren organisiert in den Produktionsbereich eingreifen, reduzieren sich so auf Technologien, mit denen das Verhalten der Arbeiter auf die fraglos übernommenen Produktionsziele hin ausgerichtet wird.

Indem Wissenschaft ihre Erkenntnisse in die In-/Kompetenzverhältnisse der verschiedenen gesellschaftlichen Instanzen hineinformulieren muß, läuft sie beständig Gefahr, ihre wissenschaftlichen Gegenstände mit den empirischen Ausprägungen *in* den begrenzten Praxen zu identifizieren. Probleme in der gesellschaftlichen Lebensbewältigung, die Wissenschaft aufgreift, werden zu Problemen umgeformt, die *in* diesen begrenzten Praxen zu lösen sind. Wie diese Umformungsprozesse durch Eingriffe der herrschenden Mächte organisiert werden und innerhalb der Wissenschaften funktionieren, muß für Einzelwissenschaften konkret untersucht werden. Ein Resultat der Umformung ist, daß die Menschen, in deren Leben sich die Probleme stellen, im Wissenschaftsprozess nicht als Subjekte der praktischen Bewältigung gedacht werden, sondern als von oben zu vergesellschaftende. Wissenschaftliche Erkenntnisse treten dann beispielsweise als Handlungs*normen* auf, die durch die Instanz Wissenschaft begründet sind, nicht aber als Erkenntnisse für die Durchsetzung der eigenen Lebens*interessen* genutzt werden können. Diese Leistung von Wissenschaft, Erkenntnisse für die Vergesellschaftung von oben bereit zu stellen, kann sich spontan einstellen. Wissenschaftliche

Erkenntnisproduktion ist nur auf dem Wege der Spezialisierung möglich. Das arbeitsteilige Vorgehen droht eine Blindheit gegenüber den *gelebten* Zusammenhängen zu erzeugen, deren Aspekte arbeitsteilig bearbeitet werden. In den Aspektwissenschaften werden die Formen, in denen den Menschen die Kontrolle über ihre Lebenszusammenhänge entzogen wird, im Denken spontan reproduziert.

Eine Wirkung der relativ autonomen Instanz Wissenschaft besteht in der spontanen Reproduktion der In-/Kompetenzverhältnisse der Berufspraxis von Intellektuellen im wissenschaftlichen Denken selbst. Meine weitere These ist, daß diese spontane Reproduktion in der Wissenschaft für die Ausbildung funktional ist. Beck führte studentisches Leiden unter anderem auf den Gegensatz von wissenschaftlicher Orientierung der Professoren und berufspraktischer Orientierung der Studenten zurück. Was heißt dabei »wissenschaftlich«, was »berufspraktisch«, wie ist beider Verhältnis? Diese Fragen nicht stellen heißt dem Ideologischen in der Wissenschaft und in der Berufspraxis aufzusitzen. Wie Wissenschaft in ideologischen Begrenzungen gelebt wird, welche Konflikte wie verarbeitet werden, skizziere ich in einem Exkurs.

Exkurs: Max Weber und der Sinn von Wissenschaft

Vor einer Studentenversammlung hielt Weber eine berühmt gewordene Rede, die 1919 erstmals unter dem Titel »Wissenschaft als Beruf« veröffentlicht wurde. »Wissenschaftlich überholt zu werden, ist ... nicht nur unser aller Schicksal, sondern unser aller Zweck. Wir können nicht arbeiten, ohne zu hoffen, daß andere weiter kommen werden als wir« (1922, S. 534). Das »Sinnproblem der Wissenschaft« ist das Problem des individuellen Sinns wissenschaftlicher Tätigkeit, das Motivationsproblem: »Warum betreibt man etwas, das in der Wirklichkeit nie zu Ende kommt und kommen kann?« (ebd.)

Webers Antwortversuch geht von der sozialen Funktion der Wissenschaft aus. Sie sei Teil des allgemeinen Fortschrittsprozesses zunehmender »Intellektualisierung und Rationalisierung«, welcher »nicht eine zunehmende allgemeine Kenntnis der Lebensbedingungen« bedeute, sondern das Wissen oder den Glauben an die prinzipielle Beherrschbarkeit der Dinge: »die Entzauberung der Welt« (ebd., S. 536).

Weber fragt, ob der Fortschritt einen über das Technische hinausreichenden Sinn habe, so daß dadurch der Dienst an ihm ein sinnvoller Beruf würde. Dies sei die Frage nach dem »Wert« von Wissenschaft (ebd., S. 537). In der Jetztzeit sei Wissenschaft die »spezifisch gottfremde Macht« (ebd., S. 540), auf die Frage nach irgendeinem Sinn liefere sie keine Antworten. Der Optimismus, der die auf sie gegründete Technik der Beherrschung des Lebens »als Weg zum *Glück*« gefeiert habe, sei naiv, niemand glaube daran (ebd.). Wenn Wissenschaft zur Frage schweigt, »Was sollen wir tun? Wie sollen wir leben?« (ebd.), dann geht in die wissenschaftliche Arbeit neben ihren Regeln nur eine Voraussetzung ein: »daß das, was bei wissenschaftlicher Arbeit herauskommt, *wichtig* im Sinne von 'wissenswert' sei... diese Voraussetzung ist nicht wieder ihrerseits mit den Mitteln der Wissenschaft beweisbar. Sie läßt sich nur auf ihren letzten Sinn *deuten*, den man ablehnen oder annehmen muß, je nach der eigenen letzten Stellungnahme zum Leben« (ebd., S. 541). So erhalte der Mediziner mit seinen Mitteln unbedingt jedes menschliche Leben ohne zu fragen, »ob das Leben lebenswert ist und wann« (ebd., S. 541). Naturwissenschaften lieferten Wissen, was zu tun ist, »wenn wir das Leben *technisch* beherrschen wollen«; beantworteten aber nicht die Frage, »ob wir es aber technisch beherrschen sollen und wollen, und ob das letztlich eigentlich Sinn hat« (ebd., S. 541 f.). Juristen wendeten Rechtsregeln an, ohne sich die Frage zu stellen, »ob es Recht geben solle, und ob man gerade diese Regeln aufstellen solle« (ebd., S. 542). Weber behauptet die »Unmöglichkeit 'wissenschaftlicher' Vertretung von praktischen Stellungnahmen« und trennt Wissenschaft und Bedürfnisse des praktischen Lebens voneinander (ebd., S. 545), weil er die im Leben verfolgten Zwecke selbst als durch Werte und Wertentscheidungen reguliert betrachtet. Und über Werte kann nicht wissenschaftlich entschieden werden, »weil die verschiedenen Wertordnungen der Welt in unlöslichem Kampf untereinander stehen« (ebd.).

Handeln wird nicht durch Lebensinteressen begründet, sondern leitet sich von höheren Werten ab. Interessengegensätze, insbesondere der Klassengegensatz, welche der Wissenschaft die Frage ihrer Parteilichkeit aufdrängen, treten als Kämpfe zwischen Werten auf. Wo unvereinbare Werte herrschen, besteht Entscheidungsnotwendigkeit. Ob Wissenschaft individuell »wertvoll« sei, ist dann selbst ein »Werturteil«, welches in individuell zu treffen ist. Webers Leistung ist, wissenschaftliche Tätigkeit gegen Dogmatismus und fremde Mächte individuell stabilisierbar zu machen, indem sie nur ihren eigenen Prinzipien verpflichtet sei, so daß die wertmäßige Entscheidung für Wissenschaft nur als Voraussetzung eingeht. Gleichzeitig verlangt er als Opfer den Verzicht auf die Reflexion der Bedingungen von Wissenschaft in der Wissenschaft als Abschottung gegen soziale Interessengegensätze. Sein Angebot an Wissenschaftler ist, sich mit Tatsachenfeststellungen zu begnügen, den Aufweis der Konsequenzen von Wertentscheidungen zu führen, also zur bewußten Wahl zwischen »Zweck« und »Mittel« von Handeln anzuhalten, »den Einzelnen zu nöthigen, sich selbst *Rechenhaftigkeit zu geben über den letzten Sinn seines eigenen Tuns*« (ebd., S. 550). Das Handeln nach den wissenschaftlichen Regeln wird zusammengebunden mit einer Distanzierung gegenüber Lebensinteressen überhaupt und einer Haltung des Skeptizismus, welche die Aufforderung zu eingreifendem Denken als unwissenschaftliches Ansinnen von sich weisen kann.

Webers wissenschaftliche Postulate kann man lesen als Eingriffe eines konzeptiv tätigen Intellektuellen in die Verarbeitungsweisen von Konflikten, die sich für die Wissenschaftler in diesen Formen ergeben. Wenn er die soziale Begründetheit von Wissenschaft in individuelle Wertentscheidungen für die wissenschaftliche Tätigkeit umformt, konstituiert er Wissenschaftler als autonome Persönlichkeiten, die in der Wissenschaft ausschließlich der Sache selbst dienen. Indem sie aber als Subjekte des Wissenschaftsprozesses inkompetent gegenüber den Bedingungen dieses Wissenschaftsprozesses und der Eingriffsweise von Wissenschaft in andere Praxen sind, stößt ihre wissenschaftliche Haltung notwendig auf Grenzen, ist ihre wissenschaftliche Handlungsfähigkeit beschränkt, weil die Bedingungen der wissenschaftlichen Tätigkeit aus der Wissenschaft ausgegrenzt werden. Die wertförmige Begründetheit von wissenschaftlicher Tätigkeit organisiert nun das Akzeptieren dieser Inkompetenzverhältnisse, da die Bedingungen des Eingriffs von Wissenschaft selbst durch wertorientiertes Handeln gebildet werden, so daß sie aus den wissenschaftlichen Diskurs ausgegrenzt werden können. Gesellschaft zerfällt in die Chaotik unzähliger individueller Handlungen, die sich lediglich ihren Werten, die untereinander konkurrieren, zu verantworten haben. Organisiert wird so ein Handeln *in* den vorgefundenen Bedingungen und das Abschotten dieser Bedingungen gegen Kritik und Veränderung. Effekt der wertförmigen Begründetheit von wissenschaftlicher Tätigkeit ist eine »ideologische Subjektivität« (Haug 1979, S. 5) der Wissenschaftler, indem sie den Bedingungen ihrer Inkompetenz zustimmen, den genetischen und funktionalen Zusammenhang von gesellschaftlichem Lebensprozeß und Wissenschaftsprozesse sowie die daraus aufgezwungene Stellungnahme innerhalb der Klassengesellschaft abwehren und dennoch wissenschaftliche Handlungsfähigkeit sich bewahren.

Wissenschaftliche Tätigkeit in den vorgefundenen In-/Kompetenzverhältnissen muß ohne die Orientierung auf die Gestaltung der Lebensbedingungen durch die Arbeitenden selbst auskommen, wenn sie nicht kritisch gegenüber den Formen ist, die Praxen voneinander isolieren und Inkompetenzen organisieren. Der Wissenschaftler vermag seine Anstrengung nicht als produktiven Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen aller betreiben, motivierte Aneignung und Entwicklung von Wissenschaft scheint verunmöglicht. Weber macht Wissenschaftlern ein Stabilisierungsangebot. Durch seinen wissenschaftstheoretischen Eingriff will er ihnen einen »Sinn« in ihrer Tätigkeit organisieren — unter Absehung von sozialen Strukturen, welche Individuen antreiben, indem sie Privatinteressen mobilisieren. Weber greift in die Verarbeitung von Emotionen ein.

Welche Emotionen sollten dies sein? Klingt nicht noch der breite Protest gegen die Emotionslosigkeit im herrschenden Wissenschaftsbetrieb in den Ohren? Emotionen und Erkennen werden meist gegensätzlich gedacht. Holzkamp-Osterkamp hat einen lebenswichtigen *Zusammenhang* herausgearbeitet. Emotionen sind subjektive »Bewertungen der kognitiv erfaßten Umweltgegebenheiten am Maßstab der subjektiven Bedeutung der kognizierten Umweltgegebenheiten und der individuellen Handlungsmöglichkeiten ihnen gegenüber«, sie bilden Grundlage und Vorstufe eines jeden Erkenntnisprozesses (1978, S. 15). Über den Anstoß zur kognitiven Durchdringung der eigenen Situation und zur Bestimmung von Handlungsmöglichkeiten hinaus besitzen Emotionen eine »erkenntnisleitende Funktion« (ebd.). Sie beeinflussen die Richtung der Lösungsver-

suche und unterstützen als emotionale Erregung die Durchbrechung gewohnter Denkbahnen, die Neuordnung der Wirklichkeitszusammenhänge im Denken. Diese positiven Funktionen können Emotionen nur dann ungebrochen wahrnehmen, wenn die erkannten Handlungsnotwendigkeiten »zur Veränderung der relevanten Lebensbedingungen im Interesse des Individuums widerspruchsfrei realisierbar erscheinen« (ebd., S. 21 f.). Unter diesen Bedingungen können die Emotionen, die aus der Klärung der Situation durch die sich abzeichnenden Handlungsmöglichkeiten hervorgerufen werden, das Begreifen der Situation voranbringen, wie umgekehrt das erfolgreiche Denken durch Eröffnung neuer Handlungsmöglichkeiten, die den bisherigen Zustand emotionaler Unzufriedenheit zu beendigen versprechen, das verändernde Handeln emotional vorantreiben kann.

Wissenschaftler, die in den ideologischen Begrenzungen tätig sind, können kaum auf die erkenntnisleitende Funktion ihrer Emotionen setzen. Ihre emotionale Befindlichkeit muß uneindeutig sein, weil ihre Lage widersprüchlich ist. Zwar sind sie von der gemeinschaftlichen Kontrolle des gesellschaftlichen Lebensprozesses mithilfe wissenschaftlichen Wissens ausgeschlossen. Gleichwohl aber greift die Wissenschaft in andere Praxisbereiche ein. So liefert der Naturwissenschaftler Grundlagen für die Entwicklung von Produktionsverfahren, mit deren umweltzerstörenden Auswirkungen er ebenso in den Medien konfrontiert wird wie mit der steigenden Arbeitslosigkeit. Entschaidet er sich für die wissenschaftliche Tätigkeit in seiner begrenzten Praxisform, dann muß er die Emotionen, die auf Kontrolle des Unbeherrschten drängen, abwehren. Webers Eingriff verneinigt diese uneindeutige und angstbesetzte emotionale Befindlichkeit. Die Rückführung der wissenschaftlichen Tätigkeit auf eine individuelle Wertentscheidung zwingt die Individuen, sich immer wieder in eine Wissenschaftsform hineinzu bewegen, die die Frage nach den Zielen von Wissenschaft und ihren Anwendungen aus dem Denken ausklammert. Wissenschaft wird individualisiert und zu einer Angelegenheit gemacht, die von autonomen Persönlichkeiten zu verantworten ist. Da die Wirkungen von Wissenschaft nicht zu übersehen sind und ein Eingreifen für menschliche Verhältnisse durch Angstgefühle unterdrückt werden kann, müssen die Emotionen, die zur Kontrolle der Anwendung von Wissenschaft auffordern, abgewehrt werden. Die Interessen, mit denen sich Wissenschaftler verbünden würden, werden als »parteiliche« in einen Gegensatz zur Wissenschaft gebracht. Die Abwehr der Emotionen kann gelebt werden als Entscheidung für die Wissenschaft. Durch diese Konfliktabwehrform bauen Wissenschaftler in sich eine Instanz der *Wissenschaft um der Wissenschaft* willen auf, die gegen die Lebensinteressen abschottet.

Für eine Wissenschaft um der Wissenschaft willen können sich Individuen umso eher entscheiden, als dem Denken selbst eine emotional positive Qualität zukommt. Nicht-Wissen wird vom Wissen verdrängt, Unordnung in Zusammenhänge und Ordnung überführt. Die praktische Beherrschung der gedachten Wirklichkeit kann vorweggenommen werden. Da aber andere nach den wissenschaftlichen Erkenntnissen handeln, können sich die aus der Antizipation von Handlungsmöglichkeiten resultierenden positiven Emotionen verselbständigen. Ihre ausschließliche Einbindung in die begrenzte Wissenschaftspraxis stabilisiert, was als Fachborniertheit bekannt ist. Zusätzlich müssen die Konflikte zwischen einer wissenschaftlichen Tätigkeit in der begrenzten Form und den erkannten Notwendigkeiten für soziales Engagement bewältigt werden. Die Verfahren und Ansprüche der wissenschaftlichen Praxis können für Individuen die Leistung von Abwehrmechanismen gewinnen. Sie können zu Mitteln der Distanzierung von den konfliktverursachenden Problemen werden. Auf diesen Zusammenhang hat Devereux (1967) erstmals aufmerksam gemacht, vor allem anhand der Bedrohtheiterlebnisse von Wissenschaftlern bei ethnologischen Beobachtungen. Jede Abwehrform, die zur Wissenschaft um der Wissenschaft willen führt, legt nahe, daß sich das Denken gegenüber den Zusammenhängen des Lebens verselbständigt. In den ideologischen Begrenzungen von Wissenschaft droht die Gefahr idealistischen Denkens.

3. Wissenschaftliche Haltung und ideologische Kompetenz

Beck's These lautete: An der Hochschule findet bloße Wissensvermittlung statt; Persönlichkeitsentwicklung sucht man vergeblich. Eine einzelne Vorlesung vor Augen, bietet sich eine solche These an. Wir wissen aber, daß wir es mit einem gegliederten Ganzen zu tun haben: Es ist das *Verhältnis* der relativ autonomen Instanz Wissenschaft an

der Hochschule zu den durch In-/Kompetenzverhältnisse strukturierten Berufsfeldern von Intellektuellen, welche in die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse eingespannt sind. Denken wir uns dies gegliederte Ganze als ein horizontales Feld, so steht die studentische Entwicklung quer dazu. Studieren ist die Aneignung wissenschaftlicher Handlungsfähigkeit als Sich-Hineinentwickeln in die Formen der Intellektuellentätigkeiten, organisiert durch die Bedingungen der relativ autonomen Instanz Wissenschaft. Meine erste These zur studentischen Entwicklung lautet: An der Hochschule findet sehr wohl eine Persönlichkeitsformung statt. Vom Standpunkt der Studenten aus ist sie unkontrolliert, weil in den einzelnen Lernakten nicht greifbar. Dies ist ein Widerspruch: Die Vorbereitung auf Intellektuellenfunktionen, welche wesentlich sind für den Systemerhalt, ist eine *unbewußte Vergesellschaftung*. Als zweite These schließt sich an: Die unbewußte Vergesellschaftung an der Hochschule ist notwendig konflikthaft. Die wissenschaftliche Handlungsfähigkeit bzw. die wissenschaftliche Haltung widerspricht einer Blindheit gegenüber der eigenen Tätigkeit und Entwicklung.

Studentische Entwicklung ist konflikthaft. Eigene Erinnerungen sind noch frisch. Kaum einer dürfte ein geregelt Studium abgeschlossen haben. Im Vordergrund stand die Suche nach Orientierung, nach Sinn. Wissenschaft sollte Antwort auf ungelöste Lebensfragen geben. Überraschend daher, wenn eine Studentengeneration gegen Wissenschaft überhaupt Front macht. Der Sponti-Protest legte Akademismen und Tui-Gebaren offen (vgl. Waldhubel 1979). Er hatte eine anti-ideologische Stoßrichtung. Er konnte sich allerdings kaum mit einer sozialistischen Perspektive verbinden und eine dauerhafte Orientierung gewinnen, weil er sozialistische Politik an der Hochschule auf ein neues Feld verschob, für das noch keine Antworten und Lösungen erarbeitet waren. Der Protest gegen die Verkehrsformen an der Hochschule setzte einen Kampf auf die Tagesordnung, der kaum geführt wurde. Kampf um die studentische Intelligenz als zukünftige »organische Intellektuelle« der Emanzipationsbewegungen in ihrem Berufsfeld. So blieb der Protest selber im Ideologischen befangen. Ihm fehlte die Unterstützung zu einer kalten Radikalität, welche die Hochschulformen kritisiert und gleichwohl an den Ansprüchen und Möglichkeiten von Wissenschaft festhält. So setzte er Wissenschaft in den ideologischen Begrenzungen mit Wissenschaft überhaupt gleich. Er kritisierte jene als praxisfern und negierte damit ihre ungeheure Wirksamkeit bei der Systemregulierung und negierte zugleich für sich die Perspektive einer fortschrittlichen Tätigkeit und Wirkung in der wissenschaftlichen Praxis. Mit der Entgegensetzung von »Kopf« und »Bauch« grenzte er studentische Interessen und Bedürfnisse auf unmittelbar situationsbezogene ein und zog sie von der Perspektive gemeinsamen Lernens für fortschrittliches Wirken ab. Zwischen strenger wissenschaftlicher Tätigkeit in eingreifender Perspektive und tui-haftem Bedienen von Akademismen vermochte er nicht zu unterscheiden, negierte Vertreter beider Formen in den Seminaren als »Theorie-Macker«. Personalisierung und abstrakte Negation zeichneten den Protest aus, weil die entfremdeten Formen nicht sichtbar sind. Sie existieren auch nicht als zwingendes Gewaltverhältnis, sondern entstehen in der Eigenaktivität des Studierens, so daß es nahe liegt, der Entfremdung durch Flucht sich zu entziehen. Studenten müssen gegenüber ihrem eigenen Dasein und ihren zerreisenden Konfliktsituationen eine wissenschaftliche Haltung entwickeln. In ihrem eigenen Leben müssen sie jene kritisierte Wissenschaft um der Wissenschaft willen überwinden.

Warum die wissenschaftliche Haltung im Sponti-Protest nicht entwickelt werden

konnte, warum er sich genau in den bekannten Formen ausdrückte, weshalb er überhaupt entstand, dazu bedarf es konkreter Untersuchungen. Einen Grundvorgang bildet sicherlich die Verwissenschaftlichung der Produktion und die Vergesellschaftung weiter Lebensbereiche, welche das alltägliche Leben in bisher unbekanntem Maße mit Wissenschaft in Berührung bringen. Die Untersuchungsthese wäre aufzustellen, daß diese Entwicklungen eine Verschiebung der Grenzen bewirken, innerhalb derer Wissenschaft in verschiedene Lebensbereiche eingreift. Mittlerweile hat fast jede Wissenschaft ihre Krise. Neue In-/Kompetenzverhältnisse entstanden in den Reformkämpfen und wurden wieder zurückgenommen, so daß zuvor stabile Berufsorientierungen brüchig werden. Studenten wissen mehr als zuvor von den Brüchen, Reibungen, Krisen, die durch das Chaos der voneinander getrennten Praxisbereiche hervorgerufen werden. Wenn die Ausbildungsformen auf begrenzte Praxen festlegen, muß dies auf Widerstand stoßen. Geändert hat sich auch die staatliche Regulierung des relativ autonomen Wissenschaftsapparates. Der massenhafte Bedarf wissenschaftlich Ausgebildeter war eine Basis für die Hochschulreform. Der Staat versucht Widersprüchliches zu bewältigen: Die Installierung von Studiengängen an der Hochschule, die den geänderten Berufsfeldbedingungen Rechnung tragen. Die neue Ausbildung für bald 20% einer Generation soll von jenem Apparat entwickelt und bereitgestellt werden, der eine Wissenschaft formiert, die in ihrer eigenen Praxis die Bedingungen ihrer Eingriffe in andere Lebensbereiche nicht reflektiert. Die Verallgemeinerung wissenschaftlicher Ausbildung mit dem Anspruch berufspraktischer Orientierung geschieht widersprüchlich. Konflikte zwischen Studenten und einem Teil der Professoren brechen auf. Studenten erfahren den Bedarf nach wissenschaftlicher Ausbildung als Akademikerarbeitslosigkeit. Sie sind Opfer mangelnder Ausbildungsplanung. Die Verallgemeinerung von wissenschaftlicher Ausbildung erfahren sie als Privilegienverlust.

Diese Andeutungen zeigen die Richtung, welche eine Untersuchung der Bedingungen der neuen Studentenbewegung nehmen muß (vgl. auch Braun und Steil in diesem Heft). Wir sind auf ein konkretes Problem gestoßen: Studenten haben Schwierigkeiten, gegenüber ihrem eigenen Leben eine wissenschaftliche Haltung einzunehmen. Um diese Schwierigkeiten zu begreifen, löse ich aus dem sozialen Bedingungsfeld eine Bedingung heraus: die Vergesellschaftungsformen an der Hochschule. Wie organisiert die Instanz Wissenschaft die unbewußte Vergesellschaftung? Welche Schranken der Aneignung von Wissenschaft werden dabei aufgerichtet? Diese konkrete Frage wird bezogen auf den Sponti-Protest allgemeinere Antworten produzieren, weil die neue Studentenbewegung jene Vergesellschaftungsformen mit der alten weitgehend gemein hat.

Isolierung

Studenten beklagen Vereinzelung und Isolierung. Sie beginnen sich eine Gemeinsamkeit zu erobern. Was aber ist der Grund für die Klagen, wenn sie doch zusammen Vorlesungen besuchen und Seminare bestreiten? Genügt der Hinweis auf die von Prüfungen und Arbeitsmarkt geschürte Konkurrenz?

Auch Studenten der älteren Generation waren vereinzelt. Individuell gingen sie auf die Suche nach Orientierungen für ihr Leben. Der Unterschied scheint nur zu sein, daß sie überhaupt von Wissenschaft Antworten erwarteten, statt sie zu negieren. Dies ist ein erstes Moment der unbewußten Vergesellschaftung: Studenten erfahren sich als *private* Individuen, denen durch die Hochschule die Aufgabe gestellt ist, ihrem eigenen

Leben einen Sinn zu geben. Sie schauen gewissermaßen nach innen, ob der Besuch bestimmter Vorlesungen, die Ausführungen bestimmter Professoren bei ihnen etwas bewirken und auslösen. Wodurch aber wird das individuelle Leben zum Sinnproblem? Wieso wird die passive Erwartung an Erkenntnisse und Lehrende gerichtet, Erlebnisse zu bewirken, die Sinn stiften? Das Leben hat keinen über sich hinausweisenden Sinn, sondern ist Selbstzweck. Die Suche nach einem Sinn verweist auf eine entfremdete Vergesellschaftung. Individuen müssen sich in die Gesellschaft hineinentwickeln, ohne bewußte Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung zu besitzen, ohne Anforderungen und Aufgaben als gesellschaftliche Notwendigkeiten erkennen zu können. Die aufgegebene Vergesellschaftung erscheint als private Aufgabe, im eigenen Leben einen Sinn zu finden. Für die Studenten bedeutet diese private Vergesellschaftung, daß sie sich als geschichts-, zukunfts- und zusammenhangslose Individuen erfahren. Objektiv sind sie dabei, sich in eine Schicht hineinzuentwickeln, die für den Systemerhalt entscheidende Bedeutung besitzt. Subjektiv erscheint ihnen ihr Leben bedeutungslos, tragisch, schmerzhaft. Welchen Anteil hat die Instanz Wissenschaft an dieser Vergesellschaftungsform?

Wissenschaft tritt an der Hochschule als Wissenschaft um der Wissenschaft willen auf. Sie kleidet dadurch die Lernanforderungen in den Gestus des Selbstverständlichen. Die Verfahrensweisen in der Wissenschaft als auch ihre Aneignungsmethoden werden nicht von den Notwendigkeiten und Ansprüchen eingreifenden Denkens begründet, sondern geben sich als Resultate einer selbständigen Wissenschaftsentwicklung. Sie geben sich als das »Selbstverständliche«, nur immanent verstehbare. Diese Formen verbreiten ein *Schweigen* über den Zusammenhang von Wissenschaft mit übrigen Lebensbereichen. Die anzeugnende Wissenschaft schottet sich damit gegen Beurteilung und Veränderung ab. Verhindert wird ein aneignendes Lernen der Studenten, weil der einzig mögliche Bezugspunkt, von dem aus Lernende und Lehrende ihre Tätigkeit bewußt organisieren könnten, die Notwendigkeiten des eingreifenden Denkens, mit Schweigen belegt ist. Aneignung von Wissenschaft wird zur Unterwerfung unter fremdbestimmte Ansprüche. Aktivität zur freiwilligen Unterstellung unter die höhere Macht Wissenschaft. Entwicklung zum Erahnen von scheinbar allen Selbstverständlichem. Studentische Entwicklung wird so privatisiert. Eine mögliche gemeinsame Organisation des Lernens wird verhindert. Studenten befinden sich in einem je privaten Verhältnis zu »der« Wissenschaft. Die individuellen Schwierigkeiten und Mühen, die Ansprüche der höheren Macht zu verstehen, ihnen nachzukommen, werden schamhaft versteckt, weil als private Mängel und Unvermögen erlebt.

Die ideologisch strukturierte Wissenschaft privatisiert ihre Aneignung. Die Frage ist, weshalb diese Privatisierung nur schwer von Studenten durchbrochen wird, obgleich sie doch gemeinsam in Seminaren sitzen und die gleichen Lernerfahrungen machen. Gemeinsames Lernen verlangt dem einzelnen ab, sich in Streite zu verwickeln, eigenes Denken öffentlich zu machen und das Risiko von Irrtümern und Fehlern öffentlich einzugehen. Voraussetzung einer solchen Risikobereitschaft ist die Gewißheit der sozialen Aufgehobenheit. Wo das Lernen aber nicht gemeinsame Sache ist, sondern individuelle Anspruchserfüllung, wird öffentliches Lernen zu einer Bedrohung, denn die Lehrenden und übrigen Lernenden erscheinen dem einzelnen auch im Hinblick auf die Prüfungen als Urteiler darüber, wie weit er die fremdbestimmten Ansprüche wissenschaftlicher Handlungsfähigkeit bereits übernommen hat. Obgleich also gemeinsam angeeignet

wird, strukturieren sich die einzelnen Beiträge um, indem sie nicht darauf abzielen, das gemeinsame Lernen voranzubringen, sondern die Anerkennung der Fähigkeiten ihrer Schöpfer. Soziale Integration ist das unmittelbare Ziel individueller Anstrengung, wissenschaftliche Handlungsfähigkeit gerät zum bloßen Mittel. Indem die Lehrenden die zu erreichenden Ansprüche verkörpern, werden sie zu Wächtern über die Erfüllung dieser Ansprüche und bestimmen damit über erfolgreiche oder erfolglose Integrationsversuche. Das Streben nach sozialer Integration mit dem Mittel wissenschaftlicher Handlungsfähigkeit gelingt folglich, wenn mit feinem Gespür die Reaktionen der Lehrenden wahrgenommen und zugleich die Fähigkeiten mobilisiert und am jeweiligen Gegenstand entfaltet werden. Auf diese Weise unterwerfen sich die einzelnen aktiv unter die Lehrenden, bedienen deren schicksalsbestimmende Autorität und organisieren mit ihrer Unterordnung ihre freiwillige Unterstellung unter die höhere Macht Wissenschaft. Diese widersprüchliche Entwicklungsweise des Strebens nach sozialer Integration mit dem Mittel wissenschaftlicher Handlungsfähigkeit enthält eine zugespitzte Existenzbedrohung — Mißerfolg auf dem inhaltlichen Gebiet trifft jeweils die Person als Ganze, da ihr die soziale Integration verloren geht (vgl. H.-Osterkamp 1978, S.22f.). Dieser Druck ist von den Individuen innerhalb der Formen nur bewältigbar, wenn sie immer wieder ihre Entwicklung als individuelle Unterstellung unter die höhere Macht betreiben und zugleich ihr Streben nach und ihre Abhängigkeit von sozialer Integration verdrängen. Sie formieren sich so zu autonomen Individuen mit wissenschaftlicher Handlungsfähigkeit, welche in der Berufstätigkeit zur ideologischen Kompetenz wird, weil die wissenschaftliche Handlungsfähigkeit ihre eigenen Bedingungen nicht reflektiert, in Frage stellt, sondern sich fraglos in den gegebenen Formen der Wissenschaft bewegt, weil jedes Darüberhinausdenken gegen die Lehrpersonen gerichtet wäre, welche über die soziale Integration entscheiden. Das spezifische ihrer ideologischen Kompetenz ließe sich als Charakterstruktur beschreiben, welche es erlaubt, ein auf Wirkungen bei anderen abgestelltes Denken, Reden etc. als rein den gegebenen Anforderungen verpflichtete Tätigkeit zu erleben.

Ein Angriff auf die Autorität von Lehrpersonen kann selbst auf soziale Integration in die studentische Gemeinschaft zielen. Er kann aber auch — wie zu Hochzeiten der Studentenbewegung — Kritik der Wissenschaft um der Wissenschaft willen sein. Diese mögliche Doppeldeutigkeit verweist auf eine Schwierigkeit, in der eigenen Lage eine wissenschaftliche Haltung einzunehmen und gemeinsam mit anderen die Privatisierungen zu durchbrechen. Ohne eigenen Standpunkt und eigene Beurteilungskompetenz erscheinen Argumente gleichermaßen fremd und unbegreiflich, mögen sie nun tui-baft vorgetragen oder von einem streng wissenschaftlichen und darum parteilichen Standpunkt formuliert sein. Studenten, die gerade den Akademismen kritisch gegenüber stehen, befinden sich in dem Widerspruch, sich auf diese inhaltlich einlassen zu müssen, um sie als solche kritisieren zu können. Dies Sich-Einlassen ist risikoreich. Solange der eigene Standpunkt noch nicht gewonnen ist, fühlt man sich dem innerlich abgelehnten ausgeliefert. Einen eigenen Standpunkt gewinnen kann heißen, sich selbst zu verändern, alte Meinungen aufgeben zu müssen, mit Kritik und Selbstkritik in ständige Unsicherheiten zu stürzen. Bequemer scheint es da, sich nicht in die Auseinandersetzung zu begeben, auf den eigenen Vorstellungen als feste Meinung zu beharren und aus dem Seminar zu gehen, weil es mal wieder »nichts gebracht« hat. Die bequeme Haltung trägt wiederum dazu bei, daß sich die entfremdenden Vergesellschaftungsformen repro-

duzieren. Nach außen verändert der Schritt, in ein Seminar einzugreifen, kaum etwas. Für die Befindlichkeit bedeutet er eine Revolution, weil er eine Situation klären hilft, die aufgrund eigener Passivität unklar, unbehaglich, drückend wird.

Praxisferne

Für die Studenten der älteren Generation war der Studienabschluß oftmals der erste bedrohliche Schritt zur Berufspraxis. Sie wichen dieser Bedrohung scheinbar aus und ließen sich auf die Wissenschaft ein. Mithilfe gesellschaftstheoretischen Wissens gelang es ihnen, sowohl der späteren Berufspraxis kritischer gegenüber zu treten als auch an bürgerliche Wissenschaft unbequeme Fragen zu richten. Heute kritisieren Studenten das Lehrangebot, weil es ihnen berufsfern erscheint. Sie wollen Praxis, Erfahrung. Diese Kritik hat eine verrückte Struktur. Denn die Vorstellungen von Berufspraxis, mit denen die Studenten ihre Kritik führen, sind kaum reflektiert, sondern entstammen Ahnungen, Alltagswissen, Wünschen. Mit solchen Vorstellungen liefern sich Studenten selbst dem Ideologischen der späteren Berufspraxis aus. Sie bringen sich damit in die Lage, das anti-ideologische Potential, welches Wissenschaft in Distanz zu den Berufsfeldern entwickeln kann, negieren zu müssen. Ich spiele dies am Fach Psychologie genauer durch. Die Berufsvorstellungen der Studenten sind von dem Wunsch geprägt, anderen Menschen in ihrem Leiden zu helfen. Dies Helfen soll durch ein unverstelltes, nicht-autoritäres Eingehen auf den anderen möglich werden. Die Vorstellung, in der Kommunikation mit einem Klienten dessen Leiden zu mildern, therapieren zu können, ist ideologisch bestimmt. Die Lebensprobleme des Klienten werden in dessen Psyche verlagert. Die vom praktischen Leben abgetrennte Psyche wird zum Gegenstand des Psychologen. Der Klient erfährt kaum Unterstützung, die alltäglichen Probleme, in denen er sich sein Leiden organisiert, anders zu bewältigen. Wieso gerät nun das Fach Psychologie gemessen an diesen Vorstellungen zu etwas unpraktischem? Warum werden nicht die Berufsvorstellungen revidiert? Genügend Erkenntnisse sind angesammelt, die eine soziale Bedingtheit psychischen Leidens plausibel machen und eine geänderte Berufspraxis erfordern. Der Fächerkanon innerhalb des Studiengangs Psychologie sprengt auf jeden Fall die begrenzten Berufsvorstellungen. Allein, er scheint kein neues Handeln zu begründen. Dazu eine Studentenerfahrung aus einem anderen Fach:

»Ich weiß jetzt im Grunde weniger als vorher. Zum Beispiel kann ich Montagmorgen exakt die Gründe herausarbeiten, nach denen ein Arbeitsloser sich juristisch schuldig gemacht hat, wenn er den Wagen seines ehemaligen Chefs demoliert. Derselbe Fall zwei Stunden später im soziologischen Seminar, da wird dann ebenso ebenso einsichtig der politische, biographische Zusammenhang erklärt, nach dem sich der juristische Täter als Opfer darstellen läßt. Zusammengenommen ergibt das doch offenkundigen Unsinn. Jedenfalls ermöglicht das Ganze dann keine eindeutige wissenschaftliche Zuordnung, einen in sich schlüssigen Standpunkt; schon gar nicht dann, wenn ich ausserdem noch moral-philosophische, psychologische, ökonomische Überlegungen heranziehe.« (zit. n. Schloesser 1980, S.108 f.)

Einheitliches Handeln wird hier dadurch verhindert, daß aus jedem einzelnen Fach der Zusammenhang zu übrigen Praxen ausgeblendet bleibt. Jedes einzelne Fach vermittelt lediglich Fähigkeiten, sich in begrenzten Praxen als Jurist, Sozialarbeiter, Psychologe etc. zu bewegen. Diese Studentenerfahrung kam durch ein fächerüberschreitendes Studium zustande. Mit der Erfahrung der Chaotik wird zugleich das Bedürfnis nach Zusammenhangswissen geweckt. Wie sieht es aber innerhalb eines Faches aus?

Psychologie selbst zerfällt in Einzelfächer: Womöglich steigt der Student mit Experimentalpraktika ein und beobachtet Ratten- oder Fischverhalten, während es ihm um Menschen geht. Gleichzeitig lernt er Statistik und empirische Methoden. Individuen erscheinen lediglich als Abweichungen von Normalverteilungen. Und so geht es weiter mit Entwicklungspsychologie, Lernpsychologie, Sozialpsychologie... In jeder einzelnen Abteilung -zig konkurrierende Theorien.

Hier ist das Ideologische der Berufstätigkeit in dem Fach selbst wirksam. Wie Holzkamp (1978) gezeigt hat, ist jede Subjektwissenschaft, die vom Einzelindividuum ausgeht, zur beliebigen Aneinanderreihung verschiedener Aspekte verurteilt. Die Suche nach äußeren Faktoren, die individuelles Verhalten bedingen, scheint unabschließbar. Unpraktisch ist eine solche Psychologie keineswegs. Sie orientiert auf eine Haltung in der Berufspraxis, welche klassifikatorisch nach jenen Faktoren sucht, welche das problematische Verhalten des Patienten bedingen mögen, oder das Verhalten selbst klassifiziert, um geeignete Therapien einzuschlagen. Das Ideologische daran ist, daß in dieser Tätigkeit des Psychologen der Klient als subjektlose Reaktion auf äußere Reize, als interessen- und bedürfnislose Bestätigung oder Widerlegung von psychologischen Hypothesen erscheint. Der Psychologe begibt sich also nicht auf den Standpunkt der Lebensprobleme des Klienten. — Studenten kritisieren eine Psychologie als praxis- und berufsfern, welche in der Art, wie sie Individualität faßt, selbst auf die ideologisch bestimmte Berufspraxis vorbereitet, von der aus die Kritik der Praxisferne geführt wird. Wie ist dies Paradox zu begreifen?

Ich vermute, es hängt zusammen mit der Form Wissenschaft um der Wissenschaft willen und dem Ideologischen in der Wissenschaft selbst. Das erstere erzeugt jenen merkwürdigen Schwebezustand, der Lernen und Leben in einen Gegensatz bringt und eine Sucht nach Erfahrung weckt, weil darin die Hoffnung ist, sich selbst verändern zu können. Das Ideologische in der Wissenschaft, hier der Psychologie, bewirkt, daß in dem Splitterwissen weder der Psychologe als einheitlich handelnder noch der Klient als einheitliches, geschichtliches und geschichtemachendes Subjekt auftauchen. Das Bedürfnis nach einer einheitlichen Handlungsfähigkeit wird aber gerade von den zerrissenen Lebensbereichen, von der Entfremdungserfahrung hervorgetrieben. Diesem Bedürfnis nachzugehen, ohne nach den Ursachen der Zerrissenheit zu forschen, und emotionale Ganzheitserlebnisse verfolgen heißt sich dem Ideologischen in der Berufspraxis auszuliefern, weil darin die Illusion enthalten ist, ein ganzheitliches Leben selbst in der Hand zu haben. Studenten, die sich so gegen wissenschaftliches Begreifen entscheiden, betrachten Wissenschaft als Mitverursacherin der Zerrissenheit — nicht ahnend, daß das zerrissene Leben überall derart problematisch geworden ist, daß in den Wissenschaften selbst eine einheitliche Subjektwissenschaft auf der Tagesordnung steht.

Ungelöste Fragen

Wie kommen Studenten dazu, sich in ihrer Aneignung von Wissenschaft Ziele zu setzen? Ziele, die von einem Bewußtsein ihrer Intellektuellenfunktion getragen sind? Ziele, die von erkannten Eingriffsmöglichkeiten bestimmt sind? Wie können sich Studenten in dem Widerspruch bewegen, Wissenschaft, sofern sie akademisch, verbrämt, ehrfurchterheischend — kurz: anti-demokratisch daherkommt, zu negieren und gleichwohl auf wissenschaftliches Zusammenhangswissen angewiesen zu sein? Wie können sie sich auf einem versumpften Feld bewegen, um es trocken zu legen? Wie können sie es aushalten, auf auseinanderstrebende ideologisch strukturierte Wissensgebiete sich einzulassen und sich nicht verlieren zu dürfen, sondern gegen die Trennungen und Abschottungen in den Wissenschaften Zusammenhänge zu denken?

Wie können Studenten gemeinsam sich entwickeln? Wie können sie die Erfahrung aushalten, daß sich unterschiedliche Fähigkeiten kaum nivellieren, sondern in der Entwicklung eher differenzieren? Wie verarbeiten sie, daß in der Gemeinsamkeit Fähigkeitsunterschiede sichtbar werden, die Ansatzpunkte für Konkurrenzverhältnisse sind? Wie können sie mit dem Widerspruch umgehen, an Abbau von Herrschaft interessiert zu sein und die Herausbildung von »Führern« in ihren Kollektiven zu erleben? Wie können Studenten von Lehrenden lernen, ohne sich deren Glanz oder Schwäche auszuliefern? Wie können sie sich an Vorbildern orientieren, ohne sie zu unerreichbaren Autoritäten zu machen? Wie können sie die Erfahrung entwickelter Fähigkeiten für die Entwicklung eigener Fähigkeiten nutzen? Wie können Studenten aushalten, in der Wissenschaft eine wissenschaftliche Haltung einnehmen zu müssen und im Alltag der Zerrissenheit, Chaotik ihrer Lebenspraxen ausgeliefert zu sein? Wie kommen sie damit zurecht, in Zusammenhängen, eingreifend und verändernd zu denken und privat zu leben? Welche Studentenkultur kann an die Stelle der alten Pauk- und Saufgemeinschaft treten? In welchen Formen organisieren Studenten heute ihr Leben? Wie erringen sie sich ihre Identität? Wie können sich Studenten auf ihre Intellektuellenfunktion vorbereiten, ohne sich auszuliefern? Wie kann man sich beispielsweise in der Schule bewegen, ohne zwischen abstrakter Negation ihrer repressiven und ideologischen Funktionen und ihrer hilflosen Inanspruchnahme hin und her zu schwanken? Wie können alle in Sozialberufen Tätigen als Fachkräfte eingreifen und zugleich die Selbsttätigkeit der Betroffenen fördern?

Literaturverzeichnis

- Balibar, E.*: Über die Grundbegriffe des Historischen Materialismus. In: L. Althusser, E. Balibar: Das Kapital lesen II. Reinbek bei Hamburg 1972, S.268-414
- Beck, P.*: Zwischen Identität und Entfremdung. Die Hochschule als Ort gestörter Kommunikation. Frankfurt/M. 1975
- Brecht, B.*: Me-ti/Buch der Wendungen. In: ders.: Gesammelte Werke 12. Frankfurt/M. 1967, S.417-585
- Carpentier, J.*: Aufwiegelung zur Gesundheit. Aufzeichnungen eines französischen Kassenarztes. Berlin 1979
- Devereux, G.*: Angst und Methode in den Verhaltenswissenschaften. München 1967
- Gestigkeit, W.*: Das Selbstverständliche als Problem historisch-politischer Bildung. In: Das Argument 113 (21.Jg.) 1979, S.50-63
- Haug, W.F.*: Kritische Psychologie und Theorie des Ideologischen. In: ders.: Ideologie/Warenästhetik/Massenkultur. Entwürfe zu einer theoretischen Synthese. Argument-Studienheft 33. Berlin-West 1979, S.2-8.
- Holzkamp, K.*: Die Überwindung der wissenschaftlichen Beliebigkeit psychologischer Theorien durch die kritische Psychologie. In: ders.: Gesellschaftlichkeit des Individuums. Köln 1978, S.129-201.
- Holzkamp-Osterkamp, U.*: Motivationsforschung II. Die Besonderheit menschlicher Bedürfnisse — Problematik und Erkenntnisgehalt der Psychoanalyse. Frankfurt/M. 1976
- H.-Osterkamp, U.*: Erkenntnis, Emotionalität, Handlungsfähigkeit. In: Forum Kritische Psychologie 3. Argument-Sonderband 28. Berlin 1978, S.13-90
- Kraushaar, W.*: Objektiver Faktor Student. In: alternative 127/28 (22. Jg.) 1979, S.190-207
- Paulsen, F.*: Geschichte des gelehrten Unterrichts auf den deutschen Schulen und Universitäten vom Ausgang des Mittelalters bis zur Gegenwart. 2 Bde. Berlin-Leipzig 1921, Reprint Berlin-West 1965
- PIT: Projekt Ideologie-Theorie: Theorien über Ideologie. Argument Sonderband 40. Berlin 1979*
- Poulantzas, N.*: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie. Hamburg 1978
- Prabl, H.-W.*: Sozialgeschichte des Hochschulwesens. München 1978
- Schloesser, K.*: Damit aus dir was wird: Kopfarbeit an der Uni. In: Studentenleben. Hrsg. K. Wolschner. Reinbek bei Hamburg 1980, S.103-123
- Waldbubel, T.*: Spontibewegung: Flucht in den Alltag? In: Das Argument 113 (21.Jg.) 1979, S.8-20
- Weber, M.*: Wissenschaft als Beruf. In: ders.: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Tübingen 1922, S.524-555

Wolfgang Braun und Armin Steil

Politik der gewerkschaftlichen Orientierung: Flucht in die abstrakte Negation?

Thesen zur Spontaneismuskussion im *Argument*

I

Mit den Aufsätzen von Th. Waldhubel und B. Gäbler¹ haben sich zwei polar entgegengesetzte Positionen herausgebildet, die das Dilemma marxistischer Theorie und Politik gegenüber den neuen sozialen Bewegungen der letzten Jahre exemplarisch widerspiegeln. Gäblers — u.E. nach fragwürdige und gefährliche — Kritik beschränkt sich auf eine abwertende *Denunziation* der Spontis («Reaktion von deklassierten Teilen des Kleinbürgertums auf die erlebte Krisenwirklichkeit»), welche die hier artikulierten Leidenserfahrungen nur noch taktisch zugestehen aber nicht mehr ernstnehmen kann. Waldhubel hingegen gelingt es, die Argumentationsweise einer oberflächlichen Ideologiekritik zu überwinden und die von den Spontis artikulierten Bedürfnisse und Erfahrungen zu verstehen; seine Analyse der Entstehung solcher Bewußtseinsformen schwankt jedoch zwischen sensibler Beschreibung der Phänomene und einer abstrakten Theorie einer »neuen Subjektivität«, die die neue Qualität der Realitätsbewältigung bei den Spontis nicht mehr aus den gesellschaftlichen Prozessen heraus begreifen und kritisch reflektieren kann.² Methodisches und politisches Kriterium einer solchen Analyse muß dagegen sein, die Herausbildung einer »neuen Subjektivität« als Moment eines historisch-gesellschaftlichen Prozesses zu bestimmen und die widersprüchliche Einheit von *Opposition* gegen die Machtverhältnisse dieser Gesellschaft und Formen der *Anpassung* herauszuarbeiten.

II

Die Wirtschaftskrise und der mit ihr einhergehende politische Restaurationsprozeß führten seit Anfang der 70er Jahre im Hochschulbereich zur Eliminierung wesentlicher Reformansätze. In sehr viel krasserer Form als gegen Ende der 60er Jahre erfahren die Studierenden nun die *Fremdbestimmtheit* ihrer eigenen Vergesellschaftung, die sie kaum noch beeinflussen können: Fortschrittliche Studiengänge werden systematisch zerstört; eigene Alternativen zum formierten Studium sind kaum noch durchsetzbar; der politische und soziale Anpassungsdruck verschärft sich durch die repressive Politik des Staates und durch vielfältige Selektionsmechanismen des Studiums.

Diese Erfahrung der wachsenden Fremdbestimmtheit muß sich mit der Bedrohung durch *Massenarbeitslosigkeit*, die nicht nur eine enorme materielle Unsicherheit mit sich bringt, sondern auch die persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten einschränkt und die eigene Lebensperspektive zerstört, ungeheuer verschärfen: *Angst* wird zu einem universellen Moment in der emotionalen Befindlichkeit der Studierenden, zu einer permanenten Erfahrung im universitären Alltag.

III

Auf diese Bedrohung durch Arbeitslosigkeit haben die Studierenden mit einer Umo-orientierung in der Erwartungshaltung gegenüber dem Studium reagiert: Sahen die früheren Studenten das Studium überwiegend unter dem Aspekt der Berufsvorbereitung,

wird heute die persönliche Selbstverwirklichung, das Bedürfnis nach Klärung der eigenen Situation in der Gesellschaft und die individuelle Emanzipation zum dominierenden Studienziel.³ Gleichzeitig verändert sich in dieser Situation auch die Art der Bedürfnisbefriedigung: das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung drängt auf eine viel unmittelbarere Befriedigung. Die Unmöglichkeit, die eigenen Lebensbedingungen langfristig planen und sichern zu können, macht jeden Bedürfnisaufschub sinnlos. War der Nutzen des Studiums als Berufsvorbereitung praktisch erst in der Anwendung im späteren Beruf kontrollierbar, so wird das Studienziel: persönliche Emanzipation sehr viel unmittelbarer überprüfbar, da das aktuelle subjektive Empfinden zum wesentlichen Maßstab wird.

IV

Die Erfahrungen mit dem Wissenschaftsbetrieb stehen jedoch im völligen Gegensatz zu dieser Erwartungshaltung. Hier stehen die Studierenden *einerseits* verschiedenen Formen der bürgerlichen Wissenschaft gegenüber, die den Anspruch, gesellschaftliche Phänomene in ihrer Totalität zu begreifen, aufgegeben und sich auf Mikroprobleme des einzelnen Fachs zurückgezogen hat.⁴ Der Sinn dieser Art von Wissenschaft kann jedoch nicht mehr begriffen werden, da sie den Individuen keine Möglichkeiten zur Bewältigung der eigenen Lebenspraxis aufzeigen kann. *Andererseits* hat aber auch die marxistische Wissenschaft kaum Motivation bei den Studierenden entwickeln können, da sie aufgrund der Unentwickeltheit einer marxistischen Theorie der Subjektivität die neuen subjektiven Erfahrungen und Verarbeitungsweisen gesellschaftlicher Entwicklungen nicht analysieren konnte. Aufgrund des fehlenden Bezuges der Wissenschaften zur eigenen Erfahrungswelt können jedoch ihr Sinn und Zweck nicht mehr begriffen werden. Gleichzeitig aber wird Wissenschaft zum undurchschaubaren Kriterium für die *Leistungsmessung* an der Hochschule; durch Prüfungsanforderungen, Noten etc. werden die Studierenden mit Zwangsmitteln zur Aneignung wissenschaftlicher Kenntnisse veranlaßt. Dadurch wird sie zur ständigen Bedrohung der eigenen Existenz — zur entfremdeten Tätigkeit.

V

Folge dieser Erfahrung von Sinnlosigkeit ist die wachsende Abhängigkeit des Individuums von der sozialen Bestätigung durch die Anderen. Mit dem Fehlen gemeinsamer Ziele und erkannter kollektiver Handlungsmöglichkeiten entfällt »die soziale Verbundenheit als subjektive Bewertung der sich über die Gemeinschaft ergebenden Potenzierung der Handlungsmöglichkeiten«.⁵

Am krassesten kommt diese Entwicklung in der von W. Wagner so beschriebenen »Angst vor dem 'klugen Gesicht'« zum Ausdruck.⁶ Die objektive Ursache dieser Angst ist in der — durch die Institution Hochschule forcierten — Individualisierung von Problemen zu suchen. Der Einzelne nimmt die Probleme nicht mehr als allgemeine, durch die institutionelle Struktur bedingte wahr, sondern er schreibt sie seinem individuellen Unvermögen zu. Die Artikulation von Problemen wird gleichzeitig verhindert durch die Angst, für naiv und unwissend gehalten zu werden und so vollständig die soziale Anerkennung und Integration zu verlieren. Die vollständige Isolation scheint nur dadurch zu verhindern sein, daß man sich — wie die anderen — ein »kluges Gesicht« zu legt, um die eigene Unsicherheit dahinter zu verbergen.

Das Bedürfnis nach sozialer Integration und Anerkennung kann infolgedessen im

Studium selbst nicht mehr befriedigt werden und bleibt verwiesen auf den (außeruniversitären) Freizeitbereich. Bedürfnisse nach Anerkennung, Solidarität, menschlicher Wärme werden in verstärktem Maße auf die sozialen Beziehungen projiziert. Aber die Enträuschungen, die fehlende Anerkennung im Studium etc. können auf Dauer nicht ohne Schwierigkeiten durch die Beziehungen aufgefangen werden, da diese ihrerseits ihre Intensität von Gemeinsamkeiten in der Arbeit, vom Gefühl, gemeinsame Ziele zu verfolgen und durchsetzen zu können, beziehen. Dadurch fehlt den zwischenmenschlichen Beziehungen zum einen die gemeinsame Grundlage, zum anderen sind sie von der Fülle der an sie gerichteten Erwartungen überfordert. Die gegenseitige Überforderung wird, da die eigentlichen Ursachen nicht erkannt werden, zum Scheitern der Erwartungen führen, was fast immer die Reduzierung der Ansprüche an Beziehungen zur Folge hat.

VI

Da die Hochschulpolitik die veränderten Erfahrungen nicht wahrgenommen hat, ihr selbst zudem nur noch geringe Möglichkeiten zur praktischen Entwicklung von Alternativen in der Hochschule geblieben sind, sehen immer weniger Studierende eine Möglichkeit, den Widerspruch *gesellschaftlich* zu lösen. Die Bewältigung des Konflikts zwischen dem Wunsch nach Selbstverwirklichung und Kollektivität und dessen Negation durch den fremdbestimmten Vergesellschaftungsprozeß vollzieht sich durch eine Reduzierung des Realitätsbezugs, durch Abwehr. Die kurzfristige Stabilität der eigenen Bewältigungsformen wird erkaufte durch Leugnung und Umdeutung der Realität, durch die der Zustand des Ausgeliefertseins verewigt wird.

VII

Die ideologischen Formen, die dem politischen Bewußtsein der heutigen Studenten zugrundeliegen, sind das Resultat eines *doppelten Abstraktionsprozesses*, der die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Verhältnisse aus der Perspektive und den besonderen Erfahrungsformen der Hochschule heraus vermittelt.

Die Universität wird von den Studenten als sozialer Zwischenraum, der von der Gesellschaft abgehoben ist, als »Freiraum« zwischen den Zwängen der Schule und des Elternhauses auf der einen Seite und denen des späteren Berufslebens auf der anderen Seite erlebt. Heute wird jedoch die Erfahrung dieser sozialen Existenzform zunehmend ambivalent: Einerseits ist der Raum möglicher Selbstbestimmung und individueller Freiheit immer noch größer als in anderen sozialen Bereichen, andererseits wirken die gesellschaftlichen Zwänge ständig zunehmend in die Universität hinein, indem die persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten begrenzt werden und das Bedrohliche der eigenen zukünftigen Existenz bereits schon antizipiert wird. Das Bewußtsein dieser Bedrohung bleibt jedoch *abstrakt*, da sie als von »außen« kommend erlebt wird und außerhalb des konkreten Erfahrungsbereichs der Studenten liegt. So bleibt sie in ihren Auswirkungen ungewiß, unberechenbar, fremd. Es entsteht das Bewußtsein einer *universellen Bedrohung*, eine unbestimmte Angst vor dem Kommenden: dem Beruf, Prüfungen, Arbeitslosigkeit etc. Dieser Erfahrungskomplex prägt die Wahrnehmungsformen, in denen sich die Individuen der gesellschaftlichen Prozesse bewußt werden, dergestalt, daß sie ihre potentielle gesellschaftliche Subjekthaftigkeit nicht mehr erkennen können und sich als Objekt der eigenen Vergesellschaftung fühlen müssen.

Welches *Subjekt* der gesellschaftlichen Entwicklung tritt nun den sich als ohnmächti-

ge Objekte begreifenden Individuen gegenüber? — Es ist der Staat, der ihnen spontan als die eigentliche Ursache ihrer Situation erscheinen muß, denn er stellt ja auch objektiv die Instanz dar, von der das eigene Lebensschicksal direkt abhängig ist: er entscheidet über die Zulassung zum Studium und die materiellen Möglichkeiten seiner Durchführung, über die spätere berufliche Existenz, Prüfungsbedingungen etc. Der Staat erscheint — aus der Perspektive der Hochschule betrachtet — als Urheber und Ursache der Vergesellschaftung der Hochschule, die er jedoch lediglich vermittelt und politisch organisiert, als das gesellschaftliche Subjekt, in dem der abstrakte Bedrohungszusammenhang, dem sich die Individuen ausgesetzt fühlen, scheinbar konkrete Gestalt gewinnt und identifizierbar wird — zumal der Klassen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit als gesellschaftliche Grundstruktur und die Arbeiterbewegung als potentieller Kristallisationskern einer neuen sozialen Bewegung und als Zentrum möglicher *Gegenmacht* wegen der Unentwickeltheit des Klassenbewußtseins der Arbeiter nicht unmittelbar erkennbar wird.

Innerhalb dieser Erfahrungsformen erscheint jedoch damit das Verhältnis von Ökonomie und Politik *spiegelverkehrt*: nicht die inneren Widersprüche, die sich zwangsläufig aus der Umwälzung der Produktionssphäre und der deshalb notwendigen Umstrukturierung des Bildungssystems in der durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse determinierten Form ergeben müssen, werden als Ursache repressiver politischer Entwicklungen erkannt, sondern diese erscheinen gerade als Auswirkung einer allumfassenden Unterdrückungs- und ständig perfektionierten Repressionsmaschine. Die Repression scheint *Selbstzweck* zu sein und alle anderen gesellschaftlichen Funktionen zu dominieren und überlagern.

Diesem geschlossenen, widerspruchsfrei funktionierenden Unterdrückungszusammenhang kann man sich nur noch zu entziehen versuchen; politische Veränderungsmöglichkeiten bietet das institutionelle Gefüge der kapitalistischen Gesellschaft *immanent* nicht mehr; ihre Überwindung ist dann — wenn überhaupt — nur noch als plötzlicher, von *äußeren* Kräften verursachter *Sprung* vorstellbar. Aktuell bleibt jedoch lediglich die Entfaltung der eigenen Subjektivität *gegen* die Gesellschaft, durch den Zusammenstoß der vereinzelt Individuen in Räumen reiner Selbstbestimmung als mögliche Handlungsalternative.

VIII

Im Denken der Spontis, wo diese Bewußtseinsformen ihren deutlichsten Ausdruck gefunden haben, drückt sich auch ihre innere Zwiespältigkeit am reinsten aus: hier wird der Leidensdruck der studentischen Lebenssituation am entschiedensten artikuliert und mit der Suche nach neuen Lebensformen, die Wärme, Geborgenheit und Solidarität wiederfinden lassen, nach einer neuen Kultur des gemeinsamen Handelns und Erlebens beantwortet; allerdings zeigte sich auch die negative Seite dieser Haltung sehr deutlich, als — nach der Niederlage der Studentenbewegung im Kampf um das Hochschulrahmengesetz — die Institution Universität von den Spontis weitgehend aufgegeben wurde und sich die Tendenz, kleine Inseln einer Gegenwelt aufzubauen, immer mehr verstärkte. Die Niederlage bestätigte die Vorstellung von der Unveränderbarkeit der Institutionen; der Spielraum möglichen politischen Handelns reduzierte sich auf den Bereich der Kultur und der Lebensformen einerseits, auf ökologische Probleme und aktuelle Einzelfälle politischer Repression andererseits; der Bereich der *Subjektivität*

tät, die — moralisch motivierte — Empörung gegen *Unterdrückungshandlungen* des Staates und der Kampf für die Erhaltung der *natürlichen Lebenswelt* bleiben die einzigen Gegenstände einer Politik, deren Ziele nicht schon von vornherein durch den gesellschaftlichen Repressionszusammenhang zunichte gemacht oder gar integriert werden.

IX

Auch in den gewerkschaftlich orientierten Gruppen hat sich ein solcher Begriff des Gesellschaftlichen niedergeschlagen, obwohl diese doch — zumindest theoretisch — über die wesentlichen Einsichten in die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft verfügen. Aber auch diese Gruppen sind oft unfähig gewesen, Maximalziele zu relativieren und Zwischenforderungen aufzustellen; auch hier wurde die repressive Seite der Vergesellschaftung des Bildungssystems oft vereinseitigt. Vor allem setzte sich im politischen Handeln dieser Gruppen ein *Aktionismus* durch, für den einerseits in ihrer Verallgemeinerungsfähigkeit überschätzte Erfahrungen früheren politischen Erfolgs, die in Organisationen tradiert werden und neue Erfahrungen oft überlagern und verdrängen, verantwortlich waren, andererseits aber auch die Vorstellung, daß die Hochschulformierung solche repressiven Bedingungen setze, daß die Arbeit an der Studienreform und an der unmittelbaren Veränderung der studentischen Lebenssituation illusorisch seien, solange der repressive Rahmen noch existiere.

Möglich war eine solche Orientierung natürlich nur dann, wenn wesentliche politische Erfolge als kurzfristig durchsetzbar ausgegeben wurden.^{6a} Diese Illusion hatte jedoch fatale Folgen: erstens setzte dadurch ein kontinuierlicher Vertrauensverlust dieser Politik gegenüber ein, die den Erfolg der Aktionen zunehmend bedrohte; zweitens führte dies bei den Mitgliedern dieser Organisationen tendenziell zur Verdrängung der eigenen Erfahrungen und zur Abschottung gegenüber den Erlebnissen von Mißerfolg, die den Vertrauensverlust der Studentenschaft noch verstärkten. So gab es schließlich — offiziell — mißlungene Aktionen nicht mehr; die Erfolgsmaßstäbe wurden dabei kontinuierlich reduziert. Auch die individuellen Leidenserfahrungen in der Universität und in der politischen Arbeit wurden immer stärker verdrängt; Versuche, ihre Aufarbeitung und Bewältigung zum Gegenstand der Politik zu machen, wurden zurückgewiesen oder erst gar nicht ins Auge gefaßt, da dies ja im Bereich des Unpolitischen, des Privaten gelegen hätte. So reduzierte sich der Bereich des Politischen auf Aktionen, Flugblätter, die interne Verwaltung der Organisation und die Mitgliederwerbung.

Durch die daraus resultierende Entfremdung der politischen Praxis von den Erfahrungen, unmittelbaren Interessen und Bedürfnissen der Studenten wurde für die GO-Gruppen die Mobilisierung für ihre Aktionen zu einem immer größeren Problem, das man dadurch lösen wollte, daß man die Einengung des eigenen Politikbegriffs durch die propagandistische Beschwörung der Bedrohung, die die Hochschulformierung darstelle, kompensieren wollte und permanent an das alltägliche Erleben der gesellschaftlichen Repressivität appellierte. Dadurch knüpfte man aber gerade an solchen Bewußtseinsformen an, die das Begreifen unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit erschweren und die politische Handlungsfähigkeit zunehmend schwächen.

X

In B. Gäblers Aufsatz spiegelt sich diese Politik in bezeichnender Weise wider. Er be-

greift die Organisationen der Arbeiterklasse im Grunde als eine ganz andere Welt, als autonome Welt der Sinnerfüllung, die den Erfahrungen des Sinnverlusts als reale (in Wirklichkeit jedoch utopische) Alternative offenstehe. »So erhält das Leben einen Sinn durch Klassenkampf, weil es fortwirkt in der Bewegung der Klasse (...) Wer an ihrer Seite in der Klassenbewegung steht, wird seine Persönlichkeit weiterentwickeln, weil die eigene Person historisch wirksam wird.«⁷

Charakteristisch für diese Politikkonzeption ist, daß der Begriff des Sinns nicht mehr — wie bei den Spontis — ungegenständlich und rein subjektiv definiert wird, sondern gerade in der Abstraktion vom eigenen Ich, in seiner Entäußerung im Klassenkampf gefunden werden soll. Politische Arbeit setzt nun zwar die Fähigkeit voraus, objektive Notwendigkeiten einzusehen, sich als Mitglied eines Kollektivs fühlen und sich darin einordnen (nicht unterordnen!) zu können — Fähigkeiten zur Objektivierung des eigenen Ichs also, die zur Durchführung politischer Arbeit unbedingt notwendig sind und zur Bereicherung der Selbsterfahrung werden können. In Perioden politischer Niederlagen, zunehmender Repression und existenzieller Bedrohung bildet sich jedoch das Bewußtsein der eigenen Identität in der praktischen Entäußerung des eigenen Ich nicht mehr naturwüchsig heraus. Die politische Tätigkeit kann selbst zur extremen psychischen Belastung und Entfremdungserfahrung werden. In solchen Perioden verschärfen sich die Spannungen, denen der Einzelne ausgesetzt ist, in einem so hohen Maße, daß sie Teile der politisch Engagierten zur Resignation treiben und eine Politisierung breiter Schichten erschweren.

Gäblers Begriff des Sinns spiegelt die schon oben dargestellte Reaktionsform auf diese Situation wider, die in der Verdrängung der eigenen Leidenserfahrungen und ihrer Kompensation im Aktionismus besteht; seine Stilisierung der politischen Organisation zu einer autonomen Welt der Sinnerfüllung hat die objektive Funktion, ihre Mitglieder gegen die negativen Einflüsse und Erfahrungen von außen zu stabilisieren. In ihrer Konsequenz würde sie aber zur Unfähigkeit der Organisation führen, mit anderen politischen Richtungen, die ganz andere Erfahrungen und Bewußtseinsformen repräsentieren, zu kommunizieren und gemeinsam zu handeln — letztlich wäre dies also nur eine Flucht in die Geborgenheit der *Sekte*.

XI

Es wird nun endlich notwendig, daß die bisherige Politik einer gründlichen Korrektur unterzogen wird — d.h., daß die Probleme des Sinnverlusts im Studium, der Verhinderung der Persönlichkeitsentwicklung unter den Bedingungen der kapitalistischen Krise, der zunehmenden Vereinzelung und Isolierung zum Gegenstand der politischen Praxis werden. Es muß eine politische Praxis entwickelt werden, die nicht nur zum Kampf um Maximalforderungen mobilisiert, sondern die erweiterte *Selbstbestimmung* der Studenten im universitären Alltag als eigenständiges (Zwischen-)Ziel der Politik setzt. »Um den fatalen Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Krise und der Zerstörung der Persönlichkeit aufzubrechen, dazu gehört auch die Entwicklung von solidarischen Formen des Zusammenlebens und der Kommunikation selbst — und zwar nicht in einer abstrakten Trennung von Privatsphäre und politischer Organisation, sondern in der bewußten Herstellung der Einheit dieser beiden Bereiche. Der größte Fehler würde sicher darin bestehen, wenn man die Formen des Kaputtmachens von Menschen als politisch irrelevantes Privatproblem aus der politischen Arbeit ausschalten würde,

wenn man die notwendige Abstraktion des politischen Kampfes den persönlichen Problemen des Einzelnen quasi gewaltsam überstülpen würde.«⁸

Anmerkungen

- 1 Thomas Waldhubel, Sponti-Bewegung — Flucht in den Alltag, in *Argument* 113 — Bernd Gäbler, Neue Subjektivität oder alter Privatismus?, in *Argument* 120.
- 2 Diese Einwände treffen auf Waldhubels neuen Aufsatz in diesem Heft in vielleicht noch stärkerem Maße zu. Er sucht die Ursachen des Sponti-Protestes in den ideologischen »Formen des Lernens und Lehrens«, bleibt aber bei der Analyse abstrakt-allgemeiner Bestimmungen der wissenschaftlichen Praxis, wie sie sowohl zu Max Webers Zeiten als auch heute existieren, stehen. Dadurch kann er die konkreten, für die aktuelle Situation spezifischen Ursachen der veränderten Erfahrungen an der Hochschule und der neuen spontaneistischen Bewußtseinsformen nicht mehr angehen: *warum* der Sponti-Protest sowohl »antiideologisch« als auch »ideologisch« sein soll, warum Teile der Studenten sich den ideologischen Formen des Universitätsbetriebes unterwerfen, während andere sich gegen sie auflehnen, bleibt einer rätselhaften *Entscheidung* der Individuen überlassen. Dies ist umso unverständlicher, als Waldhubel selbst die Voraussetzungen für motiviertes Handeln (Einsicht in die kontrollerrhöhenden Entwicklungsmöglichkeiten, soziale Absichertheit) benennt, jedoch dann nicht untersucht, ob diese Bedingungen politischen Handelns unter den heutigen hochschulpolitischen Verhältnissen überhaupt gegeben sind.
- 3 vgl. die Untersuchungen von Alexander Deichsel u.a.: Politische Sozialisation von Studenten, Sozialforschung und Gesellschaftspolitik, Bd. 3, Hrsg. Chr. v. Ferber, W. Schulenberg, W. Strzelewicz, Stuttgart 1974, S. 124 und Henrik Kreutz: Die dreigeteilte Welt der Studenten, Empirische Hinweise zu Disparitäten und Brüchen in der Studentenrolle, Teil 1, Hannover 1979, S. 43f.
- 4 vgl. Werner Hofmann: Universität, Ideologie, Gesellschaft, Beiträge zur Wissenschaftssoziologie, Frankfurt 1972, S. 9ff.
- 5 Ute Holzkamp-Osterkamp: Erkenntnis, Emotionalität, Handlungsfähigkeit, in: Forum Kritische Psychologie 3, Berlin 1978, S. 17f.
- 6 Wolf Wagner: Uni-Angst und Uni-Bluff, Wie studieren und sich nicht verlieren, Berlin 1977, S. 20
- 6a So wurde noch im Sommer 1977 als Zielsetzung des bundesweiten Studentenstreiks die Verhinderung der Verabschiedung der Landeshochschulgesetze angegeben. Vgl. den Aufsatz von Beate Landefeld in den Roten Blättern, Juli/August 1977.
- 7 Gäbler, a.a.O., S. 206.
- 8 Frank Deppe: Zur Geschichte der GO-Politik, Rede auf dem Kongreß zum 20jährigen Bestehen des SHB im Mai 1980, in: frontal, Verbandsorgan des SHB, Dezember 1980, S. 23.

Das Argument Beiheft 1979

Über 100 Besprechungen u.a. von Ernest Bornemann, Bruno Frei, Karlheinz A. Geißler, Helmut Gollwitzer, Jost Herbig, Arno Klönne, Kaspar Maase, Adalbert und Brita Rang, Peter Ruben, Volker Schurig, K.H. Tjaden u.v.a. Frank Niess: Politikwissenschaft und Praxis. Literaturbericht zu Einführungen.

Das Argument Beiheft 1980

Der Band, der außerhalb des Abonnements erscheint, enthält über 100 Rezensionen zu philosophischen, kultur-, literatur- und sprachwissenschaftlichen Schwerpunkten, ferner aus den Bereichen Pädagogik, Geschichte und Soziale Bewegung und Politik.

Preise je Beiheft: 15,50 DM (f. Stud. 12,80 DM)

Abonnenten der Zeitschrift bzw. der Taschenbücher (AS) 12,80 DM (f. Stud. 11,— DM)

Martin Meyer-Renschhausen

Ökologische Probleme der Energiewirtschaft

In der Energiewirtschaft wird neben der Land- und Ernährungswirtschaft am heftigsten über Umweltverträglichkeit gestritten. Die Vielzahl diskutierter Probleme ist grob nach zwei Gesichtspunkten zu gliedern. Einmal interessiert die Frage, ob der Energieverbrauch, oder richtiger: die Energieumsätze weiterhin wie bisher ansteigen können. Oder stoßen sie an stoffliche Grenzen, deretwegen ein weiteres Anwachsen von Energieumsätzen im Interesse unserer Nachkommen zu vermeiden, zumindest aber zu verlangsamen wäre? Zum anderen wird diskutiert, welche kurz- und längerfristigen Gesundheits- und Umweltschäden durch Emissionen verursacht werden, die bei der Nutzung von Energierohstoffen anfallen und an Luft, Gewässer oder Erdreich abgegeben werden.

I

Anstoß zu der jüngeren Debatte um die Endlichkeit der verfügbaren Energieressourcen gab die 1972 — kurz vor dem offenen Ausbruch der Energiekrise — erschienene Schrift von *Meadows* »Grenzen des Wachstums«. Danach ist bei Fortdauer des bisherigen exponentiellen Wachstums der weltweiten Energieumsätze in wenigen Jahrzehnten mit einer Erschöpfung der vorhandenen fossilen Brennstoffreserven zu rechnen. Erdöl wird demzufolge in 20 Jahren, Erdgas in 21 Jahren und Kohle in 111 Jahren verbraucht sein. Unter der Bedingung weiteren exponentiellen Wachstums würden auch fünffach höhere Reserven nur unwesentlich länger reichen (50, 49 bzw. 150 Jahre). Die Berechnungen und Schlußfolgerungen von *Meadows*, die sich keinesfalls nur auf die Problematik endlicher Rohstoff- und Energiereserven beziehen, sind in den vergangenen Jahren sowohl von bürgerlicher als auch von marxistischer Seite kritisiert worden. Speziell zur Frage der Endlichkeit von Rohstoff- und Energieressourcen hat sich in Heft 118 des *Argument M. Massarrat* geäußert (36)*. Er weist darauf hin, daß von *Meadows* die unterschiedlichen Kategorien von Rohstofflagerstätten nicht beachtet werden, mit dem Ergebnis stark untertriebener Vorratsangaben. Besonders deutlich ist dies beim Erdöl und Erdgas, wo die von den Mineralölkapitalen angegebenen 'nachgewiesenen' Reserven, die den ökonomisch lukrativen Teil der Gesamtreserven darstellen, fälschlicherweise mit diesen identifiziert werden. Wenn auch auf diese Weise die von *Meadows* ausgewiesenen Energievorräte (speziell bei Erdöl und Erdgas) um Größenordnungen zu niedrig ausfallen, so sind die Überlegungen und Berechnungen von *Meadows* keineswegs völlig absurd. Denn exponentielles Wachstum des Energieumsatzes vorausgesetzt, d. h. eine Verdopplung des Energieumsatzes alle 15-20 Jahre, bedeutet die Differenz zwischen den Erdölreserven nach *Meadows* (72,5 Mrd. t) und nach *Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe* 1975 (725 Mrd. t und 830 Mrd. t in Ölschiefer/Ölsanden) nur einen Aufschub des Erschöpfungszeitpunktes um einige Jahrzehnte. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang die Frage nach den ökonomischen Bedingungen und Grenzen exponentiellen Verbrauchs einer Rohstoffart (hier der fossilen Energieträger). Ihre Beantwortung hängt entscheidend von der Existenz sowie von den relativen

* Die kursiven Zahlen in Klammern verweisen auf die Titel im Literaturverzeichnis am Ende des Aufsatzes

Gewinnungs- und Verarbeitungskosten anderer Rohstoffe und Technologien ab. Gerade in dem weitgehenden Außerachtlassen derartiger Substitutionsprozesse liegt einer der entscheidenden Mängel des Modells von *Meadows*. Fossile Energieträger sind ersetzbar durch Uran und Thorium, mit deren Hilfe Kernspaltungsenergie gewonnen werden kann, durch Glas, Metalle und Kunststoffe zur Absorption und Konzentrierung solarer Strahlungsenergie, durch Holz, Glas, Stein usw. als Materialien zur Wärmedämmung usw. Wie sehen nun die Vorräte hier aus? Wie werden sie und die Entwicklung entsprechender Nutzungstechnologien in der Literatur beurteilt?

Differenzierter als die fossilen Energieträger werden die Uranvorräte in klar umrissene Wirtschaftlichkeitsklassen entsprechend den Gewinnungskosten eingeteilt (21, 43). Genauere Angaben gibt es nur über die wirtschaftlich gewinnbaren Vorräte bis 40\$ je Pfund. Sie belaufen sich auf 4 bis 5 Millionen Tonnen und werden, wenn die Kernenergieerzeugung entsprechend den ursprünglichen staatlichen Zielvorstellungen ausgebaut werden sollte, bis etwa zum Jahre 2000 erschöpft sein (8, 14, 30, 43). Angaben über die Gesamtreserven sind bezüglich Uran noch seltener als bezüglich der fossilen Energien, da derartige Angaben unter Verwertungsgesichtspunkten noch irrelevanter sind, als das beispielsweise bei Kohlenreserven in 4000 Meter Tiefe der Fall ist. Uran ist nämlich ein in der Erdkruste relativ häufig vorkommendes Element, allerdings zum größten Teil dünn verstreut, und folglich nur mit hohem Kosten- und Energieaufwand gewinnbar (16, 28). Knapp sind allein die Vorkommen mit hohem Urangehalt je Tonne Gestein. Wie bei *Meadows* im Hinblick auf die Erdöl- und Erdgasreserven, so finden sich auch hinsichtlich der Uranvorräte unzulässige Identifikationen der derzeit wirtschaftlich gewinnbaren Reserven mit den geologischen Gesamtreserven, und zwar besonders bei Kritikern der Kernenergie. So dient der Hinweis auf die Uran-Knappheit bei *Autorengruppe* 1975 und *Breuer* 1977 dazu, die Perspektivlosigkeit des derzeitigen Kernenergieerzeugungssystems auf der Basis von Leichtwasserreaktoren zu demonstrieren und einen ressourcenbedingten Zwang zur Einführung der Brütertechnologie nachzuweisen. Von *Michaelis* 1977 und *Ford-Foundation* 1979 wird dagegen betont, daß es eine ressourcenbedingte Uranknappheit nicht gibt, und damit auch keinen stofflichen Zwang zur effizienteren Uran-Nutzung durch Schnellbrüter. Hauptmotiv der industriellen und staatlichen Förderung der Brütertechnologie ist vielmehr die Erwartung, daß die Schnellen Brüter den Leichtwasserreaktoren bei steigenden Uranpreisen wirtschaftlich überlegen sein werden. Die Kostenexplosion bei der Brüterentwicklung einerseits sowie die Vermehrung der ökonomisch günstigen Uran-Reserven hat jedoch in jüngster Zeit zu einer Dämpfung derartiger Erwartungen beigetragen (21).

Einen Überblick über die geschätzten weltweit und in der BRD vorhandenen fossilen, nuklearen und regenerierbaren Energiereserven bietet (14). Es wird hier differenziert zwischen a) nach heutigem Stand ökonomisch gewinnbaren Vorräten (Reserven), b) den vermutlich technisch gewinnbaren Vorräten und c) den insgesamt vorhandenen Vorräten (Ressourcen). Eine kritische Betrachtung der rohstoffwirtschaftlichen Begrifflichkeit findet sich bei *Massarat* 1979. Eine bergtechnisch orientierte Betrachtung und Bewertung der Weltkohlevorräte liefert *Fetschweiß* 1976 und 1977. Hier findet sich auch eine kritische Würdigung der von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe 1976 veröffentlichten Schätzung der Steinkohlenressourcen. Über verschiedene Modelle zur Abschätzung der Uran-Vorräte in den verschiedenen Wirtschaftlichkeitsklassen berichtet *Chapman* 1976. Ausführungen zum Stand und zu den Problemen der Kernfusionsentwicklung finden sich bei *BMFT* 1977 und *Ford-Foundation* 1979.

Die fossilen Energieträger sind, wie oben schon angedeutet wurde, nicht nur durch nukleare Brennstoffe ersetzbar, sondern auch durch die regenerativen Energien. Das ist

zum einen die Erdwärme (geothermische Energie), zum anderen die Sonnenenergie in ihren verschiedenen Formen (solare Strahlung, Windenergie, Biomasse, Wellenenergie, Laufwasserenergie usw.). Die Möglichkeiten der Nutzung regenerativer Energien sind in den Industriestaaten lange Zeit unbeachtet geblieben. Ursächlich hierfür sind die spezifischen Nachteile der regenerativen Energien (geringe Energiedichte, Unstetigkeit, Speicher- und Transportschwierigkeiten usw.), die z.Zt. nur durch hohen Kostenaufwand kompensiert werden können. Ausnahmen gibt es dort, wo diese Nachteile entfallen, d.h. wo regenerative Energien relativ konzentriert, relativ stetig und relativ verbrauchsnahe zur Verfügung stehen: Flußwasser, das durch Wasserkraftwerke genutzt wird, Wind in küstennahen Gebieten. Erst mit den fortgesetzten Ölpreiserhöhungen seit 1973 und den Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der Kernenergie wurden die regenerativen Energiequellen (wie auch die Möglichkeiten der Energieeinsparung) gründlicher untersucht. Zu erwähnen ist vor allem eine 1974 vom Bundesforschungsministerium in Auftrag gegebene Untersuchung der theoretischen, technischen und wirtschaftlichen Potentiale der verschiedenen regenerativen Energiequellen sowohl weltweit als auch in der BRD (6). Die Untersuchung, deren Ergebnisse auch in *Matthöfer* 1976 und *BMFT* 1977 enthalten sind, zeigt, daß weltweit das technisch nutzbare Potential an regenerativen Energien so groß ist, daß auch bei starkem Anwachsen der Energieumsätze ein Rückgriff auf nichtregenerative Energieträger überflüssig wäre. Zugleich wird darauf hingewiesen, daß wirtschaftliche Nutzung von Sonne, Wind, Erdwärme, Gezeitenenergie usw. von günstigen Bedingungen, d.h. von relativ hoher Konzentration (hoher Strahlungsintensität, hohen Windgeschwindigkeiten, oberflächennahen Erdwärmepotentialen, starkem Tidenhub etc.) abhängig ist. Auch für die BRD kommt die Studie zu dem Resultat, daß das technisch nutzbare Potential an regenerativen Energien (zu rund 80% Erdwärme) den derzeitigen Primärenergieverbrauch um mehr als das Doppelte übersteigt, jedoch bei den gegenwärtigen Energiepreisen (Stand 1975) nur in Grenzen wirtschaftlich ist. Dabei bleibt jedoch die Nutzung von Umgebungswärme mit Hilfe von Wärmepumpen aus Definitionsgründen (Zuordnung zur Energieeinsparung) unberücksichtigt. Wirtschaftliche Nutzungsmöglichkeiten werden in der Studie vor allem bei der Erzeugung von Niedertemperaturwärme mittels Solarkollektoren gesehen.

Die mittlerweile recht umfangreiche Literatur zu den Nutzungsmöglichkeiten regenerativer Energien speziell in der BRD, widmet sich so vor allem der solaren Niedertemperaturwärmeerzeugung und nicht etwa der Erdwärme. Den Untersuchungen über das Potential der solaren Heiz- und Wasserwärmeerzeugung (29, 32, 34) *gehen gemeinsam* davon aus, daß die für die Installation von Sonnenkollektoren nutzbaren Flächen im wesentlichen auf die Südseiten von Dächern und Hauswänden begrenzt sein werden. Die direkte Sonnenenergie bleibt damit nur beschränkt nutzbar. Nach *Krause u.a.* (32) werden im Jahre 2030 auf diese Weise ca. 26,6 Mio.t. SKE erzeugbar sein, das sind rund 7% des heutigen Primärenergieverbrauchs. Eine umfassende Umrüstung der westdeutschen Energieversorgung auf regenerative Energien, besonders auf Solarenergie, setzt folglich die Nutzung anderer Formen der Solarenergie oder aber den Import von Solarenergie (gespeichert in Wasserstoff) voraus. Neben der direkten Sonnenenergienutzung wird vor allem die Nutzung von Biomasse behandelt, die bereits heute in bestimmten Bereichen wirtschaftlich ist (3). Eine umfassende Nutzung von Biomasse für energetische Zwecke hätte jedoch zur Voraussetzung, daß ein Teil der heute land-

und forstwirtschaftlich genutzten Flächen für Biofarmen, die schnell wachsende Pflanzen anbauen, zur Verfügung stünde. Wieviel Fläche benötigt wird, hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, durch neue Züchtungen den Wirkungsgrad der pflanzlichen Sonnenenergieumwandlung zu verbessern (6 und 35). Die Umwandlung von Biomasse in Methan oder Alkohol hätte zudem den Vorteil, daß die Solarenergie nicht nur zu Zwecken der Wärmeerzeugung, sondern auch für Motoren geeignet wäre (32). Ein anderer Weg, eine hochindustrialisierte und zugleich relativ sonnenarme Gesellschaft wie die der BRD umfassend mit Sonnenenergie zu versorgen, besteht darin, den großen Anfall solarer Strahlungsenergie in südlichen Ländern zur Umwandlung in Wasserstoff zu nutzen und diesen zu importieren. Da es sich hierbei im Gegensatz zur solaren Niedertemperaturerzeugung um eine zentralisierte Form der Sonnenenergienutzung handelt (harte Solartechnologie), die auch die energiewirtschaftlichen Strukturen in der BRD nicht grundlegend verändern würde, wird die 'Wasserstoff-Wirtschaft' von Vertretern des sanften Weges teilweise mit Skepsis betrachtet.

Einen Überblick über die vielfältigen Möglichkeiten der Nutzung regenerativer Energiequellen bietet neben der genannten *BMEF*-Studie (6) und ihrer Kurzfassung (37) *Ruske Teufel* 1980. Technische und wirtschaftliche Probleme der Solarenergienutzung mithilfe von Kollektorsystemen werden in *Matthöfer* 1976a und 1977a abgehandelt. Die Bände bieten zugleich einen Überblick über die im Rahmen des staatlichen Energieforschungsprogramms geförderten Solartechnologien. Lesenswert zur Frage der Wirtschaftlichkeit von solaren Brauchwasser- und Heizsystemen sowie zur Problematik politischer Diffusionshemmnisse ist *ISI* 1978. Umfassende technisch orientierte Darstellungen zur Wasserstoffherzeugung und den vielfältigen Verwendungsmöglichkeiten, einschließlich der ökologischen Vorteile und Risiken finden sich in *Bockeris Justi* 1980 sowie *BMEF* 1975.

Das vor allem von *Meadows* aufgeworfene Problem der Endlichkeit der vorhandenen Energieressourcen wird auf der stofflichen Ebene nicht nur durch die Nutzungsmöglichkeiten der diversen regenerativen Energien relativiert, sondern auch durch Energieeinsparung. Die Einführung energiesparender Technologien (Wärmedämmung, Heizungsregelung, Wärmerückgewinnungsanlagen etc.) bedeutet nichts anderes, als daß Energierohstoffe durch Nicht-Energierohstoffe und zusätzliche vergesenständliche Arbeit ersetzt werden. Die Verringerung des spezifischen Nutzenergiebedarfs durch energiesparende Technologien ist eine wesentliche Voraussetzung der Solarenergienutzung, aber auch der Nutzung von Umgebungswärme durch Wärmepumpen: die Energienachfrage wird auf diese Weise der geringeren Energiedichte der regenerativen Energien angepaßt.

Die verschiedenen Auffassungen über die Möglichkeiten und Grenzen der Energieeinsparung betreffen weniger die Frage nach den technischen Möglichkeiten als vielmehr die Frage danach, was wirtschaftlich und politisch als akzeptabel und durchsetzbar erscheint. *Krause u. a.* 1980 gehen davon aus, daß bei maximaler Einsparungsbereitschaft der Primärenergieverbrauch der BRD bis zum Jahre 2000 um rund 25 % vermindert werden kann, obgleich sich das Wirtschaftswachstum weiter fortsetzt (allerdings gegenüber der Vergangenheit deutlich verlangsamt). Die *Enquetekommission* 1980 hält in dem von ihr präferierten Pfad 3, d. h. bei einer gegenüber heute deutlich verstärkten staatlichen Energieeinsparungspolitik, eine Stagnation des Primärenergieverbrauchs bis 2000 für realistisch. Die Bundesregierung (15) hält dagegen — gestützt auf eine Prognose verschiedener wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute — einen Anstieg um ca. 50 % bis zum Jahre 2000 für wahrscheinlich, was zum Teil auf die Annahme höherer wirtschaftlicher Wachstumsraten zurückzuführen ist.

Den besten Überblick über die Möglichkeiten der Energieeinsparung in den verschiedenen Wirtschaftssektoren, Hemmnissen, die ihrer autonomen Nutzung entgegenstehen, sowie möglicher wirtschaftspolitischer Instrumente enthält *Meyer-Abich* 1979. Informationen über den Forschungsstand auf technologischem Gebiet sowie über die Aktivitäten der Forschungsförderung bezüglich Energieeinsparung *BMFT* 1976a und *BMFT* 1978. Speziell zu den diversen Möglichkeiten der Energieeinsparung in der Landwirtschaft berichtet *BML* (Hrsg.) 1979. Auf die Möglichkeiten verhaltensbedingter Energieeinsparung im Haushaltssektor wird in *Dornier/Fichtner* 1976 eingegangen. Detaillierte Berechnungen zur Wirtschaftlichkeit von Energieeinsparungsmaßnahmen finden sich für den Altbaubereich in *Battelle* 1978, für den Neubausektor in *Hebgen* 1978. Diskussionsbeiträge zu den Möglichkeiten der Stromeinsparung mittels einer veränderten Tarifstruktur enthält *Luther/Horn/Luhmann* 1979. Allgemeine Beiträge zur Enkoppelungsdebatte liefern *Neu* 1978, *Hauff* 1978, *Müller/Stoy* 1978 und 1978a, aus der Sicht der 'marktwirtschaftlichen' Theorie *Schmitt/Schürmann* 1978 und 1978a.

II

Den zweiten Schwerpunkt in der Diskussion um den Zusammenhang von Energiewirtschaft und Umwelt bilden Schäden und Risiken, die durch die Emissionen zentraler (Kraftwerke, Raffinerien usw.) und dezentraler Energiewandlungsanlagen (Öfen, Motoren etc.) hervorgerufen werden. Mit der Kontroverse um die Kernenergie wurde das Immissionsproblem — bislang vornehmlich ein Problem der industriellen Ballungsräume — auf breiter Ebene aufgegriffen. Das Interesse konzentrierte sich dabei zunächst auf die ökologischen Auswirkungen kerntechnischer Anlagen. Die ökologischen Bedenken, die gegen die Kernenergie vorgebracht werden (*Strohm* 1973, *Gaul* 1974, *Autorengruppe* 1975, *Tamplin/Gofman* 1977, *Weish/Gruber* 1979), konzentrieren sich im wesentlichen auf folgende Punkte:

1. Durch die im Normalbetrieb emittierten radioaktiven Substanzen aus Kernkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen wird die radioaktive Belastung des Menschen und der Natur erhöht. Auch wenn das künstliche Strahlenpotential verglichen mit der natürlichen Strahlung relativ gering ist, so besteht doch ein erhöhtes genetisches und somatisches Risiko. Einen Schwellenwert, unterhalb dessen die künstliche Strahlenzufuhr wirkungslos ist, gibt es nicht.

2. Die Eintrittswahrscheinlichkeit von Reaktorunglücken mag noch so gering sein, auszuschließen sind sie nicht. Die Schäden großer Reaktorunfälle (Niederschmelzen des Reaktorkerns, Bersten des Reaktorbehälters etc.) sind immens.

3. Bei der Endlagerung radioaktiver Abfallstoffe besteht infolge von Materialermüdung, Erdbeben, kriegerischen Einwirkungen usw. die Möglichkeit eines Eindringens radioaktiver Substanzen in die Biosphäre.

4. Der Übergang von den heute vorherrschenden Leichtwasserreaktoren zu Schnellen Brütern beinhaltet den Übergang zur Plutoniumwirtschaft und damit eine erhebliche Vergrößerung des Risikopotentials.

5. Die Kernenergieerzeugung, besonders aber die Wiederaufarbeitung und die Brüter erleichtern den Zugang zu 'waffenfähigem' Plutonium und leisten damit einer weiteren Verbreiterung von Kernwaffen Vorschub.

Von den Befürwortern der Kernenergie (*BMFT* 1976, *BMFT* 1977, *Michaelis* 1977, *Atomwirtschaft/Atomtechnik*) werden die vier erstgenannten Punkte durchweg zurückgewiesen. Lediglich zu Punkt fünf, zur Proliferationsproblematik, gehen ihre Auffassungen auseinander. Umstritten ist hier vor allem die Frage, inwieweit mit Hilfe des Verzichtes auf die Wiederaufarbeitung sowie auf Schnelle Brüter der Gefahr einer weite-

ren Verbreitung von Atomwaffen begegnet werden kann. Während die Möglichkeiten eines weitgehend proliferations-sicheren Brennstoffkreislaufes von *Ford-Foundation* 1979 und *Hippel* (in 39) bejaht werden, betrachten *Häfele*, *Hennies* (beide in 39) und *Michaelis* 1977 derartige technische Regelungen als illusorisch. Ihrer Auffassung nach sind bereits heute neben den Industriestaaten auch die sog. Schwellenländer in der Lage, Atombomben zu produzieren, unabhängig davon, ob ihnen Anreicherungsanlagen, Wiederaufarbeitungsanlagen oder Brutreaktoren geliefert werden. Non-Proliferations-Politik ist demzufolge nicht auf technische, sondern auf politische Regelungen (internationale Vereinbarungen und Sicherheitskontrollen) zu konzentrieren. Dies wurde auch im Abschlußbericht der 'Internationalen Konferenz zur Bewertung des nuklearen Brennstoffkreislaufs' (*INFCE*) hervorgehoben (30).

Der zentrale Unterschied zwischen der Mehrzahl der Pro- und Contra-Schriften zur Kernenergieproblematik liegt in der unterschiedlichen Beurteilung der *technischen* Möglichkeiten der Emissionsbegrenzung, Unfallverhütung etc. Während die Kernenergie-Befürworter vielfach die technische Machbarkeit pauschal behaupten und apologetisch Annahmen und Hoffnungen als erprobte Konzepte propagieren, findet sich in der kritischen Literatur zur Kernenergie nicht selten die Haltung, die technische Lösbarkeit der entscheidenden Probleme pauschal zu verneinen. In der marxistischen Literatur zur Kernenergiefrage wird die Lösung der technischen Probleme kaum grundsätzlich infrage gestellt. Bedenken resultieren hier vielmehr aus der kritischen Beurteilung der derzeitigen *gesellschaftlichen* Verhältnisse im nationalen und internationalen Rahmen (*Hampicke* 1975, *Steinhaus/Heimbrecht* 1979). — Einen Überblick über die Proliferations-Problematik bietet *Ford-Foundation* 1979, *Matthöfer* 1977 sowie aus politikwissenschaftlicher Sicht *Kaiser* 1978, *Haftendorn* 1979. Die wissenschaftliche Kontroverse um den proliferations-sicheren Brennstoffzyklus reflektiert politische Interessengegensätze. Die USA besitzen ein Interesse an der Aufrechterhaltung ihres umfassenden Nuklearmonopols (Atomwaffen, riesige Uranreserven), während die kapitalistischen Staaten Westeuropas sowie Japan (ebenso zahlreiche Entwicklungsländer) ökonomische und politische Interessen (Unabhängigkeit von Uran-Importen, Anlagen-Export, militärische Optionen) an der Produktion bzw. am Erwerb von Wiederaufarbeitungsanlagen und Brutreaktoren besitzen.

Im Zuge der ökologisch orientierten Auseinandersetzung um die Kernenergie wurden — nicht zuletzt auch auf Betreiben der am Ausbau der Kernenergie interessierten Industrien — auch die umweltbelastenden Effekte der Umwandlung fossiler Energieträger zunehmend problematisiert, vor allem der Steinkohle, der wichtigsten Konkurrenz zur Kernenergie. Von der Vielzahl der in diesem Kontext zu erwähnenden Probleme stehen vor allem zwei im Vordergrund: zum einen Gesundheits- und Umweltschäden durch die Abgabe chemischer Schadstoffe und von Staub an die Atmosphäre, zum anderen die Möglichkeit globaler Klimaveränderungen infolge wachsender Kohlendioxidkonzentration in der Luft. — Von der Gesamtheit der Emissionen, die in der BRD an die Atmosphäre abgegeben werden (anders ist dies bei Abwässern), stammt das Gros aus der Umwandlung fossiler Energieträger in Kraftwerken, Industrie, Haushalten etc. Hauptemittent noch vor der Industrie ist bei Schwefeldioxid, Staub (Schwermetalle) und Stickoxiden der Kraftwerksektor (bes. Stein- und Braunkohlenkraftwerke). Gesundheitsschädigende Effekte (Atemwegserkrankungen, Verschlimmerung von Herz- und Lungenerkrankungen bei Alten, Verschlimmerung von Asthma etc.) derartiger Emissionen sind vor allem bei hohen Konzentrationen (Smog-Katastrophen infolge ungünstiger Wetterlagen) festgestellt worden. So wurde z.B. bei den Smog-Katastrophen 1948 in Dorado (USA) und 1952 in London eine deutlich erhöhte Sterblichkeit bei älteren Menschen festgestellt. Über die genauen Wirkungszusammenhänge, besonders die relative Bedeutung und das Zusammenwirken einzelner Schadstoffe, gibt es bis heute

kaum gesicherte Aussagen. Umstritten ist — ähnlich wie bei den geringen Strahlendosen — die Frage, inwieweit auch geringe Schadstoffkonzentrationen über längere Zeit gesundheitsschädigende Wirkung besitzen, oder ob es einen 'Schwellenwert' gibt (*Ford-Foundation* 1979, S.176ff.).

Eine knappe, aber systematische Zusammenstellung der mit der Energieerzeugung verbundenen Umweltschäden und -risiken (unterschieden nach den einzelnen Umweltbereichen) enthält *Hampicke* 1978. Einen Überblick über die Gesundheits- und Umweltschädigungen der Emissionen von Steinkohlenkraftwerken und ihre kontroverse Einschätzung in der Literatur gibt der Bericht der *Ford-Foundation* 1979. Es wird darauf hingewiesen, daß die Rückhaltung wichtiger Schadstoffkomponenten technisch kein Problem ist und neuere Kraftwerke gegenüber älteren deutlich geringere Emissionen aufweisen. Materialien über die Emissionsentwicklung in der BRD enthält das *Umweltgutachten* 1978. Es verdeutlicht, daß in den letzten Jahren die Immissionen der mengenmäßig wichtigsten Schadstoffe (Schwefeldioxid und Staub) durch die Umweltschutzgesetzgebung eingedämmt werden konnten, eine Feststellung, die für die sog. Aerosole nur bedingt zutrifft. Ein spezielles Problem, das im Umweltgutachten nicht angesprochen wird, stellen radioaktive Emissionen aus Kohlekraftwerken dar. Die Debatte hierum ist 1978 durch eine Untersuchung von *Kolb* (Physikalisch-Technische Bundesanstalt) entfacht worden. Danach ist das Strahlenrisiko in der Umgebung von Kohlekraftwerken 100 mal höher als in der Umgebung von Kernkraftwerken. In Veröffentlichungen der Steinkohlenwirtschaft werden Methode und Ergebnis als fragwürdig bezeichnet, ohne daß der Tatbestand radioaktiver Emissionen bestritten wird (*Zimmermeyer* 1978).

Neben dem Problem von Gesundheits- und Umweltschädigungen durch die Emissionen chemischer Schadstoffe ist als weiteres ökologisches Problem der Energieumwandlung (bes. fossiler Energieträger) die Möglichkeit von Klimaänderungen zu nennen. Hierbei ist zwischen Änderungen des lokalen bzw. regionalen Klimas und globalen Klimaänderungen zu unterscheiden. Lokale und regionale Klimaänderungen können durch hohe anthropogene Energieumsätze in Ballungsgebieten sowie durch Kühltürme hervorgerufen werden. Sie werden seit längerem untersucht und stellen im Vergleich zu anderen industrialisierungsbedingten Umweltveränderungen (Luftverschmutzung, Lärm etc.) keine wesentliche Beeinträchtigung menschlichen Wohlbefindens dar (*Hampicke* 1978, S.170). Als wesentlich problematischer gilt dagegen die Möglichkeit globaler Klimaänderungen infolge weltweit stark ansteigender Energieumsätze, sowie besonders durch das bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe anfallende Kohlendioxid, das sich als Gas in der Atmosphäre anreichert und die Wärmeabstrahlung in das Weltall hemmt. Es wird vermutet, daß bei fortgesetztem exponentiellen Wachstum des Verbrauchs an fossilen Brennstoffen bis Mitte des kommenden Jahrhunderts eine Verdopplung des Kohlendioxidgehalts in der Atmosphäre stattfindet und dadurch ein Temperaturanstieg in der Größenordnung von 1-3 Grad bewirkt wird. Dies würde eine weitere Ausbreitung von Wüsten bedeuten sowie ein Ansteigen des Meeresspiegels infolge schmelzenden Polareises. Prognosen über die künftige Entwicklung des Großklimas sind jedoch nicht möglich, da wesentliche Wirkungszusammenhänge noch immer unbekannt sind. Dies gilt zum einen für die Ursachen und Gesetzmäßigkeiten der natürlichen Klimaschwankungen, zum anderen für die Wirkungen schwebender Partikel (industrielle Emissionen, Staub aus Vulkanausbrüchen etc.), die die Wärmeabstrahlung ins All teilweise zusätzlich mindern, teilweise jedoch durch eine verstärkte Wolkenbildung das Sonnenlicht vor dem Erreichen des Erdbodens reflektieren. Derartige großklimatisch relevante Partikel resultieren ebenso wie das Kohlendioxid und auch Kohlenmonoxid aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe.

Einen knappen Überblick über die Auswirkungen von Luftverunreinigungen (nicht nur aus Energieumwandlungsprozessen) auf das globale Klima bietet eine vom Bundesinnenministerium herausgegebene, kostenlos beziehbare Schrift (BfM 1980), deren Anhang über wichtige internationale Forschungsprogramme und Forderungskataloge berichtet. Informativ bezüglich des klimatologischen Forschungsstandes ist der Bericht der *Ford-Foundation* 1979, Kap. 6. Eine Veränderung des globalen Klimas wird hier als die »schwerwiegendste mögliche Umweltschädigung bei stark wachsender Energieerzeugung« bezeichnet (S.186). In Schriften der Kohlewirtschaft (*Panzram* 1978) wird dagegen hervorgehoben, daß ein großräumiger anthropogener Einfluß auf das Klima der Erde weder erkennbar noch nachweisbar sei und ein Anstieg der bodennahen Luftschichten um zwei Grad keine 'sintflutartigen' Folgen hätte (S.868).

Die ökologischen Probleme und Risiken, die sowohl mit der Kernenergieerzeugung als auch mit einem verstärkten Einsatz fossiler Energieträger verbunden sind, haben in jüngster Zeit zu verschiedenen Modelluntersuchungen geführt, die auf eine Quantifizierung energiepolitischer Handlungsspielräume — vor allem hinsichtlich der Energieeinsparung und der Nutzung regenerativer Energien — abzielen. Zu erwähnen sind vor allem die Studie des Öko-Instituts (32) sowie der Bericht der *Enquetekommission* 1980. *Krause u. a.* weisen nach, daß es bei Ausschöpfung aller wichtigen Einsparungspotentiale technisch möglich ist, langfristig (bis 2030) den Energiebedarf der BRD auf ca. die Hälfte des heutigen Niveaus zu reduzieren und zugleich den materiellen Wohlstand zu steigern. Auch wenn sie in ihrem Szenario (anders die *Enquetekommission*, die vier Alternativ-Szenarien präsentiert) von einer Häufung relativ extremer Annahmen (sinkende Bevölkerungszahl, extrem niedriges Wirtschaftswachstum ab 2000, starker Bedeutungsverlust der Grundstoffindustrien, Sättigungen im privaten Konsum etc.) ausgehen, so zeigen sie doch, daß steigender Wohlstand auch bei verringerten Energieumständen und ohne Kernenergie realisierbar ist. Unklar bleibt allerdings, ob sich der Verzicht auf die Kernenergie über den Marktpreismechanismus oder über eine stark ökologisch orientierte Strukturpolitik vollziehen soll. Bemerkungen an verschiedenen Stellen (z.B. S. 51) lassen darauf schließen, daß die Autoren von einer baldigen Unwirtschaftlichkeit der Kernstromerzeugung (auch im Grundlastbereich) ausgehen. An dieser Argumentation sind jedoch erhebliche Zweifel angebracht. Für den Fall, daß sich die Kernenergie nicht selber infolge wachsender Stromerzeugungskosten vom Markt katalysieren sollte, wäre eine politische Entscheidung gegen die Kernenergieerzeugung unabdingbar. Dies rückt jedoch die Frage nach den Möglichkeiten der politischen Durchsetzbarkeit einer ökologisch rationalen Energieversorgungsstrategie unter den bestehenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen in den Vordergrund.

Literaturverzeichnis

- 1 *Atomwirtschaft — Atomtechnik*. atw-Broschüren zum Themenkreis 'Kernenergie und Umwelt' Nr. 3 (Wie sicher sind Atomkraftwerke?), Nr. 8 (Mehr Kernkraftwerke mehr Risiko?), Nr. 10 (Kernkraftwerke unter Kontrolle), Nr. 13 (Sichere Entsorgung?), Nr. 14 (Umwelt Risiken der Energieerzeugung). Handelsblatt-Verlag Düsseldorf/Frankfurt.
- 2 *Autorengruppe des Projekts Schadstoffbelastung am Arbeitsplatz und in der Industrieregion Unterweser 1975*: Zum richtigen Verständnis der Kernenergie. 66 Erwidierungen. Oberbaumverlag West-Berlin.
- 3 *Baader, W./Döhne, E./Brenndörfer, M.* 1978: Biogas in Theorie und Praxis. KTBL-Schrift Nr. 229, Landwirtschaftsverlag Münster.
- 4 *Battelle-Institut e.V. Frankfurt* 1978: Möglichkeiten der Energieeinsparung im Gebäudebestand, Stufe B. Untersuchung erstellt im Auftrage des Bundesministers für Forschung und Technologie. Frankfurt (vergriffen).

- 5 *BMFT (Bundesministerium für Forschung und Technologie) 1975*: Wasserstoff. Systemstudie 'Einsatzmöglichkeiten neuer Energiesysteme', Teil III, Bonn.
- 6 *BMFT (Hrsg.) 1976*: Energiequellen für morgen? Nichtnukleare — Nichtfossile Primärenergiequellen. Programmstudie durchgeführt im Auftrag des BMFT. 6 Bde. Umschau-Verlag Frankfurt.
- 7 *BMFT 1976a*: Rationelle Energieverwendung. Statusbericht 1976. Bonn.
- 8 *BMFT 1977*: Zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. Eine Dokumentation der Bundesregierung. Bonn.
- 9 *BMFT 1978*: Rationelle Energieverwendung. Statusbericht 1978. 2 Bde. Bonn.
- 10 *BMI (Bundesministerium des Inneren) 1980*: Bericht über die Auswirkungen von Luftverunreinigungen auf das globale Klima. Umweltbrief 20. Bonn.
- 11 *BML (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) (Hrsg.) 1979*: Agrarwirtschaft und Energie. Berichte über Landwirtschaft. NF. 195. Sonderheft. Verlag Paul Parey Hamburg und Berlin.
- 12 *Bockris, J./Justi, W. 1980*: Wasserstoff — Energie für alle Zeiten. Udo-Pfriemer-Verlag München.
- 13 *Breuer, R. 1977*: Rettung durch den Schnellen Brüter? In: H. Strohm (Hrsg.): Schnelle Brüter und Wiederaufbereitungsanlagen. Association-Verlag Hamburg, S.25-39.
- 14 *Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe 1976*: Die künftige Entwicklung der Energienachfrage und deren Deckung — Perspektiven bis zum Jahr 2000. Hannover.
- 15 *Bundesregierung 1977*: Zweite Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung. Bundestags-Drucksache 8/1357 vom 19.12.1977.
- 16 *Chapman, P. 1976*: Der Nachschub von Uran ist nicht gesichert. In: Kernenergie — offen bilanziert. Fischer-Taschenbuch Verlag Frankfurt, S.91-111.
- 17 *Dornier System GmbH/Fichner, Beratende Ingenieure GmbH 1976*: Auswirkungen von Technik und Verhaltensweisen auf den Energieverbrauch. Daten und Fakten für energiesparende Maßnahmen in Haushalt und Kleinverbrauch. Zusammengestellt und ausgearbeitet im Auftrag des BMFT. Friedrichshafen/Stuttgart.
- 18 *Enquete-Kommission 1980*: Bericht über den Stand und die Ergebnisse der Enquete-Kommission 'Zukünftige Kernenergie-Politik' des 8. Deutschen Bundestages. Bundestags-Drucksache 8/4371 vom 27.6.1980.
- 19 *Fettweiss, G.B. 1976*: Weltkohlenvorräte. Verlag Glückauf Essen.
- 20 *Fettweiss, G.B. 1977*: Wie groß sind die in absehbarer Zeit nutzbaren Kohlenvorräte der Erde? In: Glückauf, Zeitschrift für Technik und Wirtschaft des Bergbaus. 113. Jg. (1977), S.589-600.
- 21 *Ford-Foundation 1979*: Das Veto — Ein kritisches Handbuch zu den Problemen der Kernenergie. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg.
- 22 *Gaul, E. 1974*: Atomenergie oder Ein Weg aus der Krise? Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg.
- 23 *Haftendorn, H. 1979*: Krise des internationalen Nuklear-Systems. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung 'Das Parlament', hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Ausgabe vom 3.2.1979, S.3-27.
- 24 *Hamdicke, U. 1975*: Kapitalistische Expansion und Umweltzerstörung. In: Das Argument 93, S.794-821.
- 25 *Hamdicke, U. 1978*: Verminderung von Umweltschäden und -risiken durch Energieeinsparung. In: K.M. Meyer-Abich (Hrsg.): Wirtschaftspolitische Steuerungsmöglichkeiten zur Einsparung von Energie durch alternative Technologien. Studie im Auftrag des BMFT, Bd. 2, S.143-185, Essen.
- 26 *Hauff, V. (Hrsg.) 1978*: Energie, Wachstum, Arbeitsplätze. Argumente in der Energiediskussion Bd.4/5. Neckar-Verlag Villingen.
- 27 *Hebgen, H. 1978*: Neuer baulicher Wärmeschutz. Vieweg & Sohn Verlagsgesellschaft Braunschweig.
- 28 *Herrera, A./Scolnik, D. 1977*: Die Grenzen des Elends. Das Bariloche-Modell: So kann die Menschheit überleben. S. Fischer Verlag Frankfurt.
- 29 *ISI (Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung der Fraunhofer-Gesellschaft Karlsruhe) 1978*: Überwindung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hemmnisse bei der Einfüh-

- nung der Solarenergie. Studie im Auftrag des BMFT, Bonn.
- 30 Kaiser, H./Wagner, H.F. 1980: Verfügbarkeit von Uran. Erhebungen und Befunde der INFCE-Arbeitsgruppe 1. In: atomwirtschaft — atomtechnik, H.3/1980, S.137-142, Handelsblatt Verlag Düsseldorf/Frankfurt.
- 31 Kaiser, K. 1978: Auf der Suche nach einer Welt-Nuklearordnung. In: Europa-Archiv, H.6/1978, S.153-172.
- 32 Krause, F./Bossel, H./Müller-Reissmann, K.F. 1980: Energie-Wende. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran. Ein Alternativ-Bericht des Öko-Instituts/Freiburg. S. Fischer Verlag Frankfurt.
- 33 Löblich, H.-J. 1975: Die zukünftige Entwicklung der Luftbelastung durch Schwefeldioxid in der Bundesrepublik. In: Gesellschaft für Zukunftsfragen (Hrsg.): Zukunft Energie. Hamburg, S.135-146.
- 34 Luther, G./Horn, M./Lubmann, H.-J. 1979: Stromtarife — Anreiz zur Energieverschwendung? Diskussionsbeiträge zur Strompreispolitik. Verlag C.F. Müller Karlsruhe.
- 35 Luther, J. 1977: Sonnenenergie — eine Alternative zur Atomenergie. In: Kritisches Tagebuch, H.1/1977, S.89-98, Initiative Verlagsanstalt Tübingen.
- 36 Massarat, M. 1979: Ist die Erde endlich? Kritik der Thesen des Club of Rome. In: Das Argument 118, S.819-829.
- 37 Matthöfer, H. (Hrsg.) 1976: Energiequellen für morgen? Nichtnukleare — nichtfossile Primärenergiequellen. Umschau Verlag Frankfurt.
- 38 Matthöfer, H. (Hrsg.) 1976a: Sonnenenergie. Umschau Verlag Frankfurt.
- 39 Matthöfer, H. (Hrsg.) 1977: Schnelle Brüter — Pro und Contra. Argumente in der Energiediskussion. Bd.1. Neckar Verlag Villingen.
- 40 Matthöfer, H. (Hrsg.) 1977a: Sonnenenergie II. Umschau Verlag Frankfurt.
- 41 Meadows, D. u. D./Zahn, E./Milling, P. 1973: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek b. Hamburg.
- 42 Meyer-Abich, K.M. (Hrsg.) 1979: Energieeinsparung als Energiequelle. Wirtschaftspolitische Möglichkeiten und alternative Technologien. Carl Hanser Verlag München/Wien.
- 43 Michaelis, H. 1977: Kernenergie. Deutscher Taschenbuch Verlag München.
- 44 Müller W./Stoy, B. 1978: Wachstum ohne mehr Energie? In: Wirtschaftsdienst, H.7/1978, S.327-332.
- 45 Müller, W./Stoy, B. 1978a: Entkopplung. Wirtschaftswachstum ohne mehr Energie. Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart.
- 46 Neu, A.D. 1978: Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch — eine Strategie der Energiepolitik? Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 52. Inst. f. Weltwirtschaft Kiel.
- 47 Panzram, H. 1978: Trotz Kohlendioxid-Zunahme keine erhöhten Temperaturen? Wider die Spekulation über eine Klimakatastrophe. In: Glückauf. Zeitschrift für Technik und Wirtschaft des Bergbaus. 114. Jg. (1978), S.866-868.
- 48 Ruske, B./Teufel, D. 1980: Das sanfte Energie-Handbuch. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg.
- 49 Schmitt, D./Schürmann, H.-J. 1978: Wachstum ohne Energieverbrauchsanstieg. In: Wirtschaftsdienst, H.7/1978, S.332-335.
- 50 Schmitt, D./Schürmann, H.-J. 1978a: Die unterstellte Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch — keine Alternative. In: Zeitschrift für Energiewirtschaft, H.2/1978, S.147-155, Vieweg Verlag Braunschweig.
- 51 Steinhaus, K./Heimbrecht, J. 1979: Energiekrise und Bonner Atomprogramm. Verlag Marxistische Blätter Frankfurt.
- 52 Stroh, H. 1973: Friedlich in die Katastrophe. Eine Dokumentation über Kernkraftwerke. Verlag Association.
- 53 Tamplin, A.R./Gofman, J.W. 1977: Kernspaltung — Ende der Zukunft? Hameln/Hann.
- 54 Weish, P./Gruber, E. 1979 (2. überarb. Auflage): Radioaktivität und Umwelt. Gustav Fischer Verlag. Stuttgart/New York.
- 55 *Umweltgutachten 1978*: Verfaßt vom Rat von Sachverständigen für Umweltfragen. Bundestags-Drucksache 8/1938 v. 19.9.1978.
- 56 Zimmermeyer, G. 1978: Zur Frage der radioaktiven Belastung durch Steinkohlen- und Kernkraftwerke. In: Glückauf Zschr.f.Technik u. Wirtschaft d. Bergbaus. 114.Jg., S.575-577.

Welche Bedürfnisse steuern die technische Entwicklung?

»Tagung des Vereins Deutscher Ingenieure unter der Schirmherrschaft des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen«

Düsseldorf 6.-7. Februar 1981

Seit acht Jahren forsche ich über die Folgen von Automation. Heute werde ich einen Vortrag beim Verein Deutscher Ingenieure halten. Mein Thema unter der Frage der die technische Entwicklung steuernden Bedürfnisse: »Automation — Chancen und Gefahren«. Ich bin gut vorbereitet. Ich denke, ich habe ihnen etwas zu sagen — nicht einmal bloß »Linkes«, sondern auch Vorschläge zur Technikgestaltung, die ihnen zu denken geben könnten. Ich bin nicht nervös, weil ich Vorträge gewohnt bin und schon weiß, daß mir auch in der Diskussion noch genug einfällt. Außerdem will ich unbedingt mit den Ingenieuren ins Gespräch kommen. Politisches Bewußtsein — auch sie können nicht auf Dauer den Unternehmerstandpunkt vertreten, schon gar nicht diejenigen, welche mich einluden. Auch dort gibt es Umbrüche, Nachdenken über Werte, Bedürfnisse usw.

Das habe ich erwartet. Auch Feinde — wie immer; und natürlich wußte ich, daß der Ingenieurbereich eine Domäne der Männer ist. Das würde ich schon hinkriegen; schließlich bin ich nicht mehr zwanzig und wenn ich anfangs zu sprechen, wird man schon vergessen, auf das Geschlecht zu achten.

Einstieg

Mein Flugzeug flog frühmorgens um 6 Uhr 30. Kurz nach fünf Uhr aufstehen — wer wohl so früh unterwegs sein muß? Wahrscheinlich ist die Maschine halbleer. Am Flughafen mische ich mich in die dichte Schar in diskrete Pelze gehüllter — nein, nicht Männer — *Herren* mit leisen Sohlen, Rasierwasser, gepflegter Hartschnitt, Aktenköfferchen. Mein sonst normaler Mantel sieht plötzlich schäbig aus, auch schmutzilig, meine Stiefel sind zu plump. Das Flugzeug ist bis auf den letzten Platz besetzt. Außer mir sind nur noch die zwei Stewardessen weiblich, die mich geringschätzig mustern. Ich fühle mich als Eindringling; die allgemeine Nichtbeachtung wirkt aggressiv auf mich; ich beginne, an Verfolgungswahn zu leiden. Dies ist die Welt der Männer, lange bevor sie sich auf Gemütlichkeit und Damen einzustellen beginnen: rauhe Geschäftswelt — eigentümlich, wie die Klischees leben — hier wirken Frauen deplaziert, wie Spioninnen oder einfach ärgerlich. Die Stewardessen wissen darum und respektieren dies. Beim Kaffeeauschenken übergehen sie mich — eine wirkliche Kunst, denn ich sitze in der Mitte. Gottseidank ist Tee um diese Zeit sowieso besser; noch fühle ich mich humoristisch, rufe laut — gegen meine Gewohnheit — als Tee ausgeschenkt wird, werde wieder übergangen. Das kann immer noch Zufall sein — ich stehe auf und hole mir den Tee. Später werden Tassen eingesammelt. Ich erwarte nicht, daß meine mitgenommen wird — sitze eingeklemmt, die leere Tasse vor mir und überfliege noch meine Notizen. Tasse und Klappstisch werden lästig. Die Stewardess fordert alle auf, die Tische hochzuklappen. Ich stopfe die Tasse und den Rest Milch in eine Tüte und vor mich in das Netz. Langsam rinnt die Milch in mein Vortragsmanuskript. Ich werde jetzt doch wütend, rufe die Stewardess. Sie eilt vorbei, ich halte meine verpackte Tasse in den Gang über meinen Nachbarn hinweg, der dies ignoriert, und versperrt so der Rückeilenden den Weg, rufe — als sie ausweichen will — bitte nehmen Sie auch meinen Abfall mit! Ihr Widerwillen muß sichtbar werden, sonst vergibt sie sich etwas. Sie ergreift nur einen Zipfel, ist fast schon vorüber. Die Tasse fällt aus der Tüte, dick und weiß tropft die Milch auf den schwarzen Anzug meines Vordermannes.

Der Ingenieursverein

Ich bin der erste Redner. Es wäre falsch, Rednerin zu sagen. Es würde sich anhören, als ob vor mir schon viele Frauen redeten, nach mir weitere kämen. Das ist vorläufig sicher nicht der Fall. Vor mir sprechen Begrüßungsworte: der Vorsitzende, dann der Minister für Wirtschaft usw. Als ich aufstehe, um zum Mikrofon zu gehen, bin ich etwas unsicher. Dabei sind zwei Frauen anwesend, so viele hatte ich nicht erwartet. Aber anders als in meiner Vorstellung sind die Ingenieure. Sie tragen alle dunkle Anzüge als wären wir auf einer Beerdigung, helle Hemden, Schlipse und ihre Gehaltsstufe als Rückgrat. Dadurch wirken sie irgendwie größer, viel mehr Körper. Auch ihr gesellschaftliches Gewicht bestimmt ihre Körperhaltung, Klassenunterschiede. Meine übliche Selbstverständlichkeit halte ich mühsam. Eines ist klar: was immer man von meinem braunen Kleid sagen mag; es ist kein Anzug. Als ich angefangen habe zu sprechen, ist die Unsicherheit fort, obwohl sich in dieser Hörsaal nach der satten Akustik vom Vorsitzenden, vom Minister, meine sonst tiefe Stimme seltsam hoch und auch klein anhört. Ich sage, daß ich viel von Automation, aber wenig von Ingenieuren wisse und bitte daher um Protest, falls meine Sprache zu hermetisch sei. Eisiges Schweigen. So kollegial ist man hier nicht. Schließlich bin ich auch niemandes Kollege.

Ich spreche zu schnell zu Bedürfnissen, Werten, Technik, Mensch, Natur, Automation, historischer Aufgabe der Ingenieure. Niemand reagiert. Das irritiert mich. Ich will schnell zu Ende kommen, um in der Diskussion die Reaktionen besser beantworten zu können. Ich komme zum Schlußteil: Wirklichkeit in den Betrieben, Stellung der Produzenten, umkämpfte Bereiche, Strategie der Gewerkschaften. Ungefähr zehn Anwesende verlassen den Raum. Für sie ist die zweitägige Konferenz schon beendet, denn sowas können sie sich nicht bieten lassen. — Am Schluß: mäßiger Applaus. Ich setze mich aufatmend.

Mein Kontrahent — das Programm sieht jeweils Rede und Gegenrede und anschließende Diskussion vor — ein Produktionstechniker, geht zum Mikrofon, beide Hände in den Taschen, glänzend, strahlend — sagt, wobei er auf den Sohlen wippt: »Schade, daß mein Vorredner kein Mann war, so kann ich nicht richtig kontern.« Großer Applaus. Für Bierstichatmosphäre sind die Anzüge zu teuer — auch kostet das Zuhören 120 DM. Ich verziehe keine Miene und komme mir souverän vor. Sein Vortrag ist langweilig, lauter Selbstverständliches. (In den VDI-Nachrichten wird man später lesen können, daß er für die Ausbreitung von Automation sprach.) Die Bewegung liegt ganz in der einverständigen Weise des Vortragens. Niemand scheint auch mehr zu erwarten. Nur einmal tritt etwas Kämpferisches in seine Worte, wenn er — angesichts der bedrohlichen japanischen Konkurrenz — Marx beschuldigt, er sei im Grunde an der weniger hohen Produktivität schuld, da er den sozialen Unfrieden in unserer Gesellschaft schuf, indem er den Klassengegensatz heraufbeschwor. Im Gegensatz dazu herrsche in Japan die Lehre des Confuzius, wonach jeder so stark sei wie seine Gruppe, sein Land, so daß die japanischen Arbeiter das Letzte aus sich herausholten, um dem Lande insgesamt zu Reichtum zu verhelfen. So kommt die Praxis schließlich noch zur Theorie und umgekehrt.

Dann: Pause. Drei väterlich besorgte, auch ergriffene und fast gerührte Herren eilen zu mir, begleiten mich in den Erfrischungsraum. Ein Stuhl, Kaffee, was möchte ich noch? Natürlich, zwei Kaffee. Sie sprechen begütigend zu mir, abwechselnd, zusammen, ein Chor:

»Also ich fand Ihren Vortrag wunderbar und interessant die Kritik der Ingenieure, die ja zum Teil recht deutlich aus Protest gegangen sind.«

»Ich bin noch ganz ergriffen von Ihrer Authentizität. Sie wirkten so echt und so ehrlich und man merkte, daß es Ihnen wirklich ein Anliegen war.«

»Sie hätten nur mehr Selbstbewußtsein zeigen müssen. Zu schade, daß Sie so be-

scheiden sind. So merkte man nicht genug, daß Sie etwas zu sagen hatten.«

Ich bin verwirrt. Wieso bescheiden? Wo fehlte mir Selbstbewußtsein? Sind meine Schwächen nicht gerade entgegengesetzt? Ich äußere Ähnliches, sage, daß weder Nervosität noch gar Unsicherheit mein eigen seien.

Einer stößt erregt hervor: »Aber Sie sahen aus wie ein kleines Mädchen, das ein Gedicht aufsagen soll. Ihre Stimme war leise und schüchtern. Sie spielten mit Ihrer Kette (meine Hand läßt die Kette fallen) — vergleichen Sie sich doch einmal mit Ihrem Nachredner!«

Ich bin immer noch verwirrt, muß aber einräumen, daß das Auftreten meines Kontrahenten — Panzer auf einer Frühlingswiese — ohnehin nicht zu meinem Selbstideal gehöre.

Der andere platzt heraus: »Aber Sie müssen doch gemerkt haben, was alle dachten?«

Jetzt fange ich an, wirklich auf Schulmädchenformat zu schrumpfen, argwöhne Platttheiten, murmele noch etwas zum Klassenstandpunkt, zur Sprache von Sozialwissenschaften.

»Aber« unterbricht er mich, »Sie müssen doch wissen, daß Ingenieure Frauen nur als Sekretärinnen dulden können. Schon schlimm genug, wenn Sie hier reden. Aber wenn Sie dann noch einen Doktor haben, gar habilitiert sind, denkt doch jeder: das wäre doch gelacht, wenn wir die nicht auf den Rücken legen könnten.«

Man klopf mir auf die Schulter zum Zeichen, daß dieser Gedanke wohl vor seiner Praktizierung bewahrt werden könnte. Ich lächle verkrampft, kann gottlob zurück in den Saal. Ein Lichtblick: der Klassenstandpunkt. Ein Ingenieur, zugleich in der Unternehmensleitung, empört sich. Meine Ausführungen wären unwissenschaftlich. Wo gibt es zum Beispiel menschliche Fähigkeiten? Jeder hat andere. Auch hörte er mich sagen, die Profitspannen seien zu groß und Arbeiter sollten Kontrolle ausüben. Ich bin wieder in meinem Element. Begeistert hole ich Luft zur Entgegnung. Aber — meine Ritter werfen sich zwischen mich und den tobenden Feind. Unter beifälligem allseitigem Applaus wird er zurückgewiesen ob seines Tones und der Form seiner Rede und noch dazu gegenüber einer Frau. — Von da an sind Pausen und Essensgespräche bestimmt durch jene Entgleisung. Wo sowas vorkommt, kann man ja den Dialog aufgeben!

Dialog

Bis hierher könnte es scheinen, als ob die vorherrschenden patriarchalischen Strukturen tatsächlich jede Anhörung und Diskussion verunmöglicht hätten, als ob ich umsonst gefahren und gesprochen hätte. Das ist nicht ganz der Fall. Eigentümlich überlagern sich die verschiedenen Herrschaftsstrukturen, die von Lohnarbeit und Kapital und die patriarchalischen, sie unterstützen sich wechselseitig oder laufen auch scheinbar zusammenhanglos nebeneinander her, selbst gegeneinander. Es ist keinesfalls so, daß die mit den Unternehmern im Standpunkt einigen Ingenieure diejenigen gewesen wären, die mich am wenigsten angehört hätten. Eher im Gegenteil. Daß ich vom Profit gesprochen hatte und von Klassen, entfesselte mit ihnen eine heftige Diskussion, in der sie insbesondere die anthropologische Grundannahme menschlich produktiver Bedürfnisse, das Streben nach Entwicklung und Selbstbestimmung, in Frage stellten und dagegen einen Wunsch nach Anpassung und natürlicher Arbeitsteilung zu setzen versuchten. Umgekehrt kämpften die fortschrittlichen Ingenieure, die dem blinden Wachstumsgehorsam eine Benennung auf menschliche Werte entgegensetzen wollen, mit einer spontanen Sympathie für meine Ausführungen, aus denen sie Ähnliches herauslasen, und mit der Schwierigkeit bei ihrem ritterlichen Schutzgebaren wirklich mit mir zu diskutieren. Jede Kritik schien ihnen zugleich ein Angriff auf meine weibliche Person. Eine allgemeine und heftige Auseinandersetzung entspann sich schließlich um einen Begriff: den der wissenschaftlich-technischen Revolution. Ich hatte ihn selbstverständ-

lich benutzt in der Annahme, daß die mir bekannten politischen Vorbehalte, mit der technischen gleich die gesellschaftliche Revolution einkaufen zu müssen, bei Ingenieuren ungewöhnlich, nicht zu erwarten seien, da sie ja wohl wüßten, daß die Automatisierung technisch und für den Arbeitsprozeß revolutionär, ein Umbruch sei. Daß die Unternehmer-Ingenieure sofort eine Evolution oder einen Wandel oder schlicht Entwicklung an die Stelle des Revolutionsbegriffs setzten, konnte ich schließlich noch nachvollziehen, nachdem ich ihre Identität mit der Unternehmensleitung begriffen hatte. Schwierig und noch unbegriffen ist mir dagegen, daß auch alle diejenigen, die eine alternative Technologie, andere Zielwerte in die technische Entwicklung bringen wollen, gleichwohl auf einer einfachen Fortschreibung technologischer Erfindungen bestehen. Es ist fast so, als ob die Fähigkeit, überhaupt Alternativen zu denken, mit der Notwendigkeit, alles Bisherige zu negieren, zusammenbinge. Veränderung als Umkehr.

Von den vier weiteren Vorträgen dieser Tagung hörte ich noch ein vorzügliches Referat eines Kollegen aus der IG Metall (Hinz), in dem die humanisierenden Effekte der Automatisierung zusammengedacht wurden mit einer Ausweitung gesellschaftlicher Arbeit in: Kultur, Stadtplanung, sozialen Diensten, Forschung und Entwicklung und weiteren Bereichen der Lebensweise. Als der nächste Referent, Professor Altenpohl von der Schweizerischen Aluminium AG, verspätet, sein Flugzeug landete nicht eher, seine kostbaren Worte mit dem Hinweis begann, er käme gerade von seiner 92. Amerikareise zurück, verließ ich vorzeitig die Tagung und rechnete im Hinausgehen seine Reisezeit auf seine Lebenszeit um, weil ich herausfinden wollte, ob ihm für irgendetwas anderes als Reisen noch Zeit geblieben war.

Frigga Haug (Berlin/West)

Kongreßankündigungen

Symposium Psychiatrie und Faschismus, 19.-20. Juni 1981 in Hannover

Ort: Großer Gemeinschaftsraum der Psychiatrischen Klinik der Medizinischen Hochschule, Karl-Wiechert-Allee 9, 3000 Hannover. Veranstalter sind die Psychiatrische Klinik der Medizinischen Hochschule Hannover, die Gesellschaft für Soziale Psychiatrie in der BRD und der Bund demokratischer Wissenschaftler. Referieren werden u.a. K. Dörner, W.F. Haug, F.K. Kaul und B. Müller-Hill.

Interessenten wenden sich bitte frühzeitig an das Büro von Prof. Dr. Erich Wulff, Psychiatrische Klinik, Karl-Wiechert-Allee 9, 3000 Hannover.

Gesundheitstag, 30.9.-4. Oktober 1981 in Hamburg

Der Gesundheitstag 1981 lädt alle zur Teilnahme ein, die an Gesundheitsfragen interessiert und davon betroffen sind: Mitglieder der Gesundheitsberufe ebenso wie Laien und Patienten. Zur Beteiligung sind Gruppen mit folgenden Schwerpunkten aufgerufen: Erfahrungen mit der Öffentlichkeit; Gesundheitspolitische Kräfte; Erfahrungen mit der Arbeit; Gesundheitskämpfe am Arbeitsplatz; Erfahrungen vor Ort; Kommunale Gesundheitsinitiativen; Erfahrungen mit der Umwelt; Soziale Gesundheitsinitiativen; Erfahrungen mit sich und anderen; Selbsthilfe.

Anmeldung bis 1. Juli an: Büro Gesundheitstag 1981, Neubertstr. 24, 2000 Hamburg 76, Tel.: 040/2500795, Mo — Fr, 10 bis 14 Uhr.

Dokumentation

Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung zu den Forschungen des Endokrinologen Prof. Dr. Günter Dörner zum Thema Homosexualität

Seit vielen Jahren untersucht der Endokrinologe Prof. Dr. Günter Dörner, Humboldt-Universität zu Berlin (DDR), die Bedeutung von Sexualhormonen für die vorgeburtliche Entwicklung des menschlichen Gehirns. Seine Resultate faßte er kürzlich folgendermaßen zusammen: »Unphysiologische Hormonspiegel ... während der Gehirndifferenzierung können als 'Teratogene' (Mißbildungsfaktoren) wirken. Sie können zu bleibenden Störungen des Paarungs- bzw. Nichtpaarungsverhaltens führen, die mit fixierten strukturellen Veränderungen in bestimmten Regionen des Gehirns einhergehen.« (Hormones and sexual differentiation of the brain. In: Sex, hormones and behaviour, Ciba Foundation Symposium 62 [new series], Excerpta Medica, Amsterdam/Oxford/New York 1979, S.91) — Hinter diesen abstrakten Formulierungen steht etwas sehr Konkretes: Dörner hat sexuell abweichendes Verhalten, namentlich die Homosexualität des Menschen im Auge. Letztere gilt ihm als pränatale (vorgeburtliche) neuroendokrine Mißbildung, die mit Hormonuntersuchungen während der Schwangerschaft und mit Hormongaben während der Schwangerschaft verhindert werden soll. — Dörner trägt seine Forschungsergebnisse in der ganzen Welt vor, und wir haben ihm als einzelne Wissenschaftler mehrfach widersprochen. Dörners Ziel ist das Ausmerzen der Homosexualität mittels radikaler endokriner Eingriffe während der embryonalen Entwicklung des Menschen. Da wir jetzt Hinweise erhalten haben, Dörner gehe dazu über, seine Vorstellungen in die Tat umzusetzen, und da sich unkritische Berichte über seine Forschungsergebnisse in der Presse häufen, informieren wir als Vereinigung von Wissenschaftlern und als fachlich zuständige Universitätsabteilungen die Öffentlichkeit, wie wir es auch bei den stereotaktischen Hirneingriffen an Menschen mit abweichendem Sexualverhalten getan haben. Daß diese wissenschaftlich begründet seien, haben sich die westdeutschen Operateure übrigens im wesentlichen von Dörner sagen lassen. Beide, diese psychochirurgischen Operationen und diese hormonellen Eingriffe, versuchen, ungewöhnliche sexuelle Verhaltensweisen zu eliminieren. (...) (Es folgt eine detaillierte Auseinandersetzung mit vier Beobachtungen, auf die Dörner seine Annahmen stützt: Tierexperimente, Positives Östrogen-Feedback, Hormonspiegel bei männlichen und weiblichen Homosexuellen, Homosexualität und Streß.) — Demgegenüber ist an die elementaren Sätze einer Theorie der Homosexualität zu erinnern: »Homosexualität« ist zuerst einmal eine anthropologische Kategorie. Als solche bezeichnet sie eine in der menschlichen Anlage bereitliegende Verhaltensmöglichkeit. »Homosexualität« verweist demnach auf alle Menschen, nicht nur auf manifest homosexuelle. — Die manifeste Homosexualität wiederum ist als eine Persönlichkeitsstruktur zu betrachten und nicht als ein Symptom einer Person oder einer Krankheit. Deshalb auch kann sie nicht beseitigt werden, ohne ein Individuum als gesamte Person in Gefahr zu bringen. Wie bei der Heterosexualität, so kann es auch beim Aufbau der Homosexualität zu Konflikten kommen, denen Krankheitswert zugeschrieben werden muß. Zu derartigen Störungen kommt es besonders häufig während des sogenannten homosexuellen Coming out, also in jener Phase, in der die Homosexualität sowohl in die eigene Person als auch in die gesellschaftliche Wirklichkeit integriert werden muß. Gelingt dies nicht oder nur sehr unzureichend, kann es zu Problemen kommen, die manchmal einer Behandlung bedürfen. Die dann einzig angemessene Behandlung ist eine Psychotherapie, welche die gesamte Person im Blick hat und nicht in Versuchung kommt, Homosexuelles wegmachen zu wollen. — Diese theoretische Differenzierung und das aus ihr folgende Bild vom homosexuellen Menschen bewahrt vor einer medizinischen oder psychologischen Praxis, die psychisch aversiv, hirneirurgisch oder pränatal hormonell der Homosexualität zu Leibe rücken möchte. Unterbleibt eine solche Differenzierung wie bei Dörner, befinden sich Motiv und Zweck der ätiologischen Forschung in Übereinstimmung mit der geläufigen Diskriminierung der Homosexuellen in der Gesellschaft. Sie zielt auf ein Verhindern homosexueller Entwicklung mittels einer endokrinologischen Prophylaxe ab. Das und nichts anderes ist das »erkenntnisleitende« Interesse der Dörnerschen Untersuchungen, die ganz offen mit der Möglichkeit einer endokrinologischen Euthanasie der Homosexualität spielen.

Frankfurt am Main/Hamburg, im Januar 1981 — gez. Prof. Dr. med. Volkmar Sigusch (1. Vors. der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung und Leiter der Abteilung für Sexualwissenschaft des Klinikums der Universität Frankfurt am Main); Prof. Dr. med. Eberhard Schorsch (2. Vors. der Gesellschaft und Leiter der Abteilung für Sexualforschung der Psychiatrischen Klinik der Universität Hamburg); Dr. phil. Martin Dannecker (Sekretär der Gesellschaft); Prof. Dr. phil. Gunter Schmidt (ehem. 1. Vors. der Gesellschaft).

Rezensionsarbeit

Eisler im Exil, zweite Fassung

Wer seine Auffassung ändert, gerät unter Verdacht. Und das ist gut so, zumal im Wissenschaftsbetrieb. Denn darin wird die Erfahrung verarbeitet, daß Geld und Macht ihre Argumente, die sie nach Bedarf wechseln, von unsereins sich ausdenken lassen. Nur der scheint seriös zu sein, d. h. unbestechlich, der an seinen Ansichten unbeirrbar festhält. Aber was, wenn sie falsch sind? Kein Satz von Interesse in dieser Zeitschrift, der nicht einen anderen, den wir auch gedruckt haben, umzustoßen versucht. So ergibt jeder Positionswechsel ein Vexierbild, und auf den ersten Blick ist nicht zu entscheiden, ob jemand die Fahne nach dem Wind gehängt oder sich durchgezweifelt hat. Die Konkurrenz, immer auf dem Sprung, wartet auf solche Gelegenheiten. Wer wird sich eine Blöße geben wollen? Wieviele Sätze, leicht hingeschrieben, die als Ergebnis ernsthafter Arbeit verteidigt wurden: um nicht das Gesicht zu verlieren. Um da herauszukommen, braucht ein wissenschaftlicher Diskussionszusammenhang Formen, in denen die Revision eigener Auffassungen zu etwas Gewöhnlichem werden kann. Wir stellen einen harmlosen Vorgang deshalb als ungewöhnlich heraus.

Das nachfolgend rezensierte Buch ist schon einmal und von derselben Autorin besprochen worden (Argument 123, S. 756f.). In den Wirrnissen, die sich bei der Unzahl von Besprechungen manchmal einstellen — in unserer Rezensions-Kartei sind mehrere tausend Bücher — gelangte die erste Fassung in zwei verschiedene Kommissionen. Von der einen wurde sie für druckreif erklärt und dann abgedruckt; von der anderen wurde an die Rezensentin die Bitte herangetragen, das Buch noch einmal kritisch zu prüfen. Denn uns schien, daß in dem Buch — dem Referat zufolge — die ästhetischen Auffassungen Eislers auf das Politische reduziert werden und daß dieser Gesichtspunkt in der Besprechung noch gar nicht beachtet worden war. Die Rezensentin bedankte sich für den Hinweis und schickte uns eine zweite Fassung, worin sie genau dieser Frage nachgeht. Gleichzeitig erschien die erste Fassung gedruckt. Wir standen vor der Alternative, die unseres Erachtens sehr viel bessere Überarbeitung in den Papierkorb zu werfen — niemandem wäre etwas aufgefallen — oder aber ein Stück Rezensionsarbeit, das für die Leser normalerweise im Dunkeln liegt, ins Licht zu stellen. (Die Red.)

Schebera, Jürgen: Hanns Eisler im USA-Exil. Zu den politischen, ästhetischen und kompositorischen Positionen des Komponisten 1938 bis 1948

Im Unterschied zum literarischen Exil, dem inzwischen umfangreiche Untersuchungen gewidmet wurden, ist das musikalische Exil bisher relativ unbeachtet geblieben. Diese Forschungslücke bot Musikwissenschaftlern divergierender politischer Richtungen Gelegenheit, den Komponisten für sich zu vereinnahmen, sei es, daß die Reflexion auf die Zwölfertonmusik im Exil als »wehmütige Rückbesinnung und 'Heimkehr' zum Lehrer Schönberg« (107) und damit zur bürgerlichen Konzeption der Unvereinbarkeit von Musik und Politik gedeutet wird (siehe dazu auch AS 5, 12-28), sei es, daß die im Exil erarbeiteten ästhetischen Positionen als Verrat an der »einzigen revolutionären Periode« (8) der Kampflieder gelten. Den in beiden Ansätzen auftretenden Widerspruch zwischen Musik und Politik sucht Schebera aufzulösen, indem er die im »amerikanischen Jahrzehnt« (9) sich herausbildende theoretische und praktische »Einheit von politisch-weltanschaulicher und ästhetisch-kompositorischer Position« (8) Eislers untersucht.

Die ersten drei Kapitel des Buches, die die »Bedeutung des Exils für die Entwicklung einer sozialistischen deutschen Kultur« (11), die Lebensmöglichkeiten von Musikern im »Exilland USA« (20) und »Leben und Werk Eislers in den USA von 1935-1948« (42) thematisieren, überschneiden sich zum großen Teil mit den entsprechenden, ebenfalls von

Schebera verfaßten Artikeln aus dem Sammelband »Exil in den USA« (Rezension in *Das Argument* 123, 754-756). Die verbleibenden 35 Seiten des Buches sind nochmals aufgeteilt in 2 Kapitel, die die ästhetischen und kompositorischen Positionen Eislers getrennt behandeln. Abgesehen von der methodischen Unsinnigkeit dieser Trennung, die auf ein Zerreißen von Theorie und Praxis hinausläuft, bedingt sie auch zahlreiche Wiederholungen und Querverweise, da ja auch im biographischen Teil bereits Schriften und Kompositionen Eislers erwähnt wurden.

Haupttendenzen der Ästhetik Eislers im Exil sieht der Autor in der Erweiterung des agitatorischen Kampfliedstils durch die emotionale Seite des Volkslieds, die schließlich in den »Neuen Deutschen Volksliedern« (1950) mündet. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Frage nach der Bedeutung avancierter bürgerlicher Kompositionstechniken für eine proletarische Musik. Die oft bemühte »Dialektik der Musik« (110) scheint sich für den Verfasser allerdings darauf zu reduzieren, daß die neuen Formen für die Aufklärung des Bewußtseins der Arbeiterklasse nutzbar gemacht werden können. Die spezifische Organisation ästhetischen Materials, die brechtsche Frage nach den »Haltungen« und »Gesten«, die es beinhaltet, bleibt so unbeantwortet, obwohl gerade an diesem Punkt die bis heute reichende Brisanz der eislerschen Musiktheorie hervorzuheben gewesen wäre. Auch der Absatz über das zunächst mit Adorno gemeinsam verfaßte Buch »Composing for the Films« (1944) weist nur auf die Hervorhebung des politischen Standpunktes und des Adressatenbezuges hin, behandelt aber nur oberflächlich die Problematik der Verbindung mehrerer Medien und der neuen dramaturgischen Funktion der Musik im Film. Schebera weist in diesem Zusammenhang auf einen von ihm verfaßten Aufsatz zur Bühnenmusik hin, die sich jedoch m.E. von der Filmmusik unterscheidet. Die nur 1 1/2 Seiten einnehmenden Beispiele aus der Musik zu Fritz Langs 1941 entstandenen Film »Hangmen also Die« weisen sehr deutlich auf das verkürzte Verständnis des Zusammenhangs zwischen Ästhetik und Politik hin: der Bestandsaufnahme des musikalischen Materials folgt sofort das erstrebte politische Bildungsziel, »Musik zu sein für eine befreite Hörschaft im nachfaschistischen neuen Deutschland« (137). Ebenso deutlich ist der Kurzschluß von Musik auf Politik in der Analyse einiger zwischen 1938 und 1947 entstandener Werke, der »Deutschen Sinfonie« und der Lieder »Spruch 1939«, »In Sturmesnacht« und »Hollywood-Elegien«. Sie beschränkt sich jeweils auf eine summarische Darstellung der Texte und der verwendeten musikalischen Formen. Die ständig wiederholte Behauptung, bestimmte Rhythmen oder Tonarten erzielen »echte und große Volkstümlichkeit auf eine durchaus neue Weise« (134), vermag nicht zu überzeugen. Die durchweg an die Kulturpolitiker der DDR gerichtete Aufforderung, das Instrumentalwerk von Eisler stärker zu berücksichtigen, wird durch diese klischeehaften Einschätzungen von Eislers politischer Intention durchaus nicht unterstützt.

Claudia Albert (Berlin/West)

Besprechungen

Philosophie

Koselleck, Reinhart: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1979 (389 S., br., 36,— DM).

Der Band versammelt 14 zwischen 1965 und 1977 in germanistischen und geschichtswissenschaftlichen Publikationen erschienene Aufsätze, deren gemeinsamer Nenner die Behandlung von Zeiterfahrungen ist. Die wesentlichen Erkenntnisse hätten durchaus auf einem Drittel der Seiten konzentriert werden können, da der Autor, betrachte er nun »Historische Kriterien des neuzeitlichen Revolutionsbegriffs« (67), die »Vergangene Zukunft der frühen Neuzeit« (17) oder die »Semantik moderner Bewegungsbegriffe« (300), doch immer wieder zum gleichen Ergebnis kommt: die Französische Revolution bildet in der Geschichte menschlicher Zeiterfahrungen insofern einen Schnittpunkt, als »Geschichte« als Addition von erlebten oder erzählten Ereignissen (»Geschichten«) sich wandelt in einen Reflexionsbegriff, der sowohl die Ereignisse als auch deren je verschiedene Deutung umfaßt. Die Selbstdarstellung der Revolution als neue Zeit gegenüber Altertum und Mittelalter verbindet sich mit dem Eindruck der stetigen Beschleunigung der Ereignisse, die sich in Schlagworten wie »Fortschritt« oder »Emanzipation« niederschlägt. Neu aufkommende Begriffe, bzw. die Umdeutung alter wie z.B. »Revolution« formulieren eine bestimmte Interpretation geschichtlicher Abläufe und greifen so den realen Ereignissen vor. Daher bilden diese »Bewegungsbegriffe« »ein untrügliches Kriterium dieser Neuzeit (...) als Indikatoren des sozialen und politischen Wandels und als sprachliche Faktoren der Bewußtseinsbildung der Ideologiekritik und der Verhaltenssteuerung« (348). Gerade der politische und soziale Wandel — und erst recht der ökonomische — verflüchtigt sich bei Kosellecks »strukturgeschichtlicher« Methode zusehends: das jeweils den Ausgangspunkt der Aufsätze bildende konkrete Ereignis dient nur als Beleg für die danach in vielfältigen Variationen ausgeführten Thesen zum Wandel der Zeiterfahrungen im 18. und beginnenden 19. Jh. Die allgegenwärtige »Beschleunigung der historischen Zeiterfahrung« vereint als metaphysische Wesenheit Kant, Hegel und Marx unter dem Signum des »Bewegungsbegriffs Revolution«. Der Marxismus setze sich allerdings eine »globale und nur im Unendlichen erreichbare Erfüllbarkeit als geschichtliches Ziel« (85), die im Begriff der »Permanenzklärung der Revolution« (82) im Sozialismus kulminiere, denn darin sei bereits die »stillschweigende Prämisse (enthalten), daß sich diese Revolution niemals einholen läßt.« (82) Bei einem solcherart idealistisch verabsolutierten Revolutionsbegriff nimmt es nicht wunder, daß auch die »Weltrevolution« zu einer »Blindformel verblaßt (ist), die von den unterschiedlichsten Programmen der verschiedensten Ländergruppen pragmatisch besetzt und strapaziert werden kann.« (85f.) Nicht etwa die realen Macht- und Herrschaftsverhältnisse, sondern »Worte und ihr Gebrauch (seien) für die Politik wichtiger als alle anderen Waffen.« (86)

Obwohl Koselleck sich vornimmt, auf »sozialhistorisch gesättigte Fragen« (11) nur am Rande einzugehen, behandelt er unter dem Titel »Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte« (107) auch die Nutzbarkeit seiner Methode für sozialgeschichtliche Forschung. Die in einer Äußerung von Hardenberg vorkommenden Begriffe »Klasse«, »Stand« und »Staatsbürger« werden auf ihren Bezug zur Zeit untersucht; dieser erscheint als »planerische Zukunftskomponente« (111), Rekurs auf die Vergangenheit und »gegenwartsbezogene(n), polemische(n) Pointe« (111). Fazit: »Damit werden soziale Zustände (...) und ihr Wandel bereits thematisiert.« (112) Begriffsgeschichte wird so zu einem eigenen Forschungsgebiet, das den Sprachgebrauch im Verständnis der jeweiligen Epoche aufschlüsselt und »methodisch zunächst von den außersprachlichen In-

halten — als Eigenbereich der Sozialhistorie — ahsehen muß.« (117) Gerade die sich »gegenseitig stimulierende Spannung« (!) (115) beider Bereiche wird so zugunsten einer in sich selbst kreisenden formalen Begriffsgeschichte geopfert.

Der einzige aus dem hier skizzierten Rahmen fallende Artikel beschäftigt sich unter dem Titel »Terror und Traum« (278) mit Zeiterfahrungen im 3. Reich und deren psychischer Verarbeitung in Träumen von KZ-Häftlingen. Gerade bei einem solchen Thema, das sich gegen eine vorschnelle begriffliche Vereinnahmung sperrt, wird deutlich, daß Kosellecks Modell der historischen Zeiterfahrung formal bleibt. So dominiert in diesem Teil die Frage, inwieweit sich solche Zeugnisse als geschichtliche Quellen interpretieren lassen. Der Band regt insgesamt entschieden zum Widerspruch an, der durch das in Anmerkungen und bibliographischen Angaben sorgfältig erschlossene Material sehr gefördert wird.

Claudia Albert (Berlin/West)

Kittsteiner, Heinz Dieter: Naturabsicht und Unsichtbare Hand. Zur Kritik des geschichtsphilosophischen Denkens. Ullstein Verlag, Frankfurt/M./Berlin/Wien 1980 (295 S., br., 16,80).

Kittsteiners Studie, eine erweiterte und umgearbeitete Fassung seiner Westberliner Dissertation, diskutiert in drei Kapiteln auf breitem Text hintergrund die gleichzeitigen, grosso modo unter die Rubrik Geschichtsphilosophie zu bringenden Denkbemühungen der englischen politischen Ökonomie wie des deutschen Idealismus in seiner ethisch-praktischen Gestalt. Der Marxschen entwickelten politischen Ökonomie (im »Kapital« und den Studien über den Mehrwert) diktiert Kittsteiner die Rolle zu, am historischen Ende dieser Bewegungen stehend, deren Entmystifizierung eingeleitet zu haben. — Unter den Leitmotiven von Kants Terminus einer »Naturabsicht« und Adam Smith' Konzept einer »unsichtbaren Hand« entwickelt Kittsteiners wissenschaftsgeschichtliche Untersuchung die spezifischen Prämissen der verschiedenen wissenschaftlichen Diskurse — hier Geschichts- bzw. Rechtsphilosophie, dort politische Ökonomie — und ihre daraus ableitbaren, völlig anderslautenden Konsequenzen. Mit R. Kosellecks Kategorien vom »Erwartungshorizont« und »Erfahrungsraum«, die auf gelungene Weise materialistisch präzisiert werden, sucht der Verfasser aus dem beschleunigten Transformationsprozeß des Feudalismus in den Kapitalismus ebenso die Entstehung der neuen Wissenschaft in England wie aus der sichtlichen Zurückgebliebenheit Ostpreußens die Befangenheit praktischer Philosophie in den Relikten alter Naturrechtstheoreme zu erklären. Während die politische Ökonomie aber bei ihrem Weg der Erforschung treibender Gesetzmäßigkeiten in der bürgerlichen Gesellschaft allmählich zu der Erkenntnis gelangt, daß die Erwartungshorizonte, die ihre eigene Geburt als Wissenschaft begleitet hatten und noch in moralphilosophischer Absicht formuliert waren, an den Widersprüchen eben dieser Gesellschaft scheitern mußten, verfügt die klassische deutsche Geschichtsphilosophie über kein wirkliches Wissen von der bürgerlichen Gesellschaft (vgl. 189). In Unkenntnis eines »prime Mover« der Gesellschaft und in stertigem Beharren auf Kategorien wie Recht und Freiheit steht sie sich selbst im Wege, »das in seinem ganzen Umfang zu begreifen, was ihre Anwendung selbst ins Werk setzen hilft« (207). Sie versucht Unvereinbares zu vereinen. »Sie konstatiert einen unent-rinnbaren 'Fortschritt', fängt ihn aber zugleich in einer teleologischen Konstruktion auf, um ihm ihre moral- und rechtsphilosophischen Ziele zu vindizieren« (212). Damit beschreibt sie einen Prozeß, der — deutlich bei Kant — mit einem Interim nicht mach- und planbarer Geschichte (»Naturabsicht«) anhebt, um vertrauend auf die »innere Gewißheit einer intelligiblen Freiheit« (219) mit moralisch verbesserten Menschen dann das Ganze der Gesellschaft organisieren zu können. Zu Recht muß der historische Materialist Kittsteiner (vgl. Anmerkung 2 zum 1. Kapitel, 226) die Konzepte des deutschen Idealismus, die letztendlich Realgeschichte immer im Modus von Bewußtseinsge-

schichte begreifen und in eine noch unentwickelte historische Formation Illusionen einer idealen, das Recht verwaltenden bürgerlichen Gesellschaft verpacken, kritisieren (vgl. 216). Warum man aber »noch weitere Stufen der 'Entmystifizierung' über die Marx'schen« (221) hinaus und damit über die Annahme eines Waltens der Vernunft in der Geschichte, die Marx im Kommunismus als der wirklichen Bewegung und als des Ziels der bisherigen Geschichte ja bereits in Bewegung sah (vgl. z.B. MEW Bd. 3. S.70 sowie Ergänzungsbd. 1, S.546), zu leisten hat, ist dem Rezensenten ein Rätsel. — Wenn das, was Kittsteiner uns offensichtlich als Ideal einer völlig entmystifizierten Geschichte anpreist, alles ist, dann können wir uns platonisierend — wissend, daß wir nichts wissen — und völlig ruhigen Gewissens aus dem Treiben dieser Welt zurückziehen, Abstinenz üben und mit feiner Ironie die ewigen Weltverbesserer betrachten. Zu dieser polemischen Anmerkung veranlaßt Kittsteiners Schlußbemerkung, daß es an der Zeit ist, Geschichte illusionslos als das, was ist, zu begreifen; »als ein fremder Prozeß, der in das individuelle Leben einschneidet, der nicht zum allegorischen Ausdruck eines geheimen Sinnes gemacht werden kann und der nicht Bündnispartner für irgend jemanden ist« (221).

Werner Jung (Aachen)

Autorenkollektiv: Ästhetik heute. Dietz Verlag, Berlin/DDR 1978

(532 S., Ln., 15,50 M).

»Ästhetik heute« stellt einen »konzeptionellen Neuansatz« (7) vor, der den Gegenstand der Ästhetik weiter faßt als die traditionelle bürgerliche Ästhetik und die real oft selbstbeschränkte marxistisch-leninistische Ästhetik (176). Besonders kann fortan nicht mehr die Kunst als höhere oder gar höchste Form ästhetischer Produktion und Aneignung fungieren, vielmehr muß das Verhältnis von Ästhetischem und Künstlerischem neu bestimmt werden (181f.). Der »allgemeinste Zusammenhang des 'ästhetischen Verhältnisses'« ist eine spezifische »Subjekt-Objekt-Relation, in der — vor allem da, wo dieses Verhältnis produktiv wird, sonst mittelbar — 'ästhetische Aneignung' sich vollzieht, das heißt, wo etwas bewußt wird, etwas genossen wird, was in anderen Subjekt-Objekt-Relationen nicht bewußt, nicht zum Genuß wird« (187). Dabei kommt es darauf an, »das ästhetische Verhältnis als spezifisches, historisch gewordenes Widerspruchsverhältnis aus der objektiven Notwendigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung herauszuarbeiten« (191). Demnach ist »das ästhetische Verhältnis ... ein aktiv-wertendes, direkt (indirekt) konstitutiv sinnliches, von der Dominanz unmittelbaren, instrumentellen Gebrauchs relativ freies Verhältnis der Individuen zu Gegenständen und Ereignissen, zu sich und zueinander, also zur signifikanten Gestalt von Objekten der intersubjektiven Lebenstätigkeit — beurteilt nach ihrem historisch bedingten, am Ideal orientierten und bemessenen, sozial bedeutsamen Gestaltwert (Erlebnisgehalt als Einheit von Ausdrucks- und Eigenwert)« (232).

Diese begrifflichen Vorschläge sind sicher nützlich, um unsere teilweise abgebrochenen Überlegungen wieder aufzugreifen und weiterzuführen. Insbesondere gemeint sind die Bereiche visuelle Kommunikation, Waren- und Produktionsästhetik sowie Alltagsästhetik. Die realen Prozesse müssen begrifflich durchdrungen werden und nicht im Stadium soziologischer Befunde sozusagen halbtheoretisch liegen bleiben. Der vorliegende Ansatz bietet uns Möglichkeiten, auch einige Fragen präziser zu stellen: Wie entwickeln sich die Wertmaßstäbe der arbeitenden Bevölkerung? Welches sind die spezifischen klassenbestimmten Momente ihrer Wertung? In welchem Verhältnis stehen sie zur Realität der Arbeitenden als schöpferische Subjekte? Wie bilden sich ästhetische Ideale, besonders bezogen auf Ereignisse wie solidarische Aktionen heraus? Oder mehr nach den gegenständlichen Bedingungen der Arbeit bzw. der Reproduktion gefragt: Wodurch wird ein sozial bedeutsamer Gestaltwert bestimmt? Es zeichnet sich ab, daß die obige Definition, die ein reales Verhältnis umfaßt, eine ganze Reihe von Untersu-

chungen und Ergebnissen zusammenführt und sowohl gestalterisch als auch politisch wirksam machen könnte.

Die grundlegenden Ausführungen zur Subjekt-Objekt-Dialektik sind auch geeignet, um die Frage der Entwicklung von Elementen einer zweiten Kultur in der BRD zu untersuchen. Sie vermeiden den Fehler, diese zweite Kultur etwa nur im Bereich der bildenden Kunst und Literatur zu suchen. Spätestens die politisch durchaus wirksamen Appelle von »Lebensqualität« und »Humanisierung der Arbeit« müssen deutlich gemacht haben, daß kulturelle Momente — und darin eingebunden ästhetische Beziehungen — auch mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse weiterwachsen und neue Bereiche erschließen. Unsere Wirklichkeit verbietet die Reduktion auf Kunst, auch den Bezug auf sie als Maßgebend.

Einige kritische Anmerkungen: 1. Problematisch erscheint die Definition des ästhetischen Verhältnisses als ein »von der Dominanz unmittelbaren, instrumentellen Gebrauchs relativ freies Verhältnis«, weil instrumentell eine Differenz im Gebrauchswert aufzubrechen versucht und eigenartigerweise die Realisierung des Notwendigen aus dem ästhetischen Verhältnis hinauskatapultiert. Polemisch gewendet: Die entfaltetste Form des ästhetischen Verhältnisses würde der Luxus(konsum) bieten. Das kann nicht gemeint sein. 2. Zum Umgang mit der Definition durch die Autoren: Ihre eigene Einschränkung, wonach »Organempfindungen« (253), etwa »Geschmackssinn« (254) und »Geruchssinn« (255) »bedeutungslos in der ästhetischen Aneignung« (255) seien, ist willkürlich. 3. Die Versuche, signifikante Gestalt zu präzisieren, führen in der Entfaltung der Definition zum Begriff Gestaltwert, der »als spezifisches gesellschaftliches Verhältnis und nicht als Dingeigenschaft« (282/83) zu verstehen ist. Er scheint mir bedenkenswert und brauchbar. Allerdings ist mir seine behauptete dialektische Widerspruchsbeziehung zum Gebrauchswert (197) nicht einsichtig geworden. Ich habe den Verdacht, daß die Autoren die Möglichkeiten ihres Begriffs nicht voll genutzt haben: Die Beispiele, Gestaltwert zu illustrieren, sind meist so gewählt, daß kaum menschliche Beziehungen im ästhetischen Verhältnis und der ästhetischen Wertung bedeutsam werden, sondern meist — Dingeigenschaften. Der Verdacht wird verstärkt insbesondere durch den Begriff »Gestaltprägnanz« (255), der Kriterium des Gestaltwerts sei.

Eine Frage an die Autoren: Mir scheint, daß ihre vorgestellten ästhetischen Verhältnisse sich hauptsächlich dort abspielen, entwickeln, entwickeln, wo sich im Rahmen der individuellen Konsumtion die Gesellschaftsmitglieder ihr Teil am gesellschaftlichen Produkt aneignen. Zu wenig Beispiele und Fragerichtungen liegen nach der Seite der Produktion hin, zu sehr wird die Genese des Ästhetischen auf ein Wertungsproblem zurückgenommen, tendenziell zu sehr auf Rezeption, nicht auf Produktion gerichtet. Das könnte mit an dem großen Interesse der Autoren an der historischen Entwicklung namentlich der bürgerlichen Ästhetik liegen. Die Versuche des Erbens und des Nachweises, daß die »klassische Ästhetik in die marxistische« (384) eingegangen sei, sind mir zu vereinnahmend. Das bindet sie stark an die Kunst. Zu wenig wird die Negation untersucht, die erst eine wirkliche Aufhebung ermöglicht. Da die Entwicklung der Arbeit als Grundlage nicht immer herangezogen wird, entfallen die Produktivkräfte aus dem Blick und gerade auch die entfaltenen Möglichkeiten und Bedürfnisse der Arbeiterklasse. Sie erscheint zu oft als Marx-Zitat, nicht als wirkliches Subjekt. So entstehen bei der Darstellung der Vorzüge sozialistischer Produktionsverhältnisse eigenartige Beziehungen zur vorhergegangenen Gesellschaftsformation: Der Kapitalismus wird nur als Moment des Überwundenen betrachtet, weder erscheint die Arbeiterklasse als Überwinderin, noch werden erworbene kulturelle Fähigkeiten und Eigenarten der Arbeiterschaft untersucht, die auch im Sozialismus wirken. Die politische Kontinuität der Arbeiterbewegung ist aber auch Basis für kulturelle und ästhetische Kontinuität. Dies mit zu bedenken, heißt keinesfalls, nationalistischen Positionen Raum zu verschaffen.

Mit dem 11. Kapitel scheint mir eine neue Qualität der Untersuchung zu beginnen. Da wird zunächst die reale Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung und der Arbeit untersucht. Zentraler Inhalt ist die Vergesellschaftung der Individuen und der Arbeit. Bürgerlich beklagt als Vermassungsprozeß wird er demgegenüber festgehalten als Prozeß der Universalisierung menschlicher Beziehungen. Folgerichtig erscheint eine, der Vergesellschaftung der Arbeit Rechnung tragende »nicht mehr vorindustrielle Ästhetik« (387) nötig, eine. »die ihren Begriff ästhetischer Aneignung nicht mehr aus einem vorindustriellen Modell bezieht, sondern von der historisch-materialistischen Erkenntnis ausgeht, daß vergesellschaftete Produktion auch ihre eigenen Formen ästhetischer Produktion und Konsumtion hervorbringt« (412). Die Entwicklung der Arbeit war der Bezug für wichtige Kunstdiskussion und -entwicklung in den zwanziger Jahren, etwa für Artow, Benjamin und Brecht. Ebenso bedeutsam war sie in der Architektur, im Städtebau und in der Industrieformgestaltung. — Ein Bruch taucht gegenüber dem bisherigen Gebrauch von »ästhetischem Verhältnis« auf: War bisher die ästhetische Beziehung zwar eingebunden in den Gebrauch, aber ein »relativ freies Verhältnis«, frei von der unmittelbaren Notdurft, so wird jetzt richtigerweise die enge Bindung ästhetischer Möglichkeit an die Notdurft Grundlage von deren Entwicklung. Erst so scheint der Gebrauch dann auch wirklich aufs ästhetische Verhältnis bezogen; ästhetische Beziehung erscheint jetzt umfassend, »bestimmt durch den gesamten Reproduktionsprozeß in seiner Aufeinanderfolge von Produktion, Distribution, Zirkulation und Konsumtion« (436). Daß im Buch statt ästhetischer Verhältnisse »Rezeptionsmodell für Gebrauchsgegenstände industrieller Art« (436) steht, verweist auf die noch nicht konsequent von der Kunstvorstellung gelöste Begrifflichkeit. Unverständlich ist mir, wieso bei der Untersuchung der ästhetischen Normen, die Auskunft »über die Modifikationen des allgemeinen Rezeptionsschemas« (438) geben sollen. Sammeltassen, Kosmetik und Pflegemittel als Beispiele fungieren. — Einsichtiger wird es, wenn auf den realen Gebrauch zugesteuert wird. »Ästhetischer Genuß stellt sich vermittelter her, bedarf einer außerästhetischen Basis. Grundlage für ihn wird eine Beziehung zwischen Konsument und Ding, die sich im zeit- und kraftsparenden Zusammenspiel von physischem und geistigem Vermögen auf der subjektiven Seite und den stofflichen und energetischen Qualitäten auf der objektiven Seite herstellt. Kriterium für die Möglichkeit ästhetischen Genusses wird die rationelle Beherrschbarkeit von Dingen und Prozessen, zu Bestätigung von Subjektivität« (438). Die zusammenfassende Definition ist ungenauer als die ausgeführte Untersuchung, sie neigt mehr zur Welt »unter der Form des Objekts oder der Anschauung, nicht aber als sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis« (Marx, 1. Feuerbach-These). Erst ihr Funktionalismusbegriff hebt die einzelnen Bestimmungsmomente wirklich auf: »Der vielgeschmähte, historisch immer wieder totesagte Funktionalismus verweist auf das Zentrum und auf das Ziel des Produzierens, auf die Konsumtion. Erst hier erhält Produktion ihren Sinn, wird Gebrauchswert durch das Funktionieren des Gegenstandes realisiert ... 'Funktion' ist im Sinne des Funktionalismus tatsächliche Handhabung ... Funktionalismus reduziert also nicht ästhetischen Genuß, sondern integriert ihn der Tätigkeit und nicht lediglich der Anschauung« (451). Von einer solch entwickelten Bestimmung des Funktionalismus her können dann auch verschiedene Schwerpunkte »ästhetisch Formierender« (446) unterschieden werden, etwa Konstruktivismus und Technizismus. Im Unterschiede zum Funktionalismus fehlt »'konstruktivistischen' und 'technizistischen' Gebilden eine programmatisch angelegte Orientierung auf den Gebrauch in der Konsumtion, wie sie dem Funktionalismus eigen ist. Die rigorose und rücksichtslose Orientierung auf konstruktive und technische Herstellungsbedingungen birgt die Gefahr eingeschränkten Gebrauchs: technische und konstruktive Gesetze sind ärmer als die realen Gebrauchsbedingungen des biologisch wie sozial determinierten Menschen« (447). Diese begriffliche Bestimmung ist nicht al-

lein Aussage über Wirklichkeit, sie taugt auch zur orientierten Tätigkeit. Was auch heute praktisch zu beweisen wäre.
Chup Friemert (Hamburg)

Sauerland, Karol: Einführung in die Ästhetik Adornos. Verlag Walter de Gruyter, Berlin/New York 1979 (172 S., br., 28,— DM)

Daß das Interesse an der Ästhetik erlahmt gewesen sei, sei nicht nur Schuld der Disziplin, sondern auch des Gegenstands. heißt es in Adornos »Früher Einleitung« zur »Ästhetischen Theorie«; deren erster Satz lautet: »Vom Begriff der philosophischen Ästhetik geht ein Ausdruck des Veralteten aus.« Diese Erkenntnis hat Adorno jedoch nicht gehindert, sondern gerade veranlaßt, die »Nötigung zur Ästhetik« zu begründen und sie (mit einem glücklichen Ausdruck Scheibles, in Rekurs auf die Bestimmung der Kunst als »Statthalter«) in Blick auf die Moderne als »Statthalter des Statthalters« zu konstituieren — eine Aufgabe, aus der sich für Adorno jedoch die Notwendigkeit einer spezifischen Organisation des Materials ergab; als Montage, deren »Konstellation, nicht die Folge« die Idee ergeben müsse (ÄT 541).

Im ersten Teil des Bandes (weitestgehend identisch mit dem früheren »Adornos Ästhetik des Nichtidentischen«, Warschau 1975) analysiert Sauerland das Verhältnis von Kunstwerk und Gesellschaft bei Adorno (Wahrheitsgehalt/Erkenntnischarakter) und unterstreicht zu Recht dessen Auffassung vom »Rätselcharakter« der Kunst, die die Funktion »mittelbarer Erkenntnis der Negativität der Welt« besitze (11). Allerdings greift der Wahrheitsgehalt bei Adorno wesentlich weiter, als das bei Sauerland zum Ausdruck kommt. Wenn man Adornos ästhetisches Verfahren auf die Formel bringen kann, es gehe darum, im Nachvollzug der Form unter dem Aspekt ihres Produziertseins das Gegenbild zur schlechten Realität zu zeigen, dann ist der Wahrheitsgehalt nicht nur wesentlicher Bestandteil in der Bestimmung des Künstlerischen, sondern auch unbedingte Voraussetzung des Erkenntnischarakters von Kunst. Das erste findet sich am prägnantesten in den Paralipomena formuliert, wenn es heißt: »Kunst geht auf Wahrheit, ist sie nicht unmittelbar; insofern ist Wahrheit ihr Gehalt« (ÄT, 419); das zweite in der »Einleitung in die Musiksoziologie« (dort 229): »Im Wahrheitsgehalt, oder in dessen Abwesenheit, fallen ästhetische und soziale Kritik zusammen.« Es ist aufschlußreich, daß in der »Musiksoziologie« Adorno auch mit dem möglichen Fehlen von Wahrheitsgehalt rechnet; doch stellt diese Alternative allemal neue Probleme: ist er vorhanden, stellt sich das Problem der Vermittlung; ist er abwesend, die Frage nach den Kriterien, dies zu erkennen (und damit nach dem Charakter affirmativer Kunst).

Über die Analyse des Begriffs der »apparitions«, die er als Gegenbegriff zu Benjamins Konzept des Verfalls der Aura versteht (54ff.), gelangt Sauerland zur Untersuchung des auch utopischen Gehalts der Adornoschen Ästhetik (etwa, wenn dieser vom »jähren Aufblitzen des Nichtseiendem im Kunstwerk« spricht, dem zweifellos stärksten Teil des Buches (58ff.)). Utopisches kann allerdings für Adorno nicht im Engagement liegen; in ihm geht der Rätselcharakter, wichtigster Bestandteil des Kunstwerks als autonomes Gebilde, ebenso verloren wie in massenhafter Konsumierbarkeit. Die Folge ist eine im Grunde gleiche Ablehnung »entzauberter« Massenkunst (45ff.) wie politischer Revolutionskunst, etwa der sowjetischen Avantgarden der Zwanzigerjahre (31); beides übrigens seit der »Ästhetischen Theorie« in direktem Widerspruch zu Benjamins positiver Wertung des Verfalls auratischer Kunst.

Daß Sauerland im bisher Referierten wie den nachfolgenden Kapiteln zu Naturschönheit/Moderne/Absurdität und zum Problem des »Materials« und der künstlerischen Produktivkräfte meist auf der Ebene immanenter Begriffsabklärung bleibt, anstatt sich auf die Analyse von Problembereichen einzulassen, ist die Hauptschwäche seiner Einführung; der Zusammenhang zwischen Wahrheitsgehalt und Vermittlungsproblem; zwischen Tausch-/Gebrauchswert (121ff.) und Erbetheorie, Realismus (135ff.)

und Absurdität kann so nicht deutlich werden: Probleme einer Form, die linear argumentiert, und nicht in »parataktischen Teilen« (ÄT. 541). Thomas Bremer (Gießen)

Simmen, Jeannot: Kunst-Ideal oder Augenschein. Ein Versuch zu Hegels Ästhetik. Medusa Verlag, Berlin 1980 (181 S., br., 19,80 DM)

Simmens Arbeit richtet an Hegels »Ästhetik« die ausschließende Frage nach ihrer Orientierung an Kunst-Ideal *oder* Augenschein und versucht, anhand dieses Oppositionsverhältnisses die Kunstauffassung der nach-Hegelschen Moderne zu beschreiben: während das Kunst-Ideal nicht sich selbst, sondern dem »Sog des Wesens« verpflichtet und durch die besondere Art der Verknüpfung mit der systematisch gegliederten Totalität immer an sie gebunden bleibt, vermag das Motiv des Auges »als selbständiges Subjekt/Objekt« eine Autonomie zu wahren, deren Stärke gerade in ihrer Resistenz gegen integrative Systematisierung besteht. Anstatt der Versuchung glättender und vermittelnder Überleitungen zu erliegen, zieht der Autor die spannungsreiche Konfrontation der Hegelschen Theorie mit frühen Kritiken und schwierigen Zeitgenossen (namentlich Jean Paul) vor. Gegen den derart vor Harmonisierungsversuchen bewahrten Hegel richtet sich in einem zweiten Schritt die breit angelegte Kritik. Nach Simmen droht Hegels Versuch, Metaphysik und Erfahrungswelt zu vermitteln, die Eigenmächtigkeit des Subjekts und die in ihm schlummernden Potenzen durch die dem System geschuldeten Zwänge zuzurichten und präformierend den Bereich der Sinnlichkeit seiner unberechenbaren, quertreibenden und »sinnlich-sinnenden« (77; s.a. 168) Dynamik zu berauben. Das Resultat dieses Vorgangs — Simmen spricht in etwas apokrypher Terminologie von »Dingung« und »Nichtung« — erscheint dem Kritiker »fade« und »traurig« (96). Von seiner eigenen Methode abweichend hat Hegel jedoch, wie Simmen in einem weiteren Schritt herausstellt, an anderer Stelle die Aktivierung der sinnlichen Vorstellungskraft, den Appell an die Innenwelt und die über den zeitgenössischen Protest gegen die Institutionen hinausgehende Revolutionierung der Sehgewohnheiten anerkennend gewürdigt (vgl. 125). Dies gilt vor allem für Hegels Beitrag zur Theorie der Malerei und erklärt seine Brisanz. Hegels Inkonsequenz gegenüber systematischer Strenge hat zwar ihren Preis: »Hegels Theorie wird zwieschlächtig, sein System von systemloser Vielfalt« (130) — sie eröffnet aber die Möglichkeit, das vom System Ausgeschiedene, das Zufällige und Flüchtige festzuhalten und liefert damit die Voraussetzungen, die Bilderwelt der Moderne zu erfassen. Malerei erhält derart eine Bestimmung *sui generis* — eine These, mit der das Konzept von *l'art pour l'art* bereits vorweggenommen scheint: in der Koinzidenz von Raum und Zeit vergegenwärtigt sie die »Rückkehr zum Sinnlichen als ein *Vorwärts zur Sinnlichkeit*, [denn] Unmittelbares ist in der Malerei nicht vermittelt über ein apriorisches Zeichensystem.« (134) Wie nirgends sonst im Bereich der Kunst artikuliert sich in der Malerei der Moderne Subjektivität als Phantasie; befreit vom Zwang zur Naturnachahmung und von der allegorisierenden Umsetzung des Begriffs in eine bloß illustrative Bilderwelt, arrangiert der Maler die Gegenstände zur subjektiven Vision und liefert damit »nicht nur ein bloßes Abbild äußerer Objekte, sondern zugleich sich selbst und sein Inneres« (138). Was zunächst wie Reduktion wirken mag, ergibt bei näherem Hinsehen die Möglichkeit, die Beschränktheit reiner Innerlichkeit zu überwinden: denn der Schein kommt nur als Übereinkunft zwischen Produzent und Zuschauer erkennbar zustande, deren Kommunikation er somit ermöglicht. An die Stelle der bereits z. Zt. Hegels zerbrochenen klassischen Vorstellung, nach der das Werk die Realisierung des Ideals sei, und an die Stelle des unmittelbaren Bewusstseins, dem — ebenfalls nicht ohne Zutun Hegels — buchstäblich »Hören und Sehen« verging, tritt eine *Tendenz*: »das *subversive* Potential des opponierenden Vergehens« (147), welches sich den Zugriffen institutioneller Normierungsversuche entziehen zu können hofft. Simmens Studie verweigert sich positiven Zielvorgaben und weist am En-

de auf den andauernden Verfallsprozeß (Dekomposition) des Klassischen und Normativen hin. Die provokante Unzeitgemäßheit der Kunstbetrachtung, die hier aufbereitet wird, ist in mehrfachem Sinne anstößig. Zum einen droht das emphatisch begrüßte Prinzip sinnlich fundierter Subjektivität auf das Niveau einer Rezeptionshaltung nach dem Vorbild kontemplativer Versenkung zurückzufallen, vor der nur verstärkte »Sensibilität«, »äußere Unruhe« und »körperliches Betroffensein« (141) sollen bewahren können. Andererseits bedeutet das *bewußte* Festhalten an ungleichzeitigen Produktions- und Rezeptionsweisen die Weigerung, sich mit den Gewordenheiten abzufinden. So gelesen, wird Hegel »in seiner Ästhetik ... zum Kritiker der frühkapitalistischen Gesellschaft.« (143) Indem der Schein des Kunstwerks den Weg durch die Innenwelt des Subjekts geht und sich dort bricht, wird der Gesellschaft, der er abgezogen, der Zerspiegel vorgehalten und Malerei vermag sich — so das Resümee des vorliegenden Versuchs — als »Irritation gegen das Alltägliche« (148) zu behaupten. Ralf Konersmann (Münster)

Lange, Ernst Michael: Das Prinzip Arbeit. Drei metakritische Kapitel über Grundbegriffe, Struktur und Darstellung der »Kritik der Politischen Ökonomie« von Karl Marx. Ullstein Verlag, Frankfurt/Berlin/Wien 1980 (272 S., br., 19,80 DM)

Lange versucht eine philologische und methodentheoretische Detailrecherche umgangssprachlicher und geistesgeschichtlicher Hintergründe der Marx'schen Grundbegriffe 'Arbeit, Vergegenständlichung, Entäußerung, Entfremdung'. Seine Arbeit steht im Traditionsrahmen analytischer Philosophie.

Mit einer fatalistisch anmutenden Begründung schließt sich Lange der modernen Wendung des Ausdrucks 'Entfremdung' in eine bloß sozialpsychologische Sinnggebung an: Weil die soziopolitischen »Zustände einer Vertrautheit in den Institutionen und Ordnungen der Gemeinwesen ... historisch in immer größere Distanz gerückt sind und eigentlich das allgemeine Bewußtsein nicht mehr im Sinne eines zu beklagenden Verlustes beeinflussen dürften«, sei »die Unverzichtbarkeit des Ausdrucks 'Entfremdung' ... wenig verständlich« (18). Lange räsonniert sodann die progressiven Seiten des Hegel'schen Arbeitsbegriffs in einer prädikatenlogisch inspirierten Handlungstheorie des Kontextes von 'Herrschaft und Knechtschaft' hinweg. Wenn indes dem Knecht — trotz aller auf ihm lastenden Zwangsgewalt — das Fürsichsein arbeitenden Bewußtseins in der anschaulichen Vergegenständlichung des selbständigen Seins seiner selbst bleibt, muß Hegel keineswegs die Arbeit »... nach dem Muster künstlerischer Produktion stilisieren ... , um den Knecht überhaupt als Zivilisationsheros darstellen zu können.« (31) Lange verkennt mit dem dialektischen Entwicklungsprozeß von Herr und Knecht das Wesen der Arbeit als Selbsterzeugung des Menschen. So läßt Hegel die vollendete Knechtschaft in absoluter Negativität reinen Fürsichseins durch Arbeit »als in sich *zurückgedrängtes* Bewußtsein in sich gehen, und zur wahren Selbständigkeit sich umkehren« (Phänomenologie des Geistes, Frankfurt/M. 1970, 119). Marx begreift mit Hegel den wirklichen Menschen als Resultat seiner eigenen Arbeit. Diese ist nicht lediglich ein »anthropologischer Sachverhalt« (55ff.). Er ist schlicht falsch, bei Marx eine gespaltene, das Moment der Entäußerung dem der Erinnerung vorziehende Hegelrezeption zu fingieren (37). Für Marx kann Geschichte als eine gesellschaftliche Selbstwerdung des Menschen kein abgeschlossenes Absolutum sein. Ebenso wenig wäre sie im protokollarischen Nachvollzug von Weltgeisteingebungen als Tat »höherstufiger Handlungssubjekte« (62) zu verstehen. Das Selbstbewußtsein der Menschengattung wird weder eine *erinnerungslose* Entäußerung (oder Vergegenständlichung) menschlichen Arbeitsvermögens, noch das abgeleitete Schöpfungshandeln Gottes sein können. Freilich liegt erst jenseits der vertragsrechtlich internalisierten 'Knechtung' des Arbeiters durch die von ihm produzierten Waren und Kapitalwerte, also jenseits des nationalökonomischen Zustandes entfremdeter, entwickelter Arbeit die Selbstverwirklichung aller gesellschaft-

lichen Wesenskräfte des Menschen. Diese Erklärung des Klassengegensatzes und seiner Aufhebung aus dem prinzipiellen Widerspruch der entfremdeten Arbeit mit sich selbst findet Lange »in der Sache zweifelhaft« (220). Sie könne »nicht funktionieren ..., wenn die Pluralität, die für den sozialen Sachverhalt eines Klassenverhältnisses konstitutiv ist, berücksichtigt wird.« (82, 123) Es sei »zirkulär, das Privateigentum aus diesem Prinzip ableiten zu wollen.« (84) Aus welchem geschichtlichen Sachverhalt — wenn nicht aus der Geschichte des entäußerten Arbeitslebens — das Privateigentum konsequent hervorgeht, läßt Lange rätselhaft offen.

Im Gehäuse seines anthropologischen Pessimismus mit Hilfe von Adam Smith (179) wohnlich eingerichtet, begegnet er dem Weg zu einer Gesellschaft, die dem Individuum nicht mehr als monetär institutionalisierte Abstraktion gegenüberstünde, mit der neokonservativen Argumentationsfigur unbezahlbarer Informationskosten (101). Die (Re)Produktionskostentheorie des Tauscherts wertbildender Arbeitsfähigkeit wird als »unrealistisch« (188, 70) bezeichnet. Ebenso gerät jede Alternative zu den repetitiven Detailarbeiten industrieller Produktion zum »anarchistischen Tagtraum« (129), dem gedanklich nachzuhängen — so Lange zynisch — gelegentlich die freiwillige Entspannung des arbeitsteiligen Teilindividuums sein soll (193). Otto Kelling (Bad Laer)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Althaus, Hans Peter, Helmut Henne und Herbert Ernst Wiegand (Hrsg.): Lexikon der Germanistischen Linguistik. 2., vollständig neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Niemeyer Verlag, Tübingen 1980 (870 S., Ln., 148,— DM; br., 4 Bde., 94,— DM)

Gegenüber der ersten Auflage ist das LGL beträchtlich gewachsen: 33 Artikel sind hinzugekommen, wobei die Mehrzahl davon die »pragmatische Wende« und die zunehmende gesellschaftspolitische Orientierung der Linguistik reflektiert. Zwei neue Kapitel geben davon Auskunft: »Kommunikatives Handeln« (III) und »Ethnische und politische Aspekte« (VII). Erwähnenswert v.a. die Artikel 21: »Theorie des sprachlichen Handelns« (V. Heeschen), 24: »Sprechakttheorie« (G. Grewendorf), 25: »Rhetorik« (H. Rehbock), 27: »Gesprochene Sprache und Gesprächsanalyse« (G. Schank/J. Schwitalla), 30: »Sprache in Institutionen« (K. Ehlich/J. Rehbein), 33: »Sprachnorm« (K. Gloy) und 56: »Sprachlenkung/Sprachkritik« (W. Dieckmann), die allesamt hervorragend in die Problematik einführen — verständlich und zugleich mit Niveau, wobei das offenkundige Engagement der Autoren dem beabsichtigten objektiven Überblick über Forschungsstand und -perspektiven keinesfalls schadet, sondern eher zuträglich ist. Im Vergleich dazu muß man dem ebenfalls neu aufgenommenen Artikel »Massenmedien« (E. Straßner) erstaunliche Unbedarftheit in soziologischer und ideologietheoretischer Hinsicht attestieren: eine hanebüchene Darstellung der gesellschaftspolitischen und ideologischen Funktion und Wirkung der Massenmedien, dazu noch langweilig präsentiert, die weit hinter die erwähnten Artikel zurückfällt.

Die Tendenz zu einem neuen Verständnis des Faches Linguistik manifestiert sich auch im Kap. II: »Sprachstrukturen«. Das Paradeponem »Pleremik und Synpleremik« der Herausgeber scheint inzwischen totgeritten zu sein; was davon übrig geblieben ist, spiegelt die Verunsicherung der strukturalistischen Grundkonzepte durch pragmatische und handlungstheoretische Einflüsse wider: so, wenn im Artikel 13: »Sprachzeichenkonstitution« (H. Henne/H. Rehbock) auf »Textzeichen in kommunikativer Funktion« eingegangen wird. Allerdings hat man den Eindruck einer eher gewaltsamen Versöhnung zweier inkompatibler Ansätze: der strukturalistischen, in der stoischen Tradition stehenden Zeichentheorie, konzipiert als Repräsentationstheorie, wonach Sprache als geordnetes System von festen Bedeutungen beschreibbar ist, und einer Texttheorie mit

der Grundannahme, daß die Bedeutung nicht von der bezeichnenden Operation getrennt werden kann, sondern in der Interaktion »ausgehandelt« wird. Die Verfasser gehen sich damit um eine grundlegende Entscheidung herum. Eine ausgezeichnete Darstellung und Kritik dieser Zeichentheorie findet man im Artikel »Semiotik« (A. Eschbach), der den unverständlichen Beitrag Max Benses aus der 1. Auflage ersetzt hat. Ein solcher Zeichenbegriff ist nach dieser von Peirce bestimmten Position unannehmbar, weil eine so begriffene Kommunikation Subjekte, Objekte und Begriffe (oder einen gedachten Sinn) voraussetzt, deren Identität und Präsenz bereits *vor* der sprachlichen Handlung existent sein müssen.

Eine weitere wesentliche Veränderung manifestiert auch der Artikel 18: »Lexikalische Semantik« (H.E. Wiegand/W. Wolski), der eine argumentativ überzeugende Einführung in die Probleme strukturalistischer Semantikkonzeptionen gibt, deren gemeinsame Grundannahmen erstmals kritisch rekonstruiert wurden. Leider gibt es keinen Hinweis darauf, welche wissenschaftstheoretische Rolle die Intervention der Psychologie und ihrer Verfahren in der (lexikalischen) Semantik spielt. Denkt man an Piagets »genetische Epistemologie«, an Chomskys und Bierwischs neuere Arbeiten, so wäre eine Reflexion des problematischen Anspruchs der Biologie als dominierende Wissenschaft angebracht gewesen, gibt sie doch den Rahmen ab für die kognitive Psychologie (»Computersemantik« u.a.) und die davon affizierte Linguistik; beide beanspruchen — als »Alternative« zu den konkurrierenden logisch orientierten Semantiktheorien —, der Höhepunkt einer Wissenschaft von der Erkenntnis zu sein. — Die längst überfällige verständliche Einführung in die logisch orientierte Linguistik gibt der Artikel 8: »Strukturelle Linguistik« (J. Ballweg), der wie die meisten der hier erwähnten Beiträge seinen Problembereich mit einem wissenschaftsgeschichtlichen Exkurs (Herausbildung und Entwicklung des Begriffs »Struktur«) angeht. Überhaupt erleichtern diese Rückbesinnungen auf Entstehung und Geschichte der jeweiligen Grundkonzepte oftmals eine Orientierung in der zeitgenössischen Theorienvielfalt, zugleich bedeuten sie einen Schritt in Richtung auf die noch zu schreibende Geschichte der Linguistik unter dem Aspekt nicht-kontinuistischer Entwicklung. Der Artikel 7: »Geschichte der Linguistik« (H. Arens) — in seiner Anlage gänzlich anders und wesentlich brauchbarer als der von Ivč in der 1. Auflage — kann eine solch umfassende Aufgabe nicht leisten, beschränkt sich auch explizit auf »die übergreifenden epistemologischen Konzepte und die Kontinuität der Entwicklung«, statt auf »den Nachweis Kuhnscher 'Paradigmen' und 'Revolutionen'« (97).

Der ebenfalls neu aufgenommene Artikel 1: »Sprachphilosophie« (K. Lorenz) hat die große Chance vertan, der Linguistik Orientierungshilfen grundsätzlicher Art zu geben. Der Artikel ist aus formalen Gründen unleserlich bis zur Verzweiflung: da gibt es Aneinanderreihungen von Adverbien in ungeahntem Ausmaß (»... Die Herkunft der ersichtlich ebenfalls hauptsächlich sprachlichen wissenschaftlichen Hilfsmittel ...«; S.2), doppelte Genitivkonstruktionen, von denen man erschlagen wird, und das alles in hypotaktischen Bandwurmsätzen; eingebettete Nebensätze, die mittels Gedankenstriche in wiederum mittels Gedankenstriche eingeschobenen Nebensätzen eingeschoben sind (z.B. S.6) — eine wahre Zumutung.

Eine endgültige Gliederung des LGL scheint noch nicht gefunden zu sein, zuweilen meint man Hilflosigkeit zu verspüren, in welches Kapitel der eine oder andere Artikel nun eigentlich gehört (so gibt es m.E. keine überzeugenden Gründe, »Psycholinguistik« oder »Ethnolinguistik« nicht in Kap. I [»Allgemeine Bestimmung und Erforschung von Sprache«] oder Kap. IV [»Soziale Aspekte«] einzuordnen usw.). Vielleicht liegt das daran, daß trotz des gigantischen Sammlerfleißes und der für den einzelnen kaum mehr zu übersehenden Materialfülle keine einheitliche Beantwortung im LGL existiert hinsichtlich des eigentlichen Problems, das sich mit der Rede von »Bedeutung«, »Sinn«,

oder von der Beziehung »Sprache-Individuum-Welt« usw. stellt: daß sie nämlich nicht unabhängig von der Debatte um die sprachliche *Konstitution des Selbstbewußtseins* geführt werden kann. Charakteristisch für die heutige germanistische Linguistik, folgt man dem LGL, scheint noch immer die methodologische Aussparung des Subjekts zu sein, sei es, daß man es »vergißt«, oder sei es, daß man es so universal konstruiert, daß es problemlos im Rahmen einer Naturwissenschaft (der Biologie) erklärt werden kann. Das Verdienst des »Semiotik«-Artikels von A. Eschbach ist, daß dessen Lektüre zumindest die Frage danach provozieren muß.

Insgesamt zeichnet sich die 2. Auflage dadurch aus, daß an die Stelle privater Liebhabereien problemorientierte, um Verständlichkeit *und* Verständigung bemühte Darstellungen getreten sind. Diese 2. Auflage des LGL stellt ein in seiner Art einmaliges Unternehmen dar, dessen Gesamtleistung, »Seismograph wissenschaftlicher Tendenzen und Handbuch zugleich« zu sein (Klappentext), durch die kritisierten Aspekte nicht beeinträchtigt werden kann.

Harold Woetzel (Mannheim)

Schlaffer, Hannelore: Wilhelm Meister. Das Ende der Kunst und die Wiederkehr des Mythos. Metzler Verlag, Stuttgart 1980 (247 S., Ln., 38,— DM)

»Die folgende Abhandlung geht von Schleichers These über die 'Lehrjahre' aus, daß in Mignon und dem Harfner die Kunst in der rationalen und ökonomischen Welt des Turms untergehe. Die 'Wanderjahre' machen diesen Untergang als Verlust erfahrbar.« (12) In ihrer Untersuchung geht es Hannelore Schlaffer weniger um den »zeitnahen Vordergrund« des Werkes als um die »Ikonologie seines mythologischen Hintergrunds« (V). Nur oberflächlich, so demonstriert sie, lesen sich die »Wanderjahre« wie der Sieg des Verstandes und der Ökonomie über die Kunst. »Diese erste Interpretation im Wortsinn begreift jedoch noch nicht, daß Goethe das moderne Thema zum Problem, die Form zum Widerstand geworden ist.« (6) Schlaffer zeigt den Versuch Goethes, Erfahrungen der hürgerlichen Moderne in Bilder antiker Mythologie umzusetzen. In diesen »versteckten mythischen Bildern siegt endlich doch die Poesie über die Prosa« (5). Der Sieg der Ökonomie über das Individuelle, den gerade die »Wanderjahre« zu demonstrieren scheinen, wird — wenn auch nicht suspendiert — zumindest in Frage gestellt. »Die dunklen Schatten unter dem heiteren Schleier der Vernunft sichtbar zu machen, zieht Goethe die poetischen Urschichten des Mythos heran, die in festgewordenen Formen jene Zustände der Unvernunft und des physischen Leidens bewahren, die auch das aufgeklärte Jahrhundert nicht zum Verschwinden bringen kann.« (7) Schlaffer spürt den Spuren des Mythos in den Wilhelm Meister Romanen nach, den Worten, Gesten und Handlungsfragmenten, die erst durch die Verbindung mit der Romanhandlung eine Bedeutung produzieren. »Die Auslegung der diaphanen Dichtung Goethes aber entdeckt neue, andere, meist zugleich mehrere Sprach- und Bildebenen und ihnen entsprechende Sinnschichten.« (3) So ist Philine nicht nur die kokette Verführerin, sie erscheint ebenso als Liebesgöttin, als Fortuna und in den »Wanderjahren« schließlich als Todesgöttin.

Schlaffers Interpretation setzt an der Szene am Lago Maggiore in den »Wanderjahren« ein (1. Abschnitt: »Imitationen. Die Orphik«, 17ff.). Der Versuch Wilhelms und des Malers, durch Imitation und Illusion die Kunst in der Gestalt Mignons wiederzubeleben, scheitert. Für Schlaffer »stellt die Szene einen Wendepunkt dar im Übergang zu jenen Zeiten, in denen künstlerische Äußerungen noch möglich und richtig waren, zu neuen Sinnstiftungen, die der Roman über sie hinaus aufbaut.« (19) Diesem Übergang gilt auch die Interpretation der Legende »Sankt Joseph der Zweite« (26ff.) und der Exkurs »Vergangenheit und Erinnerung in der Ästhetik des 18. Jahrhunderts« (34ff.). Im 2. Abschnitt — »Das Ende der Kunst. Neuplatonismus« (40ff.) —, in dem auch die Novelle »Die pilgernde Törlin« (51ff.) interpretiert wird, stehen Mignon und der Harf-

ner im Mittelpunkt, die »Repräsentanten einer untergehenden poetischen Welt in einer prosaischen« (40). Sie bleiben als Opfer des Aufstiegs der bürgerlichen Klasse, der durch die Verabsolutierung der Rationalität und kunstfeindlicher Askese erst möglich wurde, auf der Strecke. Für die übrigen Romanfiguren hat sich die Funktion der Kunst bereits verändert. Kunst wird zum Rollenspiel (3. Abschnitt: »Schein und Sein. Seele und Form«. 80ff.): »alle Figuren des Romans schlüpfen fortwährend in neue Rollen, inszenieren Maskeraden und Verstellungen. Kunst ist für alle Personen des Romans, außer Mignon und den Harfner, nicht Darstellung des Wesens, wohl aber dargestellte Möglichkeit eines sich entfaltenden Charakters.« (82) In der Novelle »Der Mann von fünfzig Jahren« (91ff.) in den »Wanderjahren« sieht Schläffer dieses Verhältnis von Goethe erneut reflektiert. »In den 'Wanderjahren' ist, im Unterschied zu den 'Lehrjahren', die Kunst das Exerzitium der Mäßigung, keineswegs mehr Ausdruck des Unmäßigen ... Die Kunst der 'Wanderjahre' reinigt und veredelt.« (103)

Der 1. Abschnitt — »Schönheitssinn und Altruismus« (111ff.) — des zweiten Teils gilt der Entscheidung Wilhelms, den Beruf des Wundarztes auszuüben. Im Gegensatz zu der sonst üblichen Interpretation dieser Entscheidung, als eine »traurige Anpassung eines idealistischen Bildungshelden an die kargen Bedingungen des realen Berufslebens« (111), sieht Schläffer darin noch den gleichen Impetus, der Wilhelm zum Beruf des Schauspielers führte, »er wird Wundarzt aus derselben Leidenschaft, die ihn zur Kunst führte, aus seiner Empfänglichkeit für die menschliche Schönheit.« An »Wilhelms Studium der Anatomie« (111) wird dieses sichtbar. Schläffer zeigt auf, daß bereits in den »Lehrjahren« diese Entscheidung vorgeprägt ist. In der Erinnerung an einen ertrunkenen Freund wird Wilhelm sich dessen bewußt. »Die novellistisch geschlossene Kindheitserinnerung Wilhelms thematisiert den Zusammenhang von empfindendem Schönheitssinn, Bedrohung des Menschen durch die Natur und dem Versuch, diese Natur im Helfen und Heilen zu beschwichtigen« (128). Der 2. Abschnitt gilt der »Mythologie der Medizin« — »Minerva und Askulap« (153ff.), »Kennst du das Land, wo die Zitronen blühen« (160ff.), »Kastor und Pollux« (166ff.). Die Kontinuität von Wilhelms Weg wird aufgezeigt, die Anspielungen auf die Bedeutung der Medizin in den »Wanderjahren« herausgearbeitet. In dem abschließenden Abschnitt — »Mysterien der Erlösung. Kosmische Dichtung« (175ff.) — tritt an die »Seite der Orphik, die eine bestimmte Kunstanschauung enthält, des Dioskuren-Mythos, der Wilhelms und Felix' verwandtschaftliche Beziehung darstellt, der christlichen Offenbarung, die das Unternehmen der Wanderer deutet, ein weiteres Modell, das der Eleusinischen Mysterien, um Felix' Entwicklung als sinnliches Subjekt zu veranschaulichen.« (175) Die Reinigung von den Leidenschaften, die Aufhebung subjektiver Unruhe durch soziale Beziehungen sind der Sinn dieser Mysterien. Die »kosmische Dichtung« beinhaltet Goethes ästhetische Perspektive. Mignon wird von Makarie abgelöst (183ff.): »An die Stelle der Einbildungskraft, die das schöpferische Vermögen des ästhetischen Subjekts ist, tritt angesichts der 'Poesie des Kosmos' ... das Erstaunen, an die Stelle des Entzückens über den ästhetischen Gegenstand tritt der Schwindel vor dem Unfaßlichen, das ästhetische Empfinden wird vom Gefühl der Erhabenheit abgelöst.« (187) Schläffer zieht folgendes Resümee: »Goethes Romankonzeption ist antimodern. Die prosaische Welt der Fakten und Ereignisse gilt ihm wenig. Zu 'orphischen Finsternissen', plotinischen Tiefen und eleusinischen Mysterien geleitet er den Leser, um die Freiheit der Einbildungskraft gegen die Enge des Realitätspostulats zu behaupten und ihr einen so weiten Spielraum zurückzugewinnen, daß sie hinter der Prosa des Wahrscheinlichen Wahrheiten der Poesie zu erkennen vermöge.« (198)

Hansgeorg Schmidt (Mardorf)

Arnold, Heinz Ludwig (Hrsg.): Georg Büchner I/II. Text und Kritik. Sonderband. München 1979 (456 S., br., 42,— DM)

Bis auf zwei kleinere Beiträge von Reinhold Grimm (Coeur und Carreau. Über die Liebe bei Georg Büchner) und Gerhard P. Knapp (Kommentierte Bibliographie) stammen die Beiträge von Thomas Michael Mayer, der Ergebnisse seiner mehr als zehnjährigen intensiven Quellenforschung vorlegt. In der Abhandlung über den »Hessischen Landboten« (Büchner und Weidig — Frühkommunismus und revolutionäre Demokratie) gelingt es ihm, die gängige Auffassung von Büchners politischem Engagement zu revidieren. Aus Gerichtsakten, persönlichen Zeugnissen seiner Freunde und Gegner etc. entwickelt Mayer ein Bild der politischen Überzeugungen Büchners, das dem bisher vorherrschenden »spätjakobinischen« Standpunkt widerspricht; viel eher gibt er sich als Frühkommunist neobabouvistischer Prägung zu erkennen. Auch Weidig, der Mitverfasser des »Landboten«, wird vom Ruch des konstitutionellen Liberalen befreit; Mayer legt überzeugend dar, daß er — einer der Organisatoren des Frankfurter Wachensturms und Kontaktmann der verschiedensten oppositionellen Gruppen in Hessen und den angrenzenden Staaten — als revolutionärer Demokrat dachte und handelte. Hieraus ergeben sich nicht nur Konsequenzen für die Zuweisung der Anteile beider Verfasser am Landboten; Mayer interpretiert den sogenannten »Fatalismusbrief« und die Arbeit an »Dantons Tod« aufgrund der neuen Quellenlage nicht als Abkehr von der Politik, sondern als Abrechnung mit der »Winkelpolitik«. Büchner ist sich auch in späterer Zeit treu geblieben. Was sich in der »Danton«-Zeit ereignet hatte, war die »endgültige Desillusionierung über den Charakter nicht *der* Revolution im allgemeinen, sondern der bürgerlichen, 'politischen' Revolution im besonderen ...« (95). Büchner setzte seine Hoffnung auf die soziale Revolution, der er jedoch auf absehbare Zeit noch keine Chance einräumte.

Von außerordentlicher Nützlichkeit ist die kurze Chronik zu Leben und Werk Büchners (357ff.). Politische Aktivitäten, persönliche Beziehungen, Lektüre, literarische Arbeit werden in der zeitlichen Übersicht vergleichbar und für Interpretationen verwertbar. Dabei ergeben sich vielfältige Korrekturen der Biographie Büchners, deren Benennung hier unterbleiben muß.

Trotz der überzeugenden Darstellung und der Fülle von beigebrachten Neuansätzen und Korrekturen bleibt ein gewisses Unbehagen zurück. Zum einen ist nach dem Sinn der Veröffentlichungsstrategie Mayers zu fragen. Die Chronik soll in ausführlicherer Fassung in ein geplantes vierbändiges Werk über die Volksbewegung in Hessen eingebracht werden, ebenso die Untersuchung über den »Hessischen Landboten«. Der Forschungsbericht (»Zu einigen neueren Tendenzen der Büchnerforschung. Ein kritischer Literaturbericht«, 327ff.) liegt nur zum Teil vor und soll in einem zweiten Sonderband von »Text und Kritik« fortgesetzt werden. Das Vorwort (»Umschlagporträt«) schließlich erschien schon einmal in den »Berliner Heften«. Wozu soll eine Veröffentlichung dienen, wenn ca. 370 von 456 Seiten nach einem Jahr überholt sein werden? Zweitens: wenn eine überarbeitete Fassung schon geplant war, hätte der Autor seine Darstellung stärker straffen sollen; durch die vielen Einzelbeobachtungen und Exkurse verliert der Leser oft den Blick für den roten Faden der Argumentation. Unter Auslassung der Detailfragen und Konzentration auf die wichtigsten Ergebnisse hätte eine Vorabveröffentlichung der Untersuchungen auch später einen Sinn gehabt — als Einführung für noch nicht mit der Materie vertraute, aber interessierte Büchner-Leser.

Ulrich Seelbach (Berlin/West)

Hickethier, Knut: Das Fernsehspiel in der Bundesrepublik. Themen, Form, Struktur, Theorie und Geschichte 1951-1977. Metzler Verlag, Stuttgart 1980 (383 S., Ln., 68,— DM)

»Programmstatistische und kritisch-analytische Verfahren schließen sich nicht aus, sondern können sich ergänzen. Die Programmstatistik ermöglicht übergreifende Aussagen über die Gesamtentwicklung des Programms bzw. einzelner Programmbereiche. Sie kann auch auf kritische Punkte in der Entwicklung verweisen, die genauerer und detaillierterer Untersuchung bedürfen. (...) Die daran anknüpfenden Einzeluntersuchungen, z.B. über die Autorenzusammensetzung, über die Herkunft, Bedeutung und Funktion einzelner Autoren usf., gehen über den Rahmen der Interpretation statistischer Reihen hinaus, weil sie zusätzliches Material einbeziehen und versuchen, ein konsistentes Bild der jeweiligen Aspekte und Teilbereiche herzustellen.« (6) — In dieser Zusammenfassung Knut Hickethiers kommt das doppelte Erkenntnisinteresse seiner Untersuchung gut zum Ausdruck: Sie versteht sich sowohl als Beitrag zur globalen geschichtlichen *Rekonstruktion* eines Teilbereichs des Fernseh-Programms mit Hilfe statistischer Verfahren, als auch als kritische Reflexion desselben unter ausgewählten Gesichtspunkten, also als *Konstruktion* von Programm-Geschichte (7ff.).

Dabei kann der Stellenwert der ersten Ebene zunächst nicht hoch genug eingeschätzt werden. Das vergleichsweise noch junge Massenmedium Fernsehen hat in der BRD bereits eine Geschichte von ca. 30 Jahren. Das sind drei Jahrzehnte tägliche kulturelle Produktion, deren gesamtes Volumen kaum mehr faßbar ist. Mit der Untersuchung Hickethiers, der eine Gesamterfassung der Fernsehspiele von 1951 bis 1977 zugrundeliegt, stehen nun wenigstens für einen Teilbereich des Programms verlässliche Aussagen über seine quantitative und Elemente seiner qualitativen Entwicklung zur Verfügung. Der Nutzen der Arbeit, die für einen einzelnen Wissenschaftler einen schier gewaltigen Aufwand impliziert — immerhin werden nicht weniger als 6049 Fernsehspiel-Sendungen über einen Zeitraum von 26 Jahren erfaßt —, dürfte vor allem darin bestehen, Basis-Material für nachfolgende Untersuchungen im Detail anzubieten. Hickethier regt solche sogar selbst an, indem er der quantitativen Gesamterfassung bereits eine Reihe von Einzelanalysen besonderer struktureller und thematischer Aspekte des Fernsehspiels anschließt:

Der literaturwissenschaftlichen Tradition seiner Untersuchung verpflichtet ist die Aufteilung der Gesamtmenge in Literatur-Adaptionen und Original-Fernsehspiele. Dabei wird den Adaptionen, die zwar insgesamt in der Geschichte eine rückläufige Tendenz aufwiesen, aber mit einem durchschnittlichen Anteil von 58,7 % den größten Teil der Neuproduktionen ausmachen (82), unter zahlreichen Einzelaspekten besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Hickethier untersucht in einem ersten Schritt die jeweils unterschiedliche Adaptions-Praxis von ARD bzw. ZDF, bzw. einiger ausgewählter Landesrundfunkanstalten, sowie die Verteilung der Adaptionen auf die unterschiedlichen Gattungsvorlagen (Theaterstück, Roman, Hörspiel). Sodann werden die historischen Traditionen genauer bestimmt, auf welche die Adaptions-Praxis bezogen ist. Neben der globalen Verteilung auf die großen literaturgeschichtlichen Epochen wird die Bezogenheit auf die entscheidenden »politisch-sozialen Einschnitte« (106) des 19. und 20. Jahrhunderts analysiert. Die Untersuchung unter diesen Gesichtspunkten ergibt eine konstante »Gegenwartsorientierung der Fernsehspieladaption«: »... dominiert innerhalb der Fernsehspieladaption die Literatur des 20. Jahrhunderts, so liegt in ihr der Schwerpunkt auf der Gegenwartsliteratur« (106). Aufschlußreich und sicher anregend für weitere Detail-Untersuchungen ist die Analyse der Adaptions-Praxis bezogen auf andere Nationalliteraturen. Sie ergibt für den gesamten Untersuchungszeitraum eine eindeutige »Dominanz der Literatur der ehemaligen Besatzungsmächte« (147) Amerika, Frankreich und England und dokumentiert damit die Adaptions-Praxis als eine

Strategie, die eng an der »politischen Position der Bundesrepublik mit ihrer Integration in das westliche System« (148) orientiert ist. (Es ist zu betonen, daß die Untersuchung Hickethiers bei diesem wie auch bei anderen hier referierten Aspekten nicht auf die von mir ausgewählten Global-Einschätzungen beschränkt ist, sondern weit detaillierter ist.) Nach einer Ausdifferenzierung der Adaption-Praxis bezogen auf die deutschsprachige Literatur werden im Schlußkapitel dieses Abschnittes unterschiedliche ästhetisch-dramaturgische Muster als charakteristische »Adaptionkonzepte« (230ff.) herausgearbeitet.

Im zweiten großen Abschnitt der Untersuchung wird das »Originalfernsehspiel« thematisiert, das pragmatisch als ein »eigens für das Medium Fernsehen geschriebenes Spiel« (215) definiert wird. Seine Bedeutung steht in engem Zusammenhang mit der theoretischen Auseinandersetzung um das Fernsehspiel, sowie der Selbstreflexion der verantwortlichen Programmacher in den Fernsehanstalten. »Die Heraushebung des Originalfernsehspiels gegenüber der Adaption hat ihren Ursprung im Kunstanspruch der Programmform Fernsehspiel, der nur über die Bestimmung der spezifischen Mittel und Formen gegenüber anderen Medien und in der Erprobung und Entfaltung dieser Mittel auch praktisch realisierbar schien.« (215) Sehr differenziert wird hier das Verhältnis der »Fernsehspielautoren zum Fernsehen« behandelt, das mit wenigen Ausnahmen durchweg als gebrochen bezeichnet werden kann, obwohl die Produktion für das Fernsehen für viele der Autoren zur wichtigsten Existenz-Grundlage geworden ist. Ähnlich wie bei den Adaptionen wird hier ebenfalls die Verteilung der Autoren auf die verschiedenen Nationalkulturen untersucht, wobei Hickethier in der Tendenz dieselben Bezugs-Prioritäten herausarbeitet.

Im letzten großen Teil dieses Abschnittes macht der Verfasser den Versuch, die Gesamtmenge der Originalfernsehspiele deutschsprachiger Autoren — das sind immerhin 1164 Stück (235) — ausdifferenzieren. Unter Einbeziehung der »Genreentfaltung« und »Autorenentwicklung« (259) wird hier die grobe thematische Strukturierung der Geschichte des Fernsehspiels verdeutlicht: Von seinen Anfängen der Improvisation bis Mitte der 50er Jahre, sich anschließender verstärkter Auseinandersetzung mit der politischen Wirklichkeit im gespaltenen Deutschland, der Aufarbeitung des Faschismus in den frühen 60ern, über die zunehmend kritische Beschäftigung mit der Situation in der BRD, der Entwicklung und Erprobung des Dokumentarspiels, der zunehmenden Differenzierung der Themen des Originalfernsehspiels zu Ende der 60er und Anfang der 70er (stärkere Einbeziehung des Alltags, der Arbeitswelt, besonderer Zielgruppen wie Alte und Jugendliche, etc.), die letztendlich auch eine Ausweitung der Programmform zur Folge hatte. Die stärkere Einbeziehung dokumentarischer Methoden bedeutet nicht nur die tendenzielle Aufweichung der »Gattungsbestimmung des Fernsehspiels als fiktionale(r) Programmform« (307), sondern kündigt auch die notwendige Revidierung der Kategorisierung des Fernsehspiels unter diesem Gesichtspunkt an. — In diesem, als Überblick verstandenen, Teil werden aber auch die Grenzen der Arbeit Hickethiers deutlich. Die Vielzahl der hier behandelten Fernsehspiele zwingt ihn dazu, sich bei ihrer inhaltlichen Skizzierung auf die Wertungen einiger Kritiker zu verlassen, bzw. auf die Darstellungen, welche die Programm-Informationen vermitteln. Die Fülle von Titeln und Autoren, die hier genannt und jeweils in wenigen Worten vorgestellt werden, verwirrt darüberhinaus mehr, als sie Klärungen bringt. Weniger wäre in diesem Schlußabschnitt m.E. mehr gewesen, indem etwa für die einzelnen Abschnitte der Geschichte des westdeutschen Fernsehspiels charakteristische Beispiele vorgeführt worden wären.

In einem gesonderten Kapitel, das der Analyse des Fernsehspiel-Materials vorangestellt ist, werden ausführlich die bisherigen Theorie-Ansätze zum Gegenstand behandelt, die in ihren Traditionen z.T. bis in die faschistische Frühphase des Fernsehens zurückreichen. Nicht mehr als einen Orientierungsrahmen für die Untersuchung stellt das

erste analytische Kapitel dar, in dem grob — und für mich mit zu schnellen Verallgemeinerungen — die »institutionelle Entwicklung des Fernsehens«, die »Entwicklung des Publikums« und die »allgemeine Programmentwicklung« (10ff.) skizziert werden. Zumindest die letzten beiden Entwicklungsstränge des Mediums sind bisher kaum systematisch rekonstruiert, weshalb sich größere Vorsicht in der Darstellung der bisherigen Forschungsergebnisse angeboten hätte.

Das Buch Hickethiers ist sicher auf lange Sicht für jeden an der Geschichte des westdeutschen Fernsehens, insbesondere an seinen künstlerisch-ästhetischen Programmformen, Interessierten unverzichtbar.

Siegfried Zielinski (Berlin/West)

Hensel, Horst: »Werkkreis« oder Die Organisation politischer Literaturarbeit. Die Entstehung des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt als Modell kultureller Emanzipation von Arbeitern. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1980 (170 S., br., 19,80 DM)

Hensel ist selbst seit 1970 Werkkreis-Mitglied und war 1977 bis 1979 dessen erster Sprecher. Er kennt also den Gegenstand seiner Untersuchung aus eigener Praxis. Die Arbeit — eine gekürzte Fassung von Hensels Dissertation — erhebt den Anspruch, die Entstehungsgeschichte der Werkkreis-Organisation »aus den Quellen zu rekonstruieren« (10). Als Quellen wurden v. a. interne Materialien des Werkkreises und die Archive und Akten wichtiger Werkkreis-Aktivisten der Jahre 1968 bis 1971 ausgewertet.

Hensel beschreibt in seinem flüssig geschriebenen Buch detailliert, wie sich der Werkkreis aus der Opposition zur Gruppe 61 heraus entwickelt und als selbständige Organisation konstituiert hat. Er behandelt die Literaturdiskussionen (»Dokumentation oder Fiktion?«) ebenso wie die Debatten über organisatorische Formen (Werkstättenprinzip; Bildungsarbeit; interne Diskussionsorgane; Öffentlichkeitswirksamkeit durch Textdienst und Lesungen).

Über die Rekonstruktion mancher wichtiger Details und über die Formulierung grundlegender Intentionen und Probleme der Werkkreis-Arbeit hinaus gelangt Hensel zu einigen neuen Einschätzungen. So erklärt er, wie widersprüchlich die Anforderungen an Werkkreis-Mitglieder sind: einerseits sollen sie Literatur produzieren, Sinnlichkeit und Phantasie und Sprachkraft entwickeln; andererseits fordert die Einbindung in die Werkkreis-Organisation und im weiteren Sinne in die Arbeiterbewegung disziplinierte und routinehaft-nüchterne Verhaltensweisen. Kaum jemand, so Hensel, vereinige in sich die Seiten des »Ästheten« *und* des »Gewerkschaftsfunktionärs« in ausgewogenem Maße. Mancher Streit innerhalb des Werkkreises lasse sich hiermit erklären.

Hensels Buch enthält leider keine kritische Analyse der literarischen Werkkreis-Texte aus der Entstehungsphase. Ähnlich wie Peter Kühnes »Arbeiterklasse und Literatur« (Frankfurt 1972; vgl. Rez. in AS 2, 299ff.) beschränkt sich Hensel auf Organisationssoziologie und -politik sowie auf die theoretische Literaturkonzeption.

Es fehlt auch eine Untersuchung einzelner Werkstätten. Hensel versteht sein Buch als Pilot-Studie, die solche Analysen von Einzelwerkstätten vorbereiten soll. Da Größe, Arbeitsweise und Aktivität der Werkstätten sehr verschieden waren und sind, geht es hier um ein dringendes Forschungsdesiderat, damit nicht länger pauschalisierend von *den* Werkstätten die Rede ist.

Es fehlt schließlich auch das Eingehen auf Biographie und Entwicklung einzelner Werkkreis-Autoren. Der im Untertitel des Buches formulierte Anspruch, die kulturelle Emanzipation von Arbeitern zu untersuchen, wäre anschaulicher eingelöst worden, wenn Hensel exemplarisch individuelle Entwicklungsgeschichten *und* deren Zusammenhang mit kollektiven Prozessen innerhalb der Organisation dargestellt hätte.

Uwe Naumann (Hamburg)

Hallmann, Claus: *Perry Rhodan — Analyse einer Science-Fiction-Romanheftserie*. Rita G. Fischer-Verlag, Frankfurt/M. 1979 (411 S., br., 58,— DM)

Hallmann betrachtet die Aspekte »Produktion, Distribution, Textstruktur und Konsumption«. Produktion und Distribution werden betriebswirtschaftlich beschrieben, da Hallmann die industriemäßige Verfertigung der Hefte herausstreicht, indem er die verlegerischen Maßnahmen von 1961-76 (Kap. 2) nachzeichnet. Interessant ist ein Gespräch mit einem Autor der Serie (101-115), der einerseits darauf bedacht ist, das Image der Serie als »faschistisch« abzuschwächen und daher demokratische Institutionen in seine Romane »einbaut«, andererseits Verantwortung gegenüber dem Leser ausdrücklich abweist (»PR ist ein schriftliches Genußmittel, das aber bei einigen Leuten zum Rauschmittel werden kann«, 114). Bis hierher hat Hallmann im wesentlichen Material zusammengetragen und neu geordnet. Bei seinen Überlegungen zur Textstruktur bedient er sich vor allem einer Merkmalsanalyse: er beschreibt die allgemeine Handlung (119-132), vollzieht die Personendarstellung nach (132-143), beschreibt das dargestellte »politische System« (143-174) und findet jede Menge Ähnlichkeiten mit Erzählmustern aus der übrigen Unterhaltungsliteratur (175-243). Das Rezept der Serie ist ebenso simpel wie dreist: »Perry Rhodan« hat mit weit »fortgeschrittenen« technischen Mitteln von Außerirdischen, denen er bei einer Mondlandung begegnete, die zerrissene Welt geerntet, ist Herrscher/Führer der Weltbevölkerung und bald, nach siegreicher Abwehr von Aggressoren aus dem Weltraum, auch Herr über das Sonnensystem. Da die Ereignisse (in den Heften von 1976) bereits im 35. Jahrhundert spielen, war der Kunstgriff eines »Zellaktivators« nötig, um Rhodan die Unsterblichkeit zu garantieren. In diesem Rahmen werden nun unzählige Etappen der Eroberung und Erforschung des Weltalls, Kriege, Intrigen u.ä. eingesetzt, jeweils mit immer neuen technischen Mitteln, für die die Autoren ein Arsenal irrwitziger Benennungen entwickeln. Die Gesamtserie operiert mit »Handlungszyklen« von etwa 50 Heften, während die Einzelhefte »konventionell« aufgebaut sind: »einfache Erzählform, schnelle Aufeinanderfolge der Höhepunkte, Spannungserzeugung« (132).

Alle Analysen Hallmanns verbleiben in diesem Rahmen des Merkmalsvergleichs. Das ist besonders ärgerlich bei der Frage, ob die Serie ein »faschistisches« Weltbild verbreitet oder nicht; hier benutzt Hallmann einen einzigen Lexikon-Artikel von Kühnl, um das »Imperium Rhodanum« als »faschistisch« zu bezeichnen (160ff.). Diese Vorgehensweise verbaut die Möglichkeit, sozialpsychologische Argumente beizubringen, die dann auch einen in Phantasie vorweggenommenen oder wiederbelebten »Faschismus« ernst nehmen könnten. Eine solche sozialpsychologische Untermauerung wäre auch wichtig, wo die Konsumtion/Rezeption behandelt wird (251ff.), da der Mangel an zuverlässigen Statistiken der Spekulation (zu) breiten Raum läßt. Der Erklärungsgehalt der angebotenen Begriffe beschränkt sich leider zumeist auf die bloße Erwähnung, z. B.: »Männlichkeitsideal« (291), »systemsabilisierende Funktion der Serie« (196), »Tagträumen« (299), »Eskapismus« (342) u.ä. Wirklich informativ ist jedoch die Beschreibung der organisierten Fans und ihre Erscheinungsformen (302ff.), wobei die Clubs häufig Ersatz-»Imperien« darstellen, durch autoritäres Gehabe, »Pseudowissenschaft« und Vereinsmeierei die Öde der immerwährenden Kämpfe in der Serie dabei teilweise noch überbietend.

Das vorliegende Buch richtet sich wohl hauptsächlich an Literaturwissenschaftler und Deutschlehrer, die jedoch mit dem Problemfeld Trivalliteratur vs. »Hochliteratur« vertraut sein sollten. Dieser Lesergruppe wird ein sehr variiertes Material angeboten, das der Verfasser mit viel Fleiß zusammengetragen hat. Besonders interessant sind das Interview mit einem SF-Autor (unkommentiert, weil das die Vorbedingung war) und die reichlichen Zitate von Selbsteinschätzungen von »Perry Rhodan«-Clubs. Besonders vermißt werden Auseinandersetzungen mit anderen Konkretisierungen des Genres Science Fiction (abgesehen von kurzen Einteilungskriterien, 41-50), weil dann auch die

»Textwirklichkeit« (Fiktionalität) statt der isolierten Merkmale den Ausschlag hätte geben können. Die Rolle der Technik schließlich wird von Hallmann sehr oberflächlich behandelt: er begnügt sich mit Hinweisen auf »Phantastereien« und »Irrealitäten« (184), »verselbständigte Technik« (191) und ihre »Verherlichung« (193). Damit aber begibt er sich der Chance, die Technikgläubigkeit westlicher wie östlicher Gesellschaften aufzugreifen. Millionenfache Rezeption von SF kann nämlich dazu beitragen, gesellschaftliche Zwänge als technische, technologische »Sachzwänge« lediglich wahrzunehmen. Schließlich ist unübersehbar, daß gewisse (und immer mehr) Verantwortlichkeiten für die verschiedensten Prozesse (Produktion, Verwaltung, Militär, Gesundheitswesen) an »Maschinen« (Computer u.ä.) »abgegeben« werden.

Christoph Sauer (Amstelveen/Niederlande)

Kunst- und Kulturwissenschaft

Barth, Helmut (Hrsg.): *Zum Kulturprogramm des deutschen Proletariats im 19. Jahrhundert. Eine Sammlung kulturpolitischer und ästhetischer Dokumente.* VEB Verlag der Kunst, Dresden 1978 (376 S., br., 7,40 M) (zit. I)

Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): *Arbeiterkultur. Überarbeitete deutsche Ausgabe des Hefes »Workers' Culture« des Journal of Contemporary History Band 13, Nr. 2, April 1978.* Hanstein, Königstein/Ts. 1979 (291 S., br., 38,— DM) (zit. II)

Rüden, Peter von (Hrsg.): *Beiträge zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1848-1918* (zit. III)

Rüden, Peter von, und Kurt Koszyk (Hrsg.): *Dokumente und Materialien zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1848-1918.* Beides: Büchergilde Gutenberg, Frankfurt/M./Wien/Zürich 1979 (304/324 S., br., 36,— DM, Ln. 58,— DM) (zit. IV)

So sehr die eifrige Bearbeitung von Themen aus dem Bereich der Arbeiterkultur neues Material fördert, so wenig gemeinsame Diskussionsbasis gibt es für die Theorie zu diesem Thema (und damit ist nicht der Konsens über eine Theorie gemeint, sondern lediglich die gegenseitige Bezugnahme auf die verschiedenen theoretischen Ansätze). Das zeigen auch die vorliegenden neueren Publikationen (die nach der im Argument-Sonderband 23/1978, S.160-181 veröffentlichten Übersicht erschienen sind). Zwischen den Disziplinen und weltanschaulichen Lagern findet kein Austausch der Konzeptionen statt, die meisten Aufsätze verbleiben im Getto der fach- bzw. spartenspezifischen Probleme und Theorien.

Die im Gefolge der westeuropäischen Forschung (der englischen sozialgeschichtlichen und der französischen kultur- und sozialgeschichtlichen Arbeiten) einen Nachholbedarf aufarbeitende Sozialgeschichte in der BRD ist in dem (aus dem englischen übersetzten) Ritter-Band (II) ähnlich wie in dem Sonderheft »Arbeiterkultur im 19. Jh.« der Zeitschrift »Geschichte und Gesellschaft« von 1979 an empirisch-kulturanthropologischen Kultur-Konzeptionen orientiert. Ritter übernimmt Tenfeldes Bestimmung, der als Arbeiterkultur »solche 'Manifestationen der Gruppenexistenz als Arbeiter', 'die den besonderen Charakter der Gruppe spiegeln, Merkmale der Abstraktion tragen und als solche tradierfähig sind'« (II, 19), versteht. Das schließt die »Arbeiterbewegungskultur« ein, ist jedoch nicht identisch mit ihr. Ähnlich versteht Langewiesche »unter Kultur die überlieferungsfähigen materiellen und geistigen Existenzformen, Verhaltensweisen und Normen von gesellschaftlichen Gruppen« (II, 40), wobei die Gesamtkultur aus einem »Geflecht von Teil- oder Gruppenkulturen« besteht.

Auch Rüden argumentiert auf der Grundlage eines kulturanthropologisch-soziologischen Kulturbegriffes. »der ein in einer Gesellschaft etabliertes System von Nor-

men, Werten und Verhaltensweisen meint« (III, 12). Er verbindet dies mit dem Verständnis von Arbeiterkultur als den »alternative(n) Ideen über die Natur der gesellschaftlichen Beziehungen« (III, 14) von Raymond Williams. Die durch den Hinweis auf »alternativ« einbezogene qualitative Komponente (ohne die die Dynamik der Arbeiterkultur und ihr Verhältnis zur Gesamtkultur nicht genügend bestimmt werden können) wird jedoch weder von ihm noch von den anderen Autoren ausführlicher erörtert. Sie wird deutlich in der Einleitung zu der Quellensammlung des leider inzwischen verstorbenen H. Barth, die an Lenins Zwei-Kulturen-These orientiert ist. Indem sie unterstellt, daß die »Lebensbedingungen« der »werkätige(n) und ausgebeuteten Masse« »unvermeidlich« (wenn auch nicht automatisch) »eine demokratische und sozialistische Ideologie erzeugen«, macht sie aufmerksam auf den Zusammenhang zwischen gesamtgesellschaftlicher Entwicklung und kulturellen Objektivationen bzw. Prozessen, in die die besonderen Lebensbedingungen der Arbeiter, die gesellschaftliche Rolle der Arbeit und die formationsspezifischen Widersprüche eingegangen bzw. enthalten sind, und zwar so, daß eine wertorientierte Perspektive darin erkennbar wird: In dieser Form qualitativ bestimmte Arbeiterkultur ist nicht nur die Beschreibung eines repräsentativen Kulturzustandes; sie braucht auch nicht in allen Aspekten von Arbeitern selbst zu stammen. Sie ist die von Arbeitern akzeptierte Form einer der Formationsspezifika ihrer Lebensbedingungen angemessenen Kultur. Von Ritter dagegen werden die wertenden Begriffe der marxistischen Forschung pauschal und undiskutiert abgelehnt (II, 18). Dieter Dowe hält bewußt am Begriff »Arbeiterkultur« fest (II, 122) und setzt ihn gegen Roths »Subkultur« ab.

In dem Buch der gewerkschaftseigenen Büchergilde (das ein symbolisches Bekenntnis der Arbeiterbewegung der BRD zu ihrer eigenen Kulturgeschichte darstellt) rivalisieren (ausgesprochen oder nicht) verschiedene Konzeptionen miteinander: Während Rüdiger programmatisch die Spezifik der Arbeiterkultur hervorhebt, regrediiert sie bei Koszyk zur Subkultur ohne eigenen Wert (vgl. III, 66). Einzelstudien belegen dagegen den Beitrag der Arbeiter zum Kulturprozeß und die besonderen Leistungen der Organisationen: Es werden z.B. erkennbar der hohe Stand der erwachsenenbildnerischen Methoden (IV, 115/116), die Kommunikationsleistungen der sozialdemokratischen Presse (III, 67), die Leistungen der Arbeitersänger bei der Entwicklung des einstimmigen und des mehrstimmigen Massenchores unter Einschluß der Frauen sowie des Tendenzchors (bei Dowe II, 135f.).

William Weber kann am Beispiel der Rolle der Londoner und Pariser Handwerker im Konzertleben des 19. Jh. zeigen, daß allgemein der institutionelle Rahmen, innerhalb dessen die Handwerker daran teilnahmen, »von der Oberschicht vorgegeben wurde, sie aber auch ihre eigenen Traditionen in diese Konzerte einbrachten und so einen nicht unbedeutlichen Einfluß auf das europäische Konzertleben ausübten« (II, 109). Hiebei zeigt, wie trotz der Übernahme bürgerlicher Vorbilder sich in der sozialdemokratischen Bildpublizistik Elemente einer eigenen Bildersprache herausbildeten (III, 96).

Platte Verbürgerlichungs-Theorien sind angesichts solcher Befunde nicht mehr möglich. Tenfelde relativiert sie, indem er von »aneignender Veränderung« spricht (II, 227) (in einem Artikel, in dem er die Feste der Bergleute, ihre Formen, ihre identitätsstiftende Funktion und die Spezifik ihrer Entwicklung in den bergbaulich neuen Revieren des Ruhrgebietes untersucht). Alfons Labisch (II, 145-168) zeigt am Beispiel des Arbeitersamariterbundes, wie im Laufe der industriellen Entwicklung notwendige Schutz- bzw. Vorsorgemaßnahmen zur Erhaltung des Lebens in den Gefahren der industriellen Arbeitswelt nicht freiwillig durch deren Nutznießer entstehen, sondern von den Arbeitern als den Leidtragenden selbst entwickelt werden müssen.

Nur der Ritter-Band (II) bringt außer deutschen auch österreichische und englische bzw. amerikanische Beispiele. Einige Artikel gehen dabei auf die in den anderen Titeln

nicht behandelte Sportbewegung ein: Wheeler zeigt, daß der Sport nicht nur Fluchtmöglichkeit bedeutete, sondern auch bewußt als sozialpolitisches Instrument zur Pazi-fizierung der Arbeiter eingesetzt wurde (II, 60/61). Korr bestätigt dies am Beispiel des Fußballklubs West Ham United (II, 77). David Steinberg untersucht die Organisations-geschichte der Arbeitersport-Internationalen (II, 93f.). Dieter Schwarzenau berichtet über Arbeiter-Autobiographien, ohne viel Neues zu bringen (III, 169). Anson Rabin-bach (II, 168-184) stellt die oppositionelle »Jungfront« der SPÖ von 1931/32 in den Zu-sammenhang mit dem Machtzerfall des österreichischen Institutionalismus und der Krise von SPÖ und 1. Republik.

Werner Blessing untersucht den monarchistischen Kult und seinen Zerfall in Bayern und im Reich: Die ritualisierte Selbstrepräsentation der Monarchie dient der herr-schaftssichernden »politischen Sozialisation« (II, 185). Sie wird von der Arbeiterbewe-gung konterkariert, die ihrerseits kultische Elemente entwickelt (II, 187): Der Ansatz bleibt unbefriedigend, weil er nicht auf die objektiven Widersprüche eingeht (die z. B. für den Zerfall der Loyalität bis 1918 wichtiger sind als die Gegenkulte), und weil er versucht, als »offenbar anthropologische Konstante« (II, 198) zu interpretieren, was Be-gleiterscheinung spezifischer gesellschaftlicher Prozesse ist.

Die »kulturpolitische Führungsschwäche« der Arbeiterbewegung (I, 22) wird unter-schiedlich interpretiert, z. B. als »kulturpolitische Defensive« (in Anlehnung an Fül-berth, III, 34) aufgrund noch nicht vorhandener Entwicklungsmöglichkeiten. Für Lan-gewiesche bewegt sich die österreichische sozialistische Kulturpolitik zwischen »Utopie-verlust oder Realitätsverlust« (II, 48/49). Rüden weist besonders hin auf das nicht genü-gend berücksichtigte »Bedürfnis nach Geselligkeit und Unterhaltung« (III, 41) und da-mit auf die Unterschiede zwischen einer lustfeindlichen, Kultur als Pflichtaufgabe be-trachtenden und einer stärker genußorientierten Linie der Theorie.

Offen ist auch der Bezug zur Gegenwart: Dieter Langewiesche beschreibt am öster-reichischen Beispiel den Weg von der Gruppenkultur über die Subkultur zur Gegen-kultur, durch die eine Integrationsdynamik in Gang gesetzt wird (II, 53). Für Ritter hatte die Arbeiterkultur ihren Höhepunkt vor 1914 (II, 7): sie sei heute dank »sozialer Gerechtigkeit« weitgehend in die Kultur der Gesamtgesellschaft »aufgegangen« (II, 30), während bei Rüden und — anders — bei Barth ein aktiver Bezug zur Gegenwart unüberschaubar ist.

Zwei der Titel sind Quellen-Lesebücher: Barth (I) hat, geleitet von einem klar formu-lierten Editionsprogramm (und mit genauen Nachweisen), Dokumente herausgege-ben, um das »Erbe« der theoretischen Diskussion von Kultur und Arbeiterbewegung für die Gegenwart verfügbar zu machen. Es geht ihm um »Aneignung und Anwen-dung der marxistischen Kulturpolitik und Ästhetik durch die deutsche Arbeiterbewe-gung« (I, 8). Er bringt gängige, aber auch eine Menge interessanter, wenig bekannter Texte. Überschneidungen mit dem Dokumentenband Rüdens (IV) sind seltener als man vermuten müßte, zumal Barths früher beginnt, aber 1900 schon endet (eine will-kürlich erscheinende Begrenzung): Barth geht auf die Vereinskultur nur in der frühen Phase ein, während später die Künste im Vordergrund stehen. IV schließt zwar an III an, kann aber als selbständige Veröffentlichung gelten. Wir finden Texte zu »Arbeiter-bildung und Kulturprogramme«, »Arbeiter und Kunst« (beide ausgewählt von P. v. Rü-den, u. a. mit der Naturalismusdebatte), »Sozialdemokratie und Presse« (ausgewählt von Kurt Koszyk). Dieser Teil ist am besten gelungen und dokumentiert Arbeiterpresse aus verschiedener sozialdemokratischer Perspektive und aus zeitgenössischen bürgerli-chen Quellen. In anderen Fällen wären gelegentlich genauere Quellennachweise nötig; auch sind die ausgewählten Abschnitte manchmal sehr kurz. — Trotz dieser verdienst-vollen Arbeiten fehlt somit immer noch eine systematisch aufgebaute theoretisch fun-dierte komplexe Darstellung der Arbeiterkultur. Dieter Kramer (Marburg/L.)

Rambow, Gunter, u.a.: »... das sind eben alles Bilder der Straße«. Die Fotoaktion als sozialer Eingriff. Eine Dokumentation. Syndikat, Frankfurt/M. 1979 (170 S., 348 Abb., br., 29,80 DM)

Gedacht sei die Situation: In der Fußgängerzone einer Innenstadt kommt es im Gange einer Demonstration zu Ausschreitungen (der Polizei gegen Demonstranten), die Vorfälle werden aber fotografiert, über Nacht werden großformatige Abzüge angefertigt, um dann am nächsten Tag am Tatort, in eben der Fußgängerzone, placiert zu werden —: Fotoaktion als sozialer Eingriff! Es ist das Bestreben des vorliegenden Bildbandes, solche Möglichkeiten der Aufklärung und der Agitation, die das Medium Fotografie von Technik und sinnfälligem Arrangement her virtuell bietet, aufzuweisen; dazutun, daß Fotografie »emanzipatorisch« (7) fungieren könne, ist das Anliegen der Autoren, und dazu müssen »alternative« (117) Wege gefunden werden, welche das Foto anders einsetzen als affirmativ, wie's in den Medien gewöhnlich geschieht. Freilich geht es hier nicht nur um Extremfälle, denen das eingangs gedachte Beispiel zuzählt; »eingreifen« soll Fotografie auch und eher in alltäglicheren Angelegenheiten können, die indes vermittels der Fotoaktion und deren verfremdenden Effekts ihres selbstverständlichen Scheins verlustig gehen.

Der Hauptteil des Buches ist die reichlich mit Bildmaterial illustrierte Dokumentation einer solchen Aktion. Eine Projektgruppe der Gesamthochschule Kassel hatte sich vorgenommen, »einen Stadtteil (Kasseler Nordstadt, d. Verf.) zur sinnlichen Selbstäußerung« zu veranlassen (43). In aufwendigem Betrieb wurden fotografiert: a) soziale Personen bzw. deren soziale Lebensqualität, b) soziales Umfeld in Gestalt eines recht desolaten Wohngebietes. Die Fotos legte man Bewohnern der Nordstadt vor und ließ sie Kommentare formulieren zu den von ihnen ausgewählten Aufnahmen. In dieser Zusammenarbeit zwischen Projektgruppe und Bewohnern zeigt sich deutlich das Zentrum der Aktion: die Betroffenen zur Beteiligung zu bringen. Der nächste Schritt nimmt dieses Leitmotiv auf: denn die Fotos mit den Kommentaren wurden nun verarbeitet zu lebensgroßen Plakaten und allesamt an der langen, ununterbrochenen Außenmauer einer stillgelegten Fabrik in der Nordstadt wie in einem öffentlichen Album befestigt. Wieder wird so die Beteiligung der Betroffenen herausgefordert. Die Passanten — sie sind die Betroffenen — erörtern das öffentliche Mammutalbum untereinander, erkennen darin außer ihren eigenen die Probleme und Schwierigkeiten ihrer Nachbarn, ihres Lebensraums, gegenseitiges Verständnis stellt sich in Maßen ein, und es sind besonders die Kommentare, die den Menschen den Mund öffnen zu Gesprächen und Diskussionen. Die Fotoaktion hat ihren Höhepunkt erreicht und ihren internen Zweck erfüllt: initiiert hat sie ein Gespräch, ja Erkenntnis, eine Ausgangsbasis für weiteres Engagement.

Das Buch enthält neben dem Protokoll auch Reflexionen der Aktion, die es nicht versäumen, auf Schwierigkeiten und Ambivalenzen einzugehen (z.B. daß an der Aktion teilnehmende Studenten ihre dabei erworbenen Fertigkeiten durchaus später auch *gegen* die Betroffenen einsetzen könnten, in Werbestrategien etwa); das Buch deutet darüber hinaus Ideen zu anderen Aktionen an; es endet schließlich mit zwei informativen Aufsätzen zur Geschichte der — zumal sozialen — Fotografie. Der Band insgesamt präsentiert Anregungen genug und wäre es daher wert, in Aktionsgruppen ausgiebiger diskutiert zu werden. Keine Illusionen kann man sich freilich darüber machen, daß die notwendigen Kosten eine umfassendere Anwendung des Aktionsmodells sabotieren dürften.

Michael Schneider (St. Augustin)

Soziologie

Frerichs, Petra: *Bürgerliche Autobiographie und proletarische Selbstdarstellung. Eine vergleichende Darstellung unter besonderer Berücksichtigung persönlichkeits-theoretischer und literaturwissenschaftlich-didaktischer Fragestellungen.* Haag und Herchen, Frankfurt/M. 1980 (635 S., br., 68,— DM)

Petra Frerichs hat sich vorgenommen, erstmals in der Forschung zur Autobiographik die neue Qualität der proletarischen gegenüber der bürgerlichen Autobiographie durch systematische und historische vergleichende Untersuchungen zu bestimmen. Überzeugend weist sie nach, daß die bisherige Theorie *der* Autobiographie eine Theorie der bürgerlichen Autobiographie war. Im 2. Kapitel stellt sie »vorwiegend immanent« (36) die Positionen Diltheys, Mischs, Mahrholz', KlaiBERS, Beyer-Fröhlichs, Pascals, Wuthenows und Neumanns dar. An Bernd Neumanns (»Identität und Rollenzwang«, 1970) Historisierung der Gattungstheorie knüpft sie einerseits zustimmend an, insofern jener die von der früheren Forschung verabsolutierte »klassische« Form der Autobiographie an das großbürgerliche Individuum des vorindustriellen Zeitalters bindet, andererseits geht sie über sein am psychoanalytischen Identitätskonzept und der Sozialpsychologie Riesmans orientiertes Diktum vom Ende *der* Autobiographie hinaus, indem sie (Kap. 3 und 5) die Persönlichkeitstheorie Séves, insbesondere die Unterscheidung historischer Individualitätsformen für die Theorie der Autobiographie nutzbar macht. Um die neue Qualität der proletarischen Autobiographie herauszustellen, bevorzugt sie den Begriff »proletarische Selbstdarstellung« (wie andere von Arbeiterlebensgeschichte oder Arbeiterlebenserinnerungen sprechen, 247). Wie fruchtbar die Sévesche Unterscheidung der Individualitätsformen des vereinzelt Einzelnen und des Lohnarbeiters für die Lektüre autobiographischer Texte ist, beweisen Petra Frerichs Interpretationen, die in ihrem Buch den größten Raum einnehmen (Kap. 4, 6, 8-11). Ausgezeichnet begründet ist die auf Vergleichbarkeit hin erfolgende Auswahl der bürgerlichen Autobiographien aus den 80er Jahren des 18. Jahrhunderts (Jung-Stilling, Moritz, Bräker), der proletarischen Selbstdarstellungen aus dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts (Fischer, Bromme, Holek, Rehbein, Popp) (118f.). An den häufig interpretierten Texten kann Frerichs Neues entdecken. Dies geschieht vor allem durch die Anwendung der Séveschen Kategorien Infrastruktur der Persönlichkeit, Zeitplan, Fähigkeitsniveau (vgl. 100-108). Was hinsichtlich der proletarischen Selbstdarstellung bei Ursula Münchow (252f.) und Wolfgang Emmerich (255f.) eine Fehlerkenntnis bleiben mußte, wird von ihr systematisch und historisch begründet. Séves Konzept erlaubt, ständig den sozialhistorischen Kontext, Klassenverhältnisse, Klassenkampf und Literaturverhältnisse konkret einzu-beziehen.

Frerichs Interpretationen zielen auf die vom jeweiligen Verfasser erkannte Entwicklungslogik der eigenen Lebensgeschichte/Persönlichkeitsstruktur. Hier zeigt sich eine Schwierigkeit, die sie auch reflektiert: Séves Hypothesen beziehen sich auf den Gegenstand der Autobiographik, die Biographie ihres Verfassers, nicht auf die Autobiographie/Selbstdarstellung als literarisches Genre, als Verfahren mit bestimmter Wirkungsabsicht. Die literaturwissenschaftlichen Fragen werden von ihr unter Rückgriff auf Thomas Metschers Literaturtheorie angegangen. Dabei erweisen sich die Kategorien der Metscherschen Realismustheorie weniger in den Interpretationen als in den Überlegungen zur didaktischen Funktion der proletarischen Selbstdarstellung als produktiv. Die von Frerichs gestellten Fragen (93) an die Autobiographie/Selbstdarstellung als literarisches Genre werden in den Einzeluntersuchungen stets konkret beantwortet: »Die Art und Weise, *wie* dieses (biographische, d. Verf.) Material vorgeführt wird, d.h. wie erzählt wird, von welchem Standpunkt aus, in welcher literarischen und lebensgeschichtlichen Perspektive, *was* ausgewählt wird, wo Schwer- oder Wendepunkte der eigenen

Entwicklung erkannt und gesetzt worden sind, welche Erziehungs- und Bildungsinstanzen vermittelt werden, in welcher Darstellungintention Lebensgeschichte erzählt wird, ob und mit welchem pädagogischen Anliegen, an welchen Adressaten sich der Verfasser wendet etc. — diese Fragen kennzeichnen über die biographischen Daten hinaus zutiefst die Persönlichkeit selbst, ihr Bewußtsein, ihr Selbst- und Weltbild, so daß wir hier eher von einem zusätzlichen Reichtum der Vermittlung sprechen können als von einer Einschränkung oder Begrenzung. « Hier deutet sich an, daß die Antworten auf die gestellten Fragen nicht unbedingt in Richtung einer Theorie der proletarischen Selbstdarstellung als spezifisch literarisches Genre gehen. Der Anschluß an Metschers Theorie unterstützt vielleicht noch das Auseinandergehen von Gegenstand — Biographie im Sinne der Theorie Sèves — und literarischem Verfahren; hier unterscheidet Frerichs dann nur Elemente, die die didaktische Funktion tragen, und solche von Unterhaltungswert. Das vorläufig aufgewiesene Spektrum von Darstellungsweisen proletarischer Lebensgeschichten (284) wird leider explizit nicht wieder aufgenommen, wenn auch in den Interpretationen, z.B. der besonders hervorragenden von Rehbeins »Das Leben eines Landarbeiters«, das Material zur Verallgemeinerung steckt.

Die Einwände schränken nicht die Bedeutung ein, die Frerichs philologisch solide, sozialhistorisch und persönlichkeits-theoretisch fundierte und in ihren Resultaten sehr anregende Arbeit überall da gewinnen sollte, wo mit den von ihr untersuchten Texten umgegangen wird, hoffentlich auch im Literaturunterricht. Helmut Peitsch (Berlin/West)

Weymann, Ansgar: Handbuch für die Soziologie der Weiterbildung. Luchterhand Verlag, Darmstadt und Neuwied 1980 (452 S., br., 68,— DM)

Das Handbuch ist mit dem Ziel geschrieben, die Trennung von Theorien *über* Erwachsenenbildung und den bloßen Transport isolierten soziologischen Wissens *in die* Erwachsenenbildung aufzuheben. Letzteres, also die Lehre von Industriosociologie, Berufssoziologie, Sozialisierungstheorie usw. führt nur »zu einer Ansammlung von Versatzstücken« und wird »die Bildungs- und Erkenntnisprozesse eher behindern als befördern« (7). Ziel ist die soziologische Problematisierung der Erwachsenenbildung selbst. Es werden konkurrierende Theorien über Weiterbildung, teilweise aus praktisch-empirischen Ansätzen heraus entwickelt, betriebliche Weiterbildung, Weiterbildung von Strafgefangenen, von arbeitslosen Jugendlichen etc. studiert. Wo sind emanzipatorische Möglichkeiten, wo wird bloß integriert? Das methodologische Repertoire der Theorie der Erwachsenenbildung, hier Systemtheorien, die Organisationssoziologie, dort die kritische Theorie, läßt sich auf zwei konträre Grundpositionen zurückführen und sollte, nachdem dies verstanden ist, aufgeblasene Theorien, methodologischen Purismus entbehrlich machen. Die Grundfrage ist, ob durch Erwachsenenbildung an Systembedingungen angepaßt werden soll, daraus ergeben sich dann möglichst nicht-repressive Konzepte des »Lebenslangen Lernens«, oder ob ein Widerstandspotential aufgebaut werden kann, das die Systemgrenzen zu sprengen intendiert. Weil solche Ausschließlichkeit nicht praktikabel ist, erscheint eine Theorie des Sowohl-Als-Auch, eine weitere theoretische Differenzierung notwendig. Dringend ist sie, weil Erwachsenenbildung immer wichtiger wird, die Sphäre der Privatheit verläßt und (fast regelmäßig) hinter die Erstausbildung tritt, um wichtige kompensatorische Funktionen zu erfüllen. Die Verwissenschaftlichung erscheint vor diesem Hintergrund als »Ergebnis einer außerwissenschaftlichen Konstellation, die den Einsatz von wissenschaftlicher Forschung auf diesem Gebiet erzwingt oder zumindest versuchsweise nahelegt, um die Rationalität der politischen Planung zu erhöhen« (43).

Das Buch gliedert sich in vier Hauptabschnitte, die die gegenwärtig maßgeblichen Arbeitsfelder der Soziologie in der Erwachsenenbildung abdecken: berufliche Qualifizierung, Sozialpolitik und Sozialisierung, Organisation und Didaktik.

Im Abschnitt »berufliche Qualifizierung« geht es um die Bedingungen der beruflichen Weiterbildung, die durch Veränderungen der Arbeit erforderlich ist. Dabei werden die Grenzen und Möglichkeiten staatlicher Arbeitsmarktpolitik, das sozialpolitische Bemühen um Ausgleich struktureller Defizite analysiert und bestimmte Tendenzen ausgemacht: der Trend geht weg vom breiten Bildungsangebot und hin zur gezielten Anpassung an die Erfordernisse des Marktes. Das kommt fatalerweise den Arbeitnehmern entgegen: Diese sind von sich aus, ein Ergebnis ihrer Funktion als Lohnarbeiter, weder ohne weiteres fähig noch daran interessiert, selbständig weiterzulernen bzw. auch nur sich beruflich umzuqualifizieren. Fortbildungsmaßnahmen und Umschulungen sind staatlicherseits angebotene Krücken für den nicht mehr aufrecht gehfähigen Arbeiter. Eine oppositionelle Erwachsenenbildung hätte demnach »persönliche Entwicklungshilfe zu leisten und die beruflich erstarrten, lernunfähig gewordenen Fähigkeitsstrukturen der Arbeitenden aufzubrechen und wieder in Bewegung zu bringen. Dafür muß sie aber bei der Person des Arbeitenden und seiner Situation ansetzen, nicht bei irgendwelchen fachlichen oder wissenschaftlichen Fortschritten oder veränderten Arbeitsplatzanforderungen« (80).

Dies heißt nicht, daß die berufliche Weiterbildung insgesamt abgeschrieen werden sollte, im Gegenteil: Es steht fest, daß das Interesse an Weiterbildung mit dem Grad der Qualifiziertheit der ausgeübten Arbeit korreliert. Erst von einem bestimmten Niveau ab sind Kritik und Allgemeinbildung möglich: »Eine weitere Reduzierung der Lernchancen in der Arbeit muß die ohnehin bestehende Unterprivilegierung der Industriearbeiter in bezug auf gesellschaftliche Teilhabechancen weiter verschärfen; dies trifft gegenwärtig vor allem die Ungelernten, könnte in Zukunft aber zunehmend sich auch auf dequalifizierte Facharbeiter und Angelernte ausdehnen« (118).

Die allgemeine und die betriebliche Weiterbildung sind miteinander verzahnt, stärker, als es im Bewußtsein der Weiterbildungsexperten verankert ist. In der Praxis läuft die »betriebliche Weiterbildung« meist getrennt von der »allgemeinen Erwachsenenbildung«, diese ist dem Unternehmen bzw. Effizienzkriterien verpflichtet, Mittel der Personalpolitik, jene kümmert sich oft nur um die Hausfrauen. Zum Brückenschlag wäre allererst die einseitige soziologische und pädagogische Ausbildung der Erwachsenen-ausbilder zu erweitern, um eine nicht mehr nur rentabilitätsorientierte, sondern naturale Sinnzusammenhänge einbeziehende Kritik an kapitalistischen Produktionsprozessen und Produkten zu leisten, so konkret, daß sie handlungsrelevant wird. Dieser Aspekt einer *alternativen* beruflichen Qualifizierung, die überkommene Strukturen aufzubrechen in der Lage ist, fehlt im Handbuch leider völlig.

Im zweiten Abschnitt: Sozialpolitik und Sozialisation, bezieht sich Weiterbildung insbesondere auf Randgruppen, auf jene, die sich beruflich nicht integriert haben oder integrieren lassen. Resozialisierende Maßnahmen dienen dazu, in die berufliche Existenz hinein- oder zurückzuführen. In erster Linie ist dies ganze Feld der Erwachsenenbildung ein »ideologisch-psychologischer Reparaturbetrieb«. Selbst wenn sie gemeinwesenorientiert betrieben wird, zeigt sich doch nur ein »Ersatz für die fehlende unmittelbare Erfahrung gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion«. Sie ist nicht Bildung, »sondern lebenslange Sozialisation«. — Im dritten Abschnitt wird die Organisationssoziologie instrumentalisiert, wird über Weiterbildung in der Verwaltung berichtet, werden die Möglichkeiten einer Volkshochschule beleuchtet und anschließend alternative Formen des selbstverwalteten Lernens vorgeführt. — Im vierten Abschnitt geht es um die Didaktik, ein in der Soziologie bisher vernachlässigtes Gebiet. Hier ist der Unterschied zwischen Hoch- und Proletsprache thematisiert. Es wird der konkrete Lebenslauf gewürdigt, die biographische Methode, die das Große wegwischt und den Kontakt mit den Einzelnen herstellt.

Das Resümee: Das Handbuch ist schlüssig konzipiert, obwohl m.E. einige Gesicht-

punkte und Gebiete fehlen, wie z.B. die durchaus verallgemeinerbaren Konflikte im gemeindlichen Weiterbildungsalltag. Was fehlt, ist eine repräsentative Dorfanalyse, die ausweist, wo genau Pfründe gehütet, Grenzen abgegrenzt und Bildung als Realisation von Persönlichkeit verunmöglicht wird. Daß überhaupt Weiterbildung mit Strafgefangenen gemacht werden kann, mag für manchen professionalisierten Erwachsenenbildner eine fruchtbare Idee sein — der Angebotsausweitung oder der Stellensicherung. Das Denken über die Barrieren der Profession hinweg ist jedoch noch ziemlich ungeübt. Hier müßten nicht nur Gefangene weitergebildet, sondern die Gemeinde auch »vorgebildet« werden. Das gleiche gilt übrigens für Ausländer, Behinderte, Alte usw. Eine systematische Untersuchung würde in diesen Fällen sicher über die Grenzen der Erwachsenenbildung hinaus, dann aber doch wieder — erweiternd — dorthin zurückführen.

In das Handbuch hineingehört hätte eine Aufwertung der nicht-kognitiven Weiterbildung: durch Sport, Spiele, Musik, Handwerk, Kunst. Auch dies läßt sich sinnvoll theoretisch vertiefen.

Insgesamt will das Buch analysieren, um zu einer Theorie zu kommen, noch nicht auf der Grundlage einer Theorie Strategien entwickeln. Mit diesem Anspruch war es notwendig und kann als gelungen bezeichnet werden. Zwar verheddert sich hier und da das soziologische Deutsch mit dem grammatischen, doch können wir, die das Buch brauchen, uns über die Theoretiker mit ihren Sprachproblemen leicht erheben: die Kernaussagen sind immerhin verständlich geblieben und wertvoll. Die meisten Texte dienen nicht nur innerwissenschaftlicher Reputation. Jörg Hallerbach (Rösrath)

Corrigan, P., und P. Leonard: Social Work Practice Under Capitalism. A Marxist Approach. The Macmillan Press LTD. London and Basingstoke 1978 (161 S., br., 2,95 £)

Entgegen vermeintlich marxistischen Auffassungen, wonach Sozialarbeit lediglich herrschaftsstabilisierend wirke, wird hier zu zeigen versucht: »Marxism works as a guide for day-to-day practice« (4). Die Autoren beabsichtigen nicht, der verhängnisvollen Theoriefeindlichkeit in Ausbildung und Praxis der britischen Sozialarbeit nachzugehen. Im ersten Kapitel wird eine Anzahl alltäglicher Fälle aus der praktischen Sozialarbeit dargestellt, denen jeweils eine kurze Analyse folgt. Im zweiten Kapitel werden diese Kurzanalysen in ihrem theoretischen Gehalt breiter entfaltet. Probleme der Teamarbeit, Schwierigkeiten im Umgang mit Familienkonflikten und in der Auseinandersetzung mit Stadtteilproblemen, der Zusammenhang von Familie, Schule, Bürokratie und die Problematik Alleinstehender mit Kindern und die des Alters werden behandelt; und zwar auf eine Weise, die die Schwierigkeiten der Sozialarbeiter im Umgang mit sich selbst, untereinander, mit Vorgesetzten und Klienten nicht losgelöst von strukturell gesellschaftlichen Widersprüchen analysiert. Beispielsweise wird die Durchleuchtung spezifischer Familienprobleme mittels einer Generationenkonflikttheorie zugunsten eines sozio-ökonomischen Analysemodells zurückgewiesen, ebenso die oft geübte Praxisstrategie, sich mit einem bestimmten Familienteil gegen einen anderen zu solidarisieren. Nachdrücklich zieht sich als Leitmotiv durch die Schrift: soziale Gebilde, Gesellschaft, Staat, Familie, Verwaltung etc. sind keine totalen Institutionen. Die Erkenntnis ihrer Widersprüchlichkeiten eröffnet erst die unterschiedlichsten Handlungsperspektiven — Bündnispartner werden sichtbar. Mancher wird erstaunt sein zu lesen, daß auch Alte in einer marxistisch orientierten Sozialarbeit »Produktivkräfte« darstellen können: »In many ways old people, because of their roots in history and struggle, are wiser than the rest of us, and the task of the social worker is to utilise that personal history of production, reproduction and struggle.« (60)

Der Theorieteil des Bandes behandelt die Kategorien Produktion und Reproduktion, Klasse, Staat, individuelles Bewußtsein und Ideologie sowie Familie. Die Ausführun-

gen zum Staat bilden insoweit ein Kernstück des theoretisch entwickelten Praxiskonzepts, als in einer unter primär staatlichen Funktionsimperativen realisierten Sozialarbeit eine progressive Zielsetzung ständig korrumpierbar bleibt, wenn die Quellen staatlicher Macht im Dunkeln bleiben. Insbesondere unter Verarbeitung Gramscischer Gedanken gelingt es, zu zeigen, daß der Staat nicht als ein einheitlicher geschlossener Block vorgestellt und auch nicht als solcher zerschlagen werden kann. Vielmehr ist der bürgerliche Staat, als eine hegemoniale Macht, vermittelt über ideologische Prozesse zu begreifen. Innerhalb der Grenzen staatlicher Macht ist es wichtig, eine Gegenhegemonie aufzubauen, die die Basis für eine effektive Entgegnung z.B. staatlicher Wohlfahrtsideologien abgeben kann. Gegenmacht in wohlfahrtsstaatlich organisierten Bürokratien können auch auf unterschiedlichen Ebenen organisiert, im Kollektiv arbeitende Sozialarbeiter sein, Sozialarbeiter also mit aktiver Bindung an die fortgeschrittenen Teile der Arbeiterbewegung, d. h. mit praktischem Bezug zur politischen Gewerkschafts-, Partei- und Stadteitarbeit. Auch wenn die spezifischen organisatorischen, rechtlichen und materiellen Voraussetzungen sozialer Arbeit in Großbritannien nicht übersehen werden dürfen, kann das Buch auch gewinnbringend für die Entwicklung einer praktisch orientierten Theorie der Sozialarbeit in der BRD gelesen werden. Vor allem, wenn es darum geht, Theoriefeindlichkeit und ein tendenziell unpolitisches Verständnis von Sozialarbeit zu überwinden, kann die Schrift ohne Einschränkung empfohlen werden. Okonomistische und subjektivistische Einseitigkeiten werden zu vermeiden versucht. Die Analyse sozialarbeiterischer Praxis läßt sowohl Verständnis für realistische Perspektiven gesellschaftlicher Veränderungen entstehen als auch die praxisanleitende Metaphorik im Umgang mit wohlfahrtsstaatlichen Bürokratien wirklichkeitsbezogen verstehen: »Float like a butterfly, sting like a bee.« (155) Wolf Schönleiter (Bielefeld/Köln)

van den Daele, Wolfgang, u. a. (Hrsg.): *Geplante Forschung*. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1979 (357 S., br., 16,— DM)

Der Reader enthält 6 Beiträge zum Einfluß politischer Programme auf die Wissenschaftsentwicklung in der Bundesrepublik und in den USA. In der Einleitung versuchen die Herausgeber, die Rolle der Politik bei der Problemwahrnehmung, Programmformulierung und Institutionalisierung von »Problemforschung« systematisch zu bestimmen. Dies geht nicht ohne Brüche ab, da die Fallstudien auf der Basis heterogenen Materials zu sehr unterschiedlichen Aussagen über den Prozeß der Forschungssteuerung gelangen.

Klaus Buchholz zeigt, daß das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) davon abgesehen hat, Zielvorstellungen des Biotechnologie-Programms zu entwickeln und Förderungskriterien zu bestimmen. Die Industriefachleute entscheiden nach technisch-ökonomischen Kriterien, etwa 6 oder 7 Konzerne kommen als Hauptnutznießer des Programms in Frage. Klaus Mainzer entwickelt am Beispiel der Datenverarbeitungsprogramme der Bundesregierung die wachsende Abhängigkeit dieser Programme von privaten Unternehmenskonzeptionen nach einer Phase der Absicherung wissenschaftlicher Infrastruktur und des Aufbaus von Ausbildungseinrichtungen. Rainer Hohlfeld zeigt am Beispiel der Krebsforschungsprogramme in den USA und der Bundesrepublik die Konflikte zwischen Grundlagenforschung und Klinikern im Kampf um die Federführung in diesem Programm, ohne jedoch deren Ursachen, die in der Struktur des Gesundheitswesens und den anders gelagerten Interessen der Biomedizin liegen, mehr als anzudeuten (z.B. würde eine Verbesserung der Epidemiologie die Offenlegung der Therapieerfolge der Kliniken und Ärzte bedeuten). Günther Küppers u. a. untersuchen am Beispiel der Umweltforschung die Strategie der folgenlos bleibenden Umbenennung eines Teils ohnehin laufender akademischer und industrieller Forschung unter Nutzung eines gängigen Etiketts. Sie vernachlässigen dabei aber die sich

unter diesem Schleier vollziehende Verknüpfung der Förderung marktfähiger Umwelttechnologien (z. B. recycling) mit der Realisierung politischer Teilziele (z. B. Rohstoffautarkie) durch das BMFT. Günther Küppers zeigt, daß die Plasmaphysik heute stärker auf die Reaktortechnik und auf energiepolitische Ziele bezogen wird und eine neue Identität als »Fusionsforschung« erhält. Karsten Prüß' These lautet, daß die Schwerionenforschung kaum Spiel für politische Steuerungseinflüsse läßt. Hier stellt sich die Frage, ob nicht der Beschleunigerbau selbst und die dabei gewonnenen technologischen Erfahrungen profitable (Zwischen-)Ziele bei der Weiterentwicklung einer angewandten Schwerionenforschung sind.

Indem sich die Herausgeber darauf beschränken, den scheinbar geringen Einfluß politischer Entscheidungen auf die »öffentliche« (d. h. nicht industrieeigene oder geheime) Forschung zu untersuchen, grenzen sie politische und sonstige externe Einflußgrößen derart voneinander ab, daß der »Formwandel« von Forschungszielen, den diese im Prozeß der Umsetzung von Kapitalverwertungsbedürfnissen in »gesellschaftliche Zwecke« (14) durchlaufen haben, nicht mehr sichtbar wird. Daß sich hinter dem scheinbaren Beharrungsvermögen der disziplinären Grundlagenforschung durchaus außerakademische Interessen verbergen können, und daß die Förderung auch von scheinbar nicht anwendungsbezogener Grundlagenforschung unter den Etiketten des Umweltschutzes o. ä. selbst eine bewußte politische Selektion impliziert, liegt außerhalb der Reichweite der Untersuchung. Aus der Nichtübereinstimmung zwischen Etikett und Praxis den Schluß der weitgehenden Autonomie der Grundlagenforschung zu ziehen, ist nur möglich, wenn man vernachlässigt, daß die Wissenschaftler nicht nur als Repräsentanten von Hochschulen und Forschungsinstituten in den BMFT-Ausschüssen sitzen. Die Aussage: »In vielen Fällen ergreifen politisch handelnde Wissenschaftler die Initiative, um im politischen System die nötige Unterstützung für ein neues Forschungsfeld zu mobilisieren«, sowie die These, daß »Politik geradezu vor die Interessen der Wissenschaft gespannt worden ist« (16), sind zwar richtig insofern, als die im politischen Kontext formulierten Forschungsprogramme zum Teil nur Verfahren sind, ohnehin existierende Interessen durchzusetzen.

Die Delegation von im politischen Raum definierten Systemproblemen durch das politische System an Berater und die Mitarbeit der Industrie an der Formulierung von Unterprogrammen und Einzelzielen für globale Politikbereiche wird von den Herausgebern unter dem Aspekt der Rekrutierung des notwendigen Expertenwissens durch die Ministerialbürokratie gesehen (32). Dabei wird jedoch nur die eine Seite des Prozesses sichtbar, es bleibt ausgeblendet, daß die Industrie fortlaufend die Beratungssysteme für die Finanzierung laufender, eventuell neue Absatzmärkte eröffnender Projekte nutzt, und daß Clearingsprozesse die Funktion haben, die potentiell profitablen Forschungsergebnisse aus einer Menge von Entwicklungen auszuwählen, um Doppelentwicklungen wenn nicht zu verhindern so doch zu reduzieren.

Die Generalthese, daß die an sozialen oder technologischen Problemen orientierte Forschung die Struktur disziplinärer Forschung nicht häufig erfolgreich zu durchbrechen vermag, und daß es sich oft um Etikettenschwindel handelt, wenn suggeriert wird, daß der problemorientierten Forschung hohe Priorität gegeben wird, erscheint zwar richtig. Es bleibt aber außer acht, daß die scheinbar autonome disziplinäre Forschung infolge ihres heutigen apparativen Aufwands und ihrer Kapitalintensität sich nicht losgelöst von produktionstechnischen und wirtschaftlichen Kriterien entwickelt, was etwa für die Biotechnologie von den Herausgebern behauptet wird.

Hans-Jürgen Weißbach (Dortmund)

Geschichte

Sachße, Christoph, und Florian Tennstedt: *Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Vom Spätmittelalter bis zum 1. Weltkrieg.* Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1980 (367 S., br., 59,— DM)

Zur Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland gibt es in der bisherigen sozialgeschichtlichen Forschung trotz reichhaltigen Materials und Quellen nur wenige Einzeluntersuchungen. Die Arbeit von Sachße/Tennstedt ist der erste Versuch einer systematischen Rekonstruktion ihrer Formen und Funktionen. Dabei geht es den Autoren in erster Linie darum, »die Frage nach der Herkunft der Arbeitskräfte als Basis der industriell-kapitalistischen Wirtschaftsverfassung neu zu formulieren und die Rolle der Armenfürsorge vor allem unter diesem Aspekt darzustellen« (16).

Im Prozeß des Zerfalls produktionsgemeinschaftlicher Subsistenzsicherung und patriarchalischer Arbeitsverfassung wird — so die Autoren — die Absicherung individueller Reproduktion zunehmend staatsförmig geregelt. Die armenfürsorgerischen Maßnahmen zielen dabei von Anfang an darauf ab, Arbeit — und das heißt für die pauperisierten Massen: Lohnarbeit — als einzig mögliche Form der Existenzabsicherung zuzulassen. Der Zwang zur Arbeit bestimmt neben den anderen Prinzipien bürgerlicher Armenfürsorge (Individualisierung, Subsidiarität) ihre Formen durch die Jahrbünderter hindurch: von der Durchsetzung der Arbeitsunfähigkeit als Unterstützungskriterium und den ersten Bettelverboten in den spätmittelalterlichen Armenreformen; den Zucht- und Arbeitshäusern, Arbeitserziehung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Absolutismus bis hin zur Minimierung der Unterstützung unter das Existenzminimum im Zuge der Industrialisierung. »Mit der sozialen ... Integration der Arbeiter-Armenbevölkerung (Anerkennung als durchschnittliche Normalexistenz!), die mit der Arbeiterversicherung eingeleitet und abgesichert wurde, ist die Aufgabe der Fürsorge als kommunal-staatliche 'Agentur' der Arbeiterbeschaffung, der Produktion von Arbeitskräften potentiell beendet.« (266)

Die Geschichte der Armenfürsorge stellt sich somit dar als Teil eines komplexen Prozesses der »Sozialdisziplinierung« (Oestreich), der »Zurichtung' eines neuen Menschentypus, der über die Fähigkeiten und die Motivation des Lohnarbeiters verfügt und damit die Schaffung einer unerläßlichen Voraussetzung für die Entfaltung bürgerlicher Produktion.« (38)

Besonders spannend sind die Erklärungsansätze der Autoren für die Entstehung der bürgerlichen Armenpolitik in den spätmittelalterlichen Städten. Denn hier wird die staatsförmige Regelung der sozialen Konflikte erkennbar als ideologische Transformationsarbeit: die sozialen Antagonismen werden in den Gegensatz arm/reich umartikuliert, die Ursache der Verarmung wird in die individuelle Zuständigkeit verlegt. Die wesentlichen Prinzipien der Armenpolitik sind keimförmig bereits in den Armenreformen der spätmittelalterlichen Städte angelegt, also dort, wo die marktorientierte Produktion (und ihre Risiken) am weitesten fortgeschritten ist. Diese Reformen zeigen eine vollständig andere Wahrnehmung der Armut als vorher und prägen eine neue Praxis im Umgang mit ihr: waren im Früh- und Hochmittelalter die Armen als unterster Stand noch vollintegrierte Mitglieder der Gesellschaft und das Betteln demzufolge noch eine akzeptierte Reproduktionsform, so werden sie jetzt zum »sozialen Problem«, dessen Regelung der städtische Rat übernimmt. Die Arbeitsmoral der handwerklichen Mittelschichten — so die Autoren — liefert die Kriterien: die Armen werden differenziert in Arbeitsunfähige, die der Fürsorge bedürfen, auf der einen Seite und betrügerische, weil arbeitsscheue Bettler auf der anderen Seite. Letztere werden zunehmend kriminalisiert. Zur Kontrolle und Gewährleistung einer den Prinzipien entsprechenden Verteilung der Armengelder beginnt der Rat mit der Ausbildung eines Beamtenapparates.

»Die Fürsorgereform greift spezifisch mittelständische Interessen auf und kann daher auf Unterstützung durch das Handwerk rechnen. Sie dient gleichermaßen der Stabilisierung des Rates als verselbständigter öffentlicher Gewalt gegenüber den ihn tragenden Bürgern; der Produktion von Disziplin und Gehorsam als Gegenstück der obrigkeitlichen Zuständigkeit zur Regelung sozialer Konflikte; der Produktion des Bürgers als Untertan, und sie ermöglicht dem — durch die Instabilitäten des Marktes selbst permanent vom sozialen Abstieg bedrohten — Handwerk eine eindeutige Abgrenzung nach unten.« (38)

Die vorliegende Studie ist unentbehrlich für ein Verständnis bürgerlicher Armenpolitik und weiterer Studien: Es ist ein Arbeitsbuch, das durch die Fülle des aufbereiteten Materials auch zu neuen Forschungsfragen anregt. Den jeweiligen Hauptabschnitten haben die Autoren einen umfangreichen Quellen- und Dokumentationsteil mit biographischen Angaben angefügt, der nicht nur als Anschauungsteil dient, sondern auch in vielen Fragen die Darstellung der Autoren unmittelbar überprüfbar macht. Die verarbeitete zeitgenössische und Sekundärliteratur wird durch eine Kurzkomentierung aufbereitet — der Forschungsstand ist bis 1980 repräsentiert. Hilfreich sind die Hinweise auf Spezialbibliotheken und Archive zum Thema. Gaby Mischkowski (Berlin/West)

Brandenburg, Alexander (Hrsg.): Archiv für die Geschichte der Arbeit und des Widerstandes. Karin Kramer Verlag, Berlin 1980 (120 S., br., 10,— DM)

Die Zeitschrift will den Versuch wagen, für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu beginnen, was für die englische durch die Studien von E.P. Thompson, J. Hobsbawm und anderen längst fruchtbares Arbeitsprogramm ist: Untersuchungen über den Massenalltag und die sich in ihm entfaltende doppelte Bestimmung von Klassenbewußtsein, das sich dem selbstgeschaffenen Erfahrungsraum mindest ebenso verdankt wie der objektiven ökonomischen Lage der Arbeiter. Geschichte der Arbeit, der das »Archiv« künftig Forum sein will, zielt gegen Determinismus auf »die Lebensweise, die Kultur der arbeitenden Klassen, deren Wohnverhältnisse, Wünsche, Feste, Phantasien und Ängste sowie auf die konkreten Formen der Arbeit in der Fabrik, im Haushalt und die damit verbundenen Leiden« (Editorial). Nicht volkskundlich Pittoreskes soll aufgelesen und ausgebreitet werden; beabsichtigt ist ein konstruktiver Beitrag zur marxistischen Theoriebildung. Deren Sensorium um die Fähigkeit auszuweiten, die »Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie zu den Erfahrungen hin zu öffnen« (Oskar Negt) sowie die moralische Ökonomie der subalternen Klassen zu erforschen, ist so zugleich Selbstkritik des Marxismus in seinem Bemühen, sich als Theorie der Revolution und des revolutionären Bedürfnisses zu erneuern.

Es steht zu hoffen, daß dem »Archiv« dies gelingt. Der Anspruch, empirisches Material von seiner eigenen Logik her zu analysieren, scheint allerdings bereits im ersten Aufsatz auf Grenzen zu stoßen. Hier untersuchen J. Rancière/P. Vauday Arbeiterberichte über die Pariser Weltausstellung von 1867, dem Jahr, in dem in Hamburg »Das Kapital« erschien. Handwerker und Arbeiter erkennen den Doppelcharakter kapitalistischer Maschinerie, den Aberwitz der sich erweiternden Kluft zwischen möglichem Reich der Freiheit und wirklicher Arbeitsteilung, realer Enteignung vom Produktionswissen und Verlust der Herrschaft über Qualität des Produkts, über Tempo und Rhythmus der Arbeit. So heißt es im Bericht der Delegation der Schuhmacher: »Wenn die Maschine mit ihren tausend eisernen Armen in den Dienst der Industrie gestellt wird, wodurch sie eigentlich dem Arbeiter mehr Zeit zur Vervollkommnung seiner Arbeit verschaffen sollte, so läßt man es sich im Gegenteil doch angelegen sein, aus dem Menschen selbst eine Art von Maschine zu machen, indem man ihm einen Teil seiner Verantwortung und einen Teil seiner Intelligenz nimmt, und dies, um ein wenig mehr zu produzieren und trotz allem zu produzieren.« (13) Die Arbeiter erkennen das »Wesen

der Maschine« ohne theoretische Anleitung, indem sie ihre Erfahrungen, ihre handwerkliche Kompetenz und die damit verbundenen Werte wie Werk- und Lohngerechtigkeit zum Maßstab nehmen. Diesen Nachweis haben Rancière/Vauday geführt; sie interpretieren ihn jedoch mithilfe von Begriffen aus der italienischen Arbeiterwissenschaft, dem Operaismus (hier vertreten durch Karl Heinz Roth und die Gruppe um die Zeitschrift »Autonomie«). Gerade erst aufgedeckte Widersprüche werden mittels Begriffen wie »Planstaat«, »Gesellschaftsmaschine«, »Fabrikgesellschaft« wieder zugedeckt und dabei die Differenz zwischen Kapital als Produktionsweise und Kapitalismus als Gesellschaftsformation (die doch erst das kritische Bewußtsein der Arbeiter ermöglicht) eingeebnet. Auf das Verhältnis Arbeiter-Kapital in der Fabrik fixiert, werden gesellschaftliche Entwicklungen in einem »Plan des Kapitals« eingeschmolzen und der über die Fabrik hinausweisende Zusammenhang, wie er sich schon allein aus der Konkurrenz der Kapitale ergibt, im methodischen Ansatz selbst unterdrückt. Ein sich wirklich im Sinne von Rancière/Vauday bestimmendes Arbeiterbewußtsein wäre, ganz im Gegensatz zu ihren Absichten, bestenfalls Lagebewußtsein der bekannten »die da oben«-Facon, nicht aber »Autonomie«.

Hier besteht die Gefahr, sich hinter der Wirklichkeit nur zu verstecken, um eine spezifische Interpretation der marxischen Theorie und damit vielleicht, soweit dies unausgewiesen geschieht, ein neues »Prokrustesbett« der historischen Forschung zu importieren. Dies ist auch das Problem des Aufsatzes von *G. Mergner* über Johannes Knief, einer der Bremer Linksradikalen der »Lichtstrahlengruppe« um Pannekoek und Gorter, die sich nach der Mitbegründung der KPD 1920 als KAPD abspalteten. Mergner importiert nicht, er begnügt sich mit der Auffrischung der schon der Marx-Biographie von Raddatz zugrundeliegenden Kammerdienerperspektive und ist bemüht, Knief als Männerbündler mit dem Wunsch, Linken eine Vaterfigur zu sein, darzustellen. Die »kritische Lust« Mergners, auf die Reise durch das Innenleben der Ahnen zu gehen, um (»grau, teurer Freund ist alle Theorie, grün des Lebens goldner Baum«) die »reiche Lebendigkeit des Lebens« statt des »starrten Goldes bürokratischer Ordnungen« zu ernten, ist aber wohl kein Freihrief, die Theorie noch mehr zu verhunzen, als sie es ohnedies schon ist, und schon gar keiner für hochtrabendes Geschwätz. Was soll man sich unter dieser Beschreibung der Krise des Marxismus vorstellen, außer, daß es sich wohl um eine ziemlich vertrackte Angelegenheit handeln muß: »Die Krise der Theoretiker, nicht unbedingt der Theorie verstärkt durch die Erfahrungsehen des Faschismus und Stalinismus machte die Theoretiker, die Wissenschaftler als die 'hohen Priester' der geschichtlichen Wahrheit sowie auch die von ihnen beherrschte Begrifflichkeit (...) unbrauchbar« (86).

Entweder haben es sich die Theoretiker nun selbst zuzuschreiben, was ein Idealismus ist, oder das ganze ist sprachliche Schlamperei, die sich eine neue Forschungsrichtung, der von der bisherigen Arbeitergeschichtsschreibung genau auf die Finger gesehen werden wird, nicht leisten darf. Und dies gerade dann nicht, wenn man so interessantes Material über die Entstehung einer kritischen Pädagogik und die ersten Schulkämpfe vorzutragen hat wie Mergner.

Schluß mit solcher Trockenarbeit machen die Aufsätze von *A. Brandenburg* über den Londoner Arbeiterbildungsverein, von ihm und *J. Materna* über die erste Werksiedlung bei Krupp in der Dahlhauser Heide nahe Düsseldorf und der leider nur in zu kurzem Auszug abgedruckte Aufsatz von *G. Stedman Jones* über die Theorie der englischen Chartistenbewegung. Brandenburg/Materna beschreiben die Anfänge betrieblicher Sozialpolitik als einen Versuch, die traditionelle Lebensweise von Handwerkern zu zerstören, ihre Kultur den neuen, von der industriellen Großproduktion ausgehenden Anforderungen an die Arbeitsmoral anzupassen. Das Kruppsche Dorf dient der Separierung der Arbeiter voneinander, gibt nur der Kleinfamilie angemessene Wohnungen

und den Garten als Kleineigentum, hält, nahe der Fabrik gelegen, die Arbeitskraft Tag und Nacht verfügbar. Hinzu treten die Erpressung mit ständiger Gefahr, die Wohnung zu verlieren und ein striktes Reglement, das mit Sozialrazzien die Einhaltung der Moral überwacht. Die Normierung der Moral wird durch die der Möbel fortgeführt. Um den Arbeiter auf das Fabrikformat zurecht zu schnitzen und zugleich der Fabrik ein Stammpersonal an qualifizierten Arbeitskräften zu erhalten, erhält betriebliche Sozialpolitik einen doppelten Charakter: zum einen werden, die Grundlage des Paternalismus, Teile des Lohns nicht juristisch/tariflich abgesichert, sondern »gewährt«, zum anderen erlangt die Fabrik die Kontrolle über alle Formen der Reproduktion der Arbeitskraft. Die kulturelle Umwandlung der Siedlungsbewohner ist somit zwar durch Zwang garantiert, jedoch wappert und verborgen in der Sorge um das Wohlergehen der Arbeiter. Einfluß auf die Sexualnormen (Trennung der Kinder- vom Elternschlafzimmer, Verbot der Aufnahme von ledigen Kostgängern ins Haus) und Einschränkung ihres gesellschaftlichen Blickfelds (Erschwerung der Wanderschaft) schaffen jene Fabrikdizziplin, die erst durch Enteignung der Arbeiter von ihren originären Normen und Werten möglich ist. Die bei Krupp begonnene Zerstörung des »Milieus« hat sich bis in die Gegenwart fortgesetzt. Durch ihre Verallgemeinerung haben sich die der entfremdenden Produktion entsprechenden Normen verinnerlicht. Heute hat es kein Großbetrieb mehr nötig, Prämien für tugendhafte Lebensführung, für Abstinenz und Monogamie, für Pünktlichkeit und Körperhygiene auszusetzen, wie noch in den Werkssiedlungen Henry Fords in den 20er Jahren.

Wenn das »Archiv« so fortfährt, auf die Einheit aller Lebensaspekte aufmerksam zu machen, zu zeigen, wie eng Sittlichkeit, Moral, Bedürfnisse und Ökonomie verwoben sind, wird es dazu beitragen, uns sowohl von blankem sozialökonomischem Determinismus wie ebenso blinder, penetrant »Leben« gegen »Arbeit« beschwörender Politik zu befreien.

Joachim Bruhn (Freiburg)

Stolle, Uta: Arbeiterpolitik im Betrieb. Frauen und Männer, Reformisten und Radikale. Fach- und Massenarbeiter bei Bayer, BASF, Bosch und in Solingen (1900-1933). Campus Verlag, Frankfurt/M./New York 1980 (336 S., br., 39,— DM)

Wunderlich, Volker: Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung. KPD und Kommunalpolitik in der Weimarer Republik. Mit dem Beispiel Solingen. Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1980 (290 S., br., 32,— DM)

Mit den vorliegenden Büchern werden zwei Dissertationen vorgestellt, die einen fruchtbaren Beitrag zur Erforschung der Arbeiterbewegung auf lokaler Ebene darstellen. Uta Stolle beschäftigt sich mit der Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik, wobei sie ihre Arbeit als Beitrag zur Diskussion um die Sozialfaschismusthese versteht. Sie hat an Hand von vier Fallstudien die soziale Lage und politische Bewegung der Chemie- bzw. Metallarbeiter in den Städten Ludwigshafen, Stuttgart, Leverkusen und Solingen miteinander verglichen. Volker Wunderlich analysiert die Kommunalpolitik der KPD in Solingen, wobei er die Wahl Hermann Webers (KPD) zum Oberbürgermeister und seine Absetzung durch einen sozialdemokratischen Kommissar zum Kristallisationspunkt seiner Studie macht.

Ich möchte mich in meiner Rezension auf die Teile der beiden Arbeiten beschränken, die sich mit der Regionalgeschichte im Raum Leverkusen-Solingen — dem Unterbezirk Solingen der KPD — beschäftigen. Angesichts der Wahlergebnisse zwischen 1919 und 1933 handelte es sich um ausgesprochene *Hochburgen* der KPD: Sie erhielt zwischen 30 und 40 Prozent der Wählerstimmen, während die SPD kaum über 15 Prozent gelangte. Welche Voraussetzungen hatten zu solch einer beachtlichen kommunistischen Massenbewegung geführt?

Der Vergleich der beiden Studien ist deshalb von außerordentlichem Interesse, weil

die beiden Industriestädte Leverkusen und Solingen eine völlig verschiedene Wirtschafts- und Klassenstruktur vorweisen (es drängt sich der Vergleich zur Lucas'schen Studie »Zwei Formen des Arbeiteradikalismus« auf): Leverkusen war durch den Chemiekonzern Bayer eindeutig monostrukturiert, auch wenn zwei mittelgroße Metallbetriebe die Arbeitskräftestruktur mitbeeinflussten; ungelernete Fabrikarbeiter stellten die überwiegende Mehrheit der Leverkusener Arbeiterklasse, während lediglich eine Minderheit eine abgeschlossene Facharbeiterausbildung besaß. Die Solinger Wirtschaftsstruktur wurde geprägt durch eine große Anzahl von exportorientierten, mittleren und kleineren Metallbetrieben, die im wesentlichen hochgradig qualifizierte Facharbeiter beschäftigten; daneben gab es eine beachtliche Zahl von qualifizierten Heimarbeitern.

Während die Solinger Arbeiterbewegung auf eine sehr lange Tradition bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückblicken konnte und durch die langjährigen Kampferfahrungen ein hohes Selbstbewußtsein entwickelte, war die Leverkusener Arbeiterbewegung quasi geschichtslos: Erst um die Jahrhundertwende wurden aus allen — wirtschaftlich schwach entwickelten und vorwiegend ländlich-strukturierten — Gebieten Deutschlands Arbeitskräfte nach Leverkusen gelockt; die unterschiedliche soziale Herkunft und die hohe Fluktuation machten zunächst ein solidarisches und klassenbewußtes Handeln unmöglich. Erst die manifesten Erfahrungen am Arbeitsplatz — die ungelerten Chemiewerker verrichteten körperlich schwere und monotone Tätigkeiten — brachten spontane Kampfaktionen zustande. Demgegenüber beherrschten die Solinger Metallarbeiter die Mittel des Arbeitskampfes vollkommen und konnten durch gezielte, mit Ausdauer betriebene Aktionen ihre Klassenlage verbessern.

Die Solinger Arbeiterbewegung stellte somit — im positiven Sinne — eine *Arbeiteraristokratie* dar, die durch jahrzehntelange Traditionen, hohe Berufsqualifikation und relativ gehobene Lebenslage ein ausgeprägtes Klassenbewußtsein aufwies. Auch in Leverkusen existierte eine Form der »Arbeiteraristokratie«, die durch eine gezielte Sozial- und Personalpolitik des Chemiemonopols entstanden war: Durch Werkswohnungen, übertarifliche Zulagen etc. bildete sich eine privilegierte Stammbelgenschaft heraus, während in Krisenzeiten die große Masse der Ungelernten der kommunalen Fürsorge zur Last fielen.

Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal war die Religionszugehörigkeit: In Leverkusen dominierte die katholische Bevölkerung mit der Zentrumspartei als Hauptpol im bürgerlichen Lager, um die sich auch die SPD gruppierte. Solingen dagegen war eine ausgesprochen protestantische Insel im katholischen Rheinland, wo im bürgerlichen Lager die DVP tonangebend war. Auch gab es in Solingen keine Massenzuwanderungen aus den vorwiegend ländlich-katholischen Gebieten Deutschlands; dafür besaß die Solinger Arbeiterschaft eine langjährige Freidenkerbewegung.

In Leverkusen wie in Solingen gab es eine außerordentlich große Zahl von Massenorganisationen — allen voran die Arbeitersport- und Kulturvereine —, die quasi jeden Lebensbereich des Arbeiters erfaßten; bis zum Ende der zwanziger Jahre trugen KPD- und SPD-Mitglieder sowie Unorganisierte gemeinsam diese Organisationen. Sie stellten eine wesentliche Form der *Politischen Sozialisation* dar, indem sich der politisch interessierte Arbeiter über seine persönlichen Interessen vermittelt in den jeweiligen Organisationen mit der praktischen Politik der Arbeiterparteien auseinandersetzen konnte. Die hohen und kontinuierlichen Wählerstimmen der KPD dürften auf die Wirkung jener Massenorganisationen zurückzuführen sein. So besaß die Leverkusener KPD in den letzten Jahren der Weimarer Republik ein konstantes Wählerpotential von ca. 9000 Stimmen. Die der KPD nahestehenden, aber nicht parteigeordneten Arbeiterorganisationen umfaßten etwa 5000 Mitglieder, die vermutlich die Stammwähler der Partei repräsentierten. Demnach darf gerade bei der Analyse der KPD nicht nur die Sozialstruktur ihrer Mitgliederschaft berücksichtigt werden (»Partei der Erwerbslosen«); die

Herausbildung politischen Bewußtseins kann erst durch das Wirken der KPD in den Massenorganisationen ausreichend erklärt werden.

Vor diesem Hintergrund legen die beiden Studien den Ablauf der kommunistischen Gewerkschafts- bzw. Kommunalpolitik dar; leider beschränken sich die Autoren jeweils auf den betriebs- bzw. kommunalpolitischen Aspekt der Klassenlage. So analysiert Uta Stolle eingehend die innere Differenzierung der Chemiearbeiterschaft und erforscht anhand der Betriebsratswahlergebnisse die unterschiedlichen politischen Bewußtseinsformen und die Kampfbereitschaft; allerdings endet ihre Analyse faktisch »am Fabrikator«, so daß man nichts über Einkommenssituation, Wohnverhältnisse usw. erfährt. Uta Stolle beschreibt — anhand des Aktenmaterials aus dem Bayer-Werksarchiv — sehr ausführlich die ersten Jahre nach der Novemberrevolution, die durch eine starke Verankerung der USPD-Linken bzw. später der KPD in der Chemiearbeiterschaft geprägt waren: Anfang 1921 wurde der Bayer-Betriebsrat von Kommunisten gestellt. Sie verfolgt dann den vielschichtigen *Verdrängungsprozeß* der KPD aus Betrieb und Ortsverwaltung, obwohl sie einen ungeschmäleren Rückhalt in der Leverkusener Arbeiterenschaft behielt. Aus diesen spezifischen Kampferfahrungen der Leverkusener KPD-Führung — der spätere RGO-Reichsleiter Fritz Schulte war Betriebsratsmitglied bei Bayer — versucht Uta Stolle die Entwicklung der kommunistischen Gewerkschaftspolitik zur RGO-Strategie zu erklären.

Volker Wunderlich geht kaum auf die innere Struktur der Solinger Arbeiterklasse ein, trägt dafür aber alle wesentlichen Aspekte zusammen, die der Wahl von Hermann Weber zum Oberbürgermeister vorausgegangen sind. Er beschreibt die Absetzung bzw. Nichtbestätigung des kommunistischen Oberbürgermeisters im Jahre 1930 als einen vergleichbaren Verdrängungsprozeß auf kommunaler Ebene, den er auf die zunehmende Faschisierung in der Endphase der Weimarer Republik zurückführt. Seine Kritik an der kommunistischen Kommunalpolitik läuft darauf hinaus, daß die KPD zum damaligen Zeitpunkt keine geeigneten Teilforderungen für den Tageskampf formuliert hätte.

Die beiden dargestellten Fälle stimmen darin überein, daß demokratisch gewählte Interessenvertreter der KPD durch das gemeinsame Vorgehen von Werksleitung und Gewerkschaftsvorständen bzw. Staatsapparat und SPD-Führung aus ihren Positionen verdrängt werden, um den kommissarisch eingesetzten Vertretern der SPD Platz zu machen. Diese Erfahrungen und Beobachtungen haben die Leverkusener und Solinger Arbeiterenschaft für die Sozialfaschismusthese und RGO-Politik aufnahmebereit werden lassen. Allerdings geschah dies nicht widerspruchlos: Der Unterbezirk Solingen galt als Hochburg der KPD (Opposition), die sich mehrheitlich aus langjährigen kommunistischen Gewerkschaftlern zusammensetzte.

Auch die vorliegenden Studien vermögen nicht endgültig die Diskussion über die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung und den Sieg des Faschismus zu beenden. Aber sie geben eine große Zahl von Anregungen, wie man diesen Fragenkomplex aus lokalhistorischer Sicht angehen kann. Beide Studien belegen sehr eindrucksvoll, wie — auch methodisch — gehaltvoll konkrete Untersuchungen der Arbeiterbewegung in Form von Lokalstudien sein können. Ähnliche Analysen sollten darüber hinaus versuchen, die Trennung von Kommunal- und Gewerkschaftspolitik aufzuheben, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse als Gesamtheit und in ihrer inneren Differenzierung zu erfassen. Auf solch einer Grundlage lassen sich die schichten-spezifischen Erfahrungs- und Bewußtseinsprozesse adäquater erfassen, die unterschiedliche Betroffenheit (z.B. in der Weltwirtschaftskrise) sowie das praktisch-politische Verhalten nachvollziehen. Die beiden Arbeiten haben einen Schritt in diese Richtung gemacht, indem sie nicht nur »Organisationsgeschichte« bzw. »Arbeiterbewegung von unten« erforscht, sondern beide Bereiche in Form von Lokal- bzw. Fallstudien miteinander verbunden haben.

Vielleicht wird man in wenigen Jahren auf eine Vielzahl von ähnlichen Arbeitsergebnissen zurückgreifen können, um dann durch vergleichende Analyse zu allgemeineren Aussagen über die Arbeiterbewegung zu gelangen.

Rainer Balluff (Köln)

Luthardt, Wolfgang (Hrsg.): *Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927-1933*. 2 Bde., Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1978 (422 S. und 434 S., br., je 15,— DM)

Obwohl bereits vor einiger Zeit erschienen, verdienen diese Bände die Kenntnisnahme auch heute noch. Zum einen deshalb, weil sie eine bleibende Dokumentation schwer zugänglicher Texte darstellen, zum anderen deshalb, weil die hier dokumentierten bzw. nachgezeichneten politischen und politiktheoretischen Kontroversen wichtige Bezüge zur heutigen Diskussion haben. — Als *Dokumentation* sind die vorliegenden Bände deswegen empfehlenswert, weil die Quellentexte vollständig abgedruckt sind, so daß die durch Kürzungen entstehenden Verzerrungen vermieden werden. Der Eindruck der Vollständigkeit wird noch dadurch verstärkt, daß sowohl bei der Auswahl der historischen Texte als auch der Verfasser der jeweiligen Einleitungen die Unterschiedlichkeit verschiedener politisch-theoretischer Positionen gewahrt worden ist. So reicht das Spektrum der Verfasser von Cora Stephan bis Helga Grebing, die Dokumentation von zahlreichen offiziellen Resolutionen der SPD- und ADGB-Spitzen bis zu den Stellungnahmen der Linksoption im »Klassenkampf« oder der »Marxistischen Tribüne«. Die Lektüre der Dokumente mag dabei manches alte Vorurteil beseitigen helfen. So erscheinen die Führungen von SPD und Gewerkschaft keineswegs immer nur dümmlich, vielmehr in einer stellenweise durchaus begriffenen Tragik befangen, wie sie etwa den Gegensatz zwischen den Plänen des Finanzministers Hilferding zur Finanzreform und seinen Maßnahmen zur Steuersenkung für die Besitzenden und zur Anhebung der Verbrauchssteuern prägt.

Selbst der oft gescholtene Fritz Tarnow liest sich im Originaltext anders, als das Vorurteil es vermuten ließ. So spricht er zwar von der Sozialdemokratie als Arzt am Krankenlager des Kapitalismus, aber auch »als trölicher Erbe, der das Ende nicht erwarten kann und am liebsten mit Gift noch etwas nachheilen möchte« (I, 411). Indes war — wie wir wissen — die Metapher vom Erben so falsch wie die vom Arzt, war doch nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten die Arbeiterbewegung das Opfer und der Kapitalismus durchaus genesen. Wie die Sozialdemokratie unwillentlich den Weg in die Katastrophe beförderte, ist in diesen Dokumenten nachzulesen — von der Siegesgewißheit des Kießer Parteitags 1927 bis zum Kotau vor den Nazis durch die Gewerkschaftsführung im Mai 1933. Legalismus, Überschätzung der Stärke der eigenen Organisationen und das Denken in historischen Analogien erscheinen dabei als sozialdemokratische und gewerkschaftliche Hauptfehler, auch durch die intelligenten Warnungen linker intellektueller wie Max Adler, Fritz Croner oder Arkadij Gurland nicht korrigiert. Detailliert nachgespurt wird diesen Entwicklungen in den Bereichen SPD und Parlamentarismus, Finanzpolitik, Programmatik und Verfassungspolitik, Stellung zur KPD und zur eigenen Linksoption sowie den Positionen der Gewerkschaften zu Wirtschaft und Politik.

Ein abschließender Essay von Bernhard Blanke stellt *Interpretationsmuster* des sozialdemokratischen Anteils am Untergang der Weimarer Republik fest. Einmal findet sich in der Literatur der Vorwurf der Kompromißunfähigkeit an die Adresse der Sozialdemokratie, andererseits die Reformismuskritik, die eine Vereinigung der Arbeiterklasse unter revolutionären Vorzeichen als strategischen Ausweg konstruiert. Beide Richtungen denken — wie Blanke bemängelt — den jeweils zugrunde liegenden gesellschaftstheoretischen Ansatz nicht konsequent zu Ende. Kontinuität und Ambivalenz eines bestimmten Politiktypus können so nicht mehr erfaßt werden. Statt von strategischen

Axiomen auszugehen — und damit von wechselseitigen Legitimationsstreitigkeiten — empfiehlt Blanke, etwa die »paradoxe Kommunikation« zu analysieren, die darin besteht, daß Stammwähler und Mitglieder darauf vertrauen, daß die Organisationen schon die richtige Politik verfolgen werden. Damit werden Fragen aufgeworfen, die über die historische Begrenztheit des Gegenstands hinausweisen. Konnten unter den Bedingungen der Jahre 1927 bis 1933 aus den theoretischen Prämissen von »organisiertem Kapitalismus« und »Wirtschaftsdemokratie« keine politischen Handlungen entspringen, die den Weg in die Katastrophe aufhielten, so erscheint heute — bei weit größerer theoretischer Dürtigkeit — die Kontinuität einer sozialdemokratischen Politik *form* erschreckend, deren Quintessenz heißt: Wir machen das schon. Und hier ist im Interesse politischer Praxis die Theorie dringend gefordert.

Volker Gransow (Berlin/West/Bielefeld)

Kuhnigk, Armin M.: Karl Schapper. Ein Vater europäischer Arbeiterbewegung. Camberger Verlag Lange, Camberg 1980 (251 S., br., 29.80 DM)

Mit dieser Arbeit wurde eine schon lange bestehende Lücke gefüllt. Denn obwohl Karl Schapper als eine der bedeutendsten Personen der frühen deutschen Arbeiterbewegung gelten muß, existierte bisher nur eine Dissertation über ihn, die zudem nie veröffentlicht wurde (Fehling, August W.: Carl Schapper und die Anfänge der Arbeiterbewegung bis zur Revolution von 1848, Phil.Diss. Rostock 1922). Kuhnigk erklärt sich diese bisherige Mißachtung Schappers mit dessen politischen Positionen, insbesondere seiner zeitweiligen Gegnerschaft zu Marx, weswegen eine Beschäftigung mit seinem Leben und Wirken für Marxisten nicht von Interesse gewesen sei (9f.). Diese These erscheint allerdings wenig plausibel, angesichts der zahlreichen — auch von Marxisten verfaßten — Schriften, die sich mit anderen Marx-Gegnern, wie z.B. Wilhelm Weitling, beschäftigen. Die bisherige »ständige Abseitsstellung Schappers« (9) dürfte eher auf die Quellenlage zurückzuführen sein, denn er war nie publizistisch tätig, es existierte keine von ihm verfaßten Bücher oder Broschüren, und Äußerungen von ihm finden sich hauptsächlich in Protokollen von Polizeiverhören oder Diskussionen in Arbeitervereinen.

Aus diesen Dokumenten zitiert Kuhnigk sehr ausführlich, wenn er Schappers Lebensweg verfolgt, den er in drei Hauptphasen einteilt. Die erste Phase reicht von seinem Engagement als Burschenschaftler in Gießen und der Beteiligung am Frankfurter Wachensturm im April 1833 über das Exil in der Schweiz und Paris bis zu seiner Ausweisung nach England Ende 1839. Während seines schweizer Exils erfolgte sein »endgültige(r) Übergang ins sozialpolitische Lager des Arbeiterstandes« (54), nachdem er dort eine Lehre als Bierbrauer gemacht hatte. In Paris war er an der Konstituierung des »Bundes der Gerechten« beteiligt; das Manuskript über Gütergemeinschaft, das Schapper für die Programmdiskussion in diesem Bund verfaßte, zitiert Kuhnigk in vollem Wortlaut (62ff.). Schapper wurde aus Paris verwiesen, nachdem er im Zusammenhang mit dem Aufstand der »Gesellschaft der Jahreszeiten« am 12. Mai 1839 verhaftet worden war.

Die zweite Lebensphase wird ausgefüllt durch seine Tätigkeit im von ihm maßgeblich gegründeten Londoner Arbeiterbildungsverein. Hier entfaltet er die wohl größte Wirksamkeit seines Lebens; Kuhnigk bezeichnet das Jahr 1846 als »das Jahr des Schapper-Sozialismus innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung und deren Theorieentwicklung« (106). Hier in London wurde 1845/46 mit Wilhelm Weitling die »Gleichheits-Diskussion« geführt (94ff.); hier eröffnete Schapper »dem Schriftgelehrten Marx ein vorher und auch nachher so nie direkt vor Augen gehabtes Auditorium« (81); und hier wurde 1847 der »Bund der Kommunisten« gegründet, wobei Kuhnigk bestrebt ist, die besondere Bedeutung Schappers hierbei hervorzuheben, die von der bisherigen Ge-

schriftsschreibung nicht ausreichend gewürdigt wurde (119ff.). Bei der Behandlung von Schappers Differenzen zu Marx (z. B. 81) zeigt sich deutlich sein Bestreben, Schapper in eine sozialdemokratische Tradition zu stellen, wie er es bereits im Vorwort äußert (11).

Als dritte Phase behandelt Kuhnigk Schappers Aktivitäten in Deutschland während der Revolutionsjahre 1848/49, wo er gemeinsam mit Marx und Engels im Kölner Arbeiterverein agitierte und an der »Neuen Rheinischen Zeitung« mitarbeitete. Nachdem er Ende Mai 1849 aus Köln fliehen mußte, wandte sich Schapper nach Wiesbaden; er spielte eine wichtige Rolle beim nassauischen Demokratenkongreß, der am 10. Juni 1849 in Idstein stattfand. Kuhnigk behandelt diesen Kongreß sehr ausführlich, da »die Bedeutung Karl Schappers für die Geschichte der Arbeiterbewegung sowie für Demokratie und Sozialismus in Nassau bisher nur ungenügend zur Kenntnis genommen und noch weniger als bedeutend gewürdigt worden (ist)« (179). Die Diskussionsbeiträge Schappers werden daher ausführlich zitiert. 1850 mußte Schapper zum zweitenmal nach London ins Exil gehen, nachdem er aus Köln und Wiesbaden ausgewiesen worden war. Er blieb hier bis zu seinem Tode 1870. Diese Zeit, in die auch die Spaltung des Bundes der Kommunisten und das zeitweilige Zerwürfnis mit Marx fällt, behandelt Kuhnigk vergleichsweise kurz.

Das Buch ist von dem Bemühen gekennzeichnet, einer Geschichtsschreibung entgegenzutreten, die die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung fast ausschließlich auf die Personen Marx und Engels zentriert und dabei die Bedeutung anderer Arbeiterführer wie Karl Schapper, Wilhelm Weitling oder Stephan Born unterschätzt. Dabei schießt Kuhnigk jedoch oft über dieses Ziel hinaus, wenn er z. B. kaum belegbare Behauptungen aufstellt, wie etwa, »daß sich Marx und Engels schon 1850 grollend und schmollend hinter ihre Bibliotheksbücher beziehungsweise ins Fabrikgeschäftskontor zurückzogen« (81f.). Auch seine These, daß die »Diktatur des Proletariats« als Übergangszustand für Marx und Engels lediglich eine »Kompromißformel« (95) gewesen sei, ist nicht weiter fundiert und erscheint kaum haltbar.

Kuhnigk entwickelt den geschichtlichen Hintergrund von Schappers Wirken zu wenig. Er konzentriert sich auf die Person Schappers. Die Bedeutung seines Buches besteht daher vor allem darin, durch die ausführlichen Zitate wichtige Quellen allgemein zugänglich gemacht zu haben. Eine umfassende Würdigung Schappers im historischen Zusammenhang muß erst noch geleistet werden. Hans-Arthur Marsiske (Hamburg)

Ziebura, Gilbert: Frankreich 1789-1870. Entstehung einer bürgerlichen Gesellschaftsformation. Campus Verlag, Frankfurt/M./New York 1979 (245 S., Ln., 48,— DM)

Dieses Buch ist ein Ereignis in der bundesdeutschen Frankreichforschung: Gilbert Ziebura, Jg. 1924, weithin bekannt als hervorragender Kenner der französischen Politikgeschichte, legt den ersten Band einer dreibändig geplanten Geschichte der französischen »Gesellschaftsformation« von der Großen Revolution bis zur Gegenwart vor. Die ausdrückliche Verwendung eines historisch-materialistischen Begriffs im Untertitel deutet die »Kampfansage« (14) an, die Ziebura gegenüber der traditionellen Staatengeschichte, aber auch der etablierten, ausdrücklich nichtmarxistischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte formulieren will. In der Einleitung wird dies begründet: »Gesellschaftsformation« heißt zunächst und im allgemeinsten Sinn nichts anderes, als daß sich das Erkenntnisinteresse auf den *inneren Zusammenhang* und seine Bedingungen einer konkreten historischen Gesellschaft richtet. Die Beschäftigung mit der französischen Gesellschaftsformation hat dabei gezeigt, daß viele, freilich immer wieder neu durchdachte und empirisch verifizierte Elemente einer in letzter Instanz dem Materialismus verpflichteten Theorie aus dem Gegenstand der Darstellung mehr an Erklärung 'herauszuholen' vermögen als andere Ansätze.« (16) Muß man nun betonen, daß diese

Theorieverwendung in keiner Weise dogmatisch geschieht, vielmehr dem historischen Gegenstand (und der wissenschaftlichen Diskussion) gegenüber offen bleibt und die Theorie insofern als »in ständiger Revision befindlich« (16) begriffen wird?

Gegenstand dieses ersten Bandes ist die Entwicklung der französischen Gesellschaftsformation von der Krise des Ancien Régime bis zum Zweiten Kaiserreich (1852-70), d. h. die *Entstehung* einer mehr und mehr durch das kapitalistische Produktionsverhältnis dominierten Gesellschaft. Zieburas analysiert den in Frankreich vergleichsweise langsamen Übergang zur industriellen Produktionsweise in seiner nationalen Besonderheit, wobei er die Vielfalt ökonomischer, sozialer, politischer und kultureller Faktoren in ihrer strukturellen Verknüpfung zu fassen sucht. Die wechselnden Regimeformen erscheinen dabei als spezifische politische Verdichtungen asymmetrischer sozialer Kräfteverhältnisse (und -gruppierungen), die ihre indirekt determinierende Basis in den Entwicklungsschüben, Krisen und Stabilisierungen der Produktions- und Zirkulationsphäre finden.

Das klar gegliederte, mit einer ausgezeichneten kommentierten Bibliographie sowie Sach- und Personenregistern versehene Buch wurde ursprünglich als Beitrag zu dem von Th. Schieder herausgegebenen »Handbuch der europäischen Geschichte« (Bd.V) geschrieben — aber natürlich ohne die theoretische Einleitung! Daraus erklären sich auch einige Schwächen: Selbstkritisch verweist Ziebura auf »die noch immer relativ konventionelle Art der Darstellung, die, dem leider gängigen Verständnis eines Handbuchs entsprechend, optimale Information auf der Höhe des Forschungsstandes ohne explizite theoretische Begründung und schon gar ohne Anwendung eines, möglicherweise sogar innovativen theoretischen Bezugsrahmens vorzutragen hat. Die in der Einleitung skizzierten Grundlinien, denen die Analyse einer bürgerlichen Gesellschaftsformation verpflichtet sein sollte, scheinen in der Darstellung daher nur andeutungsweise durch. Dies gilt insbesondere für den als zentral angesehenen Auftrag, die historische Entwicklung weniger auf der Ebene politischer Systeme und Regierungen anzusiedeln als vielmehr im ihnen vorgelagerten Bereich der gesellschaftlichen Verhältnisse« (7). Insofern bleibe »die Physiognomie der gesellschaftlichen Klassen trotz mancher Bemühungen noch zu schemenhaft, was, wie richtig kritisiert wurde, an der häufig allzu stark im Holzschnitthaften verharrenden Darstellung der Lebensbedingungen von Bauern, Arbeitern und Bürgern deutlich wird« (7). Aber steckt die theoriebewußte sozialgeschichtliche Darstellungsweise nicht ohnehin noch in den Anfängen?

Neben einigen Quisquilien, die bei einer hoffentlich bald folgenden Taschenbuchausgabe berücksichtigt werden könnten — z. B. das unsaubere kategoriale Residuum »Arbeitnehmer« (46, 85), die unrichtige Dissoziation zwischen den Schneider-Werken und ihrem Sitz in Le Creusot (167, 182) oder die sicher nicht ernst gemeinte Begrenzung der »Klassengesellschaft modernen Typs« auf nur »fast ein Jahrhundert« (169), also die Zeit bis 1970 — möchte ich meinerseits als Kritikpunkt auf die etwas unbefriedigende Behandlung der »Ideologien« hinweisen: Trotz der so wichtigen Abgrenzung gegen eine politik- und ideengeschichtliche Sichtweise, geht es ja nicht darum, das ideologisch-kulturelle Moment völlig zu verdrängen, sondern ihm vielmehr seinen »richtigen« Ort im gesellschaftlichen Formationszusammenhang zuzuweisen. Zieburas den »Ideologien« gewidmete Abschnitte beschränken sich nun aber — wie übrigens häufig in der neueren sozialhistorischen Literatur — auf im Grunde traditionelle ideengeschichtliche Gesichtspunkte, anstatt gerade auch auf diesem Terrain den materialistischen Anspruch weiterzuführen und — z. B. im Anschluß an die neuere ideologie- und diskurstheoretische Diskussion — andersartige Fragestellungen zu entwickeln bzw. »anzuwenden«. So werden Ideologien nicht als »gesellschaftliche Verhältnisse«, sondern als bloße Ideen und Theorien begriffen (116), die der Historiker allenfalls inhaltlich referieren und dann mit der ihnen offenbar äußerlichen Realität in Bezug setzen kann. Ei-

ne symptomatische Überleitung lautet z.B.: »In dieses Bild fügt sich die ideologische Entwicklung nahtlos ein« usw. (76). Die theoretische Position eines Blanqui wird deshalb nicht als Diskurs ernstgenommen, sondern wirft lediglich »ein bezeichnendes Licht auf die Lage der Masse der Lohnabhängigen zwischen abstrakten Zukunftsmodellen und blindwütigem Aktionismus« (157). Umgekehrt heißt es zu Proudhon: »War sein zeitgenössischer Einfluß auf die internationale Arbeiterbewegung schwach, lebten seine Vorstellungen in der in Frankreich später bedeutenden, anarcho-syndikalistisch orientierten Gewerkschaftsbewegung weiter.« (135) Eine solche Aussage ist nicht nur sachlich problematisch, sondern auch analytisch unsinnig. Durch die Hintertür eines unreflektierten Ideologiebegriffs, so scheint mir, schmuggelt sich hier die alte Ideengeschichte, die Soziales »widerspiegeln« soll, wieder ein. Statt Verhaltensweisen, Denkmuster und auch theoretische »Systeme« als gesellschaftlich funktionierende und in Kämpfen einander durchkreuzende ideologische Formationen bzw. Praxen zu begreifen, wird — zumal in Bezug auf Sozialismus und Arbeiterbewegung — wieder die Geschichtsmächtigkeit von Theoretikern unterstellt: Da Cabets »Ideen nicht ohne Einfluß auf die Arbeiter blieben, liegt hier vielleicht eine Erklärung (unter anderen) für das Fehlen einer revolutionären Massenbewegung im Februar 1848« (157). Die aufgezwungene »konventionelle Art der Darstellung« allein kann solche Rückfälle nicht erklären. Vielmehr macht sich an diesen Stellen ein theoretisches Defizit des sozialgeschichtlichen Ansatzes bemerkbar, der paradoxerweise dazu neigt, die »Ideen« und das »Bewußtsein« der Geistesgeschichte zu überlassen. Auch die neuere Diskussion über »Arbeiterkultur« ist davon nicht ganz frei, insofern das folkloristische Interesse oft gegenüber dem analytischen überwiegt.

Trotzdem: Zieburas Versuch einer historischen Gesamtanalyse der französischen Gesellschaft im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert kann bereits jetzt als unentbehrliches Standardwerk gelten. Wir warten mit Spannung auf die beiden folgenden Bände (1871-1940; 1940 bis zur Gegenwart).
Peter Schöttler (Bremen)

Soziale Bewegung und Politik

Wilke, Manfred: Die Funktionäre. Apparat und Demokratie im Deutschen Gewerkschaftsbund. R. Piper und Co. Verlag, München 1979 (256 S., br., 26,— DM)

Über die Funktionäre des Deutschen Gewerkschaftsbundes erfährt man von Wilke überraschend wenig. Zur Quantität teilt er lediglich mit, daß innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes »ca. 10.000« (187) hauptamtliche und »500.000 bis 350.000« (187) ehrenamtliche Funktionäre, darunter »ca. 160.000 Betriebsräte« (183) tätig sind. Diese Zahlen schließt er nur ansatzweise (59, 53, 187) und nur beiläufig näher auf. Zur Qualität referiert er, daß hauptamtliche gewerkschaftliche Funktionäre »mehrheitlich« (217) aus Arbeiter- und Angestelltenfamilien kommen, einen niedrigen bis mittleren Schulabschluß haben und zunächst ehrenamtlich tätig waren. Diese Daten entnimmt er gewerkschaftlichen Quellen. Eine eigene empirische Erhebung, etwa der Funktionäre bestimmter Einzelgewerkschaften, Organisationsstufen oder Fachgebiete, nimmt er nicht vor. Die wichtige neuere empirische Erhebung von Witjes (C.W. Witjes: Gewerkschaftliche Führungsgruppen. Berlin/West 1976) bleibt unberücksichtigt. Wer eine empirische Überprüfung des von Wilke vertretenen theoretischen Ansatzes (vgl. Reinhard Crusius und Manfred Wilke: Elemente einer Theorie der Gewerkschaften im Spätkapitalismus. Berlin/West 1971) erwartet, wird enttäuscht.

Stattdessen zeichnet Wilke zunächst ausführlich die laut Satzung vorgesehene Organisationsstruktur des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der IG Metall nach (28-114), wobei er stets bemüht ist, den Einfluß freigestellter Betriebsräte (vgl. u.a. 35f.,

68, 112) und hauptamtlicher Funktionäre (vgl. u.a. 59, 68, 79, 86, 90) hervorzuheben. Im Ergebnis stimmt er (vgl. 192) Adolf Brock zu, nach dessen Ansicht die Mehrheit der Mitglieder durch eine aktive Minderheit majorisiert wird. »Diese Minderheit setzt sich zusammen aus den hauptamtlichen Funktionären der verschiedenen Organisationsebenen, den freigestellten Betriebsräten und den Vertrauenskörperleitungen.« (112) Merkwürdigerweise sieht Wilke dennoch letztlich die Interessen nicht nur der Mehrheit, sondern aller Mitglieder gewahrt, denn »der ... Funktionärsverband Gewerkschaft ... leistet, was seine Mitglieder von ihm erwarten« (227).

Nach der Organisationsstruktur behandelt Wilke einige Organisationsprobleme des Deutschen Gewerkschaftsbundes (114-180). Nachdem er zunächst die Einheitsgewerkschaft als Mythos bezeichnet hat, wobei er anscheinend die Einheitsgewerkschaft mit der »Allgemeinen Gewerkschaft« gleichsetzt und dann durch die Entstehung der Industriegewerkschaft die »Allgemeine Gewerkschaft« als weitgehend verhindert ansieht (116-126), und nachdem er kurz auf Probleme im Verhältnis von Betriebsräten und hauptamtlichen Funktionären sowie von Gewerkschaftsbund und Einzelgewerkschaften hingewiesen hat (126-131), behandelt er ausführlicher die Rolle der Vertrauensleute. Wenngleich auch hier eine eigene geschlossene Position nicht entwickelt wird, wird doch die Intention erkennbar, die Stellung der ehrenamtlich im Betrieb tätigen Vertrauensleute innerhalb der Organisationsstruktur der Gewerkschaften zu stärken (vgl. 132-143, sowie 36ff.) und die Vertrauensleute nicht als Vermittlung zwischen Organisation und Mitgliedern, sondern als unterste Gliederung der Organisation einzuordnen. Anschließend gibt er einige Argumente wieder, die für die vorherrschende Zentralisierung innerhalb der deutschen Gewerkschaften vorgetragen werden, ohne diese Argumente — Zentralisation des Kapitals, Bildung der Arbeitgeberverbände, Notwendigkeit von Bürokratie in Massengewerkschaften, Konzentration der Beitragseinnahmen — auch nur ansatzweise zu entkräften (143-152). Argumente gegen eine Dezentralisierung erwähnt er nicht einmal. Nachdem er kurz darauf hingewiesen hat, daß die Organisationsdebatte eingangs der siebziger Jahre weder zu einer Stärkung der kleineren gegenüber den großen Einzelgewerkschaften, noch zu einer Klärung der Arbeitsteilung zwischen Einzelgewerkschaften und Gewerkschaftsbund geführt hat (153-159), zeichnet er in Anlehnung an André Gorz ein verschwommenes Bild einer nicht mehr »subalternen«, innerhalb der Logik der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung verbleibenden, sondern »autonomen« über diese Logik hinausgehenden Gewerkschaft (159-163), die er vor allem durch die aus der Arbeitsteilung entspringende Subalternität der Gewerkschaftsmitglieder und die ebenfalls daraus entspringende Oligarchisierung der Gewerkschaftsorganisation und Gewerkschaftsbürokratie verhindert sieht (163ff.). Da er die Bürokratie in der Gewerkschaft ausdrücklich für notwendig befindet, lediglich die Frage stellt, »... wie sie nach außen die effektive Durchsetzung der Gewerkschaftspolitik organisiert und wie sie nach innen die gewerkschaftliche Willensbildung gestaltet ...« (167) und diese Frage nicht beantwortet, bleibt unklar, wie anders die Gewerkschaft organisiert werden soll. Fraglich bleibt daher auch, ob sie anders besser die Erwartungen ihrer Mitglieder erfüllen würde.

Die Gewerkschaft charakterisiert Wilke als »Funktionärsverband« (181-231), in dem hauptamtliche Funktionäre und freigestellte Betriebsräte die Willensbildung monopolisieren, wobei lediglich letzteren eine ambivalente, möglicherweise an den Interessen der Mitglieder im Betrieb zu orientierende, Rolle potentiell zugesprochen wird (191ff.). Entgegen dem eigenen demokratischen Anspruch erfolge die Willensbildung in der Gewerkschaft von oben nach unten (191). Die Funktionäre dieses »Funktionärsverbandes«, innerhalb derer Wilke zukünftig mittels des wieder zu verwendenden Titels »Gewerkschaftsbeamte« die hauptamtlichen von den ehrenamtlichen unterschieden sehen will (201ff.), verfügten über kein klares eigenes Bild ihres Berufs. Stattdessen sei ein an

deres Bild dieses Berufes, das des »Gewerkschaftsbonzen« weitverbreitet, das u.a. ausgangs der zwanziger Jahre von der kommunistischen Partei als »Kampfbegriff« (208) und von der nationalsozialistischen Partei als »Rufmordvokabel« (208) verwendet worden sei (vgl. 206ff.). Leider enthält sich Wilke einer eigenen Stellungnahme zu diesen Zerrbildern weitgehend. Stattdessen weist er darauf hin, daß die Diskussion über — gewerkschaftliche — Funktionäre und — vorgeblich von gewerkschaftlichen Funktionären angestrebten — »Funktionärsstaat« innergewerkschaftlich dazu benutzt werde, einer Diskussion über die Praxis hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionäre auszuweichen und diese somit der Kontrolle der Gewerkschaftsmitglieder zu entziehen (213ff.). Bedauerlicherweise verzichtet Wilke hier auf einen näheren Beleg. Nach einer vagen Skizze eines zutreffenderen Bildes des Berufs eines — hauptamtlichen — Gewerkschaftsfunktionärs (214ff.) setzt er diesen mit dem Manager in Kapitalgesellschaften gleich. »Die Gleichsetzung von Gewerkschaftsfunktionär und Manager, wobei letzterer das Leitbild ist, ist nicht nur gerechtfertigt wegen der Koordinationsfunktion nach innen und der Vertretung der Gewerkschaften nach außen, sondern auch dann, wenn man die Stellung der Funktionäre gegenüber den Mitgliedern mit der vergleiche, die die Manager in großen Kapitalgesellschaften gegenüber den Aktionären haben ...« (225) Für Wilke scheint gegen eine solche Gleichsetzung nicht einmal zu sprechen, daß ein Manager in großen Kapitalgesellschaften über Arbeitskräfte, Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände verfügt, ein Funktionär in einer Gewerkschaft hingegen weder über Arbeitsmittel noch über Arbeitsgegenstände in dieser Weise verfügen kann. Auch die Tatsache, daß die Mitglieder der Gewerkschaften über die Verweigerung der Arbeitskraft, über den Streik, in der Urabstimmung entscheiden und nicht ein Funktionär, letzterer also auch nicht in der Weise wie ein Manager über Arbeitskräfte verfügen kann, scheint keinen Unterschied auszumachen für Wilke. Nachdem Wilke noch die Behauptung übernommen hat, »daß nahezu die gesamte gewerkschaftliche Führungsschicht bis hinunter zur Bezirks- und Abteilungsebene ihr Jahreseinkommen vom kapitalistischen Gegner auf irgendeinem Umweg verdoppeln, verdreifachen, verfünffachen läßt« (229), und nachdem er innerhalb der hauptamtlichen Funktionäre zwischen »Verwaltern« auf der unteren und »Managern« auf der oberen Ebene zu unterscheiden empfohlen hat (230f.), spricht er einige aktuelle Probleme der Gewerkschaften, wie eine unzureichende Berücksichtigung der ausländischen, jugendlichen und weiblichen Arbeitenden und der Arbeitslosen kurz an (232ff.). Abschließend malt er ein apokalyptisches Bild der Zukunft der Gewerkschaften, indem er ausführlich (aus Franz Neumann: Behemoth, Frankfurt/M./Köln 1977) das Ende der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1933 zitiert (239ff.).

Durch Wilkes Arbeit zieht sich ein Ressentiment gegen hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre, das nicht durch eigene empirische Studien überprüft, sondern durch eine Fülle von eklektischen Zitaten zu begründen versucht wird. Es ist nicht zu erkennen, wie Wilkes Arbeit hauptamtlichen wie ehrenamtlichen Gewerkschaftlern und den Gewerkschaften weiterhelfen kann, da sie auch auf konkrete Alternativen — sieht man von der Intention ab, die Stellung der Vertrauensleute auch in der Gewerkschaft zu stärken — verzichtet.

Hans Willi Weizen (Berlin/West)

Treu, Hans-Eckbert: Stabilität und Wandel in der organisatorischen Entwicklung der Gewerkschaften. Eine Studie über die organisatorische Entwicklung der Industrie-gewerkschaft Bergbau und Energie. Rita G. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1979 (253 S., br., 28,— DM)

Im Vergleich zu anderen Einzelgewerkschaften, allen voran der IG Metall, aber auch der IG Chemie, der ÖTV, der IG Druck und Papier und anderen mehr, ist die IG Bergbau und Energie (IGBE) wissenschaftlich bislang kaum näher untersucht worden. Wäh-

rend frühere Zeitabschnitte der Bergarbeiterbewegung inzwischen detailliert aufgearbeitet worden sind, ist ihre jüngere Geschichte noch weitgehend unbeachtet geblieben. Auch der kürzlich erschienene Jubiläumsband zum 90-jährigen Bestehen der Bergarbeitergewerkschaft (Glück auf, Kameraden!, hrsg. v. Hans Mommsen und Ulrich Borsdorf, Köln 1979) macht dabei keine Ausnahme, obwohl gerade die IGBE zahlreiche Besonderheiten aufweist, die eine eingehende Untersuchung sinnvoll und nützlich erscheinen lassen. Auffallend ist bereits der ungewöhnlich hohe Organisationsgrad. Noch bemerkenswerter ist, daß gerade in einer Phase, wo durch die Kohlenkrise ein Großteil der Arbeitsplätze vernichtet wurde, einschneidende Rationalisierungsmaßnahmen vorgenommen wurden und sich die soziale Lage der Bergarbeiter insgesamt verschlechterte, die IGBE ihre sozialpartnerschaftliche Politik fortsetzen und Arbeitskämpfe weitgehend vermeiden konnte, ohne organisatorisch irgendwelchen Schaden zu nehmen. Die gewerkschaftliche Führung konnte im Gegenteil ihre Position innerhalb der Organisation festigen und ausbauen. Dabei waren die Bergarbeiter, wie zuletzt die Septemberstreiks von 1969 zeigten, keineswegs besonders zurückhaltend oder untätig geblieben, und ebenso wenig war die Politik des Vorstands durchweg auf Zustimmung gestoßen.

Um erklären zu können, warum die Kohlenkrise ohne dauerhafte organisatorische Einbrüche oder Schäden für die IGBE verlief, wird man über organisationspolitische Maßnahmen (Werbeaktionen, verstärkte Schulungsarbeit, Wiedereinführung der Betriebskassierung im April 1967) hinaus untersuchen müssen, wie die Kohlenkrise sozial bewältigt wurde. Ausschlaggebend war dafür neben staatlichen Finanzierungsspielräumen vor allem die besondere Arbeitsmarkt- und Beschäftigungslage. Obwohl die Anzahl der Beschäftigten im Steinkohlenbergbau drastisch verringert wurde, wurden nämlich fast ständig bestimmte Arbeitskräfte (jüngere, leistungsfähige Bergarbeiter, Handwerker) gesucht, und die Bergwerksgesellschaften waren mit allen Mitteln bemüht, diese stark umworbenen Arbeitskräfte dem Bergbau nach Möglichkeit zu erhalten. Trotz der Kohlenkrise mußten deshalb Beschäftigungsanreize gegeben werden, und neben tarifpolitischen Verbesserungen konnte die IGBE ein ganzes Bündel flankierender sozialpolitischer Absicherungsmaßnahmen (Sozialpläne, Umschulungen, Frühverrentung) durchsetzen, das vielfältigen Schutz vor sozialen Härten bot. Die Kritik, die zeitweilig an der Politik des Vorstands geübt wurde, war insofern weniger grundsätzlicher Art, sondern richtete sich viel mehr dagegen, die vorhandenen Möglichkeiten in der Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen nicht immer ausreichend genutzt zu haben. Hinzu kommt, daß der Staat bei fast allen Konflikten, also auch bei Tarifauseinandersetzungen, unmittelbar gefordert war. Nicht nur die Bergwerksgesellschaften erwarteten von ihm finanzielle Unterstützungsleistungen, sondern auch die Bergarbeiter erhofften sich von ihm Hilfe und sozialen Beistand. Unzufriedenheit und Enttäuschung trafen deshalb mehr noch die Bundes- und Landesregierung als die IGBE.

Die Untersuchung von Treu wird den damit aufgeworfenen Problemen nicht annähernd gerecht. Schon ihr theoretischer Ansatz erweist sich als völlig ungeeignet, die organisatorische Entwicklung der IGBE in ihrer Besonderheit zu erfassen, geschweige denn zu erklären. Ausgehend von der globalen, organisationssoziologischen Fragestellung, in welcher Weise sich die IGBE an die sich verändernde »Umwelt« strukturell angepaßt hat, konzentriert sich nämlich Treu auf die »Dispositionseigenschaften der Organisationsgestalter« (9) und kommt schließlich zu dem immer schon unterstellten »Ergebnis«: »Gewerkschaften sind Organisationen, deren organisatorische Anpassungsstrategien durch das Selbstverständnis und die verhaltensleitenden Normen und Wertvorstellungen der Mitglieder des Hauptvorstandes geprägt werden.« (203) Die Anlage seiner Untersuchung läßt für eine andere Interpretation auch keinen Raum. Treu stürzt sich nämlich auf gewerkschaftsinterne Unterlagen (Protokolle und Jahrbücher), die ihm die Datenbasis liefern, und vor allen Dingen auf Interviews mit Sekretären aus der

Hauptverwaltung der IGBE, aus denen er seine Einschätzung gewinnt. Das Bild, das er auf dieser Grundlage zeichnet, drückt zweifellos auch das Selbstverständnis des hauptamtlichen Gewerkschaftsapparates aus. Eine Analyse und Erklärung der organisatorischen Entwicklung kann es allerdings schon deshalb nicht sein, weil es den tatsächlichen historischen Verlauf nur verzerrt und gefiltert wiedergibt. Wie wenig Treu die Angaben überprüft, zeigt sich etwa an seiner These: »Den Anträgen des Vorstandes wurde jeweils mit deutlichen Mehrheiten zugestimmt, eine breite Opposition hat sich nie gebildet (oder bilden können). Es wurde sogar ... die Apathie der Mitglieder bemängelt, die es notwendig erscheinen ließ, Basisaktivitäten von 'oben' zu inszenieren.« (115) Ein Blick auf die Auseinandersetzung über das Arbeitszeitabkommen im April 1959, auf die Tarifrunden im Mai/Juni 1962 und im Juni 1966, auf die Protestdemonstration im Oktober 1967 sowie auch kleinere Abstimmungen widersprechen jedoch dieser Behauptung.

Wie oberflächlich Treu die sozialen Prozesse zur Kenntnis nimmt, wird nicht zuletzt auch daran deutlich, daß seine Argumentation immer dann nachlässig, ungenau und unzureichend belegt wird, wenn er die Diskussion organisationssoziologischer Theorien verläßt. Die Vordatierung der Kohlenkrise auf Ende 1956 (29, 40), obwohl ihre ersten Anzeichen erst zum Jahreswechsel 1957/58 erkennbar wurden, bildet nur die Spitze eines Eisbergs. Zahlreiche andere Beispiele ließen sich aufzählen. Die Untersuchung verliert jedoch vollends dadurch an Wert, daß selbst die tabellarischen Zahlensammlungen, mit denen sie reichlich gespickt ist, nicht immer zuverlässig sind (vgl. etwa 154, Tab. 16) oder wichtige Angaben überhaupt nicht enthalten, etwa zum Beschäftigungsanteil und zum gewerkschaftlichen Organisationsgrad der ausländischen Arbeiter oder zu den Ergebnissen der Betriebsratswahlen im Bergbau.

Karl Lauschke (Dortmund)

Blüm, Norbert: Gewerkschaften zwischen Allmacht und Ohnmacht. Ihre Rolle in der pluralistischen Gesellschaft. Verlag Bonn Aktuell, Stuttgart 1979
(208 S., br., 19,80 DM)

Anders als vor einiger Zeit Edmund Stoiber (CSU) (vgl. Rohmaterialien zur DGB-Diskussion, in: *Industriegewerkschaft Metall* [Hrsg.], Spalte und herrsche, F.J. Strauß und die Einheitsgewerkschaft, Frankfurt/M. o.J., 31-35) bejaht Norbert Blüm (CDU) zwar einerseits die Einheitsgewerkschaft, wenngleich er sich als Vorsitzender der auch Mitglieder der Deutschen Angestelltengewerkschaft und des Deutschen Beamtenbundes umfassenden Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft weder zum Verhältnis dieser anachronistischen Standesorganisationen zur Einheitsgewerkschaft Deutscher Gewerkschaftsbund äußert, noch auf das Verhältnis des in der CDU und CSU gleichfalls heimischen Christlichen Gewerkschaftsbundes zum DGB eingeht, aber er bejaht die Einheitsgewerkschaft nur eingeschränkt. Uneingeschränkt bejaht er nur eine programmatisch wie organisatorisch wesentlich veränderte Einheitsgewerkschaft.

Auf diese von Norbert Blüm angestrebten Modifikationen der Einheitsgewerkschaft gilt es näher einzugehen. Nicht eingegangen werden soll erstens auf die von ihm skizzierte Geschichte der freien Gewerkschaften (16-27), mit der er zu belegen versucht, daß diese sich erst spät etwas von sozialdemokratischer Gängelung freizumachen vermocht hätten, und der christlichen Gewerkschaften in Deutschland (28-32), die laut Norbert Blüm belegt, daß jene klerikaler Bevormundung stets mannhaft widerstanden hätten. Ebenfalls nicht kritisch behandelt werden soll der anschließende knappe Versuch, eine Typologie der Gewerkschaften zu entwickeln, welche eine klassische, eine revolutionäre, eine staatsgewerkschaftliche und eine befestigte Gewerkschaft unterscheidet (44-51). Obwohl er den DGB dem Typus der befestigten Gewerkschaft zuschlägt (49), geht er mit keinem Wort auf Goetz Briefs als den Schöpfer dieses Begriffs in den

fünfziger Jahren und dessen Vorschläge zur Behandlung solch einer befestigten Gewerkschaft ein. Immerhin lehnt Norbert Blüm die Anwendung staatlichen Zwangs gegen die Einheitsgewerkschaft mittels eines Verbändegesetzes ab (82f.). Er versäumt aber nicht, dieser die Selbstbeschränkung auf das Thema »Arbeit« (74ff.) nahezu legen. Drittens kann hier auch nicht eine Debatte über die von Norbert Blüm skizzierte Pluralismustheorie (52ff.) begonnen werden, in der er etliche abendländische Denker der Neuzeit — von Rousseau, Hobbes, Locke, Hume über Fraenkel, Laski, Habermas bis hin zu Dahrendorf, Sontheimer und Pross — mit durchschnittlich einem Gedanken zu Wort kommen läßt, um seine Vision einer pluralistischen Gesellschaft zu begründen. »Die Konzertierte Aktion«, so schließt Norbert Blüm diese Skizze ab, »könnte eine Modell sein für kooperativen Pluralismus, in dem der Staat als Dritter im Spiel der Interessengegensätze einen Zwang zur Rationalität der Übereinkünfte auslöst.« (73)

»Die deutsche Einheitsgewerkschaft wäre nach dem Zusammenbruch als Ziel nicht so unumstritten gewesen, wie sie es war, wenn sie nicht die Erfahrung der historischen Schuld einer zerstrittenen Arbeiterbewegung und nicht den im Widerstand erhärteten Zusammenhalt der Gewerkschafter als Gründungsauftrag empfunden hätte. Das ungeschriebene Testament des Widerstands der Arbeitnehmerbewegung ist die Einheitsgewerkschaft.« (41) So zutreffend es ist, daß die negative politische und ökonomische Erfahrung der Jahre nach 1933 die Einheitsgewerkschaftsgründung beförderte, so unvollständig bleibt es, nur darin den Existenzgrund und in deren angelegentlichem Schwinden eine Existenzgefährdung der Einheitsgewerkschaft zu sehen. »Die existentiellen Gründe der Einheitsgewerkschaft, erhärtet im Widerstand gegen Hitler, schwinden mit den Gründern. Wird eine nachwachsende Generation die Einsichten haben, das Erbe der Erfahrungen ihrer Väter zu bewahren?« (43) Sicherlich, denn ein existentieller Grund der Einheitsgewerkschaft schwindet keineswegs, sondern bleibt dauernd erfahrbar. Dies ist die Erfahrung ihrer Mitglieder, daß die Einheitsgewerkschaft in Prosperität wie Krise sehr viel eher in der Lage ist, die den Preis der Ware Arbeitskraft mindernde und ihren Verkauf zusätzlich gefährdende Konkurrenz unter den Arbeitern zu verringern, als es Richtungsgewerkschaften können. Diese tragen eher noch ein zusätzliches, weltanschauliches Moment der Konkurrenz zwischen die gewerkschaftlich organisierten Anbieter der Ware Arbeitskraft.

Einige der von Norbert Blüm angeregten strukturellen Änderungen, wie die Stärkung des DGB gegenüber den Einzelgewerkschaften (184ff.) und der kleineren Einzelgewerkschaften im DGB (186ff.), sind zwar vage, aber diskutabel, wenige, wie der Gedanke an einen innergewerkschaftlichen »Rechnungshof« (196), sogar ebenso konkret wie originell. Viele geforderte Änderungen aber sind wenig sinnvoll bis schädlich. »Arbeitsgruppensprecher« (195f.) neben Vertrauensleuten und Betriebsräten und »mehrere Betriebsratswahllisten einer Gewerkschaft« (195) führten vor allem zur Zersplitterung. Ein »gegenüber dem Entscheidungszentrum mit Vetorecht ausgestattetes Gegenzentrum« (182) oder eine vorzuschreibende »Einstimmigkeit« (182) in Entscheidungsgremien führten zu Lähmung. Weitere »Arbeitskammern« (80), die Norbert Blüm kaum gegen gleichlautende, etwa auch von Edmund Stoiber (CSU) erwogene reaktionäre Vorschläge abzugrenzen vermag, bedeuten eher eine Konkurrenz der Einheitsgewerkschaft und deren Auszehrung als eine »Entfettungskur des Gewerkschaftsapparates« (80). Auch die programmatischen Vorschläge von Norbert Blüm, die weder ein klares Ja zur 35-Stundenwoche (vgl. 126ff.), noch ein unmißverständliches Nein zur Aussperrung (vgl. 97ff.) einschließen, bedeuten häufig Rückschritt für die Einheitsgewerkschaft. Dies illustriert auch seine eine ausführliche Deskription (111ff.), aber keine zureichende Analyse bietende Behandlung der Krise. »Die Überwindung der Krise« — so Norbert Blüm zutreffend — »darf nicht zu jenen Ursachen zurückführen, deren Wirkung die Krise selber ist. Die nächste Krise wäre so in die Überwindung der gegenwärtigen

schon einprogrammiert.« (131) Ob Vermögensbildung in vereinzelter Arbeiterhand (165ff.), Humanisierung der Arbeit (137ff.) und Arbeitsmarktpolitik (111ff.) allein die Ursachen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise dauerhaft überwinden könnten, ist mehr als zweifelhaft.

Sieht man von der oft werbewirksamen Sprache einmal ab, dann bleibt in der Sache wenig mehr als ein eingeschränktes Ja zur Einheitsgewerkschaft übrig. Es bleibt abzuwarten, ob Norbert Blüm dafür organisatorisch und programmatisch eingangs der achtziger Jahre ähnlich viel einzutauschen vermag, wie dies einem Teil der christlich-demokratischen Mitglieder des DGB Mitte der fünfziger während der Bildung der Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands gelang.

Hans Willi Weinzen (Berlin/West)

Siegfried, Klaus-Jörg: Klerikalfaschismus. Zur Entstehung und sozialen Funktion des Dollfussregimes in Österreich. Verlag Peter Lang, Frankfurt/M. 1979 (132 S., br., 34,60 DM)

Siegfried untersucht die Herausbildung des Faschismus in Österreich zwischen 1930 und 1934 mit dem Ziel, eine »Verbindung zwischen der sozio-ökonomischen und politischen Ebene des Dollfuss-Regimes« herzustellen (9). Die österreichische Wirtschaft war vom internationalen Finanzkapital in einem solchen Ausmaß abhängig, daß dieses in Krisensituationen als Bedingungen für Kapitalanleihen die Außen- wie Wirtschaftspolitik des Landes diktieren konnte (15f., 20f., 31f.). An der Forderung nach außenpolitischer Neutralität zerbrach 1932 der regierende »Bürgerblock« von »Christlich-sozialer Partei« und »Großdeutschen«, da letztere auf den »Anschluß« an Deutschland drängten; die international festgelegte Wirtschaftspolitik mit dem Ziel, die Verluste der Weltwirtschaftskrise auf die Werktätigen abzuwälzen, verschärfte den Gegensatz zwischen Christsozialen und Sozialdemokraten (32). Aus den Forderungen des internationalen Kapitals resultierte unmittelbar eine innenpolitische Krise, die Christlichsozialen fanden keine parlamentarische Mehrheit mehr, worauf Dollfuss im März 1933 verfassungswidrig das Parlament auflöste (34). Gestützt auf die repressiven Staatsapparate setzte er dann den Abbau der sozialen und politischen Errungenschaften durch (36ff.), gegen den halbherzigen Widerstand der reformistischen Sozialdemokratie (54ff.). Da Dollfuss' Politik ausschließlich auf die Interessen von Finanzkapital und Großgrundbesitz zugeschnitten war, entstanden Gegensätze zu den Vertretern der Bauern und des Mittelstands in der Regierung, die daraufhin abgelöst wurden (59f.). Dollfuss löste im Herbst 1933 die politischen Parteien auf zugunsten der »Vaterländischen Front, einer nach faschistischem Vorbild organisierten Führerpartei« (60). Er erreichte zugleich eine Verständigung mit der katholischen Kirche, die nach Abschluß eines Konkordats im Juni 1933 »zum aktiven Eingreifen zugunsten einer faschistischen Neuordnung« überging (68).

Das Buch gibt einen vorzüglichen Überblick über die ökonomischen und politischen Entwicklungen, die zum Austrofaschismus führten. Diese historische Darstellung wird dann zur Faschismus-Diskussion in Beziehung gesetzt. Siegfrieds methodischer Ansatz besteht darin, den Umbruch von der bürgerlichen Demokratie zum Faschismus »durch den Verlauf der kapitalistischen Produktion und Reproduktion zu erklären« (7), die damit »im Mittelpunkt der Untersuchung stehen« muß (78). Er wendet sich gegen einen »Katalog gleichgewichtiger Wirkungsfaktoren« (79) in der Faschismustheorie, den er von Kühnl vertreten sieht (5f.), weil damit die »für die Entstehung und soziale Funktion des Faschismus konstitutiven Bewegungsgesetze des Kapitals« relativiert würden (79). Das von Siegfried ausgebreitete Material ist jedoch komplexer als seine theoretische Verallgemeinerung: es zeigt nicht nur *eine* Ursache für die Herausbildung des Austrofaschismus, sondern *verschiedene* Kräfte (Finanzkapital, Regierung, Staatsappa-

rate, Parteien, Massenbewegung »Heimwehr«, Kirche) — deren Wirkung sicher nicht »gleichgewichtig« war, die aber mit ihrem spezifischen Gewicht einwirkten. Bereits der Zentralbegriff »Klerikal-Faschismus« impliziert, daß es sich um ein gegliedertes Ganzes mindestens zweier verschiedener Kräfte handelt, deren Verbindung nicht allein aus dem Reproduktionsprozeß des Kapitals abzuleiten ist. Eckhard Volker (Berlin/West)

Aspetsberger, Friedbert: Literarisches Leben im Austrofaschismus. Der Staatspreis. Verlag Anton Hain, Königstein 1980 (222 S., br., 48,— DM)

Aspetsberger dokumentiert die Politik der österreichischen Kultusbürokratie zwischen 1934 und 1938, die darauf zielte, eine spezifisch österreichische Literatur und Kunst zu fördern — als Beitrag zur Entwicklung einer österreichischen nationalen Identität. Hintergrund dieser Politik war innenpolitisch der Hegemonieverlust des Regimes nach der Niederschlagung des sozialdemokratischen Aufstands von 1934, außenpolitisch der drohende »Anschluß« an das faschistische Deutschland. Die österreichische Führung versuchte, beiden Gefahren durch den Aufbau einer wesentlich kulturell fundierten »Österreich-Idee« zu begegnen. Die kulturpolitischen Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Ideologie imitierten freilich, was die deutschen Konkurrenten seit 1933 realisiert hatten: den Kampf gegen liberale und sozialistische Kunstrichtungen (40f.); die Förderung von Künstlern völkischer Gesinnung, etwa durch die Vergabe von »Staatspreisen« (3f.); den Versuch zur Einrichtung einer ausschließlich völkisch besetzten »Schrifttumskammer« (33ff.); die Anmeldepflicht für alle Theateraufführungen bei der staatlichen »Österreichischen Kunststelle« (60); staarliche Verbotslisten für Bücher mit den Kategorien »sozialistisch« und »nationalsozialistisch« (47), schließlich die Zusammenfassung aller Kulturorganisationen im Dachverband »Neues Leben« nach dem Vorbild von »Kraft durch Freude« (61f.). Wie in Deutschland, so wurden auch hier Kompetenzen im Staatsapparat zentriert, die zuvor von verschiedenen Instanzen der »Kulturgesellschaft« (im Sinne von Gramscis »società civile«) ausgeübt worden waren — ein wesentliches Merkmal faschistischer Politik.

Nicht zu übersehen sind aber auch die Unterschiede: während die völkischen Positionen im faschistischen Deutschland über eine Randstellung nicht hinauskamen, waren sie in Österreich dominierend. Außerdem forderte die außenpolitische Gegnerschaft eine andere Konzeption des Völkischen als in Deutschland, als »völkisch« wird das Österreichische im Gegensatz zum Deutschen aufgefaßt (64, 88). Die so konzipierte »Österreich-Idee« wird dann mit dem Katholizismus artikuliert: die Ideologen des Austrofaschismus präsentieren Österreich als einen Staat, der den Richtlinien der päpstlichen Enzykliken entspricht (3). In der Kulturpolitik stellt man daher religiöse Praxen ins Zentrum, so wird z.B. eine Pflichtvorlesung in katholischer Philosophie eingeführt (50). Die deutschen Faschisten bekämpften ihrerseits den Katholizismus als Zentrum der Abwehr ihrer Politik. Sie versuchten, das Völkische aus seiner Beschränkung auf Österreich zu lösen und in eine großdeutsche Konzeption zu integrieren. Aspetsberger zeigt so die völkische Ideologie als Kampffeld zwischen deutschem Faschismus und österreichischem Katholizismus. Da die österreichischen Katholiken selbst in diesem Kampf gespalten waren (68ff.), blieb die Wirkung der »Österreich«-Ideologie gering. Die ideologische Nachbarschaft erlaubte Übergänge von einer Seite zur anderen, besonders nach dem »Anschluß«, als z.B. viele Schriftsteller problemlos auf die Seite Hitlers übergingen und sein Reich mit gleicher Emphase feierten wie zuvor den österreichischen »Ständestaat« (102). Die katholischen Spitzenpolitiker dagegen wurden von den Nazis ausgeschaltet — sie konnten nach 1945 im Rahmen der ÖVP ihre völkischen Positionen unverändert wiederaufnehmen und zur dominierenden kulturpolitischen Linie bis weit in die 50er Jahre ausbauen (110ff.). Das von Aspetsberger ausgebreitete Material zeigt konzeptive Ideologen bei ihrer Arbeit, der Ausarbeitung und Realisierung ei-

ner Kulturpolitik: der Autor selbst verzichtet auf verallgemeinernde Schlußfolgerungen, etwa zu den Gründen für die Wirksamkeit oder Wirkungslosigkeit der ausgearbeiteten Konzepte.

In einem zweiten, kürzeren Teil untersucht Aspetsberger die literarische Produktion einzelner Träger des »Staatspreises«. Ausführlich analysiert werden die Werke Josef Wenters, der trotz seiner nationalsozialistischen Parteizugehörigkeit bereits im »Ständestaat« zu Ehren kam. Seine Führer-Dramen zielen darauf ab, den Nationalsozialismus mit dem Katholizismus zu versöhnen. Er stellt am »Führer« das Religiöse heraus und arbeitet so an einer »religiösen, heilsbewußten Überhöhung der Politik« (128) — wie sie zur gleichen Zeit auch bei Werfel und Hofmannsthal zu beobachten ist (128). Wenter setzt so die Attraktionskräfte des Religiösen für die neue politische Bewegung ein. Als Gegenpol zu einer explizit politischen Thematik stellt sich das Werk Heinrich Waggers dar, der mit seiner »Beschränkung auf das Alltägliche, Kleine, 'Normale'« (162) der erfolgreichste österreichische Autor dieser Zeit und bis in die Gegenwart geblieben ist (156f.). Die Vorliebe für die literarische Konstruktion eines »Postkarten-Alltags« findet sich bei allen Trägern des »Staatspreises«; der Kulturpolitiker Henz charakterisiert diese katholische Masseliteratur als »Kindernovellen, Ministrantengeschichten, Romane von kreuzbraven Bauern und verrückten Großstädtern« (108). Das Katholische ist hier mit idyllischen Alltagsszenen artikuliert; so ist der Blick Waggers »immer weit auf Gott, eng gegenüber der gesellschaftlichen Wirklichkeit, um auf diese Weise Schönes zu sehen« (159). Aspetsberger bezeichnet ihn daher als Exponenten der »Entfremdung von individuellen Bedürfnissen und gesellschaftlicher Realität, der immer wieder ins Kindliche bzw. in die Natur regrediert« (159). Seine ideologiekritische Einschätzung wirft die weitergehende Frage auf, wie diese religiöse Literatur es fertigbringt, daß die Leser ihre Entfremdung als Nicht-Entfremdung leben können — die Frage also nach den literarischen Subjekt-Effekten und ihrer Wirkung zur Stabilisierung der bürgerlichen Gesellschaft. Eckhard Volker (Berlin/West)

Ökonomie

Heseler, Heiner: Technischer Fortschritt, Kapitalakkumulation und Kapitalentwertung. Campus Verlag Frankfurt/M./New York 1980 (234 S., br., 34,— DM)

Heseler untersucht die Interdependenz von technischem Fortschritt und gesellschaftlichen Verhältnissen. Ausgangspunkt ist die Werttheorie. Er analysiert die Wirkungen des technischen Fortschritts auf die verschiedenen Elemente des Kapitals, und dabei spitzt sich die Arbeit zu auf die Untersuchung der Wirkungsweise des technischen Fortschritts auf den Wert des fixen Kapitals und das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Der Autor gelangt zu dem Schluß, daß die Ergebnisse zwar in die Richtung steigender organischer Zusammensetzung des Kapitals deuten, die Profitrate aber in der historischen Entwicklungsperspektive nicht notwendig einem säkular steigenden Trend folgen muß.

Ein ganzes Kapitel widmet Heseler der Überakkumulation und Entwertung von Kapital als kapitalistischer Form der Entfaltung der Produktivkräfte. Der zunehmende Widerspruch zwischen Kapitalfixierung und Kapitalbewegung findet dabei sein besonderes Interesse, d. h. er konzentriert sich stark auf die Entwicklung des fixen Kapitals, auf das Wachstum des Kapitalminimums, die sprunghafte Ausdehnung der Kapazitäten und die Marktgrenzen, die sich dabei der Bewegung des Kapitals entgegenstellen. Freilich übersieht er dabei völlig die Bedeutung der Kapitaleigentumsstrukturen, die heutzutage monopolistisch zementiert sind und folglich jede Entfaltung der Produktivkräfte in Anpassung an die Marktgrößenordnungen beeinflussen und hemmen (vgl.

90ff.). Übertaupt erfaßt der Autor die Dialektik im Verhältnis von Monopol und Entwicklung der Produktivkräfte nicht ganz. Er sieht nicht so recht das »sowohl als auch«, sondern nur das »entweder, oder«, d.h. das Monopol kann ihm, scheint's, nur Hemmnis oder Beförderer der Produktivkraftentwicklung sein, nicht aber beides, je nach der konkreten Situation. Eine »Leninsche Stagnationstheorie des technischen Fortschritts« (211) gibt es nicht. Seine Argumentation in diesem Zusammenhang — und im Gegensatz zu anderen Teilen — ist auch merkwürdig schwach. In einem breiten Exkurs sucht er nachzuweisen, daß die amerikanische Stahlindustrie den technischen Fortschritt nicht verschlafen habe, und er stützt sich dabei nur auf das LD-Verfahren, das sicherlich als Beispiel dienen kann, aber den Problembereich keineswegs auch nur annähernd erfaßt. Ein wesentliches Argument ist ihm dabei auch noch das junge Alter der Anlagen in diesem Zweig in den USA, das eine Erneuerung blockiert habe (vgl. 214). Als wenn es dem Kapital im Konkurrenzkampf etwas nützen könnte, wenn seine veraltete Technik noch jung an Jahren ist. Nach Lebensalter und Gebrauchswert der Anlagen richtet sich der moralische Verschleiß nicht. Wenn veraltete Technik noch bestehen kann, so kann das aber sehr wohl daran liegen, daß das Kapital monopolisiert ist. Wenn in der Stahlindustrie eine kontinuierliche Erhöhung der Erzeugerpreise in den USA mit der Nichteinführung moderner Technik parallel läuft, wenn überdies noch eine ganze Reihe anderer Faktoren, die die technische Entwicklung hemmen, wie die Zersplitterung der Produktion trotz Riesenkonzernen, darauf hindeuten, daß dort tatsächlich der Zweig monopolistisch beherrscht ist, wenn schließlich die US-Stahlindustrie in die Breddouille gerät, sobald sich die Konkurrenz aus Übersee bemerkbar machen kann, so scheint die Entwicklung in den USA wohl doch die These zu bestätigen, daß das Monopol ein ganz beträchtliches Element der Stagnation enthält. Ich würde nicht darauf eingehen, wenn dies nicht Schlußfolgerungen beim Verfasser blockieren würde. Aus seiner Darstellung des Widerspruchs zwischen Kapitalfixierung und Kapitalbewegung ergäbe sich logisch eine genauere Untersuchung der suboptimalen Entwicklung der Produktivkräfte unter kapitalistischen Bedingungen heute.

Das schmälert aber den Wert des Buches nicht, weil die Gründlichkeit, mit der er die Problematik in ihrer Vielschichtigkeit angeht, immer wieder erstaunt und auch wichtige Ergebnisse zeitigt. Wichtig zum Beispiel seine Untersuchung der Einwirkung der technischen Fortschritts auf die Struktur des Kapitals, die ihn in Bezug auf den sogenannten anlagekapitalsparenden Typ der Technik zu dem Hinweis veranlaßt, daß die Kritik an einer langfristig steigenden Wertzusammensetzung des Kapitals oft auf eklatanten Mißverständnissen beruht. Bei steigender Leistungsfähigkeit der Maschinerie kann, so führt er aus, der Wertübertragungsteil von fixem Kapital pro Outputseinheit absolut fallen, obgleich er relativ im Vergleich zu den anderen Wertbestandteilen wächst (52).

Schade, daß Heseler hier die Untersuchung nicht weiterführt. Mit diesem Hinweis nimmt er der gängigen Formel vom anlagekapitalsparenden Typ der Technik, der angeblich das Gesetz der steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals umkehre, jede Grundlage. Seit Gillmans berühmtem Buch über das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate gibt es nämlich keine Untersuchung, die wirklich einmal analysiert hätte, welche Prozesse sich in diesem Zusammenhang wirklich abspielen. Gillman stellt fest, daß das fixe Kapital in der verarbeitenden Industrie der USA von 1947 bis 1968 nur auf 205 Prozent, ihre Produktion aber auf 251 Prozent gestiegen war. Aus dieser Differenz schloß er, daß der Verschleißteil von fixem Kapital je Erzeugniseinheit gefallen sei. Und weil in dieser Periode auch in vergleichsweise breitem Maße automatisiert, d.h. hochleistungsfähige Maschinerie eingeführt wurde, folgerte er weiter, daß sich in diesem spektakulären Fall des Verschleißteiles von fixem Kapital je Erzeugniseinheit eben die Wirkung des anlagekapitalsparenden Typs der Technik zeige. Das Aufkom-

men dieser Technik bewirke also, daß die Marx'sche Ableitung einer notwendig steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals nicht mehr stimme. Für Gillman war dies noch vorsichtiges Tasten und zur Diskussion stellen von ersten Erkenntnissen, die sich aus dem ersten Versuch empirischer Verifizierung theoretischer Erkenntnisse ergaben. Für die meisten seiner Nachfolger war es dann schon gesicherte Erkenntnis. Wohl-tuend daher Heseler's wissenschaftliche Genauigkeit. Für ihn stehen die o.a. nebeneinander ablaufenden Ereignisse nicht unbedingt in einem Kausalzusammenhang, und hätte Heseler hier weiter geforscht, wäre er darauf gestoßen, daß Gillman hier irrt.

Geht man ins Detail, so findet man umgehend heraus, daß dieser anlagensparende Charakter der modernen Technik jener Zeit sich wirklich nur auf den Verschleißteil von fixem Kapital je Erzeugniseinheit bezieht. Die organische Zusammensetzung des Kapitals — und auf sie kommt es ja beim Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate allein an —, aber wird durch keine Technik so sehr in die Höhe getrieben, wie durch diesen angeblich anlagekapitalsparenden Typ.

Man schau sich doch bloß einmal eine moderne Ölraffinerie jener Zeit an; gewissermaßen der Prototyp der »anlagekapitalsparenden« Technik, auf die man sich berief: Die Investitionskosten je Tonne Jahresproduktion sanken in der Tat auf ein bloßes Viertel des vorher üblichen Fixkapitaleinsatzes. Aber die Kapazität stieg dafür auch auf über das Zwölfwache und dies bedeutet, daß der Fixkapitaleinsatz sich absolut verdreifachte. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Beschäftigten auf nur mehr ein Drittel des vorherigen Standes. Selbst wenn man alle anderen Parameter mit berücksichtigt — Steigen der Löhne usw. — bleibt eine Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals im Verhältnis von 1 zu 3. Der Verschleißteil von fixem Kapital je Erzeugniseinheit sinkt freilich auf nur 22 Prozent des früheren Wertes. Es gibt zu jener Zeit keine Form dieser sogenannten anlagekapitalsparenden Technik — mir ist jedenfalls bisher keine bekannt geworden —, die nicht ebenso zu einer horrenden Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals geführt hätte. Wirklich anlagekapitalsparend, im Sinne des Wortes wie es hier gebraucht wird, war vielmehr die Weiterentwicklung der modernen Technik. In der Stahlindustrie steigerte sich z. B. der Einsatz von fixem Kapital bei Einführung moderner Technik bis auf DM 1200,—/t, um dann wieder auf ca. DM 600,—/t zu sinken.

Geht man noch mehr ins Detail, durch die neue Erkenntnis jetzt desillusioniert, so zeigt sich, daß Gillmans erster Schluß — der Verschleißteil von fixem Kapital je Erzeugniseinheit sei in jener Periode beträchtlich gesunken —, ebenfalls nicht zutrifft. Gillman setzt einfach Wachstum von Investitionen in Bezug zum Produktionswachstum. So einfach geht das aber nicht. Bau- und Ausrüstungsinvestitionen haben sehr unterschiedliche Umschlagszeiten und die Umschlagszeiten des fixen Kapitals und nicht sein absoluter Umfang sind maßgebend für den Verschleißteil, der jährlich auf das Produkt übertragen wird. Gillman selbst gibt im Anhang die Kennziffern für Bau- und Ausrüstungsinvestitionen getrennt an. Berechnet man danach den jährlichen Verschleißteil von fixem Kapital, so ist er auch je Erzeugniseinheit noch leicht angestiegen (Wachstum auf umgerechnet 264 Prozent). Untersucht man schließlich noch die Entwicklung des zirkulierenden konstanten Kapitals in dieser Periode — auf 200 Prozent gestiegen — und des variablen Kapitals — auf 174 Prozent gestiegen —, so ergibt sich schließlich auch so noch ein leichtes Wachstum der organischen Zusammensetzung des Kapitals der verarbeitenden Industrie der USA.

Beides, sowohl das relativ starke Zurückbleiben des Investitions- hinter dem Produktionswachstum als auch die vergleichsweise geringe Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, haben also ihre Ursache in einer Strukturverschiebung von den Bau- zu den Ausrüstungsinvestitionen. Das verblüffende Ergebnis der Detailuntersuchung ergibt also, daß Gillmans eigene Zahlen bei näherem Hinsehen nicht Gillmans

Schlußfolgerungen, sondern die von Marx bestätigen, denn hier war offensichtlich einer jener klassischen Faktoren am Werke, die dem Fall der Profitrate entgegenwirken und den Karl Marx schon ausdrücklich hervorhebt, wenn er auch nicht präzise diesen Fall im Auge hatte: Verschiebungen in der Struktur der gesellschaftlichen Produktion.

Ich will damit gar nichts gegen den anlagekapitalsparenden Typ der Technik an sich sagen. Es gibt ihn. In Bezug auf die Technik, die seinerzeit darunter subsumiert wurde, beginnt die eigentliche Zeit der Anlagekapitalersparnis freilich erst jetzt, mit dem Mikroprozessor. In Bezug auf die technologischen Produktionsgrundlagen, wenn auch nicht in Bezug auf den Umfang des fixen Kapitals, wirkt der Mikroprozessor genauso revolutionierend wie seinerzeit der Elektromotor. Der Elektromotor ermöglichte seinerzeit den Einzelantrieb der Maschinerie, damit den Übergang zur Fließfertigung und eröffnete so dem Kapital ganz neue Möglichkeiten der Vergesellschaftung der Produktion. Der Mikroprozessor ermöglicht den Übergang zur Einzelsteuerung der Maschinerie in allen ihren vielfältigen Funktionen. War der Elektromotor also Grundlage für die Fließbandfertigung, d. h. für die Sondermaschinenstraßen, folglich für eine gewaltige Ausdehnung des fixen Kapitals, so schafft der Mikroprozessor dem Kapital wieder Flexibilität. Er ermöglicht Automatisierung der Produktion unabhängig von der weitestgehenden Zerlegung des Arbeitsprozesses in einfache Arbeitsvorgänge und seiner Wiederausammensetzung im Fließband. In Bezug auf die Großserienfertigung, nicht aber in Bezug auf die Kleinserienfertigung, kann der Mikroprozessor also wirklich zur Einsparung von Anlagekapital führen. Sehr zweifelhaft bleibt aber, ob dies auch zu einer Senkung der organischen Zusammensetzung des Kapitals führt, denn in Bezug auf die Zahl der im Produktionsprozeß angewandten Arbeitskräfte hat er geradezu verheerende Folgen. Die volle Wirkung der vielberufenen anlagekapitalsparenden Technik wird also erst jetzt zur Geltung kommen, und es wird höchste Zeit, daß sich die Ökonomen wie die Gewerkschaften eingehend damit beschäftigen. Steigende organische Zusammensetzung des Kapitals bedeutet nämlich in diesem Falle nicht nur absolutes Sinken des variablen, sondern auch des fixen Kapitals. Mit anderen Worten: Investitionen und Beschäftigung gehen zurück; Investitionsförderung bedeutet in diesem Fall, beides zu befördern. — Es ist schade, daß Heseler hier nicht weiter vertieft hat. Seine systematische Gründlichkeit, mit der er die Fragen angeht, legt immer wieder die Grundlagen für solche interessante Fortführung der Untersuchung. Darin liegen auch die Anregungen, die das Buch verschafft und die es sehr empfehlenswert machen.

Robert Katzenstein (Berlin/West)

Weise, Peter, unter Mitarbeit von H. Biehlert, W. Brandes, H. Brezinski, Th. Eger und H. Meyer: Neue Mikroökonomie, Physica-Verlag, Würzburg/Wien 1979 (290 S., br., 29,90 DM)

Mikroökonomie ist einer der beiden (neben Makroökonomie) zentralen Bereiche des wirtschaftswissenschaftlichen Grundstudiums an westdeutschen und angelsächsischen Hochschulen. Trotz vielfacher und zumeist theoretisch vernichtender Angriffe von Marxisten wie auch von kritischen Rationalisten wird dieses Gebiet nach wie vor von neoklassischer, völlig empirielloser Modellanalyse dominiert, was sich auch in den verbreiteten Lehrbüchern etwa von Henderson/Quandt oder H. Schneider niedergeschlagen hat. An »kritischen« Einführungen in die Mikroökonomie leidet es bisher Mangel, sieht man ab von marxistischen Einführungen in die politische Ökonomie, die aber in der Regel an Methoden und Fragestellungen bürgerlicher Ökonomie vorbeigehen.

Die »Neue Mikroökonomie« von Weise u. a. stellt, auch nach erklärter Absicht der Verfasser, den Versuch dar, eine Einführung für Hochschulstudenten bereitzustellen, die den äußerst engen und mit kapitalistisch-ideologischen Fransen verzierten Rahmen der von der Neoklassik behandelten Gegenstände und angewandten Methoden verläßt.

Diese Absicht ist, zumindest was Gegenstände und Fragestellungen anbelangt, voll verwirklicht worden. Eine knappe Inhaltsangabe mag verdeutlichen, daß im vorliegenden Buch zum Gegenstand ausführlicher kritischer Betrachtung gemacht wird, was in rein neoklassischen Lehrbüchern unentwickelt als gegeben hingestellt, in den berühmtesten »Datenkranz« verbannt wird.

Nach einem einführenden Kapitel beginnt das Buch mit einem Abschnitt über »Knappheit, Diskriminierung und Diskriminierungsmechanismen«, in dem der Schwerpunkt auf (angeblich) logisch-zwingende Folgerungen aus dem Knappheitsproblem für ökonomische Zuteilungsmechanismen gelegt wird. M.E. ist dies Kapitel das problematischste des Buches, was mit dem wissenschaftstheoretischen Standort der Verfasser, auf den ich noch eingehen, zusammenhängt. In diesem Kapitel ist die Entscheidungslogik der Neoklassik am wenigsten überwunden: Beispielsweise wird die »Notwendigkeit« von Wettbewerb »logisch« aus dem Knappheitsphänomen begründet. In den folgenden Kapiteln zeigen die Verfasser (und bringen dem Leser durch eine Fülle von Beispielen nahe) dagegen ein, gemessen an vorherrschenden Lehrbüchern, erfrischendes Verständnis für die historische Relativität ökonomischer Regelungsmechanismen sowie für das Wechselverhältnis von Individuum und Gesellschaft. Letzterem ist ein ganzes Kapitel gewidmet. Im Abschnitt über »Dezentrale Diskriminierungsmechanismen: Tauschen und Märkte« werden neben den üblichen neoklassischen Methoden (z.B. Elastizitätsbegriff) vor allem solche Fragen besprochen, die von der Neoklassik gemeinhin ausgelassen werden, z.B.: Gesellschaftliche Bedingtheit von Bedarf, unvollkommene Information, Macht. Im Kapitel »Unsicherheit und Eigentumsrechte« wird vor allem die ökonomische und gesellschaftliche Funktion des Privateigentums behandelt. Folgendes Zitat macht deutlich, daß die Verfasser dabei nicht gerade herrschafts- apologetisch vorgehen (das Zitat ist zugleich kennzeichnend für die didaktische Seite des Buches): »Vergleichen Sie die beiden folgenden Rechtsbegründungen:

a) 'Constituti sunt redditus terrarum, ut ex illis viventes a spoliatione subditorum abstineant' (Die Bodenerträge sind dazu bestimmt, die von ihnen Lebenden von der Beraubung der Untertanen abzuhalten) (Der Heilige Thomas von Aquin, 1225-1274, Heiligsprechung 1323).

b) 'Die Schutzzahlungen sind dazu bestimmt, ihre Empfänger davon abzuhalten, das Eigentum der Zahler zu zerstören' (Mafioso Don Padre, 1920-1955, bisher noch nicht heilig gesprochen). — Antwort: Wir können keinen Unterschied entdecken.« (142)

In einem Abschnitt über »Produktion, Arbeitsteilung und Spezialisierung« erhält man in den vorbereiteten Lehrbüchern meist graphische Darstellungen über das Ertragsgesetz, Isoquanten, Produktionsfunktionen usw. Auf diese »traditionellen Instrumente« wird auch hier eingegangen, sie bilden jedoch nicht den Kern. Im Zentrum stehen vielmehr Fragen nach dem Zusammenhang von Arbeitsteilung und Entfremdung oder dem Verhältnis von Natur und Produktion. In neoklassischen Mikro-Einführungen werden Unternehmen im allgemeinen als »black box« behandelt, ihr Inneres braucht ja auch nicht zu interessieren, weil dort, gleichsam computerhaft, nur die völlig determinierten logischen Marktgesetzmäßigkeiten nachvollzogen, nicht aber geprägt werden. Der vorliegende Abschnitt »Theorie der Unternehmung« macht dagegen gerade deutlich, daß Unternehmen hierarchische Gebilde darstellen, die nach innen (auf die Arbeitenden) und nach außen (auf Märkte) Macht ausüben, nicht nur Datenträger, sondern Präger sozialer Tatbestände sind. Die sozialen Implikationen sind auch Kern des Abschnitts über »Faktormärkte«, der sonst üblicherweise rein preistheoretisch abgehandelt wird. Im abschließenden Kapitel »Gleichgewicht und Koordination« werden vor allem die Koordinationsmängel (beispielsweise bei steigenden Skalenerträgen und externen Effekten) herausgearbeitet und damit eine (partielle) Kritik marktwirtschaftlicher Re-

gulation gebracht. Aus dezentralen Koordinationsmängeln werden schließlich Staatsfunktionen hergeleitet.

Die »Neue Mikroökonomie« zeichnet sich durch zwei Punkte aus, die sie zur Anschaffung von Studenten und Hochschullehrern, auch von Schülern und Lehrern in ökonomischen Leistungskursen der gymnasialen Oberstufe, sehr empfehlenswert macht:

a) Das Buch geht sehr kritisch um mit den herrschenden mikroökonomischen, apologetischen Darstellungen und lenkt das Denken auf »alternative Ökonomie«. Die Auseinandersetzung mit den reinen Marktideologen geschieht dabei nicht im Rundumschlag, sondern die vorherrschend verbreiteten Denkmuster einschließlich ihrer instrumentellen Techniken werden detailliert vorgestellt und auf ihre »Brauchbarkeit« und Begrenztheit abgeklopft. So gesehen ist das Buch auch eine Einführung in die neoklassische Ökonomie.

b) Methodisch hebt sich die Einführung erfrischend von fast allen ökonomischen Lehrbüchern ab: Das Buch ist ein Geflecht aus knapp gehaltenen Betrachtungen der Autoren, vielen treffenden Zitaten, Beispielen, Diskussionsfragen (letztere vielleicht nicht immer gelungen, weil öfters suggestiv). Es ist damit das Gegenteil eines Langeweile erzeugenden »Grundkurses«, ohne jedoch unsystematisch zu sein.

Nach diesem vielen Lob muß schließlich noch auf die wesentliche Beschränkung hingewiesen werden. Sie liegt in der theoretischen Klammer, die die Verfasser den Abschnitten gegeben haben: Das Alternativkostenkonzept. Hauptmangel dieses Alternativkostenkonzepts ist, daß es begrifflich sehr weit definiert ist, so daß es vielfach tautologischen Charakter bekommt. Denn die Verfasser definieren die Alternativkosten unter Bezugnahme auf den Nutzenbegriff, der, da er nicht operational definiert ist, selbst in aller Regel, wie bereits Joan Robinson feststellte, zu zirkulärer Argumentation führt: »Der Nutzenentgang der nicht gewählten Alternative bestimmt den Wert der gewählten Alternative.« (32) Die Verfasser sehen den Vorteil eines so gefaßten Alternativkostenkonzepts darin, daß es universell anwendbar ist und damit interdisziplinäre Betrachtungen erlaubt. Die universelle Anwendbarkeit ist jedoch m.E. nur eine scheinbare, weil mit den Alternativkosten im allgemeinen nur ein leerer Begriff zur Erklärung von Zusammenhängen angewandt wird, der in Wirklichkeit nichts erklärt. Gelegentlich hat im Buch die universelle Anwendung des Alternativkostenkonzepts sogar zu regelrechten Blüten geführt, von denen hier zum Abschluß eine wiedergegeben werden soll:

»Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb derer sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um' (Karl Marx). Was meint der Autor? — Antwort: Sie können dieses Zitat ohne Schwierigkeiten in die Sprache der Eigentumsrechte und Alternativkosten übersetzen: Der ökonomische Entwicklungsprozeß führt zu Veränderungen im System der Eigentumsrechte aufgrund veränderter Umweltbedingungen, d.h. die Alternativkosten bestimmter Produktionsweisen verändern sich. Eigentumsrechte werden daraufhin entsprechend umdefiniert. Insofern ist kein Unterschied zwischen der Marxschen Sichtweise und der hier vertretenen.« (139)

Gerhard Brosius (Hamburg)

Lindblom, Charles E.: *Jenseits von Markt und Staat. Eine Kritik der politischen und ökonomischen Systeme.* Klett-Cotta, Stuttgart 1980 (636 S., Ln., 38,— DM)

Ressourcenverknappung, Umweltzerstörung und Wetttrüsten — sind das Anzeichen einer katastrophalen Zukunft? Oder lassen sich in den Gesellschaftssystemen noch Strategien zur Erhaltung, ja Hebung der menschlichen Lebensqualität entwickeln? Ein Systemvergleich soll diese Fragen beantworten. Lindblom schlägt eine »ökonomische Sicht der Dinge« (32) vor, eine Untersuchung, die nach den Methoden der Koordination der gesellschaftlichen Produktion fragt. Zur produktiven Steuerung und Kontrolle ihres Zusammenlebens verfügen die Menschen über drei elementare Instrumente: »Tausch, Autorität und Überredung« (18). In allen Gesellschaften bilden diese Instrumente die Grundlagen elementarer Institutionen. Es gibt »Marktsysteme«, »Autoritätssysteme« — hierarchische Bürokratien z.B. — und »präzeptorale Systeme« — Propagandaapparate z.B. Jeder mangelhafte bzw. überzogene Einsatz dieser Grundtypen sozialer Koordination hat sozioökonomische Ineffizienzen zur Folge. Dazu gehören sowohl die Krisen der privatwirtschaftlichen als auch die technologische Rückständigkeit der planwirtschaftlichen Systeme.

Das Begreifen dieser allgemeinen Formen menschlicher Vergesellschaftung erlaubt es, Lindblom zufolge, die Verschiedenartigkeit der Gesellschaftssysteme auf wissenschaftlichem Niveau zu re-interpretieren.

Kapitalismus und Sozialismus unterscheiden sich am deutlichsten im Kompetenzverhältnis zwischen Markt und Staat. Dieses Verhältnis sowie die Formation eines bestimmten staatlichen Systems — Diktatur oder Demokratie — sind, so Lindblom, durch zwei entgegengesetzte »Visionen einer humanitären Gesellschaft« (389) bestimmt. In der Artikulation der Kompetenz des menschlichen Intellekts bei der Organisation der Gesellschaft entdeckt Lindblom die grundlegende Variable antagonistischer Gesellschaftssysteme. Die kommunistische »Vision« überschätzt den Intellekt. Sie favorisiert »rationale Problemlösung«, die mittels »synoptischer« Planung entschieden und von einer staatlichen »Elite« durchgesetzt werden. »Synoptisch« nennt Lindblom diese Form der Planung, weil sie auf dem Versuch einer Gesamtanalyse des gesellschaftlichen Zusammenhangs beruht. Die liberale Vision dagegen, zu der sich Lindblom bekennt, hält die »intellektuelle Kapazität« gegenüber der »Komplexität der gesellschaftlichen Wirklichkeit« (391) für ungenügend. Sie organisiert die Gesellschaft daher nicht vom planenden Staat aus, sondern in »freien«, selbstregulierenden »Interaktionsprozessen«. Als »sozialer Interaktionsprozeß« gilt nun der »Marktprozeß«. Stellt der Markt nur ein Segment der ökonomischen Koordination dar, so können die in ihm wirksamen Interaktionen — Kauf und Verkauf — auch nur eine Teilform der »sozialen Interaktionen« sein. Denn die marktorientierten Unternehmen besitzen gesellschaftliche Autorität, die nicht in vollem Umfang durch den Markt gesteuert wird. Dies macht die öffentlich-staatliche Kontrolle notwendig und damit die »Dualität« der gesellschaftlichen Macht: unternehmerische und staatliche Autorität.

Lindblom zufolge zeichnen sich liberale Gesellschaftssysteme dadurch aus, daß sie den politischen »Kampf um Autorität« und die Entscheidung staatlicher Problemlösungskonzepte gleichfalls in »Interaktionsprozessen« institutionalisieren. Wahlen, Parteien, Parlament und Regierung begreift er als Gliederungen einer »Struktur auf Überredung abzielender Interaktion« (224). Mit Blick auf die klassische Gewaltenteilung bezeichnet er diesen staatlichen Systemtypus als »Polyarchie«. Der Begriff »Demokratie« wird deshalb abgelehnt, weil das zur Steuerung und Kontrolle der staatlichen Autorität notwendige »soziale Instrumentarium« zwar vorhanden sei, nicht aber automatisch dessen demokratische Wirksamkeit. Mittels Werbung und politischer Manipulation bewirken die mächtigen Großunternehmen, daß »die Prozesse öffentlicher Kontrolle sowohl im Markt als auch im politischen Verband zirkulär verlaufen« (319), d.h. daß die der

Form nach kontrollierenden Instanzen in Wirklichkeit von der zu kontrollierenden Autorität gesteuert werden.

»Marktorientierte Polyarchien« können nur überleben, wenn die politischen Entscheidungsträger ein differenziertes Verständnis der »privilegierten Position der Wirtschaft« (270) entwickeln, denn Marktwirtschaft bedeutet nicht Planlosigkeit der gesellschaftlichen Dynamik. Die staatliche Planung wäre hier allerdings nicht als »synoptische«, sondern als »strategische« aufzufassen. Gemeint ist eine Planung, die ihre Strategien in die bestehenden Handlungsstrukturen hineinbildet und sich den wirksamen »Interaktionen« anpaßt. Die entscheidende Rolle »strategischer Planung« und damit die Kompetenz von Sozialexperten würden sich zeigen, wenn im Rahmen einer demokratischen Politik die Großkonzerne auf die Orientierung an der »unmittelbaren Rentabilität« zurückgedrängt würden. Nur so könnte die staatliche Autorität kollektive Ziele wie Umweltschutz oder Energieeinsparung durchsetzen und die von Lindblom beschworene »revolutionäre Kraft der demokratischen Bewegung« (557) freigesetzt werden.

Als Professor der amerikanischen Universität Yale bildet Lindblom zukünftige Experten in Politik und Ökonomie aus. In diesem Buch orientiert er die gesellschaftliche Tätigkeit von Sozialwissenschaftlern an einem universellen »sozialen Instrumentarium« und den darauf organisch begründeten Handlungsstrukturen in Markt und Staat. Wenn so die dominierenden Widersprüche der Gegenwart, die Klassenverhältnisse und der weltweite Systemgegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus, als »soziale Ineffizienzen« verstanden werden, soll damit der Sinn des intellektuellen Engagements in den gegebenen Praxisfeldern — Privatunternehmen, Parteien, Regierung — als Tätigkeit im Dienste der »Effizienz« artikuliert werden. Die politische Dimension dieser Theorie besteht darin, daß sie eine Politikhaltung konstituiert, die wir sozial-demokratisch, vielleicht eher sozial-liberal nennen. Aus früheren Schriften ist der Autor bekannt als Verfechter des »Inkrementalismus«. Diese Konzeption einer Schritt-für-Schritt-Verbesserung der sozialen Verhältnisse verstand sich ausdrücklich als Ausarbeitung der Popperschen »Stückwerk-Sozialtechnologien«. Eigenartigerweise fehlt nun in diesem Buch zwar nicht der »Inkrementalismus«, aber der Name des Vaters der kritischen Rationalität. Statt dessen würdigt Lindblom Karl Marx, indem er ihn — zusammen mit Adam Smith — zum »Helden« seines Werkes erklärt.

Sebastian Hefti (Berlin/West)

<p>W.F. Haug <i>Der Zeitungsroman oder Der Kongress der Ausdrucksberater</i></p> <p>»Haug's Buch läßt sich als unterhaltsame Satire genießen. Es liefert eine Fülle treffender und amüsanten Darstellungen ideologischer Strategien der Herrschenden und der von ihnen beschäftigten Kopfarbeiter ... Wie die Werbung und die Zeitungen ständig ihre Ideologie weiter verbreiten, so ist auch ihre Analyse ständig weiterzutreiben. In diesem Sinne wären Haugs Zeitungsgeschichten als operative Form nutzbar zu machen.« (Vorwärts/Zürich)</p> <p>175 S., 12,80 (f. Abonnenten 11.— DM)</p>	<p>W.F. Haug <i>Warenästhetik und kapitalistische Massenkultur (I) »Werbung« und »Konsum« Systematische Einführung in die Warenästhetik</i></p> <p>»Gegenstand der Warenästhetik ist, wie unsere eigene Sinnlichkeit und unser Bedürfnis nach sinnvollem Leben durch die Indienstnahme des Ästhetischen für die Verwertung modelliert werden. (...) Über die privaten Erfolge mißtrauischer Käufer und über die Ohnmacht kulturkritischen Protests führt hinaus nur die Theorie der Warenästhetik ... Das Buch ist auch ein Modell dafür, wie materialistische Theorie massenfähig entwickelt werden kann...« (Die Neue)</p> <p>223 S., br. 16.— DM; Ln. 19,80 DM.</p>
--	---

Summaries

W. Harich: Fifteen Theses on Peace

Harich argues that today the issue of peace has become a more urgent question than the ecological crisis. Especially since the election of Reagan, it is the United States which poses the main threat of inciting a potential nuclear conflagration. Harich sees the danger of the US seeking to annihilate its West European economic competitor by provoking the Soviet Union into a preventive strike. Harich's answer is a neutralized zone through Europe, as well as an alternative defense strategy, consisting of the concepts of »social defense« (Ebert) and that of the »techno-militia« (Spannolchi, Afheldt, Mechttersheimer). Such a scheme would also include East Germany.

E.P. Thompson: Notes on Exterminism, the Last Stage of Civilization

Thompson proposes to replace the concept of imperialism with that of »exterminism«. In his view, the concept of imperialism assumes the rational and calculated pursuit of political interests: it predicates an active protagonist on the one hand and passive victim on the other. But for Thompson what we have today instead is two coequal imperial systems confronting each other in an »absolute antagonism«, a situation, which can only be resolved by mutual extermination. Through this »reciprocal logic« a potential war can ignite as the irrational outcome of the collision of two opposing systems. The fact that armaments have a different logic in each of these two systems is of no decisive importance. The military-industrial complexes produce their own dynamic which shapes all of society in their image: society itself is a military-industrial complex.

R. Williams: The Politics of Nuclear Disarmament

Williams criticizes Thompson's »exterminism« article on the basis that its apocalyptic visions and technological determinism only serve to intensify existing feelings of helplessness. For modifying the military competition between the two systems there is a political competition as well, which must be taken into account. Williams draws a distinction between deterrence as a strategy (which has a certain rationality) and deterrence as an ideology (anti-communism as such). He argues for multilateralism as opposed to unilateralism as a strategy for disarmament, since the latter overestimates the room for maneuver available to individual states vis-a-vis the military blocks. The disfunctional aspects of the arms race must also be analyzed, as a conflict exists between the »military-security formations« and the more general interests of the ruling class. The struggle for socialism has entered a new phase at a time when »victory« for either side might only be at the expense of a definitive nuclear conflagration. Williams also outlines the necessary linkages between nuclear disarmament campaigns, shortages of raw materials, and unemployment.

Karl-Heinz Götz: Memory: Novels about the Student Movement

The experiences of the student movement of the Sixties are currently being related to contemporary social movements more in the form of novels than in the form of analytical works. This contribution examines three novels — *Hot Summer* and *Kerbel's Flight* by Uwe Timm and *Lenz* by Peter Schneider — from the standpoint of the present, in order to explore the relationship of literary and political practice.

Thomas Waldhubel: Contradictions in Student Life

The first part of this text is devoted to a discussion of P. Beck's *Between Identity and Alienation*. The latter work explains the conflicts and problems of student life in terms of breakdowns in communication, and thus leaves the question of the modes of learning at the university unanswered. Its proposals for the integration of practical vocational experience into academic training similarly leave unclear, whether the problems of knowledge and its acquisition really are simply questions of »practicality«. In the second part of his text Waldhubel reconstructs the background of the student experience: the function of intellectuals in class society and their training in the relatively autonomous sphere of »knowledge«. Finally, the author deals with the »Sponti« movement and inquires as to a situation where the acquisition of scientific knowledge could occur without leading to the adoption of a »scientific« attitude towards one's own professional activity and life.

W. Braun and A. Steil: The Student Politics of the Trade-Union Orientation

These theses analyze the specific forms of student consciousness and left-wing politics at the university. The perspective of future unemployment leads to a crisis of motivation amongst students, who find themselves in conflict with the standard expectations of university life, and experience increasing anxiety, atomization, and estrangement from academic work. This is reflected at an ideological level in a manifold spiral of repression und violence, which in turn acts to prevent the formulation of effective political strategies, and exacerbates already existing divisions within the left itself.

Über die Autoren

Albert, Claudia, geb. 1953; erstes und zweites Staatsexamen, Wiss. Mitarbeiterin am Fachbereich Germanistik der FU Berlin, Arbeitsgebiete: Entwicklung bürgerlicher Kunst und Kultur im 18. Jh., Brecht, Exil, Mitglied der GEW.

Balluff, Rainer, geb. 1948; Studium der Chemie, Soziologie, Politik und Geschichte, Arbeitsgebiet: Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik.

Braun, Wolfgang, geb. 1953; Studium der Germanistik u. Politik, Mitglied des StIB und der GEW.
Bremer, Thomas, M.A., Wiss. Mitarbeiter an der Univ. Gießen, Veröffentl.: *Politisierung der Literatur, Unterm Kopfhörer, Gedichte* (1977), Arbeitsgebiete: Politische Dichtung, Neue Subjektivität und Alternativbewegungen.

Brosius, Gerhard, Dr., geb. 1945; Wiss. Mitarbeiter an der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Wichtigste Veröffentl.: *Oligopolistische Preispolitik und Inflation* (1980), *Staatliche Krisenpolitik im SMK 1980*, Arbeitsgebiete: Krisentheorie, Monopoltheorie, Gewerkschaftsbewegung, Mitglied der GEW.

Bruhn, Joachim, geb. 1955; Studium der Geschichte und Politikwissenschaft, Arbeitsgebiete: Staatstheorie, Geschichte und Theorie des Faschismus, Mitglied im Sozialistischen Büro.

Fremert, Chup, Dr., geb. 1947; Professor an der HfBK Hamburg, Veröffentl.: *Deutscher Werkbund und Imperialismus* (1980), *Produktionsästhetik und Faschismus* (1980), Arbeitsgebiete: Kulturtheorie, Designtheorie und -geschichte.

Götze, Karl-Heinz, Dr.; Lektor an der Univ. Nizza, Redakteur des *Argument*, Letzte Veröffentl.: *Grundpositionen der Literaturgeschichtsschreibung* (1980).

Gransow, Volker, Dr. phil., geb. 1945; Privatdozent an der FU Berlin und der Universität Bielefeld, Letzte Veröffentl.: *Konzeptionelle Wandlungen der Kommunismusforschung* (1980), Arbeitsgebiete: Politische Kultur, Politische Soziologie, Mitglied der SPD, GEW und DVPW.

Hallerbach, Jörg, geb. 1945; Dipl.-Ing., Wissenschaftspublizist, Wichtigste Veröffentl.: *Die eigentliche Kernspaltung* (1978), *Die atomare Gesellschaft* (1978), Arbeitsgebiete: Ökol. Technik, Umweltökonomie, Umweltrecht, Stadtgeschichte, Anarchismusforschung, Wissenschaftstheorie.

Harich, Wolfgang, Dr., geb. 1923; Philosoph, Bürger der DDR, lebt z. Zt. in der BRD, Wichtigste Veröffentl.: *Zur Kritik der revolutionären Ungeduld* (1971), *Jean Pauls Revolutionsdichtung* (1974), *Kommunismus ohne Wachstum?* (1975).

Haug, Frigga, Dr. phil., geb. 1937; Habilitation; Wiss. Mitarbeiterin an der Hochschule für Wirtschaft und Politik; Mitherausgeberin des *Argument*, Letzte Veröffentl.: zus. mit anderen, vier Bände zur Automation (AS 7, AS 19, AS 31, AS 43); *Frauenformen* (Hrsg., 1980), Arbeitsgebiete: Automationsforschung, Arbeitswissenschaft, Frauen, Mitglied in BdWi, ÖTV, Sozialistischer Frauenbund Westberlin (SFB/W.)

Hefti, Sebastian, geb. 1956; Studium d. Philosophie, Arbeitsgebiet: Ideologietheorie und Politik.

Jung, Werner, M.A., geb. 1955; Doktorand, Wiss. Angestellter, Veröffentl.: *Wandlungen einer ästhet. Theorie – Georg Lukács' Werke 1907-1923*, Arbeitsgebiete: Ästhet. Theorie (bes. im 19. Jh.), Geschichte des Hegelianismus, Mitglied der GEW.

Katzenstein, Robert, Dr. rer. oec. habil., geb. 1928; freier Wissenschaftler (berufsverboden), Veröffentl.: *Begriff des Monopols* (1975), *Union der Parteien und Union der Massen* (1978), *Vollbeschäftigung oder Dauerarbeitslosigkeit in Westberlin* (1979), Arbeitsgebiete: Monopol, Staatsmonopolistischer Kapitalismus, Technischer Fortschritt und seine sozialen Implikationen, Wertgesetzt und »Neue ökonomische Logik«.

Kelling, Otto, geb. 1949; Doktorand, Arbeitsgebiete: Theorie und Geschichte der Arbeit, Wissenschaft und Wirtschaft.

Konersmann, Ralf, geb. 1955; Studium der Philosophie und Germanistik, Veröffentl.: Buchbesprechungen und Wörterbuchartikel, Arbeitsgebiete: Literatur und Philosophie des frühen 19. Jh. in Deutschland; Subjektivität, Utopie Ideologie.

Kramer, Dieter, Dr. phil., geb. 1940; Wiss. Mitarbeiter im Dezernat für Kultur und Freizeit der Stadt Frankfurt, Arbeitsgebiete: Freizeit, Kulturtheorie, Kulturgeschichtliches Museumswesen, Kulturpolitik, Mitglied der GEW, Naturfreunde, Kulturpolitische Gesellschaft.

Lauschke, Karl, geb. 1950; Studium der Politologie. Arbeitsgebiete: Gewerkschaftspolitik und Krise.

Marsiske, Hans-Arthur, geb. 1955; Studium der Soziologie. Arbeitsgebiete: frühe deutsche Arbeiterbewegung.

Meyer-Renschhausen, Martin, Dr. rer. pol., geb. 1950; Wiss. Mitarbeiter am Fb. Wirtschaftswissenschaften der Univ. Oldenburg. Veröffentl.: *Energiepolitik in der BRD* (1981), *Das Energieprogramm der Bundesregierung* (1981). Arbeitsgebiet: Verteilungspolitische Probleme der Energieeinsparung. Mitglied der ÖTV.

Mischkowski, Gaby, geb. 1953; Studium der Geschichte. Arbeitsgebiet: Geschichte der Armenfürsorge und Sozialpolitik in Deutschland.

Naumann, Uwe, geb. 1951; erstes und zweites Staatsexamen für das Lehramt, Doktorand. Veröffentl.: *Sammlung — Jahrbuch für antifaschistische Literatur und Kunst* (Hg., 1978 ff.), *Zehn Jahre Werkkreis Literatur der Arbeitswelt* (Mithrsg., 1979), *Faschismus als Groteske* (1980). Mitglied der GEW, des VVN, DKBD, Koop-Mitglied im Werkkreis.

Peitsch, Helmut, Dr. phil., geb. 1948; Wiss. Assistent an der FU Berlin. Veröffentl.: *Grundkurs 18. Jh.* (Mitauteur, 1974), *Georg Forsters »Ansichten vom Niederrhein«* (1978). Arbeitsgebiet: Literaturgeschichte 18. und 20. Jh.

Sauer, Christoph, M.A., geb. 1948; Studium der Germanistik und Publizistik. Wiss. Mitarbeiter am Duits Seminarium Amsterdam. Arbeitsgebiete: Deutsch als Fremdsprache, empirische Sozialforschung, Diskursanalyse.

Schmidt-Schemel, Hansgeorg, geb. 1956; Studium der Germanistik, Philosophie und Politik

Schneider, Michael, M.A., geb. 1954; Privatschullehrer. Veröffentl.: *Geschichte als Gestalt* (1980). Arbeitsgebiete: Literatur der Neuzeit, Ästhetik, Methodologie.

Schönleiter, Wolf, geb. 1953; Sozialarbeiter grad., Mitarbeiter beim Bundesvorstand der Arbeiterwohlfahrt, z. Zt. Studium der Soziologie. Veröffentl.: Aufsätze zur Theorie und Praxis der Sozialarbeit.

Schöttler, Peter, Dr. phil., geb. 1950; Wiss. Mitarbeiter an der Univ. Bremen. Veröffentl.: *Münchhausen Effekt. Sozialpolitik vs. Klassenkampf?* Herausgeber der Buchreihe Positionen (VSA). Arbeitsgebiete: Französische und deutsche Sozialgeschichte, politische Theorie.

Seelbach, Ulrich, M.A., geb. 1952; Studium der Germanistik, Philosophie und Politik. Veröffentl.: *Die Rätebewegung im Kreis Gießen 1918/19* (1975). Arbeitsgebiete: Deutsche Literatur des Mittelalters, Novemberrevolution, Mitglied der GEW.

Steil, Arnim, geb. 1956; Studium der Germanistik, Politik und Philosophie, Mitglied der GEW.

Thompson, Edward P., von 1965-70 Leiter des Center for the Study of Social History an der Univ. Warwick. z. Zt. freier wiss. Schriftsteller. Veröffentl. in dt. Sprache: *The Making of the English Working Class* (1981) *Plebejische Kultur und moralische Ökonomie* (1980), *Das Elend der Theorie* (1980).

Volker, Eckhard, Dr. phil., geb. 1948; Studienrat. Veröffentl.: *Schriftsteller und Arbeiterbewegung* (1980), *Theorien über Ideologie* (zus. mit Projekt Ideologietheorie., 1979), *Faschismus und Ideologie* (zus. mit PIT, 1980). Arbeitsgebiete: Literaturtheorie, Ideologietheorie.

Weinzen, Hans Willi, geb. 1953; Doktorand. Veröffentl.: *Wirtschaftsdemokratie heute* (1980). Arbeitsgebiete: Geschichte und Theorie der deutschen Sozialdemokratie, Gewerkschaftsbewegung und Klassenstruktur.

Weißbach, Hans-Jürgen, geb. 1950; Mitarbeiter in der Sozialforschungsstelle Dortmund. Buch- und Zeitschriftenveröffentl. Arbeitsgebiete: Industriosozologie, Arbeitsmarktforschung.

Williams, Raymond, geb. 1921; Prof. f. Theaterwissenschaften in Cambridge. Veröffentl. in dt. Sprache: *Gesellschaftstheorie als Begriffsgeschichte* (1971), *Innovationen* (1977).

Woetzel, Harald, M.A., geb. 1953; Doktorand, Mitarbeiter am IdS Mannheim. Arbeitsgebiete: Ideologietheorie, Sprachphilosophie, Linguistik, Mitglied im CVJM und USC Heidelberg.

Zielinski, Stegfried, M.A., geb. 1951; Doktorand und Lehrbeauftragter an der TU Berlin. Fachgeb. Medienwiss. Veröffentl.: *Internationaler Medienzusammenhang* (zus. mit E. Reiss, 1976), Beiträge zur Mediengeschichte und -kritik in Sammelbänden und Periodika. Arbeitsgebiete: Geschichte und Theorie der Massenmedien.



**betrifft:
erziehung**

blätter der iz3v

5 '81

b:e-Thema:

Sexismus in der Schule

I. Brehmer: Der ganze vulgäre Sexismus in der Schule

G. Pfister: Mädchensport, Jungensport

B. v. Borries: Die ersten 30 Präsidenten

U. Zumbühl: Learning English and Sexism

E. Stenzel: Frauenthemen in Englisch

M. Barz/S. Maier-Störmer: Schlagen und geschlagen werden

I. Obendiek: Klassenfahrt: Mit dem Planwagen durch's Sauerland

b:e-Gespräch

mit Hans A. Pestalozzi über die Proteste in Zürich, das Lebensgefühl Jugendlicher und was die Schule damit zu tun hat — »Rebellion aus dem Bauche«.

14. Jg. 1981

92 '81

Themenschwerpunkt

China

Nachrichten und Berichte

Iran

Brasilien

El Salvador

Chile

Nicaragua:

Schulische Erziehung im Umbruch

Die Frauen in Nicaragua wollen gerne mit uns reden

Angebliche Menschenrechtsverletzungen

Famulatur in der Dritten Welt

Militärische Übungen der Bundeswehr auf kanadischem Indianergebiet

BRD:

Hungerstreik für bessere Haftbedingungen

Freiburger Frühling

Rezensionen

Register der Nr. 76 bis 91

9. Jg. 1981

Erscheint monatlich im Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim. Einzelheft DM 5,-; Jahresabo DM 52,-; Studentenabo DM 42,-; incl. MwSt. zuzgl. Versandkosten.

Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 40 bis 60 Seiten: DM s/Fr 55,-/ÖS 260,- (für Studenten, Zivildienstleistende und andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM s/Fr 25,-/ÖS 190,- Einzelverkaufspreis: DM s/Fr 4,-/ÖS 30,- Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5528, D-7800 Freiburg, Tel.: 0761/74005

Blätter für deutsche und internationale Politik

3 '81

K.D. Bredthauer: Was fürchtet Bonn? Die SS-20 oder das Moratorium?

E. Dähne: Bundeshaushalt '81: 80 Milliarden für Verteidigung

R. Peltzer: Reagan und El Salvador

D. Begemann/P. Pahlmeyer: Sicherheit für Deutschland? Der »Doppelbeschuß« der NATO und die Glaubwürdigkeit der SPD

R. Hickel: Reagans »amerikanischer Traum« — ein Alptraum für Europa

H. Rasch: Warum nicht neutral? Plädoyer für eine neue Außenpolitik

A.-A. Guha: Rüstung und »Nachrüstung« oder Die Absage an die Vernunft in der Politik

Studiengruppe Militärpolitik: Für eine Neufassung der Rüstungsexportkontrolle in der Bundesrepublik

Alternativen

Thema: Arbeitslosigkeit

Wirtschaftsinformation

J. Goldberg: Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im Jahre 1980

26. Jg. 1981

Hrsg.: Erich S. Bredow, H. Deppe, Wolfgang J. Hufschmidt, U. Jaeger, G. Kade, R. Kühn, J. Menschik, R. Opitz, M. Pahl-Rugenstein, H. Rauschnig, H. Ridder, F. Straßmann, G. Stuby. Red.: K. Bayerz, K. D. Bredthauer, P. Neunoffer, J. Weidenheim. — Erscheint monatlich. — Einzelheft 5,50 DM, im Jahresabo 5,80 DM, für Studenten 5,30 DM. — Pahl-Rugenstein Verlag, Göttesweg 54, 5090 Köln 51.

The Canadian Journal of Sociology
Cahiers canadiens de sociologie

6 '81

L. Drieger/R. Mezoff: Ethnic prejudice and discrimination in Winnipeg high schools

M. Baker/M.A. Robeson: Trade union reactions to women workers and their concerns

J.A. Lee: The RCMP's real dilemma

Notes on Society

G.F.N. Fearn: Knowledge, risk and the future of political process in Canada

Book Reviews

L.R. Marsden/E.B. Harvey: Fragile Federation: Social Change in Canada

S. Verba/N. Nie/J. Kim: Participation and Political Equality: A Seven Nation Comparison

W.K. Greenaway/S.L. Brickey (eds.): Law and Social Control in Canada

A. Wipper: Rural Rebels — A Study of Two Protest Movements in Kenya

M.W. Apple: Ideology and Curriculum
R.P. Coleman/L. Rainwater/K.A. McClelland: Social Standing in America — New Dimensions of Class

H. Cleaver: Reading Capital Politically
E. McTaggart Almquist: Minorities, Gender and Work

J. Gaston (ed.): The Sociology of Science, Problems, Approaches, and Research

K.E. Taeuber/L.L. Bumpass/J.A. Sweet (eds.): Social Demography

Review Notes

Books Received

6. Jg 1981

Editorial Board: S.D. Clark; G. Fortin; E. Gross; S. Lieberman; M. Schwartz; D. Wrong. — Erscheint vierteljährlich. Einzelheft Can.\$ 6.00, Jahresabo Can.\$ 18.00. — Bestellungen: Department of Sociology, The University of Alberta, Edmonton, Alberta, Canada T6G 2E1.

Demokratie und Recht

4 '80

J.W. Gerlach: »Stromzahlungsboykott« — Ein sinnvolles Mittel im Kampf für Umweltschutz?

H. Dünnebiel: Das Erforschungs- und Verfolgungsverbot des Art. 7 Abs. 3 GG

C. Pawlita/E. Steinmeier: Bemerkungen zu Art. 139 GG — Eine antifaschistische Grundsatznorm?

D. Deiseroth: »Um der Verhandlungsparität willen ...« — Nach den Aussperrungsurteilen des BAG vom 10.6.1980

W. Hecker: Ein »Sieg für die Rundfunkfreiheit«? — Zum Urteil des BVerwG zum NDR-Staatsvertrag

M. Zieger: Verteidigung im Strafvollzug — ohne Zukunft? 4. Strafverteidigertag in München 2.-4.5.1980

Entscheidungen:

LG Frankfurt/Main. »Behinderten-Urteile« — VG Köln, Mikrozensus

4. Jg. 1980

Redaktion: Prof. Dr. Helmut Ködder. Vierteljährlich Einzelhefte 7,50 DM, im Jahresabo 30 DM, für Studenten 5,50 DM. Pöhl-Rügerstein Verlag, Gottesweg 54, 5100 Köln 51.

FORVM

Internationale Zeitschrift links von der Mitte

327 / 328 '81

Forum des Forum:

Zeitungsterror. Antiantizionismus. Goldener Schuß. Nennung hier. Nennung dort

Forumkommentare:

F. Duvé: Elefantiasis. Atom & Welt

M. Siegert: Generalisierung. Regierungswechsel in Polen

Polen: Eistanze

Polengrenze. Silvester in Warschau

K. Bielinski: Wir drucken gern. Medienmacht im Untergrund

M. Siegert: In die Ecke Trotzki. Lenin! Danzig = Kronstadt

Medien

B. Feix: Brutalokamera. Wie ein Fernsehredakteur arbeitet

Sonne Nr. 2

J. Haslinger: Folge nur der Natur (Novalis und Marx über das Nichtreaktionäre an der Romantik)

G. Fädler: Verzweifelte Zärtlichkeit (Pasolini, wie ihn keiner kennt)

Literatur: Elefanten + Schamanen

G. Nennung: Lied des Fachmanns

F. Hundertwasser: Die Fahne

H. Pataki: praxis. gedichte.

Österreich-Bild. Lesung

A. Ginsberg: Wir Schamanen. Gespräch mit Christian Ide Hintze

F. Mayröcker: Fast ein Messias. Über den Film »Zetteldämmerung«

G. Nennung/W. Lesowsky: Elefantenhochzeit. Stück

28. Jg. 1981

Herausgeber: Günther Nennung. Redaktion: F. Gevribofer, M. Flopp, H. Pataki, M. Siegert. 6 Hefte im Jahr. Einzelheft: 6,50 DM, 44 ÖS. Jahresabo 48,- DM, 320 ÖS. Studentenabo 36,- DM, 240 ÖS. Telefon: Museumstr. 5, A-1070 Wien

PROBLEMI DEL SOCIALISMO

18 '81

Il lungo impegno di Lelio Basso nel Socialismo Italiano

F. Zannino: Partito nuovo e strategia rivoluzionaria in Lelio Basso

F. Contorbia: Lelio Basso nel periodo dell'antifascismo: dagli anni '20 alla guerra

S. Merli: Il socialismo «al bivio». La proposta di Lelio Basso al 24° Congresso del Psiup (Firenze, aprile 1946)

M. Salvati: Socialismo e partito socialista: spunti per una riflessione storica sull'azione politica di Lelio Basso (1944-1948)

E. Giovannini: Lelio Basso e il tentativo di «rifondazione socialista»

A. Mangano: Lelio Basso e il Psiup. La scissione e la proposta di partito «nuovo»

R. Guastini: Appunti su Lelio Basso interprete di Marx

G. Ferrara: Transizione e processo rivoluzionario in Lelio Basso

G. Sivini: Sviluppo delle forze produttive e lotta di classe nella problematica della transizione in Lelio Basso

G. Bonacchi: Lelio Basso e Rosa Luxemburg: due battaglie minoritarie?

M. Flores: Il giudizio di Lelio Basso sull'Unione Sovietica e lo stalinismo

G. Quazza: Lelio Basso storico del socialismo e del fascismo in Italia

F. Ajmone: Bibliografia di Lelio Basso (II)
21. Jg. 1980

Herausgeber: Lelio Basso. — Vierteljahresschrift. — Einzelheft 3.500 £. Jahresabo 15.600 £. — Via della Dogana Vecchia 5, I-00186 Roma

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistische Politik



42 '80

*Welt(unter)ordnungspolitik:
Ein Thema für die 80er Jahre*

E. Altvater: Die Zeitbombe auf dem Weltmarkt tickt

W. Schoeller: Wahl der Technologie und Beschäftigung in Entwicklungsländern

U. Müller-Plantenberg: Zur 'Effizienz' von Technologie in Entwicklungsländern

W. Semmler: Zu neueren Tendenzen in der Theorie und Praxis der amerikanischen Wirtschaftspolitik

H. Eberhart: Zur Politik des Internationalen Währungsfonds in Jamaika

W. Hein: Zur Politischen Ökonomie ölexportierender Länder

J.J. Déthier: Militärputsch in der Türkei

Th. Bieling: Die Kunst der Unterentwicklung

U. Müller-Plantenberg: Einkommensstruktur und Arbeitsmarkt international

11. Jg. 1981

Herausgegeben von der 'Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.' — Redaktion: E. Altvater, G. Armanski, B. Blanke, E. Hildebrand, J. Hoffmann, U. Jürgens, W. Spoßn, F.O. Wolf — Erscheint viermal im Jahr. — Einzelheft 9,- DM, im Abo 8,- DM. — Rorbuch Verlag, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

spw

10'81

Gewerkschaftspolitik (II)

G. Benz: IG Metall gegen Nato-Nachrüstung!

U.J. Kröger: Zum DGB-Grundsatzprogramm

U. Briefs: »Neue Technologien«, Rationalisierung, gewerkschaftliche Gegenwehr

H. May: Persönlichkeitsentwicklung durch Arbeit — eine empirische Arbeit für Gewerkschafter!?

O. Demel: Arbeitszeitverkürzung zur Humanisierung der Arbeit und als Instrument der Arbeitsmarktpolitik

K.P. Kisker: Gewerkschaftliche Solidarität in der Krise

Interview

mit P. Riemer, Gewerkschaft Holz und Kunststoff

Außerhalb des Schwerpunkts

M. Johnson: Macht und Demokratie im Sozialismus

J. Günter: Polen — Unabhängige Gewerkschaften und »Rolle der Partei«

E. Seyfried/H. Wilke: Linke Sozialdemokraten in der Volksuni

Berichte

Ch. Rix-Mackenthun: Linke Labour Party oder gespaltene Labour Party?

K. Neumann: »Herforder Thesen« auf dem Prüfstand

4. Jg. 1981

Hrsg. Detlev Albers, Heinz Albrecht, Erhard Eichert, Josef Hündels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lionker, Werner Loewe, Klaus Thüsing, Klaus-Peter Wolf, Redaktion: H. Beinert, I. Bettstein, K. Brögel, F. Heidenreich, M. Karpuz, H. Raßmes, Ch. Rix-Mackenthun, D. Scholz, M. Zeis. Die spw erscheint in 4 Heften jährlich, Einzelheft DM 7,-70, im Jahresabo DM 5,- zuzüglich Postverdienst. Bestellungen über spw-Vertrieb, Moltkestraße 21, D 1000 Berlin 45.

tendenzen
Zeitschrift für engagierte Kunst

134 '81

Kritik des Postmodernismus

C. Friemert: Thesen über den Postmodernismus

C. Schnaidt: Die Stein-Zeit

H.H. Moldenshardt: Der Postmodernismus in der Architektur oder: Die Gegenwart der Vergangenheit

J. Stahr: Wie man sich in Hamburg bei der Sanierung die Mitwirkung der Mieter vorstellt

K. Niederstadt: Instandbesetzer, Spekulanten, Senatoren. — Aktuelles aus Westberlin

K. Maase: Gespräch mit O. Todtenberg über die Kulturarbeit des DGB

U. Weitz: Dort Bismarckjubiläum und Sedantag, hier Maifeier der Arbeit. Eine Buchbesprechung

J. Zänker: Zu einem gewerkschaftlichen 1.-Mai-Plakat

Der Zeichner, die Wissenschaft und der Sozialismus. Erfahrungen einer Zusammenarbeit

D. Nix: Wir brauchen Bilder

G. Zingerl: Brief des Zeichners an die »Handbuch«-Redaktion

F. Froeschlin: Tucholsky-Grafik: Zitat und Technik

Den Betrachter zwingen, daß er anfängt, Fragen zu stellen. — Ein Gespräch mit Fritz Cremer

F. Cremer: Warum ich kein Bundesbürger bin

J. Held: Zwischen Krieg und Frieden

22. Jg. 1981

Redaktion: H.v. Darnitz, H. Erhart, R. Hiepe, U. Krempel, Th. Liebner, H. Kopp, K. Maase, W. Marschall, C. Nissen, C. Schellermann, J. Scherkamp, G. Spigahn, G. Zingerl. — Erscheint alle drei Monate. — Einzelheft: 8,50 DM, Jahresabo 32,- DM (Stüd. 27,- DM) — Darnitz Verlag, Hohenzollernstraße 144, 8000 München 40

Zeitschrift für Soziologie

1'81

Schwerpunkt und Mobilität

V. Bornschieer: Arbeitsteilung, strukturelle Mobilität und Klassenbildung: Eine theoretische Perspektive für die Mobilitätsforschung

M. Haller-R.W. Hodge: Class and Status as Dimensions of Career Mobility: Some Insights from the Austrian Case

G. Noltericke: Beamtenkarrieren in England und Deutschland: Laufbahnstrukturen gegen Ende der sechziger Jahre

Wahlsoziologie

W. Jagodzinski: Sozialstruktur, Wertorientierung und Parteibindung: Zur Problematik eines Sozialisationsmodells

Forschungsmethoden

G. Gigerenzer: Analyse einer Analyse des Urteilsprozesses bei der Personenbeschreibung

Zur Lage der Soziologie

C.-E. Eberle: Implikationen des Datenschutzes für die empirische Sozialforschung

Mitteilungen

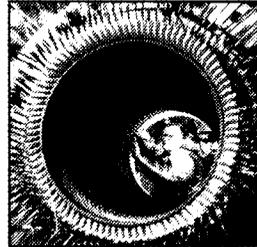
10. Jg. 1981

Herausgeber: Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld, Heringshäuserstr. 1, D-33615 Bielefeld; K. Krimm, W. Lipp, M. Spondel; Redaktion: K. Krimm, M. Spondel; Einzelheft: 2,-25 DM; Jahresabo: 7,- DM; Studentenabos: 4,- DM; Fernstudien: Einke Verlag Stuttgart; Entwurf: S. 719/91 Stuttgart 3

Richard M. Pfeffer

DIE FABRIK VON INNEN

Erfahrungen eines
Außenstehenden



Campus

Richard M. Pfeffer

Die Fabrik von innen

Erfahrungen eines Außenstehenden
1981, 224 S., DM 28,-

Ric Pfeffer, Professor an einer US-Eliteuniversität, wird durch die Studentenbewegung und seine China-Studien mißtrauisch gegenüber den Vorstellungen des upper-class-Amerikas. Ihm wird klar, daß die Fabrikarbeit der zentrale Ansatzpunkt ist, um dem American Way of Life in seiner Brüchigkeit auf die Spur zu kommen. Pfeffer will es genau wissen: 7 Monate lang arbeitet er als Müllfahrer in einem großen Betrieb, der Kolbenringe herstellt. Dieses Buch ist sein Erfahrungsbericht, in dem er akribisch beschreibt, wie zerstörerisch der verschwiegene Sektor der US-Gesellschaft ist.

Peter Dudek, Hans-Gerd Jaschke

Revolte von Rechts

Anatomie einer neuen Jugendpresse
1981, 191 S., DM 18,-

Moderne rechtsradikale Ideologien zielen auf das ab, was viele Jugendliche heute bewegt: Umweltfragen, Arbeitslosigkeit, Schulangst. 35 Jahre nach der Befreiung vom Nazismus gibt es jugendliche Protesthaltungen, die in einen neuen Rechtsextremismus abgleiten. Was steht dahinter, welche Deutungsangebote, Weltbilder und Gegenstandsbereiche liefern die rechtsradikalen Organisationen?

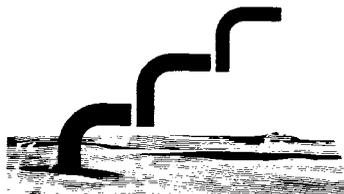
Campus Verlag, Schumannstr. 65, 6000 Frankfurt/Main

Peter Damerow
und Wolfgang Lefèvre

RECHENSTEIN, EXPERIMENT, SPRACHE

Wer im Staate das Höchste erreichen will, muß bewogen werden, an die Rechenkunst zu gehen, sie aber nicht auf die gewöhnliche Art zu treiben, sondern solange, bis er das Wesen der Zahlen mit dem Geiste schaut. Er soll sich ihr also

nicht um des Kaufes oder Verkaufes willen widmen, wie ein Kaufmann oder Krämer, sondern um des Krieges willen und um seine Seele leicht zu machen und vom Wörden hinweg zu Wahrheit und Wesenheit hinzuwenden.



Historische Fallstudien zur
Entstehung der exakten Wissenschaften
- Klett-Cotta -

Die Wissenschaft vom Rechnen führt die Seele mit Macht nach oben, und zwingt sie, die Zahlen an sich aufzufassen. Sie daldet ganz und gar nicht, daß man Zahlen mit sichtbarem und tastbarem Körper zugrunde legt. Wenn jemand die Mathematiker fragt: Ihr Wunderachen, was was für Zahlen spricht ihr eigentlich? Was werden sie wohl darauf antworten. Glauben? Daß sie von den Zahlen reden, welche man nur denken kann, unmöglich aber auf irgendeine andere Art handhaben. (Plato, Politeia)

Peter Damerow/
Wolfgang Lefèvre:

**Rechenstein,
Experiment,
Sprache**

Historische Fall-
studien zur Entste-
hung der exakten
Wissenschaften

Unter Mitwirkung
von Jens Brock-
meier und Johan-
nes Rohbeck
Ca. 250 Seiten,
11 Abbildungen und
1 Faltafel, Leinen
mit Schutzum-
schlag, 34,- DM
ISBN 3-12-931810-0

Gegenstand des Buches sind theoretische Revolutionen in der Entstehungsgeschichte der exakten Wissenschaften. Untersucht werden frühe Formen des arithmetischen Denkens (Ägypten und Mesopotamien), die Herausbildung der axiomatisch-deduktiven Form wissenschaftlicher Theorie (griechische Antike) und das Experiment in Naturwissenschaft und Ökonomie (17. Jahrhundert).



Klett-Cotta

Philosophie

Hermann Mörchen:
Adorno und Heidegger

Untersuchung einer philosophischen Kommunikationsverweigerung

716 Seiten, Register, Leinen mit Schutzumschlag, 148,- DM
ISBN 3-12-915390-X

Der Dialog, der zwischen den beiden Denkern ihr Leben lang unterblieb, soll hier posthum doch noch angebahnt werden. Dabei zeigt sich die *Nähe* der Grunderfahrungen beider Philosophen. Diese wird erst sichtbar, nachdem durch philologische und biographische Vorarbeiten das Textmaterial zuverlässig bereitgestellt und für eine genaue Diskussion der strittigen Hauptthemen der Boden bereitet ist. Ein Basiswerk zur philosophischen Zeitgeschichte.

Maximilian Forschner:
Die stoische Ethik

Über den Zusammenhang von Sprach-, Natur- und Moralphilosophie im altstoischen System

244 Seiten, Register, Leinen, 68,- DM
ISBN 3-12-915450-7

Ein Grundwerk zu derjenigen Ethik der Antike, die wirkungsgeschichtlich auf das Selbstverständnis der Neuzeit den größten Einfluß ausübte.

Paul Hofmann:
Problem und Probleme einer Sinn-erforschenden Philosophie

Herausgegeben und mit einer Einführung von Käte Hamburger. 118 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag, 28,- DM
ISBN 3-12-933280-4

Paul Hofmann betrachtete die Sinnerforschung als zentrale Aufgabe der Philosophie. Die Sinnhaftigkeit der menschlichen Existenz war für ihn die Grundlage der Ethik. Der 1947 verstorbene Berliner Philosoph wäre im Jahre 1980 100 Jahre alt geworden. Käte Hamburger hat nun aus dem Nachlaß und aus Teilen von Hofmanns Hauptwerk *Sinn und Geschichte* ein Buch zusammengestellt, das Einblick in Paul Hofmanns erneut aktuell gewordenes Philosophieren gibt.

Panajotis Kondylis:
Die Aufklärung

im Rahmen des neuzeitlichen Rationalismus

725 Seiten, Register, Leinen mit Schutzumschlag, 148,- DM
ISBN 3-12-915430-2

Ein Handbuch über die philosophische Aufklärung in Europa. Detaillierte Darstellungen, umfangreiche Bibliographie, ausführliche Register.

neu bei Klett-Cotta 

Neuerscheinungen

PHILOSOPHIE

ALBRECHT, E.

Weltanschauung und Erkenntnistheorie in der klassischen bürgerlichen Philosophie

110 Seiten, 165 mm x 230 mm,

Broschur, 9,- DM

Auslieferung: II. Quartal 1981

Bestellangaben: 570 983 0/

Albrecht, Weltanschauung

SÖDER, G.

Macht oder Ohnmacht der Politik?

Taschenbuchreihe

„Weltanschauung heute“, Band 35

110 Seiten, 125 mm x 200 mm,

Broschur, 3,70 DM

Auslieferung: I. Quartal 1981

Bestellangaben: 571 016 1/ Söder,

Macht (WAH)

Erkenntnistheoretische Aspekte des Schöpfertums in der Wissenschaft

Forschungsbeiträge zu Problemen und zur Geschichte

der marxistisch-leninistischen

Erkenntnistheorie

Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von W. Höwing

128 Seiten, 165 mm x 230 mm,

Broschur, 15,80 DM

Auslieferung: I. Quartal 1981

Bestellangaben: 570 941 9/ Erkennt-

nistheor. Aspekte

STIEHLER, G.

Dialektik und Gesellschaft

Zur Anwendung der Dialektik im historischen Materialismus

Als Lehrbuch für die Ausbildung bzw. Weiterbildung an Universitäten und Hochschulen anerkannt

etwa 184 Seiten, 165 mm x 230 mm,

Pappband, 9,80 DM

Auslieferung: II. Quartal 1981

Bestellangaben: 570 981 4/

Stiehler, Dialektik

Preise verstehen sich zuzüglich Mehrwertsteuer.

Die angezeigten Veröffentlichungen können über den internationalen Buchhandel bezogen werden. Bei Bezugsschwierigkeiten wenden Sie

sich bitte direkt an unseren Verlag oder an die Firma BUCHEXPOR T, Volkseigener Außenhandelsbetrieb der Deutschen Demokratischen Republik, DDR - 7010 Leipzig, Leninstraße 16.

VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften

DDR - 1080 Berlin, Postfach 1216



Frauenkriminalität

Darstellung und Kritik kriminologischer und devianzsoziologischer Theorien.

Versuch einer Neubestimmung

Von E. BRÖKLING

1980. VIII, 152 S., 8 Tab.,

kart. DM 29,80

ISBN 3 432 91481 4

Kriminalität und ihre Verwalter,
Nr. 7

Berufliche Sozialisation

Die Produktion des beruflichen Habitus

Von P. WINDOLF

1981. 196 S., 11 Abb.,

kart. DM 29,80

ISBN 3 432 91491 1

Industriesoziologie

Von S. HERKOMMER/
H. BIERBAUM

1979. VI, 22 S.,

»flexibles Taschenbuch«

DM 19,80

ISBN 3 432 90491 6

Die gesellschaftlichen Leiden und das Leiden an der Gesellschaft

Von H. P. DREITZEL

3., neubearb. Aufl.

1980. XI, 347 S.,

»flexibles Taschenbuch«

DM 16,80

ISBN 3 432 81053 9

Sozialisation und Persönlichkeit

Von Chr. SCHMERL

1978. VIII, 255 S.,

»flexibles Taschenbuch«

DM 16,80

ISBN 3 432 90051 1

Der Mensch im Alltag

Grundrisse einer Anthropologie
des Alltagslebens

Von H. P. THURN

1980. VIII, 188 S., 5 Abb.,

kart. DM 39,-

ISBN 3 432 91241 2

 **Ferdinand Enke Verlag Stuttgart**

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Althaus/Henne/Wiegand (Hrsg.): Lexikon der Germanistischen Linguistik (H. Woetzel)</i>	431
<i>Schlaffer, Hannelore: Wilhelm Meister (H. Schmidt)</i>	433
<i>Arnold, Heinz Ludwig (Hrsg.): Georg Büchner (U. Seelbach)</i>	435
<i>Hickethier, Knut: Das Fernsehspiel in der Bundesrepublik (S. Zielinski)</i>	436
<i>Hensel, Horst: Werkkreis oder Die Organisierung politischer Literaturarbeit (U. Naumann)</i>	438
<i>Hallmann, Claus: Perry Rhodan — Analyse einer Science-Fiction-Romanheftserie (Chr. Sauer)</i>	439

Kunst- und Kulturwissenschaft

<i>Barth, Helmut (Hrsg.): Zum Kulturprogramm des deutschen Proletariats im 19. Jhd. (D. Kramer)</i>	440
<i>Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): Arbeiterkultur (D. Kramer)</i>	440
<i>Rüden, Peter von (Hrsg.): Beiträge zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1948-1918 (D. Kramer)</i>	440
<i>Rüden, P., und K. Kosyk (Hrsg.): Dokumente und Materialien zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1848-1918 (D. Kramer)</i>	440
<i>Rambow, Gunter, u.a.: Die Fotoaktion als sozialer Eingriff (M. Schneider)</i>	443

Soziologie

<i>Frerichs, Petra: Bürgerliche Autobiographie und proletarische Selbstdarstellung (H. Peitsch)</i>	444
<i>Weymann, Ansgar: Handbuch für die Soziologie der Weiterbildung (J. Hallerbach)</i>	445
<i>Corrigan, P., und P. Leonard: Social Work Practice under Capitalism (W. Schönleiter)</i>	447
<i>van den Daele, Wolfgang, u.a. (Hrsg.): Geplante Forschung (H.J. Weißbach)</i>	448

Geschichte

<i>Sachße, Ch., und F. Tennstedt: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland (G. Mischkowsky)</i>	450
<i>Brandenburg, Alexander (Hrsg.): Archiv für die Geschichte der Arbeit und des Widerstands (J. Bruhn)</i>	451
<i>Stolle, Uta: Arbeiterpolitik im Betrieb (1900-1933) (R. Balluff)</i>	453
<i>Wünderlich, Volker: Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung (R. Balluff)</i>	453
<i>Luthardt, Wolfgang (Hrsg.): Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik (V. Gransow)</i>	456
<i>Kuhnigk, Armin: Karl Schapper (H.-A. Marsiske)</i>	457
<i>Ziebur, Gilbert: Frankreich 1789-1870 (P. Schöttler)</i>	458

Soziale Bewegung und Politik

<i>Wilke, Manfred: Die Funktionäre (H.W. Weizen)</i>	460
<i>Treu, Hans-Eckbert: Stabilität und Wandel in der organisatorischen Entwicklung der Gewerkschaften (K. Lauschke)</i>	462
<i>Blüm, Norbert: Gewerkschaften zwischen Allmacht und Ohnmacht (H.W. Weizen)</i>	464
<i>Siegfried, Klaus-Jörg: Klerikalfaschismus (E. Volker)</i>	466
<i>Aspetsberger, Friedbert: Literarisches Leben im Austrofaschismus (E. Volker)</i>	467

Ökonomie

<i>Heseler, Heiner: Technischer Fortschritt, Kapitalakkumulation und Kapitalentwertung (R. Katzenstein)</i>	468
<i>Weise, Peter, u.a.: Neue Mikroökonomie (G. Brosius)</i>	471
<i>Lindblom, Charles E.: Jenseits von Markt und Staat (S. Hefti)</i>	474